

Aus: Springer Verlag AG, Post 10 05 54, 4900 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtig: Telefonnummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 204-1 / Anzeigenabteilung Köln (02 04) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 247-1 - Pflanzent an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 Bfr., Dänemark 8,00 Dkr., Frankreich 6,50 F., Griechenland 90 Dr.
Großbritannien 65 p., Italien 1300 L., Jugoslawien 100,00 Din., Luxemburg 28,00 Lit.
Niederlande 2,40 fl., Norwegen 7,50 Nkr., Österreich 12,40 Sch., Portugal 100 Esc.
Schweiz 6,50 Sfr., Spanien 160 Ptas., Schweden 1,20 Skr., Türkei 1,20 TL, Ungarn 200 For.

TAGESSCHAU

POLITIK

NATO baut Arsenal ab: Im Mittelpunkt der Beratungen der Nuklearen Planungsgruppe der NATO steht die Erwägung, eventuell mehr als 2000 taktische Atomsprengköpfe aus Westeuropa abzurufen. Bundeskanzler Kohl sieht in solchen Absichten sein Sicherheitskonzept „Frieden schaffen mit immer weniger Waffen“ bestätigt.

Kohl empfängt Vogel: Der Bundeskanzler hat den SPD-Fraktionsvorsitzenden Vogel zu einer einstündigen Unterredung empfangen; die SPD hatte um guten Informationsfluß in außenpolitischen Fragen gebeten. (S. 4)

Eppler zur NATO: Der in „Friedensbewegung“ und SPD gleichermaßen engagierte Politiker erwartet eine breite Diskussion über die NATO-Mitgliedschaft der Bundesrepublik Deutschland, falls tatsächlich neue Mittelstreckenraketen bei uns stationiert werden.

Protest in „DDR“: Nach einer Protestaktion gegen die in der „DDR“ begonnene Wehrersatzung von Frauen sind in Ost-Berlin fünf Personen festgenommen worden. (S. 14)

Hindenburg besichtigt: Mit der Einigung der EG-Landwirtschaftsminister auf eine neue Marktpolitik für Agrarprodukte der Mittelmeerländer ist das größte Hindernis für Beitrittsverhandlungen mit Spanien und Portugal beseitigt worden.

Brandt kündigt „Nein“: Bei der nicht mehr mit einer Lösung bei den Genfer Verhandlungen zur Begrenzung der Mittelstrecken-Rüstung rechnen, wolle er am Samstag vor der „Friedensbewegung“ in Bonn sprechen, erklärt der SPD-Vorsitzende Brandt vor dem Parteipräsidenten. Er wolle dort „nein“ zur Nachrüstung sagen. Frankreichs Sozialisten kritisieren die Nähe der SPD zur „Friedensbewegung“.

FBI nimmt Spion fest: Ein in Kalifornien als mutmaßlicher Sowjetagent festgenommener Elektrotechniker soll Moskau Informationen über den Schutz amerikanischer Interkontinentalraketen gegen einen Atomangriff geliefert haben.

Gromyko attackiert USA: Der sowjetische Außenminister wirft in Ost-Berlin Washington „krankhaftes Streben nach Weltmacht“ vor. Der Oberbefehlshaber des Warschauer Paktes, Kollow, drohte gestern erneut mit Übergriff, falls im Westen nachgerüstet werde.

Hunter: Jahreskonferenz der Ministerpräsidenten der Länder beginnt in Stuttgart. - Bekanntgabe der Nobel-Preise für Chemie und Physik. - China und Großbritannien setzen Verhandlungen über Hongkong fort. - Rumänien Staats- und Parteichef Ceausescu besucht Ägypten. - Kanzler bei der Bundesmarine in Glücksburg.

ZITAT DES TAGES



„Diese abscheuliche, bedrückende und skandalöse Mauer ist ein Mahnmal der Schande für die gesamte Menschheit“

Der französische Gaullisten-Chef und Bürgermeister von Paris, Jacques Chirac, bei der Eröffnung des Goldenen Buchs Berlins

FOTO: CAMERA PRESS

WIRTSCHAFT

Commerzbank: Erstmals seit 1979 will die Commerzbank in diesem Jahr wieder eine Dividende ausschütten: Voraussichtlich sechs DM pro Aktie.

Klage gegen Victor: Schadenersatz von zehn Millionen DM will die Neue Heimat von ihrem 1982 entlassenen Vorstandsvorsitzenden Albert Victor einklagen.

BSP-Prognose: Ein reales Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 1,3 für 1983 und 1,5 Prozent für 1984 erwartet die Bayerische Hypothek- und Wechselbank.

US-Staatsquote: Nach neuesten Bank-Studien sind die Ausgaben des US-Bundes rascher ge-

stiegen als das Bruttoinlandsprodukt; Banker befürchten 1984 deshalb neue Zinsschübe. (S. 18)

Wirtschaftskriminalität: Der festgestellte Schaden durch Wirtschaftskriminalität belief sich 1981 in der Bundesrepublik auf 3,6 Milliarden DM. Die tatsächliche Schadenshöhe wird auf rund 154 Milliarden DM geschätzt.

Börse: An den deutschen Aktienmärkten setzte sich der Aufwärtstrend fort. Der WELT-Aktienindex erreichte mit 145,9 (144,6) einen neuen Höchststand. Der Rentenmarkt war gut behauptet. Dollar-Mittelkurs 2,5947 (2,5967). Mark Goldpreis je Feinunze 397,25 (396,00) Dollar.

KULTUR

Vermächtnis: Das „Schweifstuch Christi“, seit Jahrhunderten im Besitz des Hauses Savoyen, gehört seit gestern dem Papst. Das in Turin aufbewahrte Leinwand war ihm vom letzten italienischen König, Umberto von Savoyen, vermacht worden.

Künstler gefragt: Die Zahl der Stellenangebote der Kommunen für Künstler fast aller Sparten ist spürbar gestiegen. Allein in Nordrhein-Westfalen wurden von Mitte 1982 bis Mitte 1983 sieben Prozent mehr Engagements vom Künstlerdienst vermittelt.

SPORT

Fußball: Das ZDF berichtet heute sechs Stunden lang von den Spielen im Europacup. Die Spiele Leipzig-Bremen (14.00 Uhr) und Solonki-München (16.00 Uhr) werden original nacheinander übertragen. (S. 12)

Olympia: Das Nationale Olympische Komitee für Deutschland entscheidet heute darüber, wer Bewerber für die Winterspiele 1992 sein soll. Berichtsgaden und Garmisch-Partenkirchen stehen zur Wahl.

AUS ALLER WELT

„Singles“: Immer mehr Menschen in der Bundesrepublik Deutschland leben allein. Fast jeder siebente war nach Erhebungen des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung im vergangenen Jahr als „Single“ einzustufen.

Kokain: In Amsterdam liefern sich südamerikanische Rauschgiftschmuggler blutige Gefechte. (S. 20)

Wetter: Wechselnde, zeitweise starke Bewölkung; im Norden Schauerwetter. Bis 14 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Meinungen: Eine Trauminsel wird von der Realität eingeholt; Grenada und der Marxismus S. 2

„DDR“: Wo Preußens Gloria Denkmäler gesetzt werden; Eindrücke von einer Reise S. 3

Asien-Markt: Die Deutschen verschlafen in Südostasien ihre Chancen S. 3

Wladimir Bakowski: Aus dem neuen Buch des russischen Bürgerrechtlers und Schriftstellers S. 5

Juristenbildung: Eine Leistungskontrolle nach dem vierten Semester; neue Ordnung S. 6

Israel: Wie der neue Finanzminister Cohen-Orad gegen die Inflation angehen will S. 7

Fernsehen: Gespräch mit Fritz Schenk, Moderator des heutigen „ZDF-Magazin“ S. 8

Forum: Personalien und Leserbrief an die Redaktion der WELT: Wort des Tages S. 9

Volleyball: WELT-Interview mit dem neuen Trainer der Herren-Nationalmannschaft S. 11

Paris: Zum Tode Raymond Arons - Einer der großen Baumeister des freien Europa S. 12

Beschließt die NATO, 2000 Atomsprengköpfe abzurufen?

Aus dem taktischen Arsenal in Europa / Planungsgruppe tagt in Ottawa

RÜDIGER MONIAC, Bonn
Mit tiefer Befriedigung verfolgt Bundeskanzler Helmut Kohl die Vorbereitungen der Sitzung der Nuklearen Planungsgruppe der NATO, die nächste Woche im kanadischen Ottawa zusammenkommen wird. Bei der Konferenz am 27. und 28. Oktober ist die Beschlußfassung der Verteidigungsminister der Allianz über den Rückzug von möglicherweise mehr als 2000 Atomsprengköpfen aus dem taktischen Arsenal in Westeuropa vorgesehen. Kohl sieht in dieser Absicht sein Sicherheitskonzept eindrucksvoll bestätigt, das er beim Regierungsantritt in die Formel kleidete: „Frieden schaffen mit immer weniger Waffen.“

Sollten die NATO-Verteidigungsminister die Empfehlungen beschließen, die eine seit mehr als einem Jahr im Entwurf befindliche Studie über den „Waffenmüll“ der Stäbe des Bündnisses und der nationalen Regierungen beinhaltet, könnten die verantwortlichen Politiker in den westlichen Hauptstädten darauf ver-

weisen, daß die NATO in der Verwirklichung des Doppelbeschlusses von 1979 gleichzeitig in überproportionalen Verhältnis Nuklearkapital aus Europa abzieht. Im Doppelbeschlusse ist als Höchstgrenze die Stationierung von 572 Atomsprengköpfen auf Marschflugkörpern und Pershing-2-Raketen in Aussicht genommen.

Parallel dazu wird die NATO, wenn die Konferenz in Ottawa entsprechend beschließen sollte, mehr als 3000 Atomsprengköpfe im Zeitraum von 1979 bis 1986, falls bis dahin die Höchstzahl der Nachrüstung stationiert werden müßte, abgezogen haben. Diese Zahl setzt sich aus den 1000 Sprengköpfen zusammen, die die NATO bereits 1980 ohne große öffentliche Aufmerksamkeit abzog, dann aus weiteren 572 Sprengköpfen, die im Zusammenhang mit dem Doppelbeschlusse reduziert werden sollen, sowie schließlich eventuell 2000 weiteren, deren Abzug in Ottawa sanktioniert werden soll. Damit können die Politiker darauf verweisen,

daß einer Hinzufügung von 572 Sprengköpfen ein Abzug von rund 3500 gegenübersteht, also für jeden neuen sieben alte aus Europa verschwinden. Der Bonner Regierungschef möchte auf diese Zahlen in seiner Regierungserklärung am 21. November, in der er den dann erreichten Stand der Genfer Mittelstreckenverhandlungen bewertet, besonders verweisen.

Mit dieser Reduzierung will die NATO verdeutlichen, daß sie die Verteidigungsplanung in Westeuropa möglichst weit von Atomwaffen entlasten möchte.

Und in eben diesem Punkt beginnt sich schon die Schwäche des Entwurfs zu offenbaren. Sie summiert sich in der Frage, ob die NATO-Verteidigungsplanung unter dem Druck von „Friedensbewegungen“ zu weit geht in der „Entkernung“, oder die verantwortlichen Politiker den verantwortlichen Soldaten noch den nötigen Raum lassen, damit die Struktur des nach der Reduzierung

Fortsetzung Seite 14

SPD-Spitze deckt Brandts Verhalten

Der Parteivorsitzende will auf Kundgebung eindeutig Nein zur Nachrüstung sagen

P. PHILIPPSS. HEYDECK, Bonn
Die SPD-Spitze geht nicht mehr davon aus, daß es in Genf noch zu einer Zwischenlösung bei den Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen (INF) kommen kann, die keine „neue Rüstungsgrundlage in Gang setzt“. Dies wurde während der Präsidentschaftsbesuche in der Parteivorsitzende Willy Brandt die Führungsgruppe der SPD darüber unterrichtet, daß er auch aus diesem Grund die Einladung des Koordinierungsausschusses der „Friedensbewegung“ für die Bonner Großdemonstration am kommenden Sonnabend ablehne.

Er werde sich sowohl als „Bürger Brandt“, aber natürlich auch als Parteivorsitzender auf der Kundgebung zu Worte melden und sein eindeutiges „Nein“ zur Nachrüstung erklären, die nur für eine weitere Rüstungsgrundlage sorge, kündigte Brandt an.

Die übrigen SPD-Präsidenten nahmen diese Ankündigung zustimmend zur Kenntnis. Allerdings fehlten der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt und Hans-Jürgen Wischnewski. Es wurde betont, daß alles getan werden müsse, um die „drohenden neuen atomaren Rüstungsgrundlagen in West und Ost zu verhindern“.

Dabei machten Brandt und andere vor allem der Bundesregierung Vorwürfe, daß sie ihren Einfluß gegenüber den USA nicht nutze, sondern „erreichbare Lösungen“, die keine Stationierung bedeuten würden, bereits vorher aufgegeben habe. Gemeint waren dabei in erster Linie die Vorschläge, die der sowjetische Staats- und Parteichef Andropow in

den vergangenen Wochen unter anderem in Briefen an westliche Politiker unterbreitet hatte.

Beobachter erinnerten gestern daran, daß die Teilnahme sozialdemokratischer Spitzenpolitiker an einer Demonstration der „Friedensbewegung“ in Bonn vor zwei Jahren in der SPD-Spitze noch zu einer starken Zerreißprobe geführt hatte. Vor der Protestkundgebung im Hofgarten hatte Helmut Schmidt erwogen, einen „Unvereinbarkeitsbeschluss“ im Parteivorstand durchzusetzen und SPD-Mitglieder, die als Redner bei der Veranstaltung auftraten, aus der Partei auszuschließen.

In der SPD-Spitze wird hingegen heute argumentiert, daß sich die Situation und das Verhältnis der SPD zur „Friedensbewegung“ gewandelt habe. Man gehe davon aus, daß diesmal auch Schmidt sich nicht grundsätzlich gegen eine Teilnahme Brandts als Redner auf der Bonner Protestveranstaltung ausgesprochen hätte. Die Parole hatte Präsidentschaftsmittglied Hans-Jochen Vogel allerdings schon im September 1981 ausgegeben: Die SPD müsse ein „Versäumnis nachholen und sich in breiter Front um den politisch-fähigen Teil der Friedensbewegung kümmern“.

Vor allem bei den Grünen, die sich bisher als parlamentarische Repräsentanten der „Friedensbewegung“ ansahen, hat dies die Furcht geschürt, von der SPD auch auf diesem Feld an die Wand gedrückt zu werden. Der Justizvorsitzende Hartung ließ gestern noch Öl in dieses Feuer, als er erklärte: Es gebe bei den Grünen inzwischen zu Recht die Erkenntnis, daß ein Engagement von mehreren hunderttausend Sozialdemokraten und Gewerkschaftern in der Friedensbewegung die eigene Partei in den Hintergrund treten läßt.

Ostblock berät über die Probleme der Wirtschaft

Konferenz in Ost-Berlin / Krenl gegen Preisreform

PETER WEERTZ, Berlin
Die im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe zusammengeschlossenen Ostblockstaaten wollen die Zusammenarbeit im Energie- und Agrarbereich verstärken, um so eine bessere Entwicklung ihrer Volkswirtschaften und vor allem eine bessere Lebensmittellieferung erreichen zu können. Dieses Ziel wurde gestern bei der Eröffnung der dreitägigen Konferenz der RGW-Regierungschefs in Ost-Berlin beschlossen.

Entscheidende Beschlüsse über die zukünftige wirtschaftspolitische Strategie der RGW-Länder werden nicht erwartet. Hierzu wäre ein Wirtschaftsgipfel mit den Parteivorsitzenden notwendig, der seit Sommer 1980 besonders von Rumänien und Ungarn gefordert wird, aber bislang an der Sowjetunion gescheitert ist. Offiziell ist die UdSSR vorerst nicht zu Preisreformen im Blockhandels und zu einer tatsächlichen Reform des Wirtschafts- und Planungssystems bereit.

Im Mittelpunkt der dreitägigen Jahreskonferenz, an der außer der „DDR“ der UdSSR, Polen, der CSSR, Rumänien, Bulgarien und Ungarn auch Kuba, Vietnam und die Mongolei teilnehmen, steht dabei die bessere Versorgung der Bevölkerung mit Agrarprodukten und Ernährungsmitteln und die Zusammenarbeit bei der Einsparung von Energie und Rohstoffen. Propagiert wird diese Intensivierung mit dem Leitthema „Mit weniger Energie und Rohstoffen mehr produzieren“.

Aus einigen osteuropäischen Ländern ist jedoch bekannt, daß sie vor allem unter den hohen Erdöl- und Rohstoffpreisen leiden, die die Sowjetunion verlangt. Zugleich kritisieren sie die zu geringen Verrechnungspreise für ihre Exporte von Maschinen, Lebensmitteln und Fertigprodukten. Freilich ist die Reform der Verrechnungspreise ein schwieriges Vorhaben. Sie wird seit vielen Jahren gefordert, bislang jedoch ohne Ergebnis.

Paris: Sozialisten kritisieren SPD

Unterstützung der „Friedensbewegung“ stößt bei der Partei Mitterrands auf Ablehnung

AFP, Paris
Scharfe Kritik an der Unterstützung der „Friedensbewegung“ durch die SPD hat das für internationale Fragen zuständige Führungsglied der französischen Sozialisten, Jacques Humez, geäußert. Humez warf der SPD gestern auf einer Pressekonferenz in Paris vor, eine „Flucht nach vorn“ angetrieben zu haben. Statt dessen sollten sich die sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien Europas „mehr denn je konzentrieren, um die Sicherheit Europas gemeinsam zu erhöhen“. Der Sprecher kündigte zugleich an, die Sozialisten Partei Frankreichs (PS) werde nach ihrem bevorstehenden Parteitag von Bourges-Bresse neue Abrüstungsvorschläge und einen „Sicherheitsplan für Europa“ ausarbeiten.

Humez berichtete ferner, die PS werde sich an den geplanten Pariser „Friedensdemonstrationen“ am kommenden Wochenende nicht beteiligen. Das Exekutivkomitee seiner Partei habe alle PS-Mitglieder aufgefordert, sowohl den von der KPF-nahen Friedensbewegung „Mouvement de la Paix“ als auch den gemeinsam mit parteiunabhängigen „Komitee für die Entkernung Europas“ (Codene) und der sozialistischen Gewerkschaft CFDT organisierten Demonstrationen fernzubleiben.

Die ausgegebene Parole laute, an den „Grundprinzipien des strategischen Gleichgewichts in Europa“ festzuhalten, sagte Humez. Angesichts des sich abzeichnenden Scheiterns der Genfer Verhandlungen bestehe die Gefahr, daß die Frage der

Mittelstreckenraketen in Europa auf der Straße entschieden werde.

Die im Vergleich zu anderen Ländern relativ schwache französische Friedensbewegung hatte sich nicht auf einheitliche Aktionen einigen können. Für Samstag plant das von der Kommunistischen Partei und der Gewerkschaft CGT kontrollierte „Mouvement de la Paix“ eine Großdemonstration in Paris. Das aus Christen, Umweltschützern und Linksozialisten bestehende Codene hat für Sonntag gemeinsam mit der Gewerkschaft CFDT zur Bildung einer Menschenkette von der amerikanischen zur sowjetischen Botschaft aufgerufen. Dabei soll auch Solidarität mit der unabhängigen Friedensbewegung in den osteuropäischen Ländern zum Ausdruck gebracht werden.

DER KOMMENTAR

Rat-Suche

PETER GILLIES

Das Dilemma des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW, auch Comecon genannt) hat sich seit seiner Gründung nicht geändert: Zentrale Planung verschleudert Ressourcen, wird des Mangels nicht Herr, eine menschenverachtende Bürokratie opfert einen ohnehin bescheidenen Lebensstandard der militärischen Hochrüstung.

In diesen Tagen trifft man sich in Ost-Berlin und redet über das Energie- und Rohstoffsparen sowie über eine verbesserte Versorgung mit Nahrungsmitteln. Nun ist, wie man jährlich erfährt, nicht einmal die rumreiche Sowjetunion in der Lage, sich selbst zu ernähren, obgleich sie durch ausbeuterisch hohe Abgabepreise für Rohstoffe und niedrige Ankaufspreise für Fertigwaren die kleinen RGW-Mitglieder einen gepfeiften Bruderpreis zahlen läßt.

Offiziell ausgeklammert sind die wirklichen Probleme: Öffnung der erstarrten Strukturen für Märkte, mehr Privatinitiative statt Planung, Beweglichkeit beim Warenaustausch und in den Währungen, marktnahe Preise. Das alles darf jedoch nicht sein, weil marktwirtschaftliche Elemente immer dezentral, machtauflösend wirken.

Daran kann die Sowjetunion kein Interesse haben, weil ein dezentrales Wirtschaftssystem in Diktaturen wie Sprengstoff wirkt. Zudem sind die Bürokratien von Partei und Planung marktwirtschaftlich untrainiert, weshalb Reformen auch von dort nicht zu erwarten sind.

Die weltweite Rezession und die sowjetische Hochrüstung machen die Grenzen der Leistungsfähigkeit bei der Versorgung der Bevölkerung sichtbar. Die riesige Westverschuldung des Ostblocks zeigt, daß der freigebige „Klassenfeind“ einen Zusammenbruch verhindert.

Der angeblich böse und kriegstreiberische Westen, von dem doch alles Unheil ausgeht, gewährt die Kredite, ohne die es nicht geht - business as usual, mit oder ohne Pershing 2. Was soll da nur die „Friedensbewegung“ denken, die doch so planvoll in Hitze gebracht wurde?

Die Sicherung einer stabilen Wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in den RGW-Staaten sei umso effektiver zu erreichen, je enger man mit der Sowjetunion zusammenarbeite, sprach Willi Stoph in Ost-Berlin. Der Charme dieser Ergebnissadresse liegt in ihrem Umkehrschluß.

Arbeitgeber: Weitere Kürzung im Sozialbereich

HH/AP, Bonn

Für Einschnitte ins Sozialsystem, die über die Beschlüsse und Pläne der Bundesregierung noch hinausgehen, hat gestern die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände plädiert. In der Denkschrift „Soziale Sicherung im Umbruch - Vorschläge zur Stabilisierung“ fordert der Spitzenverband unter anderem Abstriche bei der Lohnfortzahlung für kranke Arbeitnehmer, den Ausbau der Eigenbeteiligung in der Krankenversicherung und eine einkommensabhängige Gestaltung der Grundrente für Kriegeropfer.

Darüber hinaus stellt der Verband das Kindergeld für das erste Kind zur Diskussion und bezeichnet die von 1987 an geplante Ausweitung des Mutterschaftsgeldes auf nicht-erwerbstätige Frauen als „problematisch“. Diese Ausweitung wird dann toleriert, wenn zuvor ein familienpolitisches Konzept entwickelt wird, in dem Kindergeld, BAföG, Steuerpolitik und Sozialleistungen in ihrem Gesamtzusammenhang gesehen werden.

Bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, die die Unternehmen mit mehr als 35 Millionen Mark jährlich belastet, sei der Übergang von der arbeitsrechtlichen auf eine versicherungsrechtliche Lösung durch die Krankenkassen auch im Interesse einer Überprüfung der Leistungen „dringend geboten“. Sie solle allerdings weiter von den Arbeitgebern finanziert werden. Der Denkschrift zufolge soll die Höhe der Lohnfortzahlung durch prozentuale Abschläge oder die Wiedereinführung von Karenztagen vermindert werden.

Chirac für Selbstbestimmung der Deutschen

Schül, Berlin

Der französische Gaullisten-Führer und Bürgermeister von Paris, Chirac, hat gestern in Berlin bei der Eröffnung ins Goldene Buch der Stadt das Recht der Deutschen bekräftigt, über ihr eigenes Schicksal zu entscheiden. Die Franzosen, die während des Zweiten Weltkrieges am eigenen Leib gespürt hätten, was die Teilung eines Landes bedeute, wüßten besser als andere, die widerständige Teilung Berlins, Deutschlands und Europas einzuschätzen. Chirac bekräftigte zugleich die Sicherheitsgarantie Frankreichs und der anderen Schutz-mächte für Berlin. Die Sicherheit der westlichen Welt, die USA einbezogen, sei untrennbar. Chirac schloß seine Rede in deutscher Sprache mit den Worten: „Es lebe Berlin, es lebe Paris, es lebe Europa.“

Der Regierende Bürgermeister Richard von Weizsäcker, der in seiner Rede auf die Notwendigkeit der Überwindung der Mauer und der Teilung Deutschlands hinwies, teilte mit, daß Chirac als Geschenk der Stadt Paris an Berlin die Bronzereplik der Siegesallee zurückgeben werde.

Weizsäcker wies in seiner Rede darauf hin, daß die Politik der Aussöhnung zwischen Frankreich und Deutschland durch die Gaule und Adenauer besiegt worden sei. Diese Politik der Aussöhnung habe in Chirac einen „markanten Erben“ gefunden. Der Regierende Bürgermeister würdigte in seiner Rede auch die engen kulturellen Beziehungen zwischen Berlin und Paris.

Zeichen auf gut kölsch.

Gaffel ist die Kölsch-Spezialität, Gaffel-Kölsch ist hell und oberdurch die der Anspruchs-volle Zeichen setzt.

Bei diesem Spitzenbürger schätzt man den unverwechselbaren Charakter, den angenehme herben und herrlich erfrischenden Geschmack.



Gaffel-Kölsch ist hell und obergärig, natürlich rein und überaus bekömmlich. Aus der Flasche ebenso wie vom Faß. Eine echte Kölner Traditionsmarke, die besser nicht sein kann.

Die feine Spezialität. Ausgezeichnet im Geschmack.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Flurbereinigung

Von Wilm Herlyn

Die Entscheidung des Ministerpräsidenten Johannes Rau, den Präsidenten des Regierungsbezirks Düsseldorf, Achim Rohde (FDP), in den einstweiligen Ruhestand versetzen zu lassen, läßt weniger auf Unduldsamkeit als auf Unsicherheit schließen. Gewiß vermeidet die in Nordrhein-Westfalen mit absoluter Mehrheit regierende SPD nichts, um die Freien Demokraten zu verprellen. Das beweist die Entlassung von drei Staatssekretären der FDP, die aus der gemeinsamen Regierungszeit vor 1980 im Amt geblieben waren, als in Bonn die Wende des vergangenen Herbstes vollzogen wurde. Aber die Personalentscheidungen im Kabinetts-Revirement haben mit der FDP nichts zu tun – und sie haben statt des geforderten Neuanfangs auch nur ein Stühlerücken und Auswechseln der Namensschilder gebracht.

Und nun die brutale Entlassung Rohdes. Fachlich und sachlich kann ihm sein Dienstherren, Innenminister Herbert Schnoor, keinen Vorwurf machen; er hat es auch nicht ernstlich versucht. So drängt sich der Verdacht auf, daß man nicht nur diesen unbequemen Mann loswerden wollte, sondern daß man vor allem vor den kommenden Kommunal- und Landtagswahlen einen reinen Tisch machen und der FDP einen respektablen Stimmenwerber nehmen wollte.

Daß Schnoor andeutet, er werde das Amt wieder mit einem Liberalen besetzen, kann die Verärgerung des einstigen Koalitionspartners nur vergrößern, denn natürlich muß die FDP vermuten, daß die SPD einen Personalstreik in ihre Reihen hineinbringen will. Und: Wer sollte diesen Posten übernehmen, ohne den Vorgänger Rohde zu desavouieren? Der Landesvorsitzende Jürgen Möllemann wäre mit ihm desavuiert, wenn einer seiner Parteifreunde um des Postens willen eigenständige Privatkoalitionspolitik betriebe.

Vorerst bleibt als einziges Relikt einstiger sozialliberaler Reformblüthenräume der FDP-Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, Wolfgang Vollmer. Ob dieser hochqualifizierte Mann die Wende in Düsseldorf – nämlich das Ende der pfleglichen Behandlung der Liberalen durch die SPD – überlebt, muß bezweifelt werden. Es scheint, die Sozialdemokraten haben sich endgültig damit abgefunden, daß es für sie einen Koalitionspartner FDP unter der Führung von Möllemann 1988 nicht geben wird – und es scheint auch, daß Rau nicht die Nerven hat, trotzdem auf die FDP zu setzen.

Boom-Boom-Geschosse

Von Peter Gillies

Ungeduld gibt falschen Rat. Nach einem mehr als drei Jahre dauernden Siechtum befindet sich die Wirtschaft der Bundesrepublik in der Erholung. Aber ihr Organismus ist noch wackelig, seine Muskelbildung erst am Anfang. Ihn jetzt schon wieder voll belasten zu wollen wäre töricht. Der naive Ansicht, ein Boom könne herbeigezwungen werden, muß ständig widersprochen werden.

Die vielen ungeduldigen Ratgeber, die mit Aktionismus dopen wollen, verkennen die Zeitabläufe und ihre Bedingungen. Eine realistische Bestandsaufnahme von heute zeigt Daten, die wir vor Monaten nicht zu erhoffen wagten.

Die Unternehmenserträge erholen sich, das Investitionsklima hebt sich auf, die Finanzkraft der Betriebe stärkt sich, es gibt Entlastungen auf der Kostenseite, Tendenzen zur Zinssenkung, belebte Nachfrage nach Waren und Krediten; dem recht guten Inlandsgeschäft mag eine Exportbelebung folgen. Die Inflationsrate in der Bundesrepublik liegt bei knapp drei Prozent, das reale Wirtschaftswachstum hat erstmals seit drei Jahren wieder die Pluszone erreicht.

Zufrieden kann eine Volkswirtschaft jedoch erst sein, wenn alle, die arbeiten wollen, dies auch können. Dahin ist noch ein weiter Weg. Die Bundesbank hat gestern auch auf die tiefen Schleifspuren der Rezession verwiesen: Trotz der recht erfreulichen Investitionsbelebung ist der Kapitalstock nur minimal ausgeweitet worden. Es sind also die veralteten Anlagen gerade ersetzt, aber nur wenig neue installiert worden.

Die Investitionsquote in Sachanlagen ist sogar die niedrigste seit Jahrzehnten, die Ölkrise ausgenommen. Der Herzmuskel der Wirtschaft befindet sich also erst in langsamer Rekonvaleszenz. Der Arbeitsmarkt reagiert dagegen sehr spät auf konjunkturelle Belebung. Die Phase weiter günstiger Erträge muß verlängert werden, damit die Investitionskraft die Stärke früherer Jahre erreicht und die erwünschten Beschäftigungseffekte auslöst.

Gewiß, ein langer Weg. Aber seine Länge und Mühsal sollte nicht den Blick dafür verstellen, daß die Startbedingungen so günstig wie selten sind.

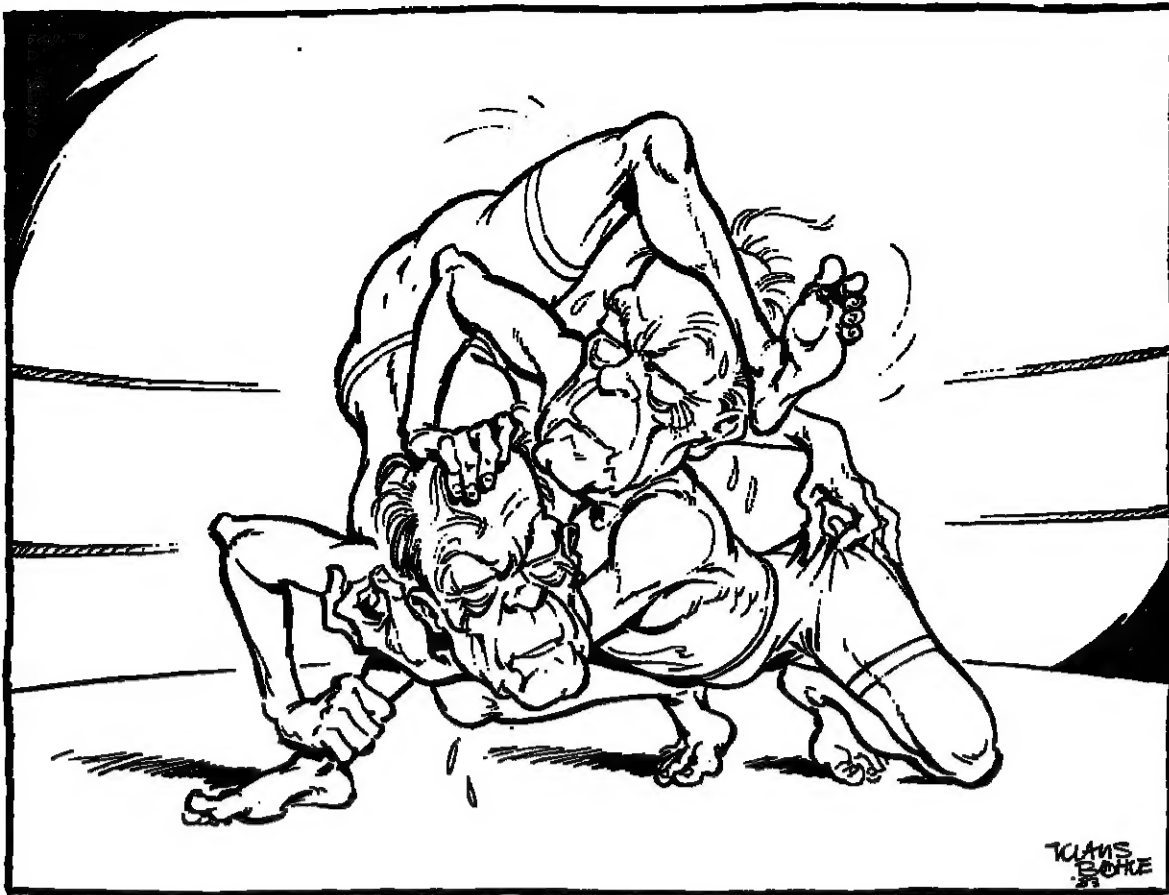
Frau Donnepps Einfall

Von Enno v. Loewenstern

Als Alfred Kerr wieder einmal mit der Tatsache gehänselt wurde, daß er mit Friederike Kempner verward war (jener „schlesischen Nachtigall“, deren unübertrefflich mißgünstige Verse die Familie zur Verzweiflung trieben), schrieb er wutentbrannt: „Nächtlich über dem Gebeineld hört man's manchmal i-ah schrein – wenn dem Esel nichts mehr einfällt, fällt ihm meine Tante ein!“ Der Vers drängt sich dem heutigen Betrachter in der Variante auf, wenn dem Politiker nichts mehr einfällt, fällt ihm eine Planstelle ein.

Frau Inge Donnepp machte eben noch einmal vor ihrem Rücktritt als Düsseldorfer Justizministerin von sich reden, als sie erschütternde Zahlen über Kindesmißhandlungen bekanntgab und dazu vorschlug, gegen „Gewalt in Videokassetten“ vorzugehen und „Ombudsmänner für mißhandelte Kinder“ bei den Jugendämtern einzustellen. Faktisch gibt es wohl kaum Filme, die zur Gewalt gegen hilflose Kinder anregen, aber die Funkhäuser lieben Aktionen gegen die Video-Konkurrenz, und Frau Donnepps Partei ist dem Monopolfunk verbunden. Und was die Jugendämter betrifft – was ist denn eigentlich deren Aufgabe; brauchen sie wirklich noch eigene Beamte als „Anlaufstellen“ für Leute, die Kindesmißhandlungen anzeigen möchten?

Zufällig hat der Vorsitzende des Bundes deutscher Kriminalbeamter, Ingo Herrmann, gleichzeitig mit Frau Donnepps Auftritt die überzeugende Erklärung für das Ansteigen der Kriminalität auf so ziemlich allen Gebieten, vom Mord (seit 1964 verdoppelt) bis zum Ladendiebstahl (seit 1963 verneunfacht) gegeben: er stelle einen „erheblichen Verlust an Unrechtsbewußtsein“ fest. In der Tat: Wo seit anderthalb Jahrzehnten Gewalt gepredigt wird (sofern sie nicht nach John Wayne, sondern nach Wladimir I. Lenin praktiziert wird), wo der Ladendiebstahl als legitime Auflehnung gegen „Konsumterror“ über die Mattscheibe geistert, wo einerseits Kinderfeindlichkeit beklagt und andererseits Abtreibung zur Bürgerpflicht hochstilisiert wird, da läßt das Unrechtsbewußtsein nach, auch in der von „Konflikttheorien“ ohnehin belasteten Familie. Da braucht es nicht neue, angenehme Planstellen, sondern alte, unbequeme Einsichten.



Griffige Position

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Das Bündnis und die Phantasie

Von Herbert Kremp

Der SPD-Parteivorsitzende Willy Brandt wird am Wochenende bei der angekündigten Demonstration in Bonn das Wort ergreifen und dabei darlegen, warum er (mit dem größeren Teil seiner Partei) gegen die Stationierung amerikanischer Gegenwaffen und gleichzeitig für das westliche Bündnis und die Bundeswehr eintritt. Er möchte, wie er bekundet, das Raketen-Thema nicht der grünen „Gegenpartei“ überlassen, für die SPD aber das Thema abhaken. Denn die Partei, dieses sichere Gefühl hat Brandt, muß sich nun primär der Wirtschaft, Finanz- und Sozialpolitik zuwenden.

Ob Brandt von den Zuhörern, den Verbündeten und den drei ehemaligen Verteidigungsministern seiner Partei bei der Differenzierung zwischen Raketen und Bündnis richtig verstanden wird, entzieht sich der Voraussage. Wer in Bonn das Hauptquartier der SPD betritt, entdeckt in den Schaukästen des Foyers Plakate aus der Zeit der alten Atomdebatte von 1958: Zerstörungen, riesige Atompilze, Bekenntnisse zum Leben. Das war, wir wissen es heute, ein larmoyanter Irrtum – eigentlich ein Grund, ihn nach der ersten Erfahrung nicht mehr zu begeben. Aber Pazifismus ist dafür ein zu leichtes, ein im übrigen erbeutes Gefühl. Man trägt ihn, und die Realität ist, wie in der Zeit zwischen den Weltkriegen, für eine begrenzte Dauer geduldig. Es kann also sein, daß die zweitgrößte deutsche Partei sich auf der Woge der eigenen Emotion in eine Zone trägt, wo es der Führung nicht mehr gelingt, die Leib-Seele-Differenz zwischen moderner Bewaffnung (nein) und Bündnis (ja) wahrnehmbar zu machen und gegenüber dem diesseitig entworfenen amerikanischen Partner zu vertreten. Die Basis wird sicher mehr, wenn sie die Emotion einmal spürt, sie will den ganzen Pazifismus, nicht eine halbe Schwangerschaft. Das wäre konsequent. Aber der Parteivorsitzende will diese Konsequenz nicht. Er war nicht für Jahre Bundeskanzler, um nur noch zu träumen. Er kennt auch den Hang eines schönen Gefühls, zu expandieren. Er will bewegen, aber nicht die Wand einreißen.

Es ist nicht leicht, eine starke Phantasie zu beherrschen. Brandt sieht Veränderungen. Das politische Europa erscheint ihm als Verflüssigung ohne Struktur. Er stellt sich Westeuropa von seiner Kraft und Herrlichkeit her als eine Säule vor, die einen Architrav zur anderen, zur Säule USA, zu tragen vermag. Daß es ihm zunächst auf die Säule ankommt, den Selbststand Europas, hat er mit früheren Politikern gemein. Adenauer dachte einmal so, auch Kennedy und natürlich die Gaulle, auf den man sich heute gerne bezieht, weil er mit dem Architrav, der den Atlantik überspannt, am wenigsten im Sinn hatte. „Europa soll nicht Anhängsel von Weltmachtinteressen sein“, lautet die eingängige Formel.

Europa hat nach diesem Konzept aber eine „gesamteuropäische“ Gestalt. Die politische Strukturierung Westeuropas, die zum Zweck einer haltbaren Außenpolitik der eigenständigen militärischen Sicherheit bedarf, zeigt in der Phantasie Wachstumstendenzen nach Osteuropa. Denn über die nächste Generation, so meinte schon de Gaulle, bleiben die Russen nicht, wo sie sind. Sie müssen dort raus, weil sie nicht verdauen können, was sie geschluckt haben.

Dieser Gedanke wird heute in der SPD wieder aufgegriffen. Er ist angesichts der sowjetischen Machtpolitik, die Willy Brandt für robust hält, sehr verblüffend, er entzieht sich aber nicht der Phantasie. Die Völker Osteuropas, die im besten Sinne national und konstitutionell empfunden, also in der Stimmung der großen Verfassungsbewegungen des 19. Jahrhunderts leben, hätten die Russen ungleich lieber los als hier irgendwer die Amerikaner. Die Osteuropäer bewegen sich auch, werden aber dann, wie die Polen, sehr rasch daran gehindert. Sie wollen die europäische Friedensordnung, würden die Sowjets nur friedlich gehen.

Die Zeiten werden sich wie seit jeher ändern: „Jalta“, wie es im Februar 1945 von Churchill, Roosevelt und Stalin geschaffen wurde, wird vielleicht kein Jahrhundert existieren, aber das Entscheidende an den Zeiten sind die Zwischenzeiten. Und die Zwischenzeit, in der die Europäer leben, wird von den Weltmächten bestimmt, darin kann man Kissinger kaum widersprechen. Und zwar nicht, weil die Amerikaner imperialistisch wären, sondern weil die Sowjets besitzergreifend sind. Und weil der Teil Europas, der dank den USA noch frei atmet, von allem möglichen Besitzergreifen ist, nur nicht von der nötigen gefährlichen Entschlossenheit, sich selbst zu wollen und selbst zu sein: militärisch, politisch, wirtschaftlich.

Sophokles im „Aias“: „All, die wir leben, seh ich, sind nicht mehr als ein Gebild von Traum, wie ein Schatten dünne.“ Die Westeuropäer ließen sich in der Zwischenzeit seit dem Zerfall der Kriegsalianz sicherheitspolitisch von Amerika alimentieren, und sie hatten damit so viel Glück, daß sie dem Spender gegenüber am liebsten die Zähne zeigten. Das ist zwar der psychologische Kern der Friedensbewegungen, aber sicher nicht ein Merkmal jener Stärke, die man für die Schöpfung einer eigenständigen „europäischen Struktur“ benötigt. Wenn dieser politische Plan nicht konditional bleiben muß, mißt „Friedenspolitik“ neu definiert und mit Verteidigungsfähigkeit – sie bedeutet den Aufbau einer europäischen Atomstreitmacht – in Gleichung gesetzt werden.

Wer will das? Die robusten Sowjets bestimmt nicht, die Bruttosozialprodukte auch nicht. Die Amerikaner würden zögern – es sei denn, man verweigere ihnen hier stationierten Truppen die adäquate Bewaffnung – und die Europäer würden klagen, weil es weh tut, auf eigenen Beinen zu stehen. Das ändert nichts an Brandts vorzüglicher Idee. Aber sie wird ein Gebild von Traum bleiben – für die Zwischenzeit.



NATO ja, Waffen nein – wie macht man das plausibel? Brandt

FOTO: FERDI HARTUNG

Eine Trauminsel wird von der Realität eingeholt

Grenada und der Marxismus: Ein Schulbeispiel in der Karibik / Von Werner Thomas

Tom Adams, der Premierminister von Barbados, der die turbulenten Ereignisse auf der Nachbarinsel Grenada aufmerksam verfolgt, sieht die Probleme „noch lange nicht gelöst“. Grenadas Außenminister Unison Whiteman stellte dagegen am vergangenen Wochenende eine Klärung „in zwei oder drei Tagen“ in Aussicht. Adams scheint die Situation besser einzuschätzen.

Grenada, eine der kleinsten Nationen der Welt (344 Quadratkilometer, 115 000 Einwohner), ist der Schauplatz eines politischen Dramas besonderer Art: Zwei Marxisten ringen erbittert um die Macht. Sie waren einst enge Freunde. Ideologische Richtungskämpfe haben sie nun zu Feinden gemacht.

Wahrscheinlich wird Regierungschef Maurice Bishop, 39, sein Amt an den gleichaltrigen Rivalen Bernard Coard verlieren, den bisherigen Vizepremier. Aber Bishop, seit Donnerstag letzter Woche unter Hausarrest, will sich noch nicht geschlagen geben.

Seine Anhänger mobilisierten in der Hauptstadt St. Georges Demonstrationen. „No Bishop, no Revolution“, riefen sie, ohne Bishop keine Revolution. Sie drohten mit Streikaktionen. Bishop, ein hochgewachsener, bäriger Mann, der volksnahes Verhalten pflegte, verfügte über eine größere Popularität als Coard, ein kalter Funktionärstyp. Aber Coard weiß die „revolutionäre Volksarmee“ auf seiner Seite, eine von Kuba auf die Beine gestellte Streitmacht von zweitausend Mann.

Maurice Bishop, ein Absolvent der renommierten „London School of Economics“, hatte sich am 13. März 1979 an die Macht geputzt. Der Führer des „New Jewel Movement“, eine Oppositionsbewegung, die sich von Kenyatta und Castro inspirieren ließ, setzte damals den etwas senil gewordenen Regierungschef Sir Eric Gairy ab. Dieser, ein früherer Gewerkschaftsführer, irritierte gelegentlich selbst seine engsten Vertrauten, weil er sich gern mit fliegenden Untertassen beschäftigte.

Die neuen Machthaber verkündeten revolutionäre Veränderungen. Sie steuerten einen scharfen anti-amerikanischen Kurs und knüpften enge Kontakte zu Kuba. Bishop nannte Fidel Castro einmal den größten Führer der Dritten Welt. Die Kubaner drückten nicht nur die Armee und die Milizen. Sie bauten auch das umstrittenste Entwicklungsprojekt Grenadas: In der Nähe der Hauptstadt entstand für 33 Millionen Dollar ein internationaler Flughafen mit einer Asphaltfläche von 2,7 Kilometern. Die Reagan-Regierung reagierte alarmiert. Der neue Flughafen werde weniger dem Tourismus der Insel als den strategischen Interessen Kubas und der Sowjetunion dienen, warnten amerikanische Geheimdienst-Analysen. Grenada wäre ein günstiger Zwischenlandeplatz für den militärischen Pendelverkehr der Kubaner nach Afrika. Die Piste könnte auch den modernsten sowjetischen MiG-Jägern eine Operationsbasis verschaffen.

Bishop besuchte im Juni die USA, um die Befürchtungen der Amerikaner zu zerstreuen. Er bemühte sich vergeblich um ein Gespräch mit Außenminister George Shultz, wurde jedoch von Reagans Sicherheitsberater William Clark empfangen. Die doktrinären Marxisten um Coard haben Bishop diese Reise nie vergessen. Sie störte

IM GESPRÄCH Robert McFarlane

Stiller Ratgeber

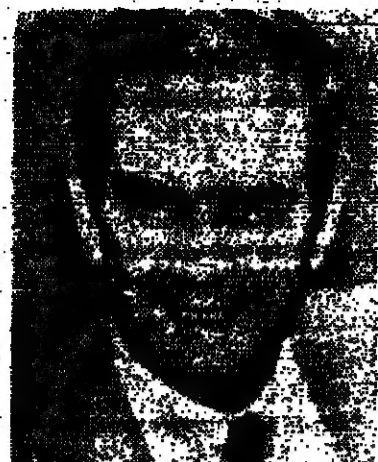
Von Thomas Kielinger

Es ist ein Zeichen für die gewandelte Rolle, die der Nationale Sicherheitsrat der USA in der Reagan-Administration spielt, daß der Präsident sich jetzt mit Robert C. („Bud“) McFarlane bereits den dritten Kandidaten in dieses Amt geholt hat. In den Zeiten, in denen ein Henry Kissinger den Sicherheitsrat zum Machtenzentrum Nummer eins aufbaute, wäre dergleichen Fluktuation an der Bierspitze undenkbar gewesen. Kissinger oder Brzezinski auf den Posten des Innenministers, wie jetzt William P. Clark, nachdem er die Leitung des Sicherheitsrats verlassen hat? Der Gedanke ist so beunruhigend wie absurd.

Nicht so in der Reagan-Ära. Dieser Präsident liebt nicht die schlagzeilenschießende Persönlichkeit im Amt des Sicherheitsberaters. Es ist genau dies der Grund, warum er den eher blassen, gänzlich unauffällig agierenden McFarlane – den bisherigen zweiten Mann im Sicherheitsrat – und nicht die farbige, zu dramatischer Intellektualität neigende UNO-Botschafterin Jeane Kirkpatrick als Nachfolger von Clark bestellt hat. Clark selber war und ist nur ein höherer „Funktionär“, ein treuer Diener seines Herrn, der sich für jede Rolle, die ihm zugeordnet wird, stoisch bereitstellt.

McFarlane mag die Unzufriedenheit in Person sein – aber an seiner Kompetenz braucht man nicht zu zweifeln. Er bringt weitaus mehr Vorerfahrung für seinen neuen Posten mit als Clark zum Zeitpunkt seines eigenen Wechsels in den Sicherheitsrat, damals im Januar 1982. Das Weiße Haus kennt den 48-jährigen McFarlane schon seit 1971 aus dem innersten Faltenwurf heraus, als er zunächst als militärischer Adjutant des Präsidenten, danach als Mitarbeiter unter Henry Kissinger den Prozess politischer Entscheidungen mitberaten konnte. In der Ära Ford schließlich avancierte er zu einem der Stellvertreter des damaligen Sicherheitsberaters, General Brent Scowcroft.

Die ganze Zeit über blieb der junge Aufsteiger Mitglied der Marineinfan-



Keine Kissinger-Rolle mehr: Sicherheitsberater McFarlane. FOTO: DPA

terie, die er erst 1979 nach zwanzig Jahren Dienst im Range eines Oberleutnants verließ. Er gehört zu jenem Typus amerikanischer Militärs, der zwischen aktivem Dienst und politischem Amt in Washington den Weg in die Spitzen nationaler Macht gefunden hat. Scowcroft, Haig (der sich 1981 McFarlane ins Außenministerium holte) und viele andere gingen diesen Weg, auch Konteradmiral John Poindexter, den Robert McFarlane jetzt zu seinem Stellvertreter im Sicherheitsrat bestellt hat.

Nicht Anwalt einzelner Standpunkte, sondern Koordinator wolle er sein, sagte der neue Sicherheitsberater am Tag seiner Ernennung. So muß man ihn einschätzen, nicht auf dieser Kunst der Sachbewältigung beruht im wesentlichen der Ruf dieses bescheidenen Arbeiters. Immerhin gelang es McFarlane in seiner zwei Monate dauernden Rolle als Nahost-Unterhändler, einen wenn auch sehr fragilen Waffenstillstand zwischen den streitenden Parteien in Libanon mit auszuhandeln. Wenn er ein Jahr lang Streit zwischen den außenpolitischen Wortführern der Reagan-Administration verhindern kann, dann hätte er in diesen Monaten des Wahlkampfes für seinen Präsidenten schon eine große Leistung vollbracht.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Hochener Dolleszeitung

Sein Ratgeber, der nicht so heißt ist, heißt es hier:

So heißt gegessen, wie es gekocht wird, wird dieses deutsche Eintopfgericht vom Frieden offenbar doch nicht. So generalstabsmäßig, wie es vom Koordinationsausschuß geplant war, läuft das Herbstmanöver des großen Widerstands offensichtlich nicht ab. Es scheiden sich mit der Inflationierung des Themas die Geister, es beginnt auch eine tiefe Denkschmerz und eine Bewußtseinsbildung durch Information. Das kann kein Schaden sein.

NEUE RUHR ZEITUNG

Die Kölner Zeitung äußert sich zu Reagan-Kandidaten:

Die Chancen Ronald Reagans sind ausgezeichnet. Seine Popularität und sein Ansehen sind so hoch wie vor drei Jahren, als er gewählt wurde. „Aus der Sicht einer deutlichen Mehrheit der Amerikaner hat der Präsident beachtliche Erfolge vorzuweisen. Das Land erlebt einen wirtschaftlichen Aufschwung, in manchen Bereichen sogar einen Boom. Die Weltgeltung Washingtons erscheint unangestastet. Die Traumata der Vergangenheit (Vietnam und Watergate) sind überwunden. Mit den Sowjets spricht Ronald Reagan in einer für den Durchschnittsamerikaner verständlichen und akzeptierten aggressiv-harten Sprache, aber in der Sache macht der Präsident eine durchaus moderate Politik, er ist

mehr „Tatgeber“, als daß er wie ein „Falk“ handelt – was ihm manche seiner erzkonservativen Freunde im Westen und Südwesten der Staaten etwas über das Tadeln nicht so gehen. Hier werden die Töne in den vielen Politiken höher gewertet als die Praxis des politischen Handelns.

SÜDWEST PRESSE

Die Subventionspolitik beschäftigt das U-Boot-Debatte:

Hieß es früher, was schert mich mein Geschwätz von gestern, so gewinnt die Bundesregierung jetzt hütig Anschluß an die rasante Entwicklung der Zeit und stellt sich unter das Motto: Was schert mich Geschwätz von heute? Was gemeint ist: Mit frommem Augenaufschlag dient die Regierung Tag für Tag der alten Lehre und verkündet ihre Abscheu vor Subventionen, um gleichzeitig von anderen Freunden mitteilen zu lassen, wenn man noch einige hundert Millionen reinknipseln muß. Der Bundesverkehrsminister erheute die deutschen Reeder mit der Aussicht auf erhöhte Neubauhäfen. Der bayerische Ministerpräsident und Aufsichtsrat von Luftbansa und Airbus Industrie macht sich für Hilfsfelder für Europas Flugzeugbauer stark. Es mag ja sein, daß Subventionen sein müssen. Aber die Bundesregierung soll es doch künftig bleiben lassen, von ihrer wilden Entschlossenheit zu künden, die Subventionsmentalität zu brechen, solange sie die täglich sticht.

Wo Preußens Gloria Denkmäler gesetzt werden

Preußen und das Deutsche scheinen in der „DDR“ größer geschrieben zu werden als hierzulande. Dies ist eine der Realitäten, denen der Besucher im kommunistischen Deutschland begegnet. Andere sind die Teilung und die Präsenz der Sowjets.

Von CARL G. STRÖHM

Die Ehrenformation in Feldgrau defiliert in der Exaktheit des Paradezugs. Jedem altpreussischen General hätte das Herz höher geschlagen. Die Offiziere mit gezogenem Säbel, dem preussischen Militärmarsch mit dem Vorzeichen des Marsch – ein Zeremoniell, das ähnliche Vorführungen der Bundeswehr eher als lässig und formlos erscheinen lässt. Ein derartiges militärisches Schauspiel bietet die „DDR“ ihren Staatsgästen. Vergangene Woche war es Österreichs Bundespräsident

Ist die „DDR“ das neue Preußen? Wer über die Straße Unter den Linden geht, steht vor dem Reiterstandbild Friedrichs d. Gr., das vor zwei Jahren wieder aufgestellt wurde – sehr zum Mißvergnügen der polnischen und tschechoslowakischen Bundesgenossen, wie man hört. Er begegnet nicht nur den Statuen der preussischen Heerführer aus der Zeit der Befreiungskriege – Scharnhorst, Gneisenau, Blücher und Yorck von Wartenburg (letzterer schloß die berühmte Konvention von Taurggen mit den Russen und leitete den Frontwechsel Preußens gegen Napoleon ein). Unweit der Sprechbrücke hat man auch das Denkmal des preussischen Reformers Freiherr vom Stein aufgestellt – mit der Unterschrift „Das dankbare Vaterland“.

Im alten Museum, von Friedrich Wilhelm III. erbaut, zeigt man eine Ausstellung zur „Kunst der Reformationszeit“. Im einstigen Zeughaus, jetzt „Museum für deutsche Geschichte“, gibt es eine historisch-politische Luther-Ausstellung, die täglich von Tausenden besucht wird. Der Dom wird wieder aufgebaut. Vor dem Mahmal Unter den Linden, einst als „Ewige Wache“ bekannt, stehen wie zu Wehrmächts- und Reichswehrzeiten Soldaten mit geschultertem Gewehr, unbeweglich, als seien sie Wachfiguren. Die Uniformen gleichen in Rangabzeichen und Farbe zum Verwechseln denen der ehemaligen deutschen Wehrmacht – nur der Stahlhelm hat sich verändert.

Man habe anfangs den Fehler gemacht, sich zu wenig um die Geschichte zu kümmern, versichert ein Funktionär und fährt dann fort, auch das sozialistische System könne nicht für alle Völker gleich sein. Der preussisch-nationale Komponente der „DDR“, die in den letzten Jahren an Intensität erheblich zugenommen hat, steht die ideologische und machtpolitische Wirklichkeit gegen-



Ein Muster an Exaktheit: Parade vor Staatsgast Kirchschräger. FOTO: VOLKMAR HOFFMANN/DPA

über. Der Spaziergang „Unter den Linden“ ist, wenn man in westlicher Richtung geht, nach wenigen hundert Metern zu Ende. Da steht dann zum Greifen nahe das Brandenburger Tor, durch die Säulen hindurch sieht man die Bäume des Tiergartens – vor einem erhebt sich, jenseits eines menschenleeren Streifens, die Mauer. Drüben, auf der westlichen Seite, sieht man Menschen mit Fotoapparaten und Ferngläsern auf jenem Aussichtspodest stehen: so nahe und doch so fern.

Bei einer abendlichen Taxifahrt durch Ost-Berlin glauben wir eine Fata Morgana zu sehen – und doch ist es kein Traum: wiederum zum Greifen nahe das Springer-Hochhaus in der Kochstraße. Man kann nicht nur die Leuchtschrift lesen, man erkennt sogar Menschen, die sich hinter den erleuchteten Fenstern bewegen. Der Taxifahrer sagt uns: „Ich würde ja mal gerne da in die Kochstraße fahren und mir ansehen, wie das Haus von der anderen Seite her ist. Ich würde das alles dort gerne sehen. Aber ich weiß, ich werde da nie hinkommen – höchstens, wenn ich einmal ein Rentner bin.“

Dieses Gefühl des Eingesperrens, der fehlenden Bewegungsmöglichkeiten, schafft offenbar einen besonderen Seelenzustand, wie es ihn in kaum einem anderen kommunistischen Land gibt – nicht einmal in der Sowjetunion. Die Teilung und Abtrennung hat aber auch etwas anderes bewirkt: Sie hat gewisse „deutsche“ Wesenszüge, die in der Bundesrepublik durch Wohlstand und offene Grenzen längst kosmopolitisch verwischt wurden, in der „DDR“ deutlich erhalten. So kommt es einem manchmal in diesem kommunistischen deutschen Staat vor, als sei hier manches „deutscher“ und jedenfalls auch „preussischer“ als im westlichen deutschen Raum.

In den eher bescheidenen Cafés, Häusern und Gaststätten – sie erinnern in ihrer Aufmachung an die Nachkriegszeit – hat sich bürgerliches Volk niedergelassen, auch Arbeiter. Aufmachung und Kleidung

sind um vieles bescheidener als in Westdeutschland. Bei den Jungen sieht man kaum den extremen Look, den man in westlichen Städten antrifft. Auch hier trägt man Jeans, aber es scheint alles ein wenig gedämpfter zu gehen.

Die Menschen auf den Straßen der kleineren und mittleren mitteldeutschen Städte scheinen mehr Zeit zu haben als die hastenden Bürger im Westen. Zugleich aber sieht man den Gesichtern an, daß das Leben hier mit vielen Problemen belastet ist, von denen sich die Bundesrepublik keine Vorstellung machen. Die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln ist zwar gesichert, aber für alles andere muß man entweder viel Zeit oder auch viel Geld aufbringen – von Fleisch bis zu guten Oberhemden, ja bis zu einem kleinen Trabant-Auto, auf das man hier bis zu zehn Jahre warten muß.

Das alles hat auf der einen Seite eine gewisse Frustration und Mißmut erzeugt, auf der anderen Seite aber dialektisch eine neue Qualität hervorgerufen: Die Menschen haben sich „verinnerlicht“. Wer nicht nach außen lebt, nicht in ferne Länder reisen kann, sucht die Welt in sich selbst, im Freundeskreis, in der kleineren Umgebung. Das aber kommt den Deutschen weissenmäßig entgegen.

Allerdings, es gibt – wie immer in der kommunistischen Welt – neben der ersten und zweiten noch eine dritte Realität. Unvermittelt steht man bei einer Fahrt durch Thüringen vor russischen Kasernen, aus denen selbstmützig Sowjetsoldaten in erdbraunen Uniformen hervorquellen, vor russischen Wohnblocks, die wie Moskauer Fremdkörper im Herzen Deutschlands wirken. Und man sieht auf der Autobahn zwischen Berlin und Frankfurt a. d. Oder an den Ausfahrten sowjetische Militärpolizei. Links und rechts, dort wo die schönen märkischen Kiefernwälder beginnen, findet sich immer wieder die Aufschrift „Sperrgebiet, Betreten verboten“. Die Sowjetarmee hat kein Land so fest im Griff wie dieses Deutschland.

Die Deutschen verschlafen in Asien ihre Chancen

Südostasien, das ist ein Markt von fast 280 Millionen Menschen, deren Kaufkraft trotz Rezession noch wächst. Die deutsche Wirtschaft hätte hier gute Chancen, doch ihr Engagement ist dürftig. Noch ist der Markt nicht verloren, aber andere Industrieländer sind bereits dabei, den Kuchen unter sich aufzuteilen.

Von CLAUD DERTINGER

Die Philippinen, zweitgrößter Schuldner unter Südasiens Schwellenländern, stecken in Zahlungsschwierigkeiten. Malaysia Birgern droht eine Ausreisesteuer, die Kuala Lumpur Devisen- und Staatskasse schonen soll. Indonesien macht sich Sorgen wegen der raschen Verschlechterung der Leistungsbilanz und die Auslandsschulden wachsen. In Hongkong kriselt es bei Immobilien- und Finanzgesellschaften. Greift die internationale Zahlungskrise nun auch auf die bisher helle Welt Südasiens über?

Diese Nachrichten aus Ländern am Pazifischen Becken klingen nicht gut. Aber sie alarmieren die internationale Finanzwelt nicht, von Manilas Zahlungsproblemen einmal abgesehen. Ein Vergleich zu Lateinamerika erscheint völlig unangebracht. Was aus Südostasien neuerdings in die Schlagzeilen der internationalen Finanzpresse kommt, sind Einzelfälle.

Natürlich spürt auch diese Region die wachstumsstärkste der Welt, die Rezession in den Industrieländern. Das ist kein Wunder bei der starken Exportabhängigkeit der Asean-Länder (Singapur, Malaysia, Indonesien, Thailand, Philippinen) sowie Taiwans, Südkoreas und Hongkongs. Das Wirtschaftswachstum hat sich erheblich abgeschwächt. Und nicht wenige Länder haben mehr oder minder einschneidende Anpassungsmaßnahmen ergriffen, um das mit dem Rückgang der Rohstoffpreise und der Nachfrage nach Industriegütern gestörte außenwirtschaftliche Gleichgewicht zurückzugewinnen. Das läßt hoffen, daß sich die Wachstumskräfte, zumal bei einer sich abzeichnenden Belebung der Weltkonjunktur, wieder voll entfalten.

Auf diesem Markt von etwa 280 bis 280 Millionen Menschen, deren kaufkräftige Nachfrage trotz Rezession in anderen Teilen der Welt noch wächst, hätte auch die deutsche Wirtschaft gute Chancen. Aber hat sie, die in diesem Raum im Vergleich zur Industrie anderer Länder weit unterrepräsentiert ist, sich schon darauf eingestellt?

„Ihr habt ja im Handel und bei euren Investitionen seit jeher ein besonderes Faible für Lateinamerika“, rät Malaysia Finanzminister Tengku Razaleigh Hamzah mit süffisantem Hinweis auf die lateinamerikanischen Zahlungsprobleme, als er in einer Diskussion mit deutschen Journalisten in Kuala Lumpur auf das Thema deutsches Engagement in seinem Land zu sprechen kommt. Hans Ferdinand Linsser, Bonns Botschafter in der malaysischen Haupt-

stadt wundert sich ebenso wie Malaysias Entwicklungsminister Dato Sanusi Junid, einer der einflußreichsten Politiker und wichtigsten Männer im Kabinett, daß deutsche Firmenvertreter nur zu Eintagsfliegen ins Land und bei ihren Geschäften nicht so recht zum Zuge kommen, während die Konkurrenten aus anderen Ländern sich mehr Zeit nehmen und dafür mit gut gefüllten Auftragsbüchern heimreisen.

Malaysia, ein Land, das mit einem überdurchschnittlich steigenden Pro-Kopf-Einkommen seiner wachsenden 14-Millionen-Bevölkerung einen vorderen Platz unter den Schwellenländern der Dritten Welt einnimmt, ist mit ganzen 120 Millionen Mark deutscher Direktinvestitionen bis 1982 und einem deutschen Anteil von nicht einmal vier Prozent an seinen Importen kein Einzelbeispiel. Vielen deutschen Unternehmen, meint Wolfram Dufner, Bonns Botschafter in Singapur, sei noch nicht klar, daß der Weltmarkt neue Dimensionen annimmt, daß er sich zunehmend in die pazifische Region verlagert. „Das schreit geradezu nach einem deutschen Konzept. Wir müssen aufpassen, daß wir den Anschluß nicht verlieren“, mahnt der Diplomat. Und wenn Rot-China – für diesen Markt sieht er in der südostasiatischen Region das ideale Sprungbrett – eventuell einmal das adaptierte, was geschäftstüchtige Chinesen in Singapur, Malaysia und anderen Ländern dieses Raums dank Fleiß, Intelligenz und Disziplin auf die Beine gestellt haben, dann könnten die Deutschen einpacken.

Singapur und Kuala Lumpur, diese beiden Millionenstädte sind Symbole der aufstrebenden Wirtschaftskraft Südasiens, wenn auch mit einigen Übertreibungen. Es sind Großstädte, in denen immer höher aufragende Wolkenkratzer nach und nach die Idylle kolonialer Vergangenheit und die für die Region typischen schäbigen zweistöckigen Häuschen mit den verwachsenen bunten Farben verdrängen. Wer diese Städte einige Jahre nicht besucht hat, erkennt sie kaum wieder. Ein Anflug von Gigantomanie scheint die Szene besonders in Singapur zu beherrschen, wo die Wirtschaftsleistung im ersten Halbjahr trotz Rezession noch um fast sechs Prozent höher war als vor einem Jahr.

Aber was geschieht, wenn der von öffentlichen Aufträgen und Auslandskapital getragene Bauboom abebbt, denn die Wirtschaft steht über einem Jahr in ganz besonderem Maße ihren Schwung verlor? Bonns Botschafter in dem Land von der Größe des Bodensees ist überzeugt, daß es das 2,8-Millionen-Volk (zu etwa 70 Prozent Chinesen) schafft, auch mit schwierigen Situationen fertig zu werden. Dabei hilft das kühle Management einer aus Pragmatikern und Technokraten bestehenden pseudodemokratischen Regierung, die Erfolg und Mehrheit des Wohlstands auf ihre Fahnen geschrieben hat und die sich mit diesem ideologischen Programm eins weiß mit der ganz überwiegenden Mehrheit des Volkes, das vor allem ein Haupt-



Immer höhere Wolkenkratzer: Symbole von Singapurs Wirtschaftskraft. FOTO: WILHELM KNUTTEL

ziel hat: viel Geld verdienen. Zukunfts pessimismus wie etwa auf dem europäischen Kontinent ist ein Fremdwort. Aber wenn es nötig ist, schränkt man sich auch ein, ist Botschafter Dufner überzeugt.

Singapur, dessen Schicksal als Handelsnation vor allem von der Zukunft Malaysias und Indonesiens abhängt und einer verarbeitenden Industrie von relativ geringem Diversifizierungsgrad, in der die Robilverarbeitung und der Schiffbau die Hauptrollen spielen, ist ein Musterbeispiel dafür, was ein Land mit freiem Unternehmertum und liberalem Gewerberecht an Kräften mobilisieren kann, ohne sich bisher dabei zu überheizen. Nicht mehr die Europäer, sondern die Japaner, nach dem Weltkrieg zur zweitgrößten Handelsnation der Welt aufgestiegen, gelten als das große Vorbild, dem es nachzueifern gilt. „Look fast“ heißt die Parole.

Das gleiche gilt für den nördlichen Nachbarn Malaysia, das seinen relativen, aber steigenden Wohlstand vor allem Kautschuk und Palmöl verdankt, zwei Rohstoffen, die sich neuerdings wieder steigender Nachfrage erfreuen und bei denen das Land weltgrößter Produzent und Exporteur ist. Auch dieser Asean-Flächenstaat mit seiner dünnen Besiedlung gehört zur Gruppe jener Länder mit dynamischer Wirtschaftsentwicklung, die das Ergebnis einer auf marktwirtschaftlichen Prinzipien beruhenden exportorientierten Entwicklungsstrategie ist. Das im Entwicklungsstadium noch für notwendig gehaltene staatliche Engagement in der Wirtschaft soll zurückgeschraubt werden. Im Rahmen von Privatisierungen will Finanzminister Razaleigh auch ausländische Investoren einladen. Ganz generell will er private Unternehmen zur Entwicklung des Landes ermuntern.

Daß sich Investitionen in Malaysia rentieren, verrät ein deutscher Unternehmer in Penang. „Wir arbeiten hier mit einem Sechstel der deutschen Lohnkosten und sorgen dafür, daß unsere Mutter in Deutschland noch

einen Gewinn vorzeigen kann.“ Manche deutsche Unternehmen haben ihre Investition schon nach einem Jahr verdient.

Die Regierung sieht am liebsten Auslandsinvestitionen im Maschinenbau und in der Feinmechanik. Bis 1985 soll auch der Bau von Autos aus im Lande gefertigten Teilen und Motoren aufgenommen werden. Am besten sind ausländische Firmen beraten, wenn sie sich auf mit einfacher Arbeit mögliche Produktionen wie Montage oder Elektronik verlegen, empfiehlt zitiert Unternehmer aus Penang. Denn es fehlt eine ordentliche Berufsausbildung als Voraussetzung für ein erfolgreiches Investment mit großer Fertigungstiefe.

„Wir Malayen sind eben von Natur aus faul“, entschuldigt Entwicklungsminister Sanusi manches, was im Lande noch nicht so recht klappt, besonders den unbefriedigenden Entwicklungsstand der Landwirtschaft. Aber er will das ändern und seine Landsleute mit der Religion zu kämpferischem Geist motivieren, der allein Erfolge bringe. „Gott ändert das Schicksal der Menschen nicht, wenn sie sich nicht selbst ändern“, zitiert er den Koran, „und Gott fordert von den Menschen harte Arbeit, damit sie nicht zu Sündern werden.“

Wegen der Rezession mußte die Regierung, die rund 60 Prozent ihres Budgets für die Landesentwicklung ausgibt, kräftige Abstriche machen. Aber sie scheint die mit der Rezession verbundenen Probleme in den Griff zu bekommen. Zwar ist die Auslandsverschuldung auf fast zehn Milliarden Dollar in den letzten Jahren kräftig gestiegen. Aber das Land hat, urteilt Günther Schmidt-Weyland vom Vorstand der DG-Bank, vernünftigerweise in guten Jahren keinen Kredit aufgenommen, so daß es jetzt ein ordentliches Vertrauenspolster besitzt, was bei der Bewältigung von Problemen hilft. Und vom IWF hat das Land noch nicht einen einzigen Cent Kredit gefordert, betont Finanzminister Razaleigh nicht ohne sichtlichen Stolz.

Oberstudienrat Meintrup lehrt höhere Mathematik. Aber mit wem kann er bei der Ausbildungsfinanzierung seiner Kinder rechnen?



Thorsten (12) und Jens-Uwe (14) haben schon jetzt etwas vom Vater geerbt: ein kluges Köpfchen. Das wird teuer: „1 x Physiker + 1 x Arzt = 24 Semester“, kalkuliert Vater Meintrup. Seine Frau und er sind froh, daß sie bereits im ABC-Schützenalter ihrer Kinder mit uns über deren Ausbildung gesprochen haben. So schlossen sie für unser „Sparen mit Zuschlag“ einen Sparvertrag ab und zahlten das Kindergeld von Anfang an darauf ein. Zusätzlich rieten wir den Meintrups zu einer Ausbildungsversicherung. Mit diesem „Startpaket“ sind Junioren rundherum abgesichert. Und auch eine lange, teure Ausbildung bleibt keine Gleichung mit zu vielen Unbekannten.

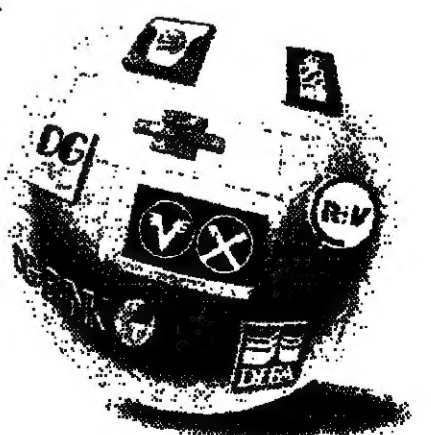
Oberstudienrat Meintrup brauchte sich nur an uns zu wenden, um seinen Kindern bessere Zukunftschancen zu ermöglichen. Denn wir bieten zur guten Beratung den umfassenden Finanzservice aus einer Hand: unser Verbund-Angebot.

Der Verbund: Alles aus einer Bank. Der Verbund ist der Zusammenschluß aller Volksbanken und Raiffeisenbanken, ihrer regionalen Zentralbanken, der DG BANK und führender Spezialinstitute der Finanzwirtschaft. Der Verbund hilft Ihnen, Ihre Gelddinge bequem und überschaubar zu erledigen und mehr aus Ihrem Geld zu machen – und dies bei jeder

der 20.000 Bankstellen der Volksbanken und Raiffeisenbanken.

Ihre Sache ist unsere Sache. Volksbanken und Raiffeisenbanken sind genossenschaftlich organisiert. 9,5 Millionen unserer Kunden sind zugleich Bank-Teilhaber und haben Mitspracherecht. Partnerschaft ist unser Prinzip und einer der Gründe, warum wir eine so erfolgreiche Bankengruppe geworden sind.

- DG BANK Deutsche Genossenschaftsbank
- 8 regionale Zentralbanken
- Baugparkasse Schwäbisch Hall
- DG HYP Deutsche Genossenschaftsbank Hypothekenbank
- DIFA Deutsche Immobilien Fonds AG
- Münchener Hypothekenbank eG
- R+V Versicherung
- Union-Investment-Gesellschaft



Volksbanken Raiffeisenbanken
Wir bieten mehr als Geld und Zinsen.

Der Kanzler unterrichtet die SPD-Führung

MANFRED SCHELL, Bonn
Bundeskanzler Helmut Kohl hat gestern ein einstündiges Gespräch mit Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel geführt. Beide Politiker, die ihr Interesse an einer solchen Begegnung seit längerem bekundet hatten, trafen sich im Bundeskanzleramt zu einem Vier-Augen-Gespräch.

Vogel hatte im Vorfeld dieser Unterredung den Wunsch der SPD nach einem guten Informationsfluß vor allem in außenpolitischen Belangen hervorgehoben. Diese Zusage wurde dem SPD-Politiker gegeben. Der Bundeskanzler wird außerdem am 26. Oktober den auswärtigen Ausschuss des Bundestages über die Ergebnisse seiner Nahost-Reise unterrichten. Er hat dies, so wird angenommen, bereits gestern gegenüber Vogel getan. In Regierungskreisen wurden als weitere mögliche Gesprächsthemen die in der deutschen Entwicklung und die Debatte über die Sicherheitspolitik einschließlich der NATO-Nachrüstung genannt, die angesichts der starken Haltung der Sowjetunion in Genf immer wahrscheinlicher wird. Bundeskanzler Helmut Kohl, so hieß es, gehe jetzt ebenfalls davon aus, daß es in Genf zu keinem Zwischenergebnis mehr komme.

Wie vorgesehen wird Kohl am 21. November eine Regierungserklärung vor dem Bundestag dazu abgeben und die Nachricht mitteilen. Außerdem wollen CDU/CSU und FDP einen Entschließungsantrag einbringen und darüber abstimmen. In ihm soll die Haltung der Bundesregierung in der Sicherheitspolitik einschließlich des Vollzugs des NATO-Doppelbeschlusses gebilligt werden. Eine Begegnung zwischen Helmut Kohl und seinem Amtsvorgänger Helmut Schmidt, der kürzlich erklärt hatte, er bleibe bei seinem Ja zum Doppelbeschluss, ist noch nicht terminiert, wie im Bundeskanzleramt versichert wurde.

Hamburg: Gericht öffnet Bannmeile

hs/DW, Hamburg
Der Hamburger Senat muß den Rathausmarkt für die für Samstag geplante „Volksversammlung“ der „Friedensbewegung“ möglicherweise doch freigeben. Das Hamburger Verwaltungsgericht erließ gestern eine einstweilige Verfügung, in der der Hamburger Landesregierung aufgelegt wird, eine Ausnahme vom Bannkreisesatz zu machen. Eine Begründung gab das Gericht zunächst nicht. Der Senat hatte seinen Beschluss, am vergangenen Dienstag mit der knappen Mehrheit von sieben zu fünf Stimmen gefaßt. Begründet wurde die Entscheidung damit, daß die Veranstaltung in der Bevölkerung und unter den Parteien nicht unumstritten sei. Bürgermeister Klaus von Dohnanyi (SPD), der sich für die Aufrechterhaltung der Bannmeile ausgesprochen hatte, befindet sich zur Zeit in China. Ob der Senat beim Oberverwaltungsgericht Rechtsmittel einlegen wird, ist bisher unklar.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the U.S.A. is US-Dollar 365.00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Rau hat die FDP als möglichen Partner wohl schon abgeschrieben

Möller nach Abschiebung von Regierungspräsident Rohde: Gezielte Aktion gegen FDP

WILM HERLYN, Düsseldorf

Die nordrhein-westfälische SPD-Landesregierung hat gestern auf ihrer Routine-Kabinettsitzung beschlossen, den Präsidenten des Regierungsbezirks Düsseldorf, Achim Rohde, in den einstweiligen Ruhestand zu entlassen. Der engagierte FDP-Politiker war vielen Sozialdemokraten – vor allem nach dem absoluten Landtagswahlsieg 1980 – ein Dorn im Auge. Als einziger liberaler Politiker aus der sozialliberalen Ära ist jetzt nur noch der Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, Wolfgang Vollmer, in seinem Amt.

Ein „phantasieloser Kopfnicker“ hatte Rohde nie sein wollen – und das hat nun seinen Kopf selbst gekostet. Am späten Montagabend erschien er, sichtlich betroffen, auf einer FDP-Veranstaltung mit dem Landesvorsitzenden Jürgen W. Möller und verkündete: „Nun ist der Weg frei zum politischen Jagen.“

Selbständige Linie

Der Senkrechtsstar in der FDP – er war Referent des früheren Bundesaußenministers Walter Scheel und sammelte politische Erfahrung bei den Düsseldorf Wirtschaftsmännern Kienbaum und Kohlhaase und galt als enger Berater des früheren FDP-Landesvorsitzenden Horst-Ludwig Riemer – machte schon bei Amtsantritt 1975 keinen Hehl aus seiner Absicht, eine selbständige Linie durchzusetzen. Er favorisierte ein Sondermodell „Eiserner Rhein“, daß diametral gegen die Interessen der Landesregierung mit ihrem Ruhr-Programm stand. Nach Rhodes Plan sollte längs der Eisenbahnlinie Düsseldorf-Münchenglückbach-Anwerpen ein neuer industrieller Schwerpunkt entstehen. Kein Wunder, daß

die mächtigen Oberbürgermeister des Reviers – allesamt Mitglieder der SPD – gegen den Freidemokraten zu Felde zogen.

Die Strukturpolitik blieb nicht die einzige Reibfläche zwischen FDP und SPD. Denn noch bevor die gewerkschaftseigene Neue Heimat im Schußfeld stand, legte sich Rohde 1978 mit dem Konzern an und beanstandete, daß die Unternehmen in Düsseldorf, Essen und Remscheid ihre Gewinne an die Muttergesellschaft in Hamburg abführten. Das sei ein Verstoß gegen das Wohnungsbau-gemeinnützigkeitsgesetz. Die Neue Heimat klagte – und verlor.

Der Liberale hatte für sich die Wende lange vor dem Bonner Herbst vollzogen. 1979 gab er den Ausschlag bei der Wahl des Düsseldorfer Oberbürgermeisters. Bei einem Stimmenverhältnis von 41 Abgeordneten der CDU, 37 der SPD und fünf der FDP trat er zugunsten des heutigen Amtsinhabers Josef Kürten gegen den SPD-Kandidaten Klaus Bungert und damit für einen Koalitionswechsel seiner Partei ein. Rohde damals: „Wir können nicht an der Tatsache vorbei, daß die CDU die absolute Mehrheit nur um einen Sitz verfehlt hat.“

Jürgen Möller zögerte nicht lange mit einem klaren Wort. Gegenüber der WELT sagte er noch im „Malkasten“: „Das ist eine unerfreuliche und gezielte Aktion der SPD gegen die Freien Demokraten.“ Später ergänzte er, dieser „Schlag“ habe den gleichen Stellenwert wie die Ablösung der drei Düsseldorf FDP-Staatssekretäre nach der Regierungsübernahme von Helmut Kohl in Bonn. Diese Personalentscheidung des Ministerpräsidenten Johannes Rau wurde vielfach als „Racheakt“ gewertet.

Ironisch setzte Möller hinzu,

solche „unfreundlichen Maßnahmen“ werden bei der Koalitionsentscheidung der FDP vor den Landtagswahlen 1985 gebührend gewürdigt werden.

Die Ankündigung von Innenminister Herbert Schnoor, Dienstherren Rohde, er wolle das Amt des Regierungspräsidenten mit einem liberalen hohen Beamten besetzen, löste Unruhe in der FDP aus. In ersten Reaktionen vertrat die führende Mitglieder der Partei die Meinung, jeder Freidemokrat, der dies Amt übernehme, desavouiere damit Rohde selbst.

Möller hält sich zurück und betont, seine Partei sei nicht bereit, „sich die Mitverantwortung für eine sachlich und politisch falsche sowie unkluge Entscheidung aufdrängen zu lassen“.

Kabinettskritik

Rohde sah es als seine Pflicht an, in Rufweite der Landesregierung die Interessen des größten deutschen Regierungsbezirks auch lautstark zu vertreten. So bemängelte er in letzter Zeit seiner Meinung nach unzureichenden Einsatz der Polizei bei den Krawallen und kritisierte die Entscheidungslosigkeit des Kabinetts von Ministerpräsident Johannes Rau in allen Umweltfragen. Sein Verhältnis zu seinem Dienstherren Innenminister Schnoor wurde immer gespannter.

Immer deutlicher wird, daß Möller und die Liberalen eine Koalitionszusage den Christdemokraten geben werden, wenn 1985 gewählt wird. Die Entscheidung gegen Rohde ist darum auch ein Signal dafür, daß sich die SPD entschlossen hat, den Wahlgang allein durchzuführen und nicht mehr auf ein Angebot der FDP zu hoffen.

Seite 2: Furbereinigung

„DDR“-Anwalt Vogel und das humanitäre Feld

„Devisen spielen wohl auch eine Rolle“

MANFRED SCHELL, Bonn

Die „DDR“ hat die bisher von ihr gewürschene Diskretion bei Fragen des Haftlingsfreikaufs und der Familienzusammenführung aufgegeben und zugleich eingeräumt, daß für sie dabei „Devisen“ keine Rolle spielen. Ein entsprechendes Fernsehinterview, das der Ostberliner Rechtsanwalt Wolfgang Vogel der Fernsehsendung „Kontraste“ gegeben hat, ist deshalb bei der Bundesregierung in Bonn mit besonderem Interesse registriert worden. Erstmals ist zu nächst, daß Vogel als der Vertraute von SED-Generalsekretär Erich Honecker überhaupt eine Stellungnahme zu diesem Komplex abgegeben hat. Bisher war der „DDR“ peinlich daran gelegen, daß darüber stillschweigen gewahrt wird.

In dem Fernsehbericht wurde die Tätigkeit Vogels für die „DDR“ so beschrieben: „Der Anwalt holt Menschen und bringt Devisen.“ Dazu meinte Vogel, „mit der Devisenbringer, das ist keine Achillesferse für mich“. Es sei erwiesen, daß humanitäre Aktionen gestoppt worden seien und „man auf Devisen verzichtet hat“. Und dann fügte Vogel hinzu: „Dies unter anderem ist der Beweis für mich, daß die Devisen nicht an erster Stelle stehen, wohl auch eine Rolle spielen.“ Als eine Unverfrorenheit wurde in Bonn die Erklärung von Vogel bezeichnet, das „humanitäre Feld hat bei uns natürlich einen besonderen politischen Stellenwert“. Vogel verschweige, so hieß es in Regierungskreisen, daß es die unumstößlichen Züge des „DDR“-Regimes seien, die überhaupt einen Haftlingsfreikauf notwendig machten. Die „DDR“ lasse sich jeden, den sie aus den Haftanstalten freilassen, in Mark bezahlen.

Seit dem Jahre 1962 sind etwa 25 000 Häftlinge auf diesem Weg in

den Westen gekommen. Etwa 80 000 Familienzusammenführungen sind gelungen. Die Bundesregierung bestätigte gestern, daß im Bemühen, auch nach dem Regierungswechsel in Bonn humanitäre Fragen zu lösen, kein Einbruch zu verzeichnen sei. Mit seinem Interview, so ist die Einschätzung der Bundesregierung, wollte Vogel offenkundig im Auftrag von Honecker politische Signale setzen. In die „allgemeine Drogenkult“, so hieß es in Bonn, passe die Erklärung Vogels, durch den Vollzug des NATO-Doppelbeschlusses werde der humanitäre Bereich, also Haftlingsfreikauf und Familienzusammenführung, tangiert. Auf eine entsprechende Frage hatte der Anwalt geantwortet: „Im weitesten Sinne, ja.“ Dann griff Vogel den Brief von Honecker an Bundeskanzler Helmut Kohl auf und sprach von einem Appell „zu einer Koalition der Vernunft“. Auf die Frage, was dies heißen solle, antwortete der Anwalt: „Ich verstehe es so, daß noch mehr als bisher zwischen beiden deutschen Staaten Konflikte ausgeräumt werden können, die noch bestehen. Und da gibt es noch eine ganze Reihe.“ Mit Konflikten meine er Vorgänge „im menschlichen Bereich“. Er sei davon überzeugt, daß der humanitäre Bereich ausgeweitet werden könne. Zum Beispiel seien mehr Familienzusammenführungen möglich. Auch deutete er Möglichkeiten einer Senkung des Reisepreises für „DDR“-Bewohner an. Auf solche Möglichkeiten angesprochen, antwortete Vogel: „Da bin ich überzeugt, das übersteigt meine Kompetenz. Da müssen sie die Politiker fragen, aber ich schließe das nicht aus.“ Bei der Bundesregierung besteht die Meinung, daß Vogel dieses Interview nicht ohne Zustimmung von Honecker geben konnte. Vogel selbst sagte, ohne „den Segen“ von Honecker könne er das, „was ich getan habe und tue, nicht tun“.

Polnische Kirche über Nachwirkung der Lagerhaft

JGG, Bonn

63 Prozent der unter dem Kriegrecht in Polen Internierten haben schwere seelische und gesundheitliche Schäden davongetragen. Darüber berichtet jetzt ausführlich das Hilfskomitee für politische Gefangene, über das der Primas der katholischen Kirche die Schirmherrschaft übernommen hat. Bei den Personen, die während ihrer Haftzeit mißhandelt worden waren, seien Ohnmachtsanfälle, Rückgratschäden oder Teilerblindungen festgestellt worden. Dessen Kreis gehören etwa zehn Prozent der Untersuchten an. Weitere zehn Prozent litten an chronischen Verdauungsstörungen, fünf Prozent an chronischen Rückgratskrankheiten und 4,5 Prozent an Lungenkrankheiten. Ferner trafen Frauenkrankheiten, Kreislauf- und Nierenschäden sowie neurologische Krankheiten auf.

In dem Untersuchungsbericht wird darauf hingewiesen, daß von den rund 10 000 Internierten die meisten vor ihrer Inhaftierung kriegesunfähig gewesen seien. Etwa 60 Prozent müßten heute nachbehandelt werden.

Prozeß gegen Führer der „Solidarität“

uu, Bonn

Vor dem Militärgericht in Gdingen hat am Montag ein Prozeß gegen den ehemaligen Vorsitzenden der Hafenkommission von „Solidarität“ in Danzig, Stanislaw Jarosz, begonnen. Jarosz, der zu den Mitbegründern der freien Gewerkschaft gehört, hatte nach der Verkündung des Kriegesrechtes in Polen im Dezember 1981 den Streik der Danziger Werftarbeiter organisiert. Unmittelbar danach wurde er verhaftet. Er fiel auch nicht unter die bedingte Teilamnestie in diesem Jahr. Der Prozeß wird unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführt.

Militärdekan empört über Pfarrer

„Gefährlicher Mißbrauch des Wortes Widerstand“ / Für Klarheit der Begriffe

DW, Bonn
Der Leiter des evangelischen Kirchenamtes für die Bundeswehr, Generaldekan Reinhard Gramm, hat den umstrittenen „Widerstand des Christen“ am vergangenen Sonntag zum Anlaß genommen, seine Kirche vor einem „schleichenden Zerfall unserer Rechtsnormen“ zu warnen. Es sei ein schlimmer und gefährlicher Mißbrauch des Wortes Widerstand, wenn er im Zusammenhang mit kirchlichen oder christlichen Aktionen gebraucht werde, sagte Gramm in einem Interview mit dem Informationsdienst der evangelischen Allianz (IDEA). Wer mit diesem Begriff arbeite und sich bewußt oder unbewußt der Abgrenzung des Widerstandes im Dritten Reich stelle, verleihe ihm Unvergleichliches.

Gramm empfahl, statt von Widerstand von Widerspruch und Opposition zu reden. Er bezeichnete es mehr als bedauerlich, daß auch in kirchlichen Kreisen längs mit dem Begriff Widerstand „loketiert“ worden sei. Diesem „Spuk“ hätten die Kirchen schon längst ein Ende bereiten müssen. Es sei gut, daß Kirchenleitungen

und der Rat der EKD inzwischen mehrfach darauf hingewiesen haben, daß man die Situation des Dritten Reiches nicht mit der heutigen vergleichen könne. Dies seien – so Gramm – befreiende Worte besonders für die Militärseelsorge.

Dankbar äußerte er sich darüber, daß sich die EKD nicht den Satz der „Friedenserklärung“ der Weltkirchenkonferenz in Vancouver zueigen gemacht habe, wonach schon die Herstellung und Stationierung von Atomwaffen ein Verbrechen gegen die Menschheit darstelle und sich Christen nicht an einem Konflikt beteiligen dürften, bei dem Massenvernichtungsmittel eingesetzt würden. Dieser Erklärung hatten sich unter anderem 33 der 46 Superintendenzen der Rheinischen Landeskirche angeschlossen.

Die Konsequenz der Erklärung des Weltkirchenrates ist nach Auffassung des Militärdekans, daß man als Christ in der Bundeswehr nicht tätig sein könne: „Aufgrund dieser Erklärung wurden alle die zu Verbrechen gemacht, die die derzeitige Friedenspolitik der NATO und damit auch unse-

res Landes aktiv als Soldaten wahrnehmen oder sie auch indirekt unterstützen, indem sie zu jener großen Mehrheit der Bürger der Bundesrepublik gehören, die die derzeitige Sicherheitspolitik mitträgt.“

Grundsätzlich stellte Gramm die Frage, ob die Kirche nicht noch deutlicher ihre Verantwortung und auch ihre große Dankbarkeit für „unsere heutigen Staat zum Ausdruck bringen sollte“. Die evangelische Kirche, so der Militärdekan, sei mitschuldig gewesen am Untergang der Weimarer Republik. Heute könne sie einen Beitrag für den Staat leisten, in dem sie auf seine positiven Möglichkeiten hinweise.

Gramm bedauerte, daß im Zusammenhang mit den Aktionen der „Friedensbewegung“ auch von kirchlichen Kreisen Rechtsverletzungen nicht mehr klar beim Namen genannt würden. Er kritisierte insbesondere die Blockierung von Kasernen. Das Verbot für Kasernen, daß es sich um widerrechtliche Aktionen handle, bei denen Soldaten eingesperrt und ihrer Freiheit beraubt würden, sei völlig verlorengegangen.

Wiesheu hat „bewußt provoziert“

Generalsekretär: Erwartet, daß Kirchen nicht zur CSU-Friedensdemonstration kommen

PETER SCHMALZ, München
Als bewußte Provokation hat CSU-Generalsekretär Otto Wiesheu nach eigenen Angaben seine Rufe an die Kirchen verstanden, ihre Mitglieder zur Teilnahme an der Münchner CSU-Friedensdemonstration am kommenden Samstag aufzufordern. Die Ablehnung wurde von Wiesheu ebenso erwartet wie die Begründung, die Kirchen könnten grundsätzlich nicht zu parteipolitischen Veranstaltungen einladen. Damit aber haben die katholische und die evangelische Kirchenführung dem CSU-Politiker das gewünschte Argument in die Hand: Wiesheu wird dem Münchner Erzbischof Friedrich Wetter und dem evangelischen Landesbischof Johannes Hansmann nun detaillierte Unterlagen als Beweis dafür schicken, daß kirchliche Organisationen seit Jahren zu linken politischen Aktivitäten aufrufen.

„Die uns gegenüber geäußerte Zurückhaltung der Kirchen findet meine volle Unterstützung, aber sie sollte nach allen Richtungen gelten“, meinte Wiesheu gestern. Linksgerichtete Aktivitäten kirchlicher Verbände sei-

en aber seit langem ein Tabuthema, vor dem die Bischöfe die Augen verschließen. Der CSU-Manager: „Das wollten wir einmal aufbrechen und öffentlich diskutieren, nachdem wir in letzter Zeit aus kirchlichen Kreisen zunehmend aufgefordert wurden, hier etwas zu unternehmen.“

In den Unterlagen, die Wiesheu den Bischöfen beider Konfessionen schickte, befindet sich unter anderem ein Papier der katholischen Studentengemeinde Regensburg, in dem der Staat als Feind bezeichnet und zu „friedlichen Formen von Gesetzesbrüchen“ aufgefordert wird. Das gesetzwidrige Engagement des einzelnen wird herausgefordert mit Sätzen wie: „Die Überzeugung, daß es gut wäre, in Kreiswehrersatzämtern einzudringen und Akten zu verbrennen, hilft uns wenig, wenn wir nicht bereit sind, es zu tun.“

Die evangelische Jugend München bietet ihren Mitgliedern Seminare zur „Erkennung von Formen des gewaltfreien Widerstandes“ an und ruft die Jugend „zur Beteiligung an der Menschheitskette vom Stationierungsort Uim nach Stuttgart“ auf. Die kirch-

che Jugendorganisation beschaffte Busse und offeriert Beratung über die finanziellen, juristischen und persönlichen Konsequenzen, die Blockadedelegationen zu erwarten haben.

In seiner Heimatstadt fand Wiesheu im Dom von Freising angeschlossenes das Programm einer Aktionswoche, während der unter anderem zu einem Diskussionsabend über die Friedenspolitischen Vorstellungen der DPK eingeladen wird. Dabei wird ein Videofilm über „Aktionen der Friedensbewegung“ angekündigt. „Ich vermisste die Ausgewogenheit der Kirchen nach beiden Seiten“, meint Wiesheu und zitiert als Beweis dafür, daß er mit dieser Einschätzung nicht allein steht, die von bereits 160 evangelischen Pfarrern in Baden-Württemberg unterschriebene Liste, in der beklagt wird: Die politische Agitation evangelischer Pfarrer gegen die Nachrüstung „nimmt allmählich unerträgliche Formen an“. – Die Kundgebung am Samstag unter dem Motto „Frieden in Freiheit – Ja zur Sicherheit“ sieht Wiesheu als notwendiges Gegengewicht zu den Aktionen der Friedensbewegung.

Aus dem Alltag eines Energieberaters

„Wer rechtzeitig umstellt, hat gute Wachstumschancen.“

„Heute wachsen auch für viele Gärtnereien die Bäume nicht in den Himmel. In den letzten Jahren sind die Energiekosten so stark gestiegen, daß immer mehr Gärtner versuchen, Energie einzusparen. Dabei konnte ich vielen von ihnen helfen.“

Bis zu 40 Prozent der Energiekosten wurden in einzelnen Fällen durch moderne Gastechnologie eingespart. Wichtigste Voraussetzung dabei war die Umstellung auf Erdgas.

Erdgas ist eine ideale Energie für Gärtnereien. Denn nur Erdgas bietet die Möglichkeit zur CO₂-Düngung. Die künstliche Anreicherung der Gewächshausluft mit CO₂ bringt bei einigen Nutzpflanzen Ertragssteigerungen zwischen 10 und 40 Prozent.

Die heutigen Möglichkeiten zur besseren Energieausnutzung sind technisch und wirtschaftlich vertretbar. Ein Beispiel: Durch Abkühlung der Abgase kann man Wärme zurückgewinnen und gleichzeitig die anfallende Kondensationswärme nutzen. So gehen nur 2 Prozent der eingesetzten Energie verloren. Eine gesunde Grundlage für kontinuierliches Wachstum – auch in der Zukunft.“

Armin Weber · Karlsruhe



Armin Weber ist einer von vielen Energieberatern in über 500 Gasversorgungsunternehmen. Sie helfen, Energieprobleme zu lösen. Ihr Ziel: Energieeinsparung durch Erdgas und moderne Gasgeräte. Energieberatung ist nur eine der Aufgaben einer Gasversorgung. Es wird viel getan, damit jeder Kunde zu jeder Zeit Erdgas erhält: vorausschauende Mengendispositionen; hohe Investitionen für die unterirdischen Leitungen, Wartung des Netzes, ein ständiger Bereitschaftsdienst. So kommt es, daß Millionen Kunden Erdgas nutzen können. Daß diese zufrieden sind – und daß sich trotz großer Konkurrenz jährlich einige Hunderttausend neue Haushalte für Erdgas entscheiden. Vielleicht auch Sie, wenn Sie mit einem Energieberater Ihrer Gasversorgung gesprochen haben.

Wärme nach Maß
erdgas

Aus dem neuen Buch des russischen Bürgerrechtlers und Schriftstellers Wladimir Bukowski / Über pragmatische Politik und andere Übel

„Wenn Du in den Dreck geraten bist, sitz still und zwitschere nicht“

Einer Verkehrung der Begriffe ist Wladimir Bukowski auf der Spur. Die USA ernten weltweit ständig wachsenden Haß. Die Sowjetunion genießt weiterhin einen positiven Ruf. In seinem jüngsten Buch über den russischen Traum und die westliche Realität sucht Bukowski die Gründe auch in einer Kombination gefährlicher Schwächen der westlichen Politik, ihrem Pragmatismus, gepaart mit zunehmender Bürokratie und falschem Expertentum.

Von WLADIMIR BUKOWSKI

Der unheilvolle Charakter der pragmatischen Politik gegenüber totalitären Ländern ist nur eine Seite der Medaille. Während der Haß auf die Pragmatiker unter gewöhnlichen Umständen ohnmächtig bleibt, schafft dieser Haß in unserer Epoche der globalen ideologischen Auseinandersetzungen die Voraussetzungen für den Erfolg des Gegners, bereitet den Boden für seine Propaganda. Tatsächlich kann nicht überraschen, daß die USA, ein demokratisches und seinem Charakter nach nicht aggressives Land, das um ein Vielfaches mehr Entwicklungshilfe leistet als die UdSSR, als Belohnung für ihre Mühen nur ständig wachsenden Haß ernten. Die Sowjetunion dagegen, aggressiv wie sie ist, genießt weiterhin einen positiven Ruf. Woher rührt dieser einseitige Antiamerikanismus?

Auf diese Frage kann es natürlich keine einfachen Antworten geben. Die Bevölkerung der Entwicklungsländer ist, was sich durch ihre wirtschaftlichen Belastungen erklärt, besonders anfällig für die „linke Kinderkrankheit“. Die Geschichte sowjetische Propaganda stellt die schlichten amerikanischen Verteidigungsversuche als Streben nach Weltbeherrschung hin. Dazu kommt die Neigung der europäischen Sozialisten, dem Reichen immer am Zustand des Armen die Schuld zu geben. Und schließlich gründen sich der Pragmatismus und die erstmalige Ungeschicklichkeit der amerikanischen Politiker und Bürokraten auf ein Paradoxon: Einerseits neigen die USA traditionell und ihrem Charak-

ter nach zum Isolationismus, andererseits zwingen die Umstände (in erster Linie die globale sowjetische Bedrohung) sie in die Führungsrolle der demokratischen Welt. Die Zuspätkommen ihrer Position führt zu halbherzigen Entscheidungen, die ihrerseits zum Mißerfolg führen.

Die Menschen, die unter der Gewalt eines „stabilen“ Diktators aufgewachsen sind, begreifen all das nicht und sind in ihrem revolutionären Eifer auch gar nicht fähig, es zu begreifen. Die eigene Erfahrung zeigt ihnen ein präzises schwarzweißes Bild: Auf der einen Seite stehen die „schlechten“ Amerikaner, auf der anderen die „guten“ sowjetischen Kommunisten. Früher oder später sieht sich der „stabile“ Diktator, von den „Guten“ bedrängt, am Rande des Bankrotts. Und wieder haben die Pragmatiker es mit einem unlöslichen Dilemma zu tun: Einerseits darf man einen Verbündeten, der in Not ist, nicht im Stich lassen, andererseits mußte man sich in einen gegen das Volk gerichteten Krieg hineinziehen lassen, der von vornherein zum Scheitern verurteilt ist. Man mußte seine eigenen Truppen entsenden.

So arbeitet Radio Liberty

Ein weiterer Nachteil der Amerikaner ist ihre unfähige Bürokratie. Meine Freunde und ich begegneten einmal einem früheren südvietnamesischen Offizier, der inzwischen im Exil lebte, und wir fragten ihn: „Wie konnten Sie den Krieg nur verlieren? Schließlich hatten Sie amerikanische Truppen und die beste Bewaffnung der Welt auf Ihrer Seite. Wußten Sie etwa nicht, was das Land im Falle einer Niederlage erwartet?“

„Das wußten wir genau“, erwiderte er bitter, „aber wie sollten wir siegen, wenn die Amerikaner uns nicht nur Hilfe leisteten, sondern uns auch ständig vorschrieben, wofür wir zu schießen und wo Bomben abzuwerfen hatten. So kann man nicht Krieg führen. Die Amerikaner wußten ja nichts über unser Land.“

Später, als ich mich enger mit dem Stil der amerikanischen Bürokratie vertraut gemacht hatte, wurde mir

klarer, was dieser Vietnameser meinte. Aus Platzmangel will ich noch ein einziges unbedeutendes, doch sehr anschauliches Beispiel anführen: die Arbeit von Radio Liberty. Nach dem Zweiten Weltkrieg sahen die Amerikaner endlich ein, daß sie irgendwie auf die sowjetische Propaganda reagieren mußten. Man wollte der Bevölkerung der UdSSR und der Länder Osteuropas wenigstens eine von der sowjetischen Zensur nicht kontrollierte Informationsquelle verschaffen. Statt diese sehr wichtige Angelegenheit jedoch von Beginn an völlig offen abzuwickeln, wurde „für alle Fälle“ beschlossen, dies als Operation des Nachrichtendienstes zu betrachten. Der Sender wurde von der CIA finanziert, die diesen Sachverhalt natürlich empört leugnete.

Wo es aber in Amerika Geheimnisse gibt, dort gibt es auch Enthüllungen. Solche Enthüllungen haben immer den Beigeschmack von etwas Illegalem, fast Verbrecherischem. Selbstverständlich lassen große Schlaupöke und Friedliebhaber wie Senator Fulbright die Chance nicht aus, hartnäckig die Schließung des Senders zu verlangen, weil er die Beziehungen zum sowjetischen Partner störe. Die Existenz des Senders war ständig bedroht, bis endlich jemand dem einfie: Weshalb sollen wir ihn nicht offen finanzieren? Genau das wird seit kurzer Zeit getan.

Aber die Atmosphäre wird von Verboten vergiftet, insbesondere von der Zensur. Das Washingtoner Rundfunkbüro veröffentlicht regelmäßig „politische Direktiven“. Der Tonfall des Sprechers darf nicht zu erbittert sein, es empfiehlt sich nicht, auf sowjetische Propaganda zu antworten, sie zu widerlegen, man soll die Menschen nicht zur Flucht aus der UdSSR anstacheln (das heißt, der Westen darf nicht allzu sehr gelobt werden), sie nicht zur Rebellion gegen die Behörden aufwiegeln, und wenn es unglücklicherweise zu einer solchen Rebellion kommt, so muß man versuchen, die sowjetische Bevölkerung zu beruhigen und ihr auf keinen Fall Ratschläge zu geben.

Wie in Vietnam schreibt die Bürokratie also jedes Detail der Kampf-

führung vor. Wenn diese Instruktionen wirklich von den Mitarbeitern befolgt würden, so würden sich die Sendungen von Radio Liberty kaum von denen Radio Moskaus unterscheiden. Genau das geschah auf dem Höhepunkt der „Kontroversen“, denn der Sender mußte den verschlungenen Pfaden der amerikanischen Politik getreu folgen.

Dann geschah das, was anscheinend mit allen staatlichen Einrichtungen der Amerikaner geschieht: Das bürokratische Personal begann über alle Maßen zu wachsen, während die Zahl der arbeitsfähigen echten Journalisten katastrophal zurückging. Wie in der guten alten Zeit der „Illegalität“ rekrutierte sich dieses Personal hauptsächlich aus geschickten Diplomaten, aus CIA-Mitarbeitern oder aus anderen Funktionären. Der Sender wurde zur letzten Zuflucht für inkompetente Beamte, die man nicht ohne Aufsehen entlassen konnte. Das Budget des Senders wuchs proportional zur Verschlechterung seiner Arbeit.

Nach eigenen Berechnungen des Senders verringerte sich die Zahl der Hörer in der UdSSR. Die aus der UdSSR emigrierten Experten erhielten weit niedrigere Gehälter als die amerikanischen Funktionäre. Zur Zeit erreicht das Budget die astronomische Höhe von 94 Millionen Dollar im Jahr (damit könnten vier Bomber finanziert werden), und diese Mittel reichen für den effektiven Betrieb des Senders nicht aus. Wenn der amerikanische Kongreß den Emigranten nur einen fünften Teil dieses Budgets bewilligte, würde die Sowjetunion in ihren Fugen erzittern.

Ein russisches Gleichnis

Einerseits will man dem Weltbanditen entgegentreten, andererseits will man mit ihm zusammen Gleichgewicht und Stabilität aufrechterhalten. Die Amerikaner wissen offenbar nicht, was sie wollen.

Dafür wissen die sowjetischen Machthaber dies sehr gut. Sie weiten ihren Einfluß in der Dritten Welt zügig aus, indem sie den geringsten Fehler der Vereinigten Staaten nutzen.



Wladimir Bukowski (41), einer der prominentesten sowjetischen Regimekritiker, lebt heute in den USA. Sein neuestes Buch, Bestseller der „Spiegel“-Liste, gehörte zu den meistdiskutierten Neuerscheinungen auf der diesjährigen Frankfurter Buchmesse. FOTO: TUDORPRESS

In Rußland erzählt man sich folgendes Gleichnis: In einer eiskalten Winternacht flog ein Spatz von einem Heuschäfer zum anderen. Er hatte aber seine Kräfte überschätzt, erstarrte vor Kälte und fiel zu Boden. Eine Kuh kam vorbei, hatte mit dem armen Vogel Mitleid und bedeckte ihn mit einem großen warmen Kuhfladen. Der Spatz erwärmte sich, taute auf, steckte den Kopf nach draußen, blickte sich um und merkte, daß er in einer nicht sehr repräsentativen Lage war. „Hilf! Rettet mich!“ schrie er empört. „Eine Gemeinheit! Man hat mich in den Dreck geworfen!“ Eine Katze lief herbei und schnurrte: „Ach, du armer Kerl, was hat man mit dir gemacht! Aber keine Sorge. Ich ziehe dich sofort heraus.“ Sie hat es und fraß den Spatz auf. Diese Fabel birgt drei Lehren:

1. Nicht jeder, der dich in den Dreck steckt, ist ein Feind.
2. Nicht jeder, der dich aus dem Dreck zieht, ist ein Freund.
3. Wenn du in den Dreck geraten bist, sitz still und zwitschere nicht. Man kann sich nur wundern, wie

gefestigt die Demokratie noch ist. Aber wenn jemand fähig ist, sie in den Bankrott zu treiben, dann sind es die Professoren der politischen Wissenschaften und die Sowjetologen. Besonders in Amerika begibt man ungewöhnliche Ehrfurcht vor der „Bildung“ und vor akademischen Titeln. Man hat einen höchst eigentümlichen Begriff von dem, was Wissen ist: ein Instrument, dessen man sich anstelle seines Hirns bedient.

Der Respekt vor Spezialisten ist überhaupt typisch für die Amerikaner, und sie haben Spezialisten für alle Lebensbereiche. Wenn sich ein Amerikaner zum Beispiel verliebt, schreibt er nicht Gedichte, sondern geht zu einem Spezialisten für Liebesangelegenheiten. Kurz, sobald jemand ein „Problem“ hat, wendet er sich an den entsprechenden Spezialisten. Deshalb übt die „Sowjetologengemeinschaft“ außergewöhnlich starken Einfluß auf die Zielrichtung der amerikanischen Politik aus, was diese so wichtige Frage betrifft.

Diese Professoren, die oft nicht einmal die russische Sprache lesen können und sich bestenfalls ein paar Jah-

re in der künstlichen Atmosphäre der amerikanischen Botschaft in Moskau herumgetrieben haben, sollen Konzeptionen und Theorien entwickeln, von denen Präsidenten und Minister sich leiten lassen. Manche von ihnen nehmen sehr hohe Posten ein und setzen ihre Theorien in die Praxis um.

Wie auch immer, diese Mischung von Ignoranz, Dogmatismus und egoistischen Erwägungen, pseudowissenschaftlich formuliert und überzeugend dargelegt, ist zur führenden Konzeption geworden und erweist sich als so destruktiv, daß sie den Westen auch der letzten Überlebenschancen berauben kann. Sogar in den seltenen Fällen, in denen man irgendwie auf die Gegenseite einwirken könnte, wird diese Möglichkeit auf Empfehlung unserer „Experten“ sorgsam gemieden.

Im Februar 1972 besuchte Präsident Nixon China, wo er sich unter vier Augen mit dem Vorsitzenden Mao unterhielt. Das Foto dieser beiden Politiker, die heimlich hinter verschlossenen Türen flüsterten, löste bei den sowjetischen Machthabern kaum verhohlene Panik aus. Sogar für uns, die wir im Gefängnis saßen und nur Zugang zur sowjetischen Presse hatten, war offensichtlich, daß Furcht und Verwirrung im Krenn groß waren und daß unsere Führer zu erheblichen Zugeständnissen bereit wären, um nur rasch ein ebensolches Foto von Breschnew und Nixon herstellen zu lassen. Dies war ein Moment, in dem nur mit Hilfe der Diplomatie vieles von der „unzugänglichen“ sowjetischen Regierung bekommen hätte.

Die Initiative lag in Nixons Händen, und je hartnäckiger er gewesen wäre, desto mehr hätte er durchsetzen können.

Und was geschah? Schon drei Monate später war Nixon, ohne irgendeine Forderung gestellt zu haben, in Moskau und ließ sich von Breschnew umarmen. Wir zerbrachen uns den Kopf, ergingen uns in Vermutungen. Die Optimisten meinten, daß die Sowjetunion wohl doch irgendwelche geheimen Zugeständnisse gemacht habe. Schließlich konnten die Amerikaner nicht so dumm sein, ihre Trümpfe aus der Hand zu geben! Wie sich aus Nixons Memoiren ergibt, konnten sie es doch.

Aussage aus Wladimir Bukowski: „Dieser stochernde Schmerz der Freiheit“; Seewald-Verlag 1983.

In 16 Minuten verdienen unsere Sparer so viel, wie diese riesige Schiffschraube kostet.

Um einen 200.000-Tonnen-Tanker in Bewegung zu setzen, braucht man eine Schraube von mindestens acht Metern Durchmesser. Ihre Konstruktion, der Bau der Form und der Guß aus Bronze kosten so viel wie 59 VW-Golfrunde 800.000 DM.

So viel verdienen unsere Kunden in 16 Minuten. Denn die erfolgreichsten Wertpapiere Deutschlands bringen Tag für Tag 75 Millionen Mark Zinserträge.

Geld sollte Geld verdienen, und zwar so viel wie möglich: Pfandbriefe und Kommunalobligationen sind dazu ideal.

Denn: Sie bieten Ihnen hohe, in der Regel die jeweils höchsten Zinsen.

Sie können die für Sie passende Laufzeit aussuchen. Und Ihre Papiere von

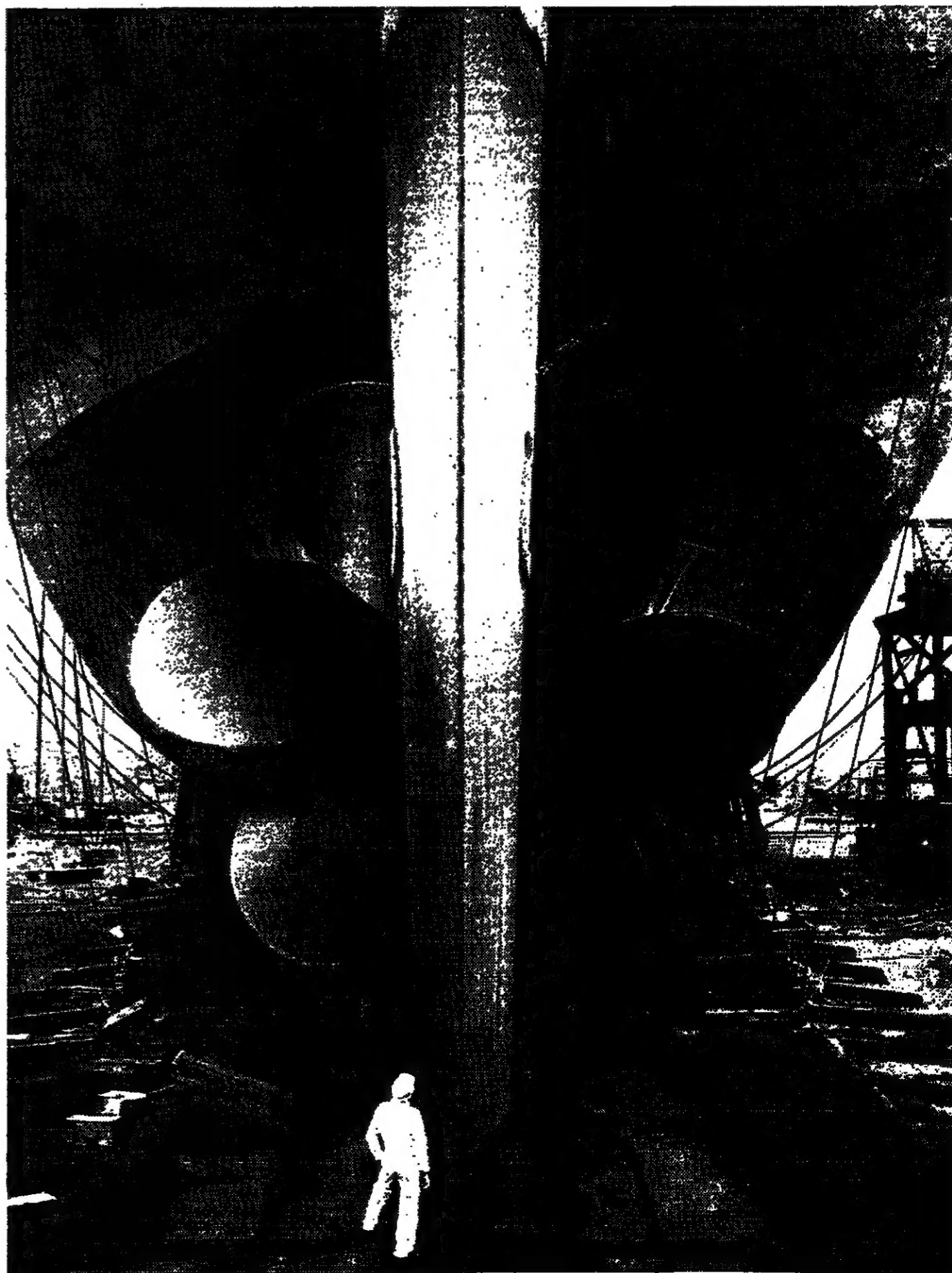
heute auf morgen zum Tageskurs verkaufen oder beliehen lassen. Ihre Bank oder Sparkasse übernimmt das für Sie.

Pfandbriefe und Kommunalobligationen werden von Hypothekenbanken, Landesbanken und anderen öffentlichen Banken ausgegeben. Sie sind nach den speziellen Vorschriften des Hypothekendarlehenbankgesetzes und des öffentlichen Pfandbriefgesetzes durch Hypotheken und Darlehen an die öffentliche Hand gedeckt. Es gibt sie übrigens bereits seit 1769. Wir verdanken sie dem Alten Fritz.

Banken, Versicherungen und Industriefirmen wissen das natürlich. Sie kauften im letzten Jahr für mehr als 90 Milliarden Mark. Und was für die Profis richtig ist, ist auch gut für den Privatanleger.

Und noch eins: Legen Sie Ihre Pfandbriefzinsen wieder in Pfandbriefen an, damit Ihr Geld noch mehr Geld verdient. Bei allen Banken und Sparkassen.

Pfandbriefe und Kommunalobligationen



FDP-Mahnung an die Adresse der CDU

dpa, Bonn

Die Freien Demokraten haben die CDU aufgefordert, in der Wirtschaftspolitik einen klaren Kurs einzuschlagen. In der Union sei in wirtschaftspolitischen Fragen jetzt die „ordnende Hand“ dringend notwendig, betonte der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses der FDP, Helmut Haussmann, gestern in Bonn mit Blick auf die Beratung der umstrittenen wirtschaftspolitischen Thesen des niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht (CDU) im CDU-Parteipräsidium.

Die FDP geht nach den Worten von Haussmann davon aus, daß der zwischen den Bonner Koalitionspartnern vereinbarte Wirtschaftskurs von Minister Otto Graf Lambsdorff (FDP) auch in der CDU klar erkennbar werde. Für die Regierungsbildung in Bonn sei es nicht gut, wenn in wirtschaftspolitischen Fragen in der Union weiterhin eine Mischung zwischen „neoliberalistischen, unsensiblen sozialpolitischen Vorstellungen“ nach Art von Albrecht und George und neuen sozialen Versprechungen des Arbeitsministers Norbert Blüm (CDU) herrsche.

Die Behauptung der Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland verlange, daß auch die CDU als Partei sich über den weiterhin einschlagenden Kurs klar wird, forderten die Freien Demokraten.

Israel: Syrien hat bereits SS-21-Raketen

dpa, Tel Aviv

Die ersten in der Sowjetunion verschifften SS-21-Raketen sind nunmehr, israelischen Geheimdienstquellen zufolge, in Syrien eingetroffen.

Die Gefechtsköpfe der Waffen wurden, ohne die Angabe zu präzisieren, als „nichtkonventionell“ bezeichnet. Die SS 21 wird in den sowjetischen Streitkräften auch mit nuklearen und chemischen Gefechtsköpfen eingeführt.

Ein Sprecher des israelischen Generalstabes wollte in der Waffenslieferung zwar keine „substantielle Veränderung“ des Kräftegleichgewichts sehen, bezeichnete jedoch die SS 21 wegen ihrer Treffgenauigkeit als eine „große Gefahr für Israel“.

Durch die Reichweite von 120 Kilometern sind die Syrer in der Lage, von der gemeinsamen Grenze auf den Golan-Höhen Ziele am Toten Meer oder die Stadt Herzlia wenige Kilometer nördlich von Tel Aviv zu zerstören, ohne ihre Luftwaffe einzusetzen.

Zudem verfüge Syrien bereits über die bis zu 200 Kilometer weit reichende „Skud“- und die ältere „Frog 7“-Rakete. Unter den syrischen Flugabwehrraketen wird von israelischer Seite besonders die „SAM-5“ mit ihrer Reichweite bis zu 150 Kilometer genannt.

„Die Staatsanwaltschaft hat keine Anhaltspunkte“

Zur Einschätzung der Aufzeichnungen des Flick-Chefbuchhalters Diehl / Das geheime Konto Heinz Herbert Karrys bei einer Bank in Basel

DW, Bonn

Im Ermittlungsverfahren gegen Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff, Dresdner-Bank-Chef Friedrichs und dem Industriellen Eberhard von Brauchitsch zeichnet sich eine neue Entwicklung ab: Nach Informationen aus Bonn ist es der Staatsanwaltschaft nach fast zweijähriger Ermittlungsarbeit aufgrund der Aufzeichnungen des Flick-Chefbuchhalters Walter Diehl nicht gelungen, den Nachweis zu erbringen, daß Geld der Flick-Konzerns direkt an die Beschuldigten geflossen sind, was Lambsdorff und Friedrichs immer bestritten hatten. Der frühere Geschäftsführer Flick-Gesellschaft Brauchitsch erklärte, in unregelmäßigen Abständen zu allen drei Parteien Spenden geleistet zu haben, nicht aber an Friedrichs oder Lambsdorff direkt.

Zahlreiche Konten der Parteien überprüft

In einem Vermerk der Bonner Staatsanwaltschaft vom 10. Oktober 1983 heißt es: „Die Staatsanwaltschaft hat keine Anhaltspunkte für den Eingang solcher Zahlungen, die in den Aufzeichnungen (des Flick-Chefbuchhalters Diehl, die Red.) enthalten sind.“ Für diese Ermittlungen

gen hatte die Staatsanwaltschaft zahlreiche Konten der Parteien, ihrer Stiftungen und der Beschuldigten von Lambsdorff und Friedrichs überprüft.

Auf die Diehl-Angaben hatte sich die Staatsanwaltschaft zwei Jahre lang gestützt, weil bei Diehl eine Spendenliste gefunden worden war, auf der auch die Namen von Lambsdorff und Friedrichs, Matthöfer und Lahnstein standen.

In mindestens zwei Fällen hat die Staatsanwaltschaft selbst zugeben müssen, daß Verdachtsmomente grundlos waren:

– In den Spendenliste Diehls stand unter dem Datum 21.9.1977 einmal „Wg. Lambsdorff 25 000 DM“. Die Staatsanwaltschaft vermutete, dies sei eine Barzahlung Flicks an Lambsdorff gewesen. Inzwischen räumte Diehl gegenüber der Staatsanwaltschaft ein, diese Notiz nur deshalb gemacht zu haben, weil von Brauchitsch an diesem Tag mit Lambsdorff zusammen war, die 25 000 Mark seien aber nachweisbar für einen Schweizer Anwalt bestimmt gewesen.

– Die Staatsanwaltschaft vermutete, daß Lambsdorff am 13. Juni 1979 auf Kosten Flicks mit einem Privatflugzeug geflogen sei, weil Chefbuchhalter Diehl dies so vermerkt hatte. Die Staatsanwaltschaft ermittelte und

mußte aber feststellen: Lambsdorff war an diesem Tag gar nicht geflogen.

In den Ermittlungen stießen die Staatsanwälte auf ein geheimes Konto des im Mai 1982 ermordeten FDP-Schatzmeisters Heinz Herbert Karry bei der Internationalen Genossenschaftsbank in Basel. Für dieses Konto unter der Nr. 10224/90013 war allein Karry zeichnungsberechtigt. Bei seinem Tod waren auf dem Konto 5 548 297,25 Mark. Nachgewiesen ist, daß dieses Konto früher mit mehr als 10 Millionen Mark im Minus war, auf dieses bisher unbekannte Konto hatte Karry viele Jahre lang Gelder eingezahlt, die ihm als Parteispenden in Bar gegeben wurden.

Zwei Millionen Mark „in vier versiegelten Paketen“

In den Aufzeichnungen der Staatsanwaltschaft findet sich zum Beispiel eine Notiz, wonach einmal 2 Millionen Mark „in vier versiegelten Paketen“ der Genossenschaftsbank in Basel zur Gutschrift „wegen Herrn Heinz Herbert“ auf das Karry-Konto übergeben wurden. Bei der Gutschrift der Bank in Basel hatte Karry ebenfalls ein geheimes Parteikonto. Auch hier wurden die in Deutschland gegebenen Parteispenden eingezahlt. Damit ist ein entscheidender Nachweis für die Darstellung von Brauchitschs er-

bracht, daß er wiederholt Karry Barbeiträge für die FDP gegeben hat. Die Staatsanwaltschaft hatte dies „in Zweifel gezogen“.

Bei ihren Ermittlungen stießen die Staatsanwälte aber auf Entdeckungen über Finanzgeschäfte der SPD. Sie ermittelten, daß der verstorbene Schatzmeister Alfred Nau für den Bundestagswahlkampf 1980 genau 6,274 Millionen Mark Parteispenden erhielt. Für 1981 bekam er weitere 1,37 Millionen Mark in Bar. In folgenden Raten lieferte er diese Barbeiträge an seinen Nachfolger Halstenberg ab: – 13.6.80: 2 Millionen Mark, – 23.6.80: 45 000 Mark, – 30.6.80: 53 059 Mark, – 28.8.80: 176 500 Mark, – 2.9.80: 2 Millionen Mark, – 16.9.80: 1 Million Mark, – 19.12.80: 1 Million Mark. Diese Summen hätte die SPD nach dem Parteispendingesetz öffentlich angeben müssen; da sie es nicht tat, hat sie gegen das Parteispendingesetz verstoßen.

In einer Aktennotiz von Schatzmeister Halstenberg heißt es: „So viel Bargeld ist mir unheimlich.“ Er zahlte es auf ein geheimes Konto der Sparkasse Bonn, Nr. 8553646, ein. Diese Parteispenden tauchten in der Buchhaltung der SPD nie auf. Mit den Spenden wurde der Wahlkampf des damaligen Bundeskanzlers Schmidt und anderer hoher SPD-Politiker finanziert. In einer Aktennotiz von Halstenberg vom 31.12.80 heißt es: „Den Spendern sind Quittungen

nicht zur Verfügung gestellt worden.“ Damit sei ein Anhaltspunkt für die Darstellung von Brauchitschs vorhanden, dem SPD-Schatzmeister Nau Parteispenden gegeben zu haben. Die Staatsanwaltschaft hatte die von Brauchitsch-Angaben bezweifelt.

Die Staatsanwaltschaft entdeckte auch zahlreiche Bareinzahlungen auf ein Konto der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Eine Überweisung für die Friedrich-Ebert-Stiftung

Eine Rolle wird auch eine Notiz des ermordeten früheren Dresdner-Bank-Chefs Jürgen Ponto, vom 21.5.79 spielen. Diese Aktennotiz befindet sich in Unterlagen des baden-württembergischen Spenden-Untersuchungsausschusses. Darin schrieb Ponto: „Herr Nau sprach mich unter Bezugnahme auf eine entsprechende Anregung des Bundeskanzlers (Helmut Schmidt, die Red.) heute auf unsere Möglichkeiten an, an einem Sonderfonds beteiligt zu sein... Herr Nau sagte mir, daß man bei vergleichbaren industriellen Unternehmen mit 200 000 Mark rechnen könne. Ich habe Herrn Nau Antwort in wenigen Tagen zugesagt. Die Überweisung ist an die Friedrich-Ebert-Stiftung unter Bezugnahme auf dieses Gespräch mit Herrn Nau vorzunehmen.“

Leistungskontrolle nach dem vierten Semester

Die Juristenausbildung soll neu geordnet werden

STEFAN HEYDECK, Bonn

Noch in diesem Jahr soll die Juristenausbildung neu geordnet werden. Nach einer Expertenanhörung Anfang nächsten Monats soll ein vom Bundesjustizministerium erarbeiteter Gesetzesentwurf als Regierungsvorlage im Bundesrat eingebracht werden. Es ist der dritte Anlauf, nachdem sowohl Vorstöße des Bundesrats als auch der früheren Bonner Regierungskoalition vom jeweils anderen Verfassungsorgan abgelehnt worden waren. Künftig soll sichergestellt werden, daß unter der sogenannten Juristenausbildung nicht die Qualität des Nachwuchses leidet.

Für eine gesetzliche, möglichst bundeseinheitliche Neuordnung besteht nach den Worten von Bundesjustizminister Hans Engelhard „großer Handlungsbedarf und Zeitdruck“. Denn im September nächsten Jahres endet nach dem Gesetz einerseits die seit 1971 laufende Erprobung der einphasigen Ausbildung. Dieses Modell sah statt der traditionellen Trennung zwischen Universitätsausbildung und praktischer Ausbildung bei Gerichten und Behörden während der Referendanzzeit eine engere Verzahnung beider Bereiche vor. Andererseits bereitet der anhaltende Zulauf von Jurastudenten Sorge. Ihre Zahl stieg zwischen 1972 und dem letzten Jahr von 38 000 auf 75 000. Die der Studienanfänger erhöhte sich von gut 7000 auf rund 16 000. Dabei geben rund 15 Prozent bis zum fünften Semester auf. Nur jeder zweite Studienanfänger schafft das zweite Staatsexamen. Diesen explosionsartig gewachsenen „Studentenberg“ stehen gegenwärtig 100 000 Juristen gegenüber. Von ihnen sind 41 500 – 16 000 mehr als vor zehn Jahren – als Anwälte tätig.

Vor diesem Hintergrund hatten sich Engelhard und die Justizminister der unionsgeführten Länder auf Grundsätze für eine Neuordnung der Ausbildung verständigt. Mit dem jetzt fertiggestellten Entwurf soll eine stärkere Verzahnung von Theorie und Praxis erreicht werden, ohne daß es zu einem grundlegenden struktu-

rellen Umbau schon allein wegen der leeren Staatskassen kommt.

Der neue Vorstoß wurde unter anderem wegen des Bonner Regierungswechsels im vergangenen Jahr notwendig. Zwei damals vorgelegte Entwürfe waren so widersprüchlich, daß sie nicht zusammengebracht werden konnten: Die Bundesratsmehrheit hatte praktisch zur traditionellen Ausbildung zurückkehren wollen. Der ehemalige Justizminister Jürgen Schmude (SPD) wollte dagegen aufbauend auf der Experimentierphase den einzelnen Ländern größere Spielräume einräumen.

Schmudes Nachfolger Engelhard strebt jetzt dagegen an, daß es bundesweit zu mehr „Gleichwertigkeit der Leistung“ kommt. Künftig soll es bereits nach vier Semestern eine Leistungskontrolle „unter Prüfungsbedingungen“ geben, ohne die das erste Staatsexamen nicht möglich sein soll. Damit soll erreicht werden, daß die Studenten möglichst früh ihre Eignung oder Nichteignung zum Juristen erkennen. Denn es ist nach Ansicht des Ministers angesichts der hohen Durchfall- und Abbrecherzahlen nicht mehr zuzumuten, daß sie sich erst nach einer durchschnittlichen Studienzeit von 11,3 Semestern möglicherweise für einen anderen Beruf entscheiden müssen. Außerdem soll jeder Student in den Semesterferien zwei Praktika bei der Justiz oder der Verwaltung von mindestens dreimonatiger Gesamtdauer absolvieren. Zusätzlich ins Studium sollen philosophische, geschichtliche und gesellschaftliche Bezüge des Rechts aufgenommen werden.

Weiter soll während der Referendanzzeit nach zwei Jahren und dem ersten Teil der Staatsprüfung eine sechsmonatige theoretische Vertiefung auf einer „Wahlstation“ wie der Verwaltungshochschule, bei einer EG-Behörde, bei Arbeitgeberverbänden oder Gewerkschaften mit einer anschließenden Leistungskontrolle eingeführt werden. Damit soll es aber vor dem zweiten Staatsexamen nicht bereits zu einer Spezialisierung kommen. Engelhard: „Wir halten strikt am Einheitsjuristen fest.“

Volkszählung: Urteil wird im Januar verkündet

DW, Karlsruhe

Die unterschiedlichen Auffassungen über die geplante Volkszählung wurden gestern am ersten Tag der mündlichen Verhandlung vor dem Bundesverfassungsgericht nochmals deutlich. Die Vertreter der Bundesregierung und jener Bürger, die Verfassungsbeschwerden erhoben, präsentierte nochmals ihre Standpunkte.

Noch vor dem 20. Dezember wird das Gericht den Urteilstenor beschließen, weil die Amtszeit des Vorsitzenden des Ersten Senats und Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Ernst Benda, an diesem Tag abläuft. Die Verkündung des Urteilstextes wird voraussichtlich im Januar 1984 erfolgen. Prozeßbeobachter gehen davon aus, daß das jetzt bestehende Gesetz keinen Bestand haben dürfte.

Es sind zwei Möglichkeiten denkbar: das Bundesverfassungsgericht schreibt eine verfassungskonforme Auslegung des Gesetzes vor und macht dem Gesetzgeber Auflagen über die Handhabung, oder das Gericht erklärt einzelne Bestimmungen des Gesetzes für verfassungswidrig. Das würde bedeuten, daß ein neues Volkszählungsgesetz geschaffen werden müßte.

Bonn bestürzt über Zwischenfall an Zonengrenze

AP, Bonn

Mit Bestürzung hat die Bundesregierung auf den jüngsten Zwischenfall an der Grenze zur „DDR“ reagiert, bei dem am Montag ein Unbekannter von einem automatischen Schussapparat verletzt worden war. Ein Sprecher des Bundesministeriums für Innerdeutsche Beziehungen erklärte gestern in Bonn, der bedauerliche Vorfall zeige erneut, wie nötig es sei, daß die Selbstschußanlagen verschwinden und daß überhaupt jede Gewaltanwendung an der Grenze zwischen beiden deutschen Staaten aufhöre.

Nach Erkenntnissen des Ministeriums, um deren Vervollständigung man gestern nachmittag noch bemüht war, hatten am Montag gegen 13.45 Uhr zwei Männer an der Kreisgrenze zwischen den Landkreisen Uelzen und Lüneburg-Dannenberg die Demarkationslinie zur „DDR“ überschritten. Einer sei bis an den Metallgitterzaun gegangen und habe eine SM-70-Schussanlage der mittleren Ebene ausgelöst. Durch die Detonation sei er am Kopf, an den Beinen, am linken Oberarm und der linken Brustseite verletzt worden. Er befand sich im Kreis Krankenhaus Uelzen außer Lebensgefahr.



Mit uns gewinnt man Profil – Bayer-Silicone

Ein Beispiel von vielen:

Bayer-Silicone und die Idee der optimalen Formtrennmittel: Reifenprofile, Kunststoff-Teile und komplizierte Gummiartikel lösen sich problemlos aus der Stahlform.

Auf die Israelis kommt eine Zeit des unerbittlichen Sparens zu

Wie der neue Finanzminister Cohen-Orad gegen die Inflation angehen will

E. LAHAV, Jerusalem
Eine Rückkehr zu einer konservativen Wirtschaftspolitik, verbunden mit schmerzhaften Sanierungsmaßnahmen - das ist es, was die Israelis erwarten. Der 46-jährige „Lima“-Abgeordnete Yigal Cohen-Orad heute das Amt des Finanzministers antritt.
Cohen-Orad, Nationalökonom und Anlageberater von Beruf, ist in den vergangenen Monaten durch seine öffentliche Kritik an der Politik des demissionierten Finanzministers Yoram Aridor bekanntgeworden. Nur weil er der Koalition angehört und sogar derselben Partei wie Aridor, hat er seine Kritik in parlamentarische Begriffe gekleidet. In privaten Gesprächen drückte er sich viel deutlicher aus.
Das Sanierungsprogramm, das Cohen-Orad durchsetzen möchte, läßt sich aus einem Interview herauslesen, das er vor einiger Zeit der Tageszeitung „Ha'Arezt“ gab. Die Hauptpunkte seiner Intentionen lassen sich wie folgt zusammenfassen:
● Sehr erhebliche Verringerung der umlaufenden Zahlungsmittel, Kreditbeschränkung im Inland und Drosselung der Importe durch Kürzung der Subventionen. Sorgfältig geplantes Programm zur Exportförderung.
● Abschaffung des absurden Zustandes, daß einerseits Mangel an Ar-

beitskräften besteht, während fünf Prozent der Bevölkerung Arbeitslosengeld beziehen „weil wir das Faulenzen subventionieren... wer nicht arbeiten will, soll auch keine Unterstützung bekommen.“
● Keine geplante Arbeitslosigkeit (das wäre eine billige Lösung), aber die Erlangung einer Arbeitsstelle soll schwieriger werden. Von den Arbeitnehmern wird eine höhere Leistungsmotivation erwartet werden - und eine geringere Streikbereitschaft - wenn sie ihren Job behalten wollen. Dies soll der bisherigen Praxis, überzogene Lohnforderungen zu stellen, Einhalt gebieten.
● Alle Steuerschuldner, derer sich Firmen mit gewissen Steuerberatern bedienen, sollen zugestopft werden.
● Die Einkommensteuer an sich findet der neue Minister schon „sehr hoch“ und möchte sie nicht anheben, aber von den höheren Einkommensschichten möchte er ohne Erhöhung der Sätze mehr Geld kassieren. Die Anpassung der Steuerstufen an die rasante Inflation soll statt alle drei Monate wie jetzt, nur einmal in sechs Monaten erfolgen. Nur die zwei niedrigsten Einkommensgruppen sollen davon ausgenommen werden.
Der Katalog der Maßnahmen zur Verringerung der staatlichen Ausgaben ist für Cohen-Orad damit noch

nicht erschöpft: Die Stilllegung der staatseigenen Fluglinie El-Al an jedem Sabbath - eine Folge des Koalitionsabkommens mit den Religiösen - findet er wirtschaftlich unverträglich, denn sie verursacht ein Defizit von 30 bis 50 Millionen Dollar im Jahr. Er denkt sogar an eine Privatisierung der Firma.
Der neue Minister will auch erwirken, daß alle Firmen, die vom Staat subventioniert werden, ihren Mitarbeitern ihre Produkte nicht unter dem Kostenpreis verkaufen dürfen.
Über ein wesentliches Problem hat Cohen-Orad noch keine verbindliche Meinung geäußert - die Indexierung, d.h. die regelmäßige Anpassung der Löhne an die Inflation. Das war das Objekt, an dem sich bisher schon mehrere Finanzminister die Zähne ausgebeißt haben. Als Aridor in der vorigen Woche die Möglichkeit erwähnte, die Indexierung auch nur teilweise abzuschaffen, drohte die „Histadrut“, der allgemeine Gewerkschaftsverband, mit Generalstreik.
Nach dem jetzigen Kräfteverhältnis ließe sich eine derart einschneidende Reform kaum durchsetzen, was Cohen-Orad wohl auch erkannt hat. Wenn es ihm allerdings gelänge, die anderen Punkte seines Programms in die Tat umzusetzen, so könnte er wohl auf die Abschaffung der Indexierung verzichten.

Herbstoffensive der Sowjets in Afghanistan

dpa/SAD, Neu-Delhi/London

Sowjetische Besatzungs- und afghanische Regierungstruppen haben in Teilen Afghanistans eine Herbstoffensive eingeleitet, um noch vor Einbruch des Winters den Widerstand im Lande weiter zu schwächen. Westliche Diplomaten in Neu-Delhi berichteten gestern, die massiven „Säuberungsaktionen“ hätten sich auf die Kabul benachbarte Provinz Purwan und die an Iran grenzende Provinz Herat konzentriert. In Parwan hätten die Sowjets das für sie strategisch sehr wichtige Shomali-Tal mit weitreichender Artillerie, Panzern und ihrer Luftwaffe unter tagelanges, pausenloses Feuer genommen.
Die zivilen Krankenhäuser der afghanischen Hauptstadt Kabul seien mittlerweile überfüllt mit verletzten Frauen und Kindern aus der zerstörten Ortschaft Istalif, berichten die Diplomaten. Die Sowjets seien bei ihrem Angriff auf Istalif in Feuerpausen mit Listen durch den Ort gezogen und hätten Wohnungen von Widerstandskämpfern angezündet.
Wie der Londoner „Daily Telegraph“ gestern meldete, befinden sich mehr als 200 sowjetische Soldaten als Gefangene in den Händen afghanischer Widerstandskämpfer. Mindestens 50 dieser Gefangenen hätten den Wunsch geäußert, als politische Flüchtlinge im Westen anerkannt zu werden.

Die Schweiz soll wählen gehen, aber nur jeder zweite will

Auch bei den Eidgenossen hat sich Unmut mit den etablierten Parteien breitgemacht

WALTER H. RUEB, Bern
Am kommenden Sonntag finden in der Schweiz Neuwahlen für den Nationalrat, das eidgenössische Parlament, sowie für den Ständerat, die kleine Kammer, statt. Vier Millionen wahlberechtigte Eidgenossen sind nach einem sachlich und ruhig geführten Wahlkampf an die Urnen gerufen, doch rechnet man bereits jetzt mit einer Wahlbeteiligung von maximal 45 Prozent. Vor vier Jahren war die Wahlbeteiligung erstmals unter 50 Prozent gesunken. Von vielen Beobachtern wurde darüber lamentiert, und manche machten sich sogar die Mühe, nach den Ursachen der Wahl-Abstänze zu forschen.

verkrustet seien die politischen Verhältnisse, zu unbeweglich Mehrheiten in Regierung und Parlament.
Dem wird von guten Beobachtern lebhaft widersprochen. „Selbst kleine Verschiebungen beeinflussen die politische Großwetterlage“, stellte beispielsweise die angesehene „Neue Zürcher Zeitung“ fest. Sie wartete mit Beispielen auf: Der Gewinn von neun Nationalratsmandaten im Revisionsjahr 1975 durch die Sozialdemokraten habe eine Erweiterung von Staatsaufgaben und -ausgaben zur Folge gehabt, die Korrektur vier Jahre später - nach Mandatsgewinnen der bürgerlichen Parteien - habe dem Trend nach mehr Staat klar die Spitze gebrochen.

Als Wahlhilfe hat die „Nationale Aktion“ ein neues Volksbegehren zur Begrenzung der Zahl der Ausländer gestartet.
Die große Unbekannte im Wahlkampf sind auch in der Schweiz die Grünen. Sie drängen mit Macht ins Parlament. Im Hinblick auf dieses große Ziel haben Umweltschützer, Alternativler, Friedenskämpfer und andere Randgruppen ihre Zwistigkeiten vorübergehend vergessen und eine Föderation gegründet. Die Grünen träumen ähnlich wie ihre deutschen Gesinnungsgenossen davon, eine Bresche in die Phalanx der etablierten Großparteien schlagen zu können.

Mündige Schweizerinnen

Politiker, Soziologen und Politologen erklären sie im wesentlichen damit, daß seit nunmehr 24 Jahren vier Parteien eine erdrückende Koalition bilden - wie nach einer Zauberformel, die festgeschrieben scheint. Tatsächlich sitzen je zwei Freisinnige, zwei Christdemokraten, zwei Sozialdemokraten und ein Vertreter der Bauern und Gewerbetreibenden nahestehenden Schweizerischen Volkspartei in der siebenköpfigen Regierung, dem Bundesrat.

Die vier Koalitionsparteien haben zuletzt 85 Prozent sämtlicher 240 Sitze im Nationalrat errungen. Überschaubar ist dort mit 24 Abgeordneten der Anteil der Frauen. Er wird nach Meinung zahlreicher Eidgenossen die Behauptungen von Kritikern im In- und Ausland, daß die Schweizerinnen bis heute politisch unmündig und im öffentlichen Leben nicht gleichberechtigt seien...
Die schweigende und nichtwählende Mehrheit der Schweizer bleibt den Urnen mit der Begründung fern, im Lande Telle sei durch eine Stimmabgabe für diese oder jene Partei politisch sowieso nichts zu bewegen. Zu

Über den Ausgang der bevorstehenden Parlamentswahlen wird lebhaft diskutiert und spekuliert. Einigkeit besteht darin, daß keine großen Verschiebungen zu erwarten sind - schon gar kein Erdrutsch. Doch rechnet man mit spürbaren Gewinnen der bürgerlichen Parteien wie mit der anhaltenden Bedeutungslosigkeit der kommunistischen „Partei der Arbeit“ und anderer linker Splittergruppen.
Die heftigen politischen Wellenschläge, ausgehend von den Zürcher Jugendunruhen, sind bei den Wählern unvergessen - vor allem, daß die Sozialdemokratie mit den Unruhestiftern und sogar mit jenen sympathisierte, die statt Argumenten Steine in die politische Debatte warfen. Die Partei mußte dafür schon bei verschiedenen kantonalen Wahlen teuer bezahlen.

Bewegung ist in den ruhigen Wahlkampf durch die „Nationale Aktion“ und die Grünen gekommen. Die „Nationale Aktion“ schwimmt auf einer auch in der Schweiz feststellbaren Woge von Fremdenfeindlichkeit. Auftrieb geben der Partei die Zunahme der ausländischen Wohnbevölkerung und die steigende Zahl von Flüchtlingen und Asylsuchenden.
Die Schlagworte der Grünen im eidgenössischen Wahlkampf könnten aus der Bundesrepublik übernommen worden sein: umfassender Umweltschutz, Mitbestimmung und Arbeitszeitverkürzung lauten die wichtigsten Forderungen. Das Programm beschränkt sich - auch hier eine Übereinstimmung mit deutschen Verhältnissen - nur auf Forderungen, enthält jedoch weder ein Konzept für die Finanz- und Steuerpolitik, noch eine Aufzählung der drohenden wirtschaftlichen Konsequenzen.

Kairo: Die Fesseln des Boykotts lockern sich

Für Mubarak war der Kanzler-Besuch ein Erfolg

JÜRGEN LIMINSKI, Kairo
Die ägyptische Regierung ist mit dem Besuch von Bundeskanzler Kohl in Kairo zufrieden. Westlichen Diplomaten zufolge diente er der Regierung allerdings vorwiegend zum innenpolitischen Gebrauch. Ägypten, so heißt es weiter, wirke trotz des anhaltenden Boykotts mancher arabischer Länder, wieder anregend und gestaltend auf die Ereignisse im Vorderen Orient ein und spiele außerdem eine bedeutende Rolle in der internationalen Politik. Dafür sei die Herzlichkeit und Übereinstimmung in den Gesprächen mit dem deutschen Kanzler ein Beispiel. Auch die ägyptische Presse gibt diese Lesart wider.
Die Worte Kohls über die Selbstbestimmung der Palästinenser haben hier im Sinne der Abstützung ägyptischer Politik einen großen Widerhall gefunden.

Als Erfolg wertet man auch das Zugeständnis Bonn, die jährliche Entwicklungshilfe von rund 250 Mill. DM nicht zu kürzen. In Kairo hatte man sich eigentlich schon auf eine sieben- bis achtprozentige Kürzung eingestellt. Die Regierung Mubarak sieht in der Tat ihr großes Problem in der politischen Randposition, in die das Land seit dem Austritt aus der Arabischen Liga in der Folge des Friedensvertrags mit Israel im Vorderen Orient geraten ist. Zwar hat es, wie mancher ägyptische Diplomat auch zugeht, dadurch einen größeren Handlungsspielraum erhalten. Man brauche nicht alle Dummheiten der Araber mit zu verantworten. Aber das Volk der Arabischen Republik Ägypten verstehe dieses subtile Spiel nicht, sondern sehe nur, daß man nicht mehr zur politischen Gemeinschaft der arabischen Staaten gehöre.

Prozeßwelle in Lettland gegen Bürgerrechtler

GREGOR KONDEK, Kiel

Seit mehr als drei Monaten läßt in Lettland ein politischer Prozeß den anderen ab, die Sowjets wollen so dem Aufgehren junger Christen, Nationalisten und anderer Oppositioneller mit Härte begegnen. Jetzt hat das Oberste Gericht der Lettischen SSR in Riga für den 28. Oktober einen Musterprozeß, bei dem informierter Seite vermutet wird, gegen die praktizierenden Baptisten Janis Veveris (28) und Janis Rozkalns (34) anberaumt.
Nach Erkenntnissen aus dem Bereich der Staatsanwaltschaft in Riga werden die beiden Christen wegen „Staatsverbrechen“ angeklagt. Die Prozeßdauer ist vorläufig bis zum 10. November festgelegt, mehr als 50 „Zeugen“ sollen gehört werden.
Veveris war im Zusammenhang mit einer Massendurchsuchung von Wohnungen in Riga und anderen lettischen Städten am 6. Januar verhaftet worden, er wird im „Isolierkeller“ des sowjetischen Geheimdienstes (KGB) in Riga (Leningrad) festgehalten. Ziel dieser KGB-Aktion war, bei oppositionellen Kräften „antisowjetische Schriften und andere Dokumente und Gegenstände, die mit den genannten Schriften in Verbindung stehen, zu finden und zu beschlagnahmen“, wie es in einer internen Dienstweisung dazu heißt.
Rozkalns wurde am 20. April verhaftet. Auch er ist im „Isolierkeller“ des KGB. Bei beiden Christen wurden während der Hausdurchsuchungen Bibeln, religiöse Aufsätze, Kopien der Menschenrechtscharta der Vereinten Nationen, vervielfältigte Texte der Schlussakte von Helsinki und Fotokopien exillettischer Zeitungen, Filme und inoffizielle Veröffentlichungen aus dem sowjetisch besetzten Lettland beschlagnahmt.

Aber auch im Nahen Osten scheint Kairo jetzt wieder etwas an Boden zu gewinnen. Seit dem 12. Oktober dürfen in Jordanien wieder ägyptische Zeitungen verbreitet werden. Bis auf das Wochenmagazin „October“ und die Tageszeitung „Al Akhbar“ kann man in Amman wieder ägyptische Presse am Kiosk erstehen. Mit Irak unterhält Kairo seit einigen Monaten ungewöhnlich enge Beziehungen, die über das Maß hinausgehen, das das Interesse für die zwei Millionen Ägypter in diesem Golf-Land gebietet. Kairo gehört zu den Partnern Iraks, die in Paris am deutlichsten für die Lieferung der französischen Super-Etendard an Bagdad eingetreten sind.

Bereits am 12. August war in dem ersten Prozeß gegen lettische Oppositionelle und Christen die 52jährige Krankenschwester Lidija Doronina wegen „antisowjetischer Propaganda und Agitation“ zu fünf Jahren Lagerhaft und drei Jahren Verbannung verurteilt worden.
In einem zweiten Prozeß vom 15. bis 23. September war der 53jährige Ints Calitis ebenfalls wegen „antisowjetischer Propaganda und Agitation“ zu sechs Jahren Freiheitsentzug verurteilt worden. Calitis war nach Ende des Zweiten Weltkrieges schon einmal zu 25 Jahren Lagerhaft verurteilt worden. Am 15. September wurde er verurteilt, weil er Mitunterzeichner des baltischen Memorandums war, in dem die Regierung der UdSSR, der Bundesrepublik Deutschland, der DDR, der Sigartar-Staaten der Atlantik-Charta sowie der Generalsekretär der Vereinten Nationen dazu aufgefordert wurden den Pakt und die geheime von Ribbentrop und Molotow unterzeichnete Zusatzklausel, als null und nichtig zu erklären. Durch die Zusatzklausel waren Estland, Lettland und Litauen über die Köpfe der betreffenden Völker hinweg dem sowjetischen Machtbereich zugeordnet worden.

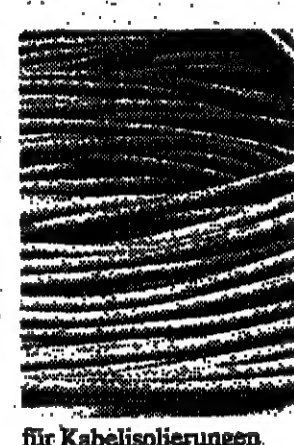
„Gewalttätigkeiten sind nach wie vor drin“

US-Echo auf den bislang nicht ganz so heißen Herbst


SAD, New York
In Bonn werde bereits davon gesprochen, daß Deutschlands „heißer Herbst“ vielleicht doch nicht ganz so heiß wird, berichtete die „New York Times“ nach den ersten Demonstrationen zu Beginn der „Aktionswoche“ gegen die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckraketen in der Bundesrepublik.
„Times“-Korrespondent James Markham teilte seinen Lesern mit, daß die ersten Tage der Woche erstaunlich ruhig verlaufen seien, wobei besonders auffallen sei, daß zu einer groß angekündigten Frauendemonstration vor dem Bonner Verteidigungsministerium nur 100 Frauen erschienen. Auch eine Demonstration-Kette, die die Botschaften der USA und der Sowjetunion verbinden sollte, habe große Lücken gehabt. Allerdings sei damit zu rechnen, so Markham, daß sich das Bild bei den angekündigten Großdemonstrationen in Bonn, Hamburg, Berlin und Stuttgart doch noch ändert.

Der „Times“-Berichterstatter führte den schwachen Auftakt des „heißen Herbstes“ auf interne Querelen der Protestbewegung und auf die Tatsache zurück, daß der Großteil der Bevölkerung nicht gewillt sei, die Kampagnen zu unterstützen. Markham erwähnte, daß die Friedensbewegungen in den Niederlanden und Großbritannien ähnliche Schwierigkeiten hätten.
Wie schon an den Tagen zuvor enthielt sich die „New York Times“ jeglicher Kommentierung zu den Demonstrationen in Europa. Auf der Kommentarseite der Dienstausgabe veröffentlichte sie lediglich einen Beitrag des CDU-Bundestagsabgeordneten Peter Petersen mit den bekannten Argumenten seiner Partei für die Stationierung der neuen US-Waffen. Der Beitrag erschien unter der Überschrift „Die Deutschen wollen die Raketen“.


Mehr Beispiele mit Bayer-Siliconen



für Kabelisierungen



für Kosmetikcremes



für Poliermittel




für Kühlwasserschläuche




für Imprägnierungen



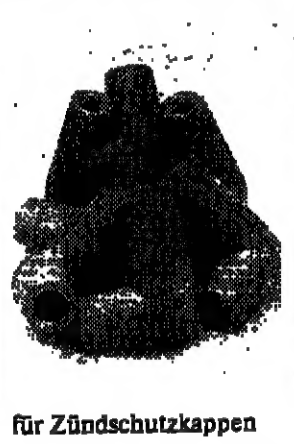
für Fensterdichtungen



für Fugendichtungen



für Autolacke




für Zündschutzkappen




für Trennlacke



für Formtrennungen




für Plakatabweiser



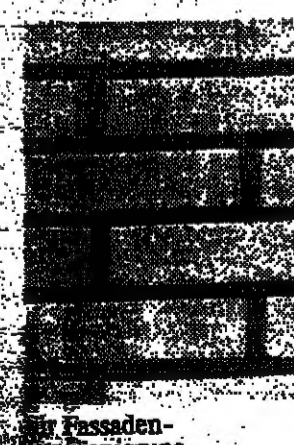
für Sanitärabdichtungen




für besseres Gleiten



für Folien-Trägerpapiere



für Fassaden-Imprägnierung



für Korrosionsschutz-Lacke



für Walzenbeschichtungen



Und Ihr Problem

Was Bayer-Silicone für Sie tun können - mit der langen Erfahrung aus vielfältigen Anwendungen - erfahren Sie durch unser ausführliches Informationsmaterial.
Schreiben Sie uns, für welche Einsatzgebiete Sie sich besonders interessieren.
Wir bringen Sie auf Ideen.

Bayer AG
Aktion „Silicon-Ideen“
5090 Leverkusen



Modert das heutige „ZDF-Magazin“: Fritz Schenk Immer die Schrecksekunde

Hier fallen Beruf, Hobby und Neigung zusammen. So spricht Fritz Schenk, seit nunmehr zwölf Jahren Co-Pilot von Gerhard Löwenthal beim ZDF-Magazin, über seine Moderatorenrolle. Schenk, der es beim Alternieren mit Löwenthal auf schätzungsweise 120 von ihm moderierte Sendungen gebracht hat, gesteht offen, daß ihm Lampenfieber nach wie vor nicht fremd ist. „Ohne Lampenfieber passiert nichts. Die Spannung ist immer da. Bevor das rote Licht aufleuchtet, gibt es die Schrecksekunde.“ Doch das rote Lampenfieber vermag wahre Wunder zu wirken: „Oft brummt mir am Vormittag der Kopf von einer Erklärung. Und ich bekomme keinen Ton heraus. Ich meinte fest, heute geht es nicht. Aber es mußte gehen. Sobald das rote Lampenfieber aufleuchtet, war die Nase frei.“



Fritz Schenk: „Ohne Lampenfieber passiert nichts.“ Foto: ZDF

Der 1930 in der Lutherstadt Eisleben geborene Schenk, der es im anderen Teil Deutschlands bis ins „Vorzimmer der Macht“ – bei Planungsschef Bruno Leuschner – gebracht hatte und dann Ende der 50er Jahre mit dem Regime brach, leugnet nicht,

ZDF-Magazin - 20.15 Uhr

daß er heute ein entschieden antitotalitärer kämpferischer Demokrat ist. Daß ein Moderator in zeitkritischen Sendungen Meinungen – fremde und eigene – äußere, entspreche – so Schenk – durchaus vertraglichen Bestimmungen. Allerdings, fügt er hinzu, sei auch die Regelung, wonach ein Moderator, der sich für eine politische Partei oder eine Bewegung engagiere, eine televisionäre Sechswochen-Schamfrist bei Wahlkämpfen und Aktionstagen auf sich nehmen solle, eine durchaus weise Bestimmung.

Er, Schenk, könne aber nicht mehr in einen solchen Konflikt geraten. „Denn seit meinem Austritt aus der SPD – 1972 – gehöre ich keiner Partei mehr an. Auch für den Bund Freies Deutschland“ war ich nur so lange aktiv, als dieser überparteilich war und sich nicht – wie zeitweilig in Berlin – als neue Partei formierte.“

Ogiblich Schenk heute mit Leib und Seele ein TV-Journalist ist, so betont er doch: „Ich kam zum Journalismus wie die Jungfrau zum Kind.“ Nach seiner Flucht aus der „DDR“ produzierte er Dokumentations-Sendungen für Thilo Koch beim Norddeutschen Rundfunk. Mehr als

zehn Jahre blieb er auf der freien Wildbahn eines Honorar-Vertrags-Journalisten. 1968 unterzeichnete er einen Zeitvertrag beim ZDF, wo er „Themen des Tages“ moderierte. Da kam ein Ruf aus Bonn: „Herbert Wehner, damals Gesamtdeutscher Minister, holte mich ins Gesamtdeutsche Institut, wo ich den Öffentlichkeitsapparat leitete.“ Da ihm die Ostpolitik der Bundesregierung nicht behagte, kehrte er 1971 zum ZDF zurück. „Gegen den Willen meiner damaligen Partei, der SPD, wurde ich Löwenthals Stellvertreter. Ich dachte schon damals daran, mein Parteibuch zurückzugeben, tat es aber erst ein Jahr später.“ Schenk ist auch als Fernsehmann der Tradition Gutenbergs und Luthers und damit dem geschriebenen Wort treu geblieben. Sechs Bücher erschienen aus seiner Feder – so zuletzt „Mein doppeltes Vaterland“ über seine Arbeit heute im Westen und gestern im Osten.

Hat er auch dort bereits publiziert? Schenk: „Gewiß, unter den Pseudonymen Leuschner, Grotewohl und Ulbricht. Ich habe denen manches, was ihnen gar nicht behagte, in den Redetext hineingeschmuggelt.“ Und kann er sich als heutiger ZDF-Moderator beruflich noch etwas anderes vorstellen? Früher – so erzählt er – wollte er gerne Bundestagsabgeordneter werden. Und die Chancen standen in den 60er Jahren gar nicht mal so schlecht. Nun habe er aber diesen Wunsch längst begraben. Doch im Fernsehen – da könnte er sich durchaus einen partiellen Job-Wechsel vorstellen: „Vielleicht wieder einmal etwas großflächiger – ohne ständigen Zeitknüppel – an einer langfristigen Dokumentationsreihe arbeiten.“

GISELHER SCHMIDT

KRITIK

Gottfried Hofers „Fest der Lüge“

Beinahe überhört man es, und während des Films gerät es in Vergessenheit, weil man das gar nicht für möglich hält: Seinen Roman „Der grüne Stern“ schrieb Hans Weigel 1940. Anlaß dazu hatte er genug, und er mußte nichts eigens erfinden: Das „Fest der Lüge“, das sein Romanheld Gottfried Hofer da veranstaltet, hatte man im Deutschland von damals ständig vor Augen, die Kino-Wochen-schau trug die Bilder davon um die Welt. Den Jubel der verführten Massen hatte man ständig im Ohr.

Betrachtet man, was Heide Pils (Drehbuch und Regie) volle 43 Jahre danach in ihrem Fernsehfilm (ZDF) sichtbar macht, so ist nichts beklammernder als die Erkenntnis, daß sich nicht das mindeste geändert hat. Auch wer den Marschtritt der Nation – von der Etsch bis an den Belt – nie vernahm, findet sich sofort zurecht, weil er die Bilder bei aller ihrer Über-treibung auf Vorkommnisse unserer Gegenwart beziehen kann. Das Volk, so will es scheinen, ist wankelmütig und verführbar geblieben.

Zu loben sind denn nicht nur die Bilder und die hervorragend geschnittenen Bildsequenzen, zu denen die Regisseurin die Romanvorlage umsetzte – mit Gesichtern zudem, die zumindest auf deutschen Bildschirmen noch nicht verschliffen sind –, weitaus beachtlicher ist es, wie unaufdringlich, wie fern von allen griffligen Erklärungsformeln Heide Pils „die Bewegung“ darstellen ließ. Ohne alle Brutalität, statt dessen mit subtilen Terror, mit freundlicher Gewalt und mit einem Charakterzug, den es gar nicht zu geben scheint und der doch immer gegenwärtig war: mit aggressivem Charme.

KATHERIN BERGMANN

Achtstündiger Bilderbogen

An seinem Roman „Glanz und Alean der Kartisanen“ schrieb Balzac, wie er am Ende des Buches vermerkt, neun Jahre (1838-1847). So läßt sich verstehen, mit wieviel Details und Feinheiten die Geschichte der Dirne Esther, die der König der Sträflinge, Vautrin, in der Maske des spanischen Priesters Carlos Herrera zwingt, sich dem Baron Nucingen zu verkaufen, ausgestattet ist. Es läßt sich verstehen, welcher Ausarbeitung von Einzelheiten es bedurfte, um den Faden der Erzählung bis hin zu dem Punkt zu führen, wo Esther sich vergiftet, Vautrin und Esters Liebhaber Lucien als Mörder verhaftet werden und sich Lucien im Kerker erhängt. Es läßt sich aber auch begreifen, daß eine Verfilmung des Romans, selbst wenn sie an den Roman nur angelehnt ist und sich über achtmal eine Stunde hinzieht, kaum befriedigen kann.

Was die ARD in Abständen von jeweils einer Woche vorführte, konnte nur der Abklatsch eines Meisterwerks sein, in dem der geistige Wille einer neuen Gesellschaft, all ihr ummäliges Begehren nach Mäxchen und Ruhm, ihre Krankheiten und Leister dargestellt werden. All dieses mußte sich um der Visualisierung des Romans willen auf stichwortartige Andeutungen reduzieren. Notgedrungen mußte sich somit auch Balzac umrankter Prosa still verlieren und die Schauspieler dazu zwingen, wohl nach Wunsch des Regisseurs Maurice Cazeneuve, stereotyp mal triste, mal überrascht, mal glücklich, mal böse in die Kamera zu blicken.

Der Ehrgeiz des Fernsehens, die großen Werke der Weltliteratur auf Bilderbogen-Beine zu stellen, hat nun mal seine Grenzen.

ALPHONS SILBERMANN

STUDIO

Die fälschlichen Medien nutzen jede Gelegenheit, um auch noch so kleine Friedensdemonstrationen zu registrieren und zu interpretieren. Ein Vorgang, der sich jenseits von dem Konrad-Adenauer-Haus in Bonn ereignete, ist beispielhaft dafür: Sieben Personen zogen vor der CDU-Zentrale zu einer Mahnwache auf. Noch ehe

sie ihre Plakate aufgebaut hatten, war das „DDR“-Fernsehen schon an Ort und Stelle.

Eine Ergänzung in eigener Sache: Der am 13. Oktober in der WELT erschienene Beitrag von J. Wiedemann „Bei Fußball fällt Dallas' s'rick“ ist – leicht gekürzt – der Broschüre „Vorabendserien im Ersten Programm (82/84)“ entnommen, die von der Programmkommission der Arbeitsgemeinschaft Rundfunkwerbung herausgegeben wird.



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.25 Seemannsstraße
10.00 Tagesschau, Tagesspeisen
10.25 Kunstschon Bräutigam
Franz Spielfilm

11.55 Unschau
12.15 Report
12.55 Prosechschau
13.00 Tagesschau

14.10 Tagesschau
14.15 Lieder & Leute
Mit Bill Ramsey, Jongo Edwards und Jack Bruce u. a.
Regie: Dieter Wendrich

17.00 Wir Kinder
Die Sakuntaler
Film von Christa Auch-Schweik

17.50 Tagesschau
dazu: Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Morgen liegt Anstehen in Cognac

21.00 Tagesschau
Film von Eberhard Scharfberg
Mit Jürgen Brüne, Albert Heine, Curt Reich, Ricarda Reich u. a.
Wenn überall in Europa Schnee und Eis den Rennbahnenbetrieb auf den Geläpfbahnen verhindern, läuft in Cognac-sur-Mer ein internationales Meeting. Neben französischen Pferden lockt das milde Klima an der Côte d'Azur vor allem englische Gäste, die sich hier Kondition halten für die bevorstehende Saison, die dabei aber auch oft der einheimischen Konkurrenz den Sieg wegnimmt.

21.45 Was wäre, wenn...
die Bundesrepublik verkabelt wird?

Heute bereits aufzuspielen, was morgen sein könnte, auch dies ist eine journalistische Aufgabe. Die Reihe „Was wäre, wenn...“ will versuchen, Themen und Situationen aufzuzeigen, die die Zukunft unserer Gesellschaft mitbestimmen werden. In dieser Folge geht die Redaktion vom Abschluß der Kabinetsverlegung in der Bundesrepublik aus. In der Form einer Sondersendung werden die Hoffnungen, Erwartungen und Befürchtungen bei Beginn der Verabreichung mit dem zukünftigen Zustand verglichen.

22.00 Tagesschau
22.05 Ein stilles Paradies
Der Machtkampf auf den Philippinen

15.50 ZDF - Ihr Programm
15.55 Sport aktuell – aus Leipzig:
Fußball-UEFA-Pokal
Lokomotive Leipzig – Werder Bremen
In der Pause: gegen 14.45 heute

15.45 heute
15.55 Sport aktuell – aus Selenitz:
Fußball-UEFA-Pokal
Pak Solonid – Bayern München
Übertragung des griechischen Fernsehens ERT

Reporter: Wolfram Esser
In der Pause: gegen 14.45 heute
heute-Schlagzeilen

18.00 Der Weg nach Oregon
19.00 heute
19.30 Sport aktuell
Fußball-Europapokal der Landesmeister

Dinamo Bukarest – Hamburger SV
Ausschnitte
Reporter: Eberhard Eggemeier
Fußball-Europapokal der Pokalsieger

Ujpest Dozza Budapest – 1. FC Köln
Ausschnitte
Reporter: Rolf Toepfer
Sowie Ausschnitte von den UEFA-Pokal-Spielen des Nachmittags

20.15 ZDF Magazin
Traumschiff Astor muß Flagg wechseln / Friedensbewegung auch in Großbritannien / Ausländische Stimmen zur Nachkriegsdebatte: Yves Montand und Prof. Walter Hater / Internationale Solidarität für Andrej Sacharow

21.00 heute-Journal
21.30 heute-Journal – 7 aus 28
21.35 Der Dances-Club
21.40 Pöcker Kalle antwortet

22.00 Sport aktuell
Fußball-Europapokal / 2. Runde
Hälslele
Ausschnitte Nijmegen – FC Barcelona

24.00 heute



Gina Marie Smith als Rachel Thorpe in der ZDF-Serie „Der Weg nach Oregon“, um 18.00 Uhr
FOTO: TELEFUNK

III.

WEST

18.00 Telekolleg
18.30 Seemannsstraße
19.00 Altkreis Rendsburg
19.30 Tagesschau
20.15 Mittwoche in Düsseldorf
21.45 Auslandskorrespondenz
Zwischen Vaterlandsliebe und Fremdenhass, Beispiel Spanien
22.30 Der Rebell
Sportlicher Spielfilm, 1960
23.50 Letzte Nachrichten

NORD

18.00 Seemannsstraße
18.30 Deutschlands grüne Woche
19.30 Ekele und Ekele
19.45 Indien – Land ohne Hoffnung? (5)
19.45 Hafenspielfeld Hamburg (5)
20.00 Tagesschau
20.15 heute
21.00 Politik am Mittwoch
Diskussion: Wohin steuert die SPD?
22.00 Film-Club
Mao West – Die Strömung vom Missisippi
US-Spielfilm, 1954
Original mit Untertiteln
23.15 Letzte Nachrichten

HESSEN

18.00 Seemannsstraße
18.30 Harna
18.35 Ludwig (5)
19.00 Abschied im Delfin
19.30 Norwich now (1)
19.45 News of the Week
20.00 Tagesschau
20.15 Nachrichten
21.00 heute
22.00 heute
22.30 Sonntagsmagazin
Tiger-Hot, US-Spielfilm, 1952
(Original mit Untertiteln)

SÜDWEST

18.00 Seemannsstraße
18.30 Telekolleg
19.00 Nur für Baden-Württemberg
19.30 Abschied im Delfin
19.30 Nur für Rheinland-Pfalz
19.30 Abschied im Delfin
19.30 Nur für das Saarland
19.30 Sauer 3 regional
Gesellschaftsprogramm Südwest 3
19.35 Nachrichten und Moderation
19.35 Rock aus Alkmaar
20.15 Fesseln auf Toteil kommen nun
Die Max-Planck-Gesellschaft
21.00 Iry
Amerik. Spielfilm, 1947
Regie: Sam Wood
22.30 News of the Week

BAYERN

18.15 Tele-Süd (5)
18.45 Nachrichten
19.00 „Mein Leben für den FC Bayern“
19.45 Der junge Gottschalk (1)
20.30 Spielfilm in 1. Ausstrahlung
20.45 Nachrichten
21.00 Zeitmagazin
21.45 Z. E. R.
21.50 Teleclub
Die Jagd
Span. Spielfilm, 1966
22.15 Nachrichten
22.30 News of the Week

Carl Frese

* 26. 5. 1903 † 7. 10. 1983

In tiefer Trauer

Ise-Susanne Frese
Klaus-Peter und Heidi Frese
Enkelkinder Kai und Birgitte

2105 Soevetal-Eddelsen, Bäcker-Busch-Weg 4

Wir haben in aller Stille Abschied genommen.
Von Beileidsbesuchen bitten wir abzusehen.

Hugo Lentfer

Für uns alle plötzlich und unerwartet entschlief am 14. Oktober 1983 mein geliebter Mann, unser guter Vater und Großvater

In stiller Trauer

Martha Lentfer geb. Lohmann
Bruno und Elke Lentfer
Wilhelm und Ragnild Witte geb. Lentfer
Barbara, Friedhelm, Claus
Nikola und Srejanjana

2 Hamburg 60, Meister-Bertram-Straße 6
Trauerfeier am Dienstag, dem 25. Oktober 1983, um 14.45 Uhr im Krematorium Ohlsdorf, Halle C.

Marianne Menck

geb. Rademacher

Don Verlust des Mittelpunktes unseres Kreises betrauern

Dr. Hans F. Menck
Winfried und Helke Warale
und Martin
Hans-Dieter und Bärbel Wolgast
Peer und Maite
Thomas und Maria Teresa Menck
Arianus und Dandel
Eva Véron-Daunis
Marc, Gilles und Claire
Karl Wolfgang und Kristiane Menck
und Johannes
Ulrich und Gisela Menck
Claus und Christine Hasemann

2 Hamburg 61, Kriegerdankweg 4

Trauerfeier und Beisetzung am Montag, dem 24. Oktober 1983, um 14 Uhr, Kirche Hamburg-Niendorf, Niendorfer Marktplatz.

In Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von unserer Mutter

Elisabeth Fischer

geb. Wesselhoft

* 18. 9. 1893 † 11. 10. 1983

Prof. Dr. Dietert und Inge Fischer-Zernin
Carsten und Brigitta Fischer-Zernin
Dr. Lars und Jutta Fischer-Zernin
Dr. Vincent und Ilse Fischer-Zernin
ihre Enkel und Urenkel

Hamburg-Blankenese, Mühlenberger Weg 24

Die Trauerfeier hat im Familienkreis stattgefunden.

Am 13. 10. 1983 verstarb durch einen tragischen Verkehrsunfall unser Mitarbeiter Herr

Hans-Jürgen Kolar

geboren am 15. 8. 1943

Herr Kolar war 23 Jahre in unserem Hause tätig, davon 11 Jahre als Zweigstellenleiter. Seit September 1979 hat er die Zweigstelle 83, Möllner Landstraße 148, geleitet. Wir schätzen ihn als gewissenhaften und verantwortungsbewußten Mitarbeiter und trauern um einen lebenswerten Menschen. Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Vorstand, Betriebsrat und Mitarbeiter der
Hamburger Sparkasse

Die Trauerfeier findet am Freitag, dem 21. 10. 1983, um 14.00 Uhr in der Kirche zu Bergstraße statt.

Aufruf zur „Woche der Welthungerhilfe“



„Jedes vierte Kind in den Entwicklungsländern ist unterernährt. Täglich sterben 40.000 Jungen und Mädchen an Nahrungsmangel. Eine halbe Milliarde Mitmenschen haben ständig zu wenig zu essen. Diese Not darf uns nicht gleichgültig lassen. Wir müssen ihr begegnen.“

Bundespräsident Karl Carstens
Schirmherr der Deutschen Welthungerhilfe

Deutsche Welthungerhilfe
Bonn, Adenauerallee 134

111 Spendenkonto
Postcheckamt Köln - Sparkasse Bonn
Volksbank Bonn - Commerzbank Bonn
Einzahlungen sind überall möglich.

VIELE REDEN VOM FRIEDEN. WIR ARBEITEN FÜR IHN.



Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V.
Werner-Hilpert-Str. 2 · 3500 Kassel · Postcheckkonto Hannover 103360-301

DIE WELT Die Große WELT SONNTAG Kombination

Sonderthemenplan Immobilien – Kapitalanlagen 1983

- 22. / 23. 10. 1983 Bauherrenmodelle in Deutschland
Eigentumswohnungen in Deutschland
Immobilien in Spanien
Kapitalanlagen in Nordamerika
- 29. / 30. 10. 1983 Immobilien in Baden-Württemberg
Immobilien in der Schweiz
- 5. / 6. 11. 1983 Bauherrenmodelle in Deutschland
Immobilien in Spanien
Immobilien in Australien
Aktuelle Kapitalanlagen

Anzeigenaufträge schicken Sie bitte an:

Anzeigen-Expedition
Postfach 10 08 64
4300 Essen 1
Tel. (0 20 54) 101-511, -513
FS 8-579 104

Telefonische Anzeigen-Annahme:
Essen: (0 20 54) 101-5 24, -1
Hamburg: (0 40) 3 47-43 80, -35 06, -1

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 846, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Menschen gegen Devisen

„775 Häftlinge freigesetzt“: WELT vom 7. Oktober

Sehr geehrte Redaktion,
 der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen möchte den Begriff „Freikauf“ ersetzen durch „aus humanitären Gründen für Menschen, die nach unseren Rechtsvorstellungen unschuldig in Haft gekommen sind“. Ob diese Umschreibung auch von den Betroffenen und Verfolgten der politischen „DDR“-Strafjustiz akzeptiert wird, kann erfahrungsgemäß bezweifelt werden. Schließlich erfahren die politischen Häftlinge doch, daß es bei ihrer Freilassung immer wieder nur ums Geld (harte Devisen) geht und nicht um die Menschenrechte, zu denen sich auch die „DDR“-Machthaber im Grundlagenvertrag, Art. 2, zwischen beiden Staaten in Deutschland verpflichtet haben. Dabei ist das Lösegeld oft zehnmal so hoch als die Haftentschädigung (Eingliederungsbeihilfe lt. Haftlingshilfegesetz).

Nun gibt es schon ca. 500 000 Ausreiseträger aus Mitteldeutschland. Damit erhöht sich für die Antragsteller auch die Gefahr willkürlicher Verhaftungen, die ebenfalls gegen die Menschenrechte, Art. 9, verstoßen. 1983 fielen die „DDR“-Justiz bereits 684 politische Urteile, 85 Prozent davon wegen Fluchtversuchen und Ausreisemühnungen (WELT vom 8. Oktober). Sicher könnte man auch für diese Fakten mildernde Umstände bzw. schonende Umschreibungen finden, aber wo bleibt dann das ausgewogene Verhältnis von Leistung und Gegenleistung?

Mit freundlichen Grüßen
 Hans Kopka,
 Vereinigung politischer
 Häftlinge des Sowjet-Systems,
 Bad Schwartau

Lieber rot als tot?

Sehr geehrte Herren,

Innen ist schon seit langem zu danken für die sachliche und in der Bewertung zureichende Berichterstattung und Kommentierung über die „Friedensbewegung“.

Insbesondere in der WELT vom 10. 10. 1983 fallen mir drei Beiträge auf:

- der Leitartikel „Faszination der Gewalt“;
- der Meinungsartikel „Neue Ethik...“ und
- der Bericht „Wärmer warnt vor einer Demokratie von unten“.

Und zwar deswegen, weil sie alle drei im Grunde das dumme Wort „Lieber rot als tot“ erneut ad absurdum führen.

Wir sollten in diesem Zusammenhang immer auch darauf hinweisen, daß dieser eingängige Slogan voraussetzt, daß die Sowjets in der Tat bereit sein werden, von ihren Raketen Gebrauch zu machen – sonst ergibt „...als tot“ keinen Sinn –, daß aber die angebliche Alternative „Lieber rot...“ auch bedeutet: Dann müssen die jungen Männer, die dies propagieren, damit rechnen, zu einer Roten Armee eingezogen zu werden. Denn im Ostblock gibt es das Kriegsdienstverweigerungsrecht nicht, wie wir es im Grundgesetz verankert haben. Selbst der DDR-Bausoldat muß ja Soldat werden!

„Lieber rot als tot“ bedeutet nichts anderes als eine West-Verlegung des Eisernen Vorhangs mit allen dazu gehörenden Konsequenzen, wenn es einmal dazu kommen sollte, daß wir

das Schicksal haben. „Lieber rot als tot“ sein zu müssen. Hoffen wir, daß dies uns erspart bleibt – und tun wir das Unsere dazu!

Mit freundlichen Empfehlungen
 Kurt Kroymann,
 Hamburg 36

Augenmaß

„Chirac Europa Verteidigung stärken“: WELT vom 11. Oktober

Obwohl die Sowjetunion die gegen sie von Europa aus gerichteten westlichen Verteidigungswaffen nicht besonders fürchtet, so hat sie doch vor der Pershing die allergrößte Angst. Sie weiß auch, daß der Westen mit dieser Waffe einen russischen Großangriff jederzeit stoppen kann. Je mehr Pershings in Europa stehen, um so größer ist für Europa die Sicherheit.

Wort des Tages

„Wir müssen uns zum Frieden hin überwinden. Erst auf diesem Wege kommt vielleicht das Recht wieder in die Welt. Aber der Frieden muß in unserem Herzen, in unserem Hause seinen Ursprung nehmen. Wo Häuser des Friedens sind, wird sich das Land befrieden.“

Reinhold Schneider, dt. Dichter (1903-1950)

cherheit vor den sowjetischen Divisionen. Die Herren im Kreml wissen das und genau aus diesem Grunde versuchen Honecker und Andropow mit Drohungen, Tricks und Schmeicheleien etc. den Westen zu bekehren. Die Generale im westlichen Verteidigungsbündnis sollten immer daran denken: „Wer die Russen richtig einschätzt, macht auch keine Fehler.“

Chirac hat russisches Augenmaß – Gott sei Dank!

Mit freundlichen Grüßen
 Werner Hugo Bethke,
 Ludwigshafen

Sprengwirkung

Sowjets bereiten Stationierung von SS-20-Raketen in Syrien vor: WELT vom 8. Oktober

Sehr geehrte Damen und Herren, ich gestatte mir, auf folgendes hinzuweisen:

1. Die SS-21 hat bei einer Reichweite von ca. 120 km einen Detonationswert von 50 KT (nicht 25 KT), einen Wirkungsradius von 3 km und jede dieser Waffe eine Wirkungsfläche von 28 qkm.

2. In vielen Lexika kann man tatsächlich lesen, daß die Hiroshima-Bombe eine Sprengkraft von 20 KT hatte; nach neuesten Berechnungen japanischer und amerikanischer Physiker hatte diese erste über einer dicht bevölkerten Stadt abgeworfene Bombe jedoch „nur“ eine Sprengkraft von 14 KT.

Mit freundlichen Grüßen
 Friedmar Nerge,
 Schongau / Obb.

Nichts Geheimen

Nichts zur Nachricht schon Abseits an NATO: WELT vom 8. Oktober

Sehr geehrte Redaktion, Respekt vor der unmißverständlichen Klarheit, mit der Heiner Geißler seine Standpunkte vertritt!

Nur den Vorwurf der „Fünften Kolonne“ sollte er doch zurücknehmen. Denn das Deutsche Wörterbuch versteht darunter „eine im Geheimen tätige feindliche Gruppe im Inneren eines Landes“. Da nun aber große Teile der SPD durch kompromißlose Ablehnung des NATO-Doppelbeschlusses nicht etwa „im Geheimen“, sondern ganz offen die politischen-militärischen Interessen der UdSSR vertreten, ist Geißlers Formulierung sachlich falsch.

Mit freundlichen Grüßen
 Dr. Paul H. Appel,
 München 90

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinntsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zeilen sind, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

SIEMENS

Bessere Qualität in der Stahlverarbeitung durch Elektronik

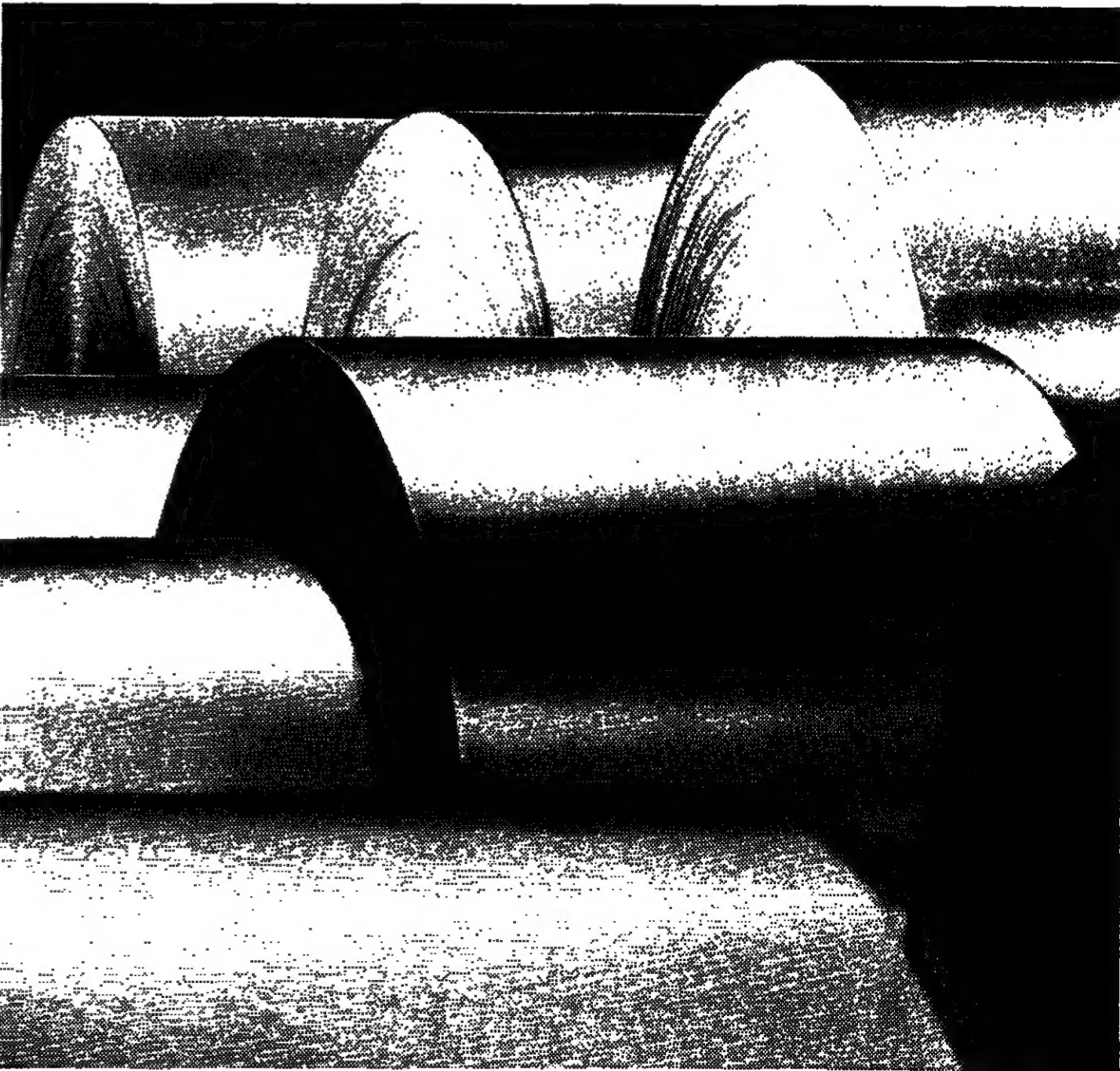
Dortmund, Mai '84. Ein neu entwickeltes Mikrocomputer-System von Siemens wird bei Hoesch Europas modernste Produktionsanlage für Feibleche steuern.

Hochwertige Stahlbleche bei gleichbleibender Festigkeit in immer dünneren und damit leichteren Qualitäten z.B. für die Automobilindustrie herzustellen, verlangt ständig verbesserte Produktionsverfahren. In konventionellen Kaltwalzwerken müssen viele verschiedene Bearbeitungsstufen getrennt und mit Zwischenlagern abgewickelt werden. In der neuen Durchlaufglüh- der Hoesch-Hüttenwerke werden diese Arbeitsschritte jetzt zu einem kontinuierlichen Prozeß zusammengefaßt und optimiert. Dabei werden höchste Anforderungen an die Verfügbarkeit der gesamten Anlage und die Qualität der Produktion gestellt.

Zur Steuerung des komplexen Fertigungsablaufes realisiert Siemens ein neues Konzept lückenloser Verknüpfung aller Komponenten, von den 400 Antrieben über

die Meß- und Regelausrüstung bis zur Prozeßleittechnik. Von entscheidender Bedeutung ist dabei das neue Multi-Mikrocomputer-System. Anstelle eines zentralen Steuerungsrechners mit nur einem Speicher steuern mehrere Mikrocomputer, deren Speicher miteinander gekoppelt sind, den Produktionsablauf. Dies erleichtert die Bedienung der Anlage und erhöht deren Verfügbarkeit.

Die Fertigungsleittechnik für Hoesch ist eines der Ergebnisse der umfangreichen Forschungs- und Entwicklungsarbeit bei Siemens. Über 3 Mrd. DM jährlich wendet das Unternehmen für die Verbesserung vorhandener und die Entwicklung neuer Produkte und Systeme auf. So macht Siemens über 50 % seines Umsatzes mit Produkten, die erst in den letzten 5 Jahren entwickelt wurden.



Neue Technik bringt uns voran.
 Siemens.

Personalien

VERANSTALTUNGEN

Gaullistenführer Jacques Chirac, Bürgermeister von Paris, hat in Bonn gegenüber der WELT energisch die Äußerungen des französischen Ex-Generals Pierre Gallois zurückgewiesen, der in einem Interview erklärte, daß Frankreich „bei einem Angriff der Sowjetunion auf Deutschland nicht einen Finger rühren sollte“. Chirac, der im romantischen Wirtshaus St. Michael in Bad Godesberg Gast eines Essens war, das Arbeitsminister Norbert Blum gab, erklärte, Gallois habe eine persönliche Ansicht geäußert, mit der er reichlich allein stehe und „die weder in Frankreich von den Verantwortlichen in der Politik in ihren Analysen noch von den verantwortlichen Militärs in Frankreich geteilt wird“. Chirac empfahl, „sich nicht aufzuregen“. Er erinnerte an Worte des Generals Charles de Gaulle, der gesagt hatte, Deutschland könne nicht darauf hoffen, seine Freiheiten zu erhalten ohne Frankreich und Frankreich könne nicht hoffen, frei zu bleiben ohne Deutschland. Der französische Oppositionschef verstand sich einen Abend lang ausgezeichnet mit seinem Gastgeber Norbert Blum, denn auch in Frankreich gehört die Arbeitslosigkeit zu den Hauptproblemen, die, so Chirac, „vor allem mit Rücksicht auf die Jugend beseitigt werden muß, die bislang fastungslos vor jenen Aufgaben steht, zu deren Lösung sie mit ihrer Großzügigkeit und Begeisterungsfähigkeit eigentlich berufen ist“.

Arbeitsminister Blum, stets ein Mann treffender Formulierungen, erlaubte sich noch einmal den deutlichen Hinweis, daß ein „Europa der Landwirte“ nicht genüge. Man brauche „ein Europa der Arbeitnehmer“. Arbeitgeber und Arbeitnehmer hatte Blum um Chirac versammelt: Unter ihnen waren Wolfram Thiele, der Präsident der Arbeitgebervereinigung Gesamtmetall, Berthold Keller, der Vorsitzende der Gewerkschaft Textil, Bekleidung, Helms Wemelsmann, Betriebsratsvorsitzender der Zeche Minister Stein in Dortmund, Karl Heins Briaux, Arbeitsdirektor bei VW, der Bonner „Amtskollege“ Oberbürgermeister Dr. Hans Daniels und der Bonner Generalmusikdirektor Jean Claude Ribet, gebürtiger Elsässer, Frankreichs Botschafter Jacques Morisset sowie die Begleitung Chiracs, der Direktor für internationale Beziehungen der Stadt Paris Bernard Billand, der außenpolitische Berater von Chirac Keesako Markez, der nicht mit dem Botschafter verwandt ist und als Pressesprecher der Stadt Paris, Denise Bandoin.

Chirac, der am Dienstag nach Berlin weiterreiste, brachte Aufregung in die Gästereihen, als er nach dem Autor des Textes fragte: „Ich habe einen Kameraden“. Daß es Ludwig Uhland war, hatten die meisten vergessen.

*
 Söhne und Töchter von Diplomaten, Politikern und Wissenschaftlern



Enten Cordiale in Bonn: Jacques Chirac, Dolmetscher Paul Falkenberg, Botschafter Jacques Morisset und Gastgeber Norbert Blum. FOTO: KRIE

wollen heute in Bonn einen Verband gründen, der sich für das Fortbestehen des Nordatlantischen Bündnisses einsetzt. Vorsitzender soll nach dem Willen der Gründungsmitglieder Thomas Hupka werden, der Sohn des CDU-Bundestagsabgeordneten Herbert Hupka. „Unsere in verantwortungsvoller Position stehenden Eltern sind von dem Wunsch besetzt, daß die Sowjetunion ihre gegen uns gerichteten Atomraketen verschrotet. Wenn dies geschieht, werden auch keine Pershing-2-Raketen in Deutschland stationiert. Verschrotet die UdSSR nicht, so sichert der NATO-Doppelbeschluss nicht nur den Frieden, sondern auch unsere Freiheit“, heißt es in der Gründungsdeklaration des Verbandes.

EHRUNGEN

Berlins Regierender Bürgermeister Richard von Weizsäcker hat die Schauspielerin und Regisseurin Elisabeth Bergner mit der Ernst-Reuter-Plakette ausgezeichnet. Die heute 89jährige nahm die höchste in Berlin zu vergebende Auszeichnung im Schloß Charlottenburg entgegen. Elisabeth Bergner begann ihre glanzvolle Film- und Theaterkarriere in den zwanziger Jahren in Berlin und flüchtete vor den Nationalsozialisten nach Wien, London und schließlich in die USA. Frau Bergner erhielt nach dem Zweiten Weltkrieg, wieder in Berlin, viele Preise: So den Schiller-Preis der Stadt Mannheim, den Ernst-Lubitsch-Preis und den Eleonore-Duse-Preis des Festivals von Asolo.

*
 Professor Dr. Walter Mertinett, erster Vorsitzender des Landesverbandes der Volkshochschulen Schleswig-Holsteins, erhielt in Flensburg das Verdienstkreuz am Bande, das ihm Bundespräsident Karl Carstens verliehen hatte. Professor Mertinett hat sich besondere Verdienste um die Erwachsenenbildung erworben. Der Ostpreuße, geboren 1926 im Kreis Piltkallen, war 1984 als Professor für „Politische Bildung und neuere Geschichte“ an die Pädagogische Hochschule Flensburg berufen worden, an der er auch heute lehrt. Besonders bekannt wurde er, wenn auch nicht unumstritten, als Vorsitzender der deutsch-polnischen Schulbuchkommission.

"Luther: Mitbeweger unserer Geschichte"

Lutherische Monatshefte: Die DDR integriert deutsche Geschichte, um ihr Selbstverständnis mit positiven Elementen der Tradition zu verknüpfen. Dabei fällt auch das wohlwollende Interesse an Martin Luther auf. War hierzu eine Korrektur des Lutherbildes in der DDR notwendig?

Honecker: Unser Lutherbild ist seit Karl Marx und Friedrich Engels durchaus differenziert. Doch sind viele Äußerungen der Vergangenheit über Luther nicht aus einer wissenschaftlichen Beschäftigung mit dem Reformator erwachsen, sondern aus den praktischen Erfahrungen mit dem politisch konservativen Luthertum im Bündnis von Thron und Altar.

Seit jeher betonte das marxistische Lutherbild die geistige Initiatorrolle Luthers für die frühbürgerliche Revolution, seine Bedeutung für die Entwicklung von Sprache und Kultur. Zugleich stellte es seine klassenbedingten Grenzen heraus, die ihn zur Gegnerschaft gegen Mütter, gegen die Aufständischen im deutschen Bauernkrieg führten. Durch diese Haltung wurde das Lutherbild nicht nur für Marxisten, sondern auch für viele progressive bürgerliche Kräfte außerhalb und innerhalb der Kirchen verdunkelt.

Wenn sich das marxistische Lutherbild der DDR inzwischen weiterentwickelt hat, dann war an diesen grundsätzlichen Positionen keine Korrektur notwendig. Die Historiker der DDR haben sich allerdings eingehend

mit der Gesamtepoche beschäftigt, in der Luther lebte und wirkte. Dabei wurden auch neue Erkenntnisse und Einsichten zur Persönlichkeit, zum Werk und zur Wirkung des Reformators gewonnen.

Das Geschichtsbewusstsein entwickelt sich als lebendiger Strom der Erkenntnis, der nie stillstehen darf und wird. Dies alles bedeutet keine Neuorientierung in der marxistischen Geschichtsauffassung, sondern deren ständige Bereicherung. Übrigens brauchen wir deutsche Geschichte nicht erst zu integrieren. Wir kommen aus ihr, stehen in ihr und führen sie weiter.

Das Interview mit dem DDR-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker im vollen Wortlaut in Lutherische Monatshefte Nr. 10. Interessiert?

lutherische Monatshefte

Ja, ich interessiere mich für den vollen Wortlaut des Interviews. Bitte schicken Sie mir Heft Nr. 10 zum Preis von DM 6,- plus Porto.

Name _____
Straße _____
PLZ/Ort _____
Bitte ausfüllen, ausschneiden (auch wenn es an dieser Stelle nicht ganz einfach ist) und schicken an:
Lutherisches Verlagshaus GmbH
Knochenhauerstraße 38/40
3000 Hannover 1
Telefon (0511) 124 17 39

Budapest

KUREN IN WELTSTADT

BUDAPEST: Das Danubius-Luxus-Thermal-Hotel in der Mitte der Donau auf der Margareteninsel erwartet Sie. Bäder, u. Hallenbäder, Zahnarzt-Service, Schwimmbad, Sauna, viele Unterhaltungsmöglichkeiten, Spiel-Casino im Hotel Hilton.

Preis: 21 Tg. Halbpension, VP, Selbstk. ab DM 1484/Flug ab MD 1874

HEVIZ: Weitere Kurmöglichkeiten im weltbekannten Thermal-Hotel in HEVIZ, am größten Südbalnearien Europas, 5 km vom Plastersee entfernt, Bäder- und Hallenbäder, Zahnarzt-Service, Supermarkt ab München.

Preis: 21 Tg. Halbpension, HP, Selbstk. ab DM 887/mitt Bus DM 1052

REISEBÜRO VAY-KIEPERT Tel. (089) 26 50 20
Ungarn- & Osteuropareisen, München 2, Altheimer Eck 1
Bitte Prospekt anfordern

Rom

Weihnachten und Silvester

JAHRESWECHSEL IN ROM
27.12.83 - 2.1.84
App-Hotel, DUVCHALKOM, Rom, Italien
VERANSTALTER: Reiseagentur Mettler von Elm, Bad Nenndorf, Tel. 0 57 23 / 67 06 / 28 27

Beratung und Anordnung:
NORDLICHT-REISEN, Flensburg, 04 61 / 1 20 21
REISEBÜRO BRUNSEN, Bremen, 04 71 / 3 18 44
REISEBÜRO RUDOLF, Oldenburg, 04 71 / 3 11 11
BE-REISEN, Hannover, 05 11 / 81 40 15
REISEBÜRO OWLWEG, Gießen, 06 51 / 37 35 08
VIRKING-INTERNATIONAL, Nordstedt, 0 40 / 5 54 51 52 u. 5 25 40 51

China

Wir sind Chinesen und Reisefachleute.
Fordern Sie bitte unseren kostenlosen, umfangreichen **China-Reiseprospekt an.**

SUNRISE TRAVEL SERVICE
Chen-Hsiang Chang

HEINRICH-VON-KLEIST-STR. 10
5300 BONN 1
Tel. 02 28 / 22 20 03
Telefax: 8 88 398 tsch d

Seychellen

„Ein Traum wird preiswert!“
günstig wie noch nie mit Linienflug.
Viele Sonderangebote, z. B.:
Luxushotel Equator Residences
1 Wo. ab Frankfurt inkl. Suite, HP, 3 Tage Leihwagen + Surfen + Tennis gratis
Sonderprospekt, Beratung und Buchung:

FERIA
FERIA Internationale Reisen GmbH
8000 München 40, Marktstraße 17, Telefon 0 89 / 39 20 41, Telefax 5 216 561
4000 Düsseldorf 30, Gneisenstraße 67, Telefon 02 11 / 46 21 03, Telefax 5 588 486

Indien

INDOCULTURE TOURS

Ihr Spezialist für
INDIEN - NEPAL - BHUTAN - PAKISTAN
30 verschiedene Studien- und Erlebnisreisen. Sonderreisen zu großen Festen in Indien und Bhutan. Exkursionen nach Ladakh - Kleintibet.

92seitiger Katalog 84 auf Anforderung kostenlos

INDOCULTURE TOURS
Indoculture Reisedienst GmbH
Bismarckplatz 1
7000 Stuttgart 1
Telefon 07 11 / 61 70 57 + 58

Silvester am Polarkreis

Silvester mal ganz anders!
Sonderflug nach Tromsø in Nord-Norwegen
Silvester am Polarkreis
31. Dezember - 1. Januar

- Silvester: Vormittags Flug ab Hamburg mit Hapag-Lloyd
- Gutes Hotel - Volle Verpflegung
- Silvesterfeier - Feuerwerk um Mitternacht
- Neujahr: Schlittenfahrt - Abends Rückflug DM 955,-

Hapag-Lloyd Reisebüro
2000 Hamburg 96
Verkehrsplanung Jungfermweg - 040/22 84 430

Kreuzfahrten

Kreuzfahrt - MS Azur - Östliches Mittelmeer

14 Tage Frankreich - Italien - Griechenland - Türkei - Israel - Ägypten
Reisetermin: 26. 11. bis 9. 12. 1983

Reisepreis: ab DM 1890,-

Leistungen: Fahrt im modernen Fernreisebus nach Toulon und zurück. Kreuzfahrt in der gebuchten Kabinen-Kategorie einschl. Vollpension an Bord der „Azur“ mit Tischwein. Benutzung aller Bordanlagen.

Bitte fordern Sie Sonderdruck an!

Veranstalter: Eurotours-Reisen, Schloßstr. 74, 5450 Neuwied 1

Studienreisen

Individuelle Studien- und Erlebnisreisen
USA/Kanada/Alaska
Mexico
Island
Australien
Neu-Seeland
Fly-and-drive-Programme weltweit
Campmobile
Sonderflüge weltweit
Katalog '84 anfordern

ZENOBIA-REISEN
Sandweg 40, 6000 Frankfurt
Telefon 06 11 / 49 52 54

Mallorca

Weihnachten und Silvester

MALLORCA
22.12.83 - 2.1.84
Hotel mit DUVCHALKOM, VOLLPENSION ab MALLORCA
inkl. WEIHNACHTS- u. SILVESTERFEST
87,- DM

VERANSTALTER: Reiseagentur Mettler von Elm, Bad Nenndorf
Tel. 0 57 23 / 67 06 / 28 27

Beratung und Anordnung:
NORDLICHT-REISEN, Flensburg, 04 61 / 1 20 21
REISEBÜRO BRUNSEN, Bremen, 04 71 / 3 18 44
REISEBÜRO RUDOLF, Oldenburg, 04 71 / 3 11 11
BE-REISEN, Hannover, 05 11 / 81 40 15
REISEBÜRO OWLWEG, Gießen, 06 51 / 37 / 35 08
VIRKING-INTERNATIONAL, Nordstedt, 0 40 / 5 54 51 52 u. 5 25 40 51

Thailand

3 WOCHEN THAILAND

Linienflug ab Frankfurt. Gute Hotels nach Wahl in Bangkok, Pattaya oder Chiang Mai. Festpreis bis Abflug 31. 12. 83

2580,-

Verlangen Sie den 90seitigen Katalog „Asien-Reisen 83/84“ vom Fernost-Spezialisten.

ASIEN-REISEN
Eberhard Zimmer
7000 Stuttgart 80

Sie wohnen in

SPANIEN

und wollen in der WELT inserieren?

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Dann wenden Sie sich bitte an folgende Anschrift:

Juan A. González
c/Antonio Casero, 30-1º
Madrid-30
Tel.: 274 36 67

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Top-Adresse in Düsseldorf!

Weniger investieren - Mehr präsentieren! Mit Ihrem Interim-Büro in Düsseldorf. Mit Ihrer Messe-Representanz in der Messe-Metropole. Mit Ihrem Office-Service. Mit Ihrem Telefon, Telex, Fax, Schreib- und Kopierservice. Mit Ihrem Firmen-Namen. Mit Konferenz- und Sekretariat und Informationsdienstleistungen. Mit Sekretariat und Übersetzungsdienstleistungen. Mit Sekretariat und Sie in Zukunft erfolgreich in Düsseldorf vertreten sein wollen.

OSC
OFFICE - SERVICE CENTER
INTERIM-BÜROS GMBH
Röhrstraße 166 - 4000 Düsseldorf 30 - Tel. 0211 450959 - 450950

Exclusive Distributorship

A rare and unusual opportunity to get in the highly profitable business of vinyl repair and recoiling. Huge demand, exceptional profit, customers waiting. Exclusive rights to market available. George Ross, Vinyl Industrial Products (V.I.P.), 2821 Montrose, Chicago, IL 60618 USA. Phone: 312-829-5760, Telex: 52-429

U.S.A. EINWANDERUNGSVISA

Für Investoren, Unternehmer, Facharbeiter, Geschäftsleute, deren Mitarbeiter, Verwandte von U.S.-Bürgern. Informationen: VTC GmbH, Widenmayerstr. 18/1 - 8000 München 22 Tel. (089) 22 91 33 - Fax 32 19 53 14

SÜDAFRIKA

erf. dts. Unternehmerberater zieht nach SA und übernimmt Kundenaufträge.
Angeb. erb. u. A 1400 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Deutscher Importeur oder Vertretung gesucht

Dänischer Hersteller von Carports mit BRD-Typengattungen, Gartenlauben, Wochenendhäusern etc. sucht bundes- oder landesweite Vertretung. Preiswerte Qualitätsprodukte aus bestem skand. Holz.
Zuschr. an R.O. Carports ApS, Norgaardsvej 7, Dänemark

Australien

Für Ihre Verhandlungen der geeigneten Partner. Wenn Sie Geschäftsbeziehungen vorantreiben wollen, werden Sie sich bitte unter PA 47115 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Australienplaner

Intern. tdt. Consult.-Firma über. f. Geschäftsreisende, m. ansk. Untern. u. Vertn. Dienstl. erw. alle Art. von Problem. dir. v. Ort. in Austr. Mitte Nov. - Dez. 83. Hon. u. Verrech. Schmelzstr. 21, 2000 Hamburg 12 T. 0 40 / 41 70 25, Telex 2 173 065

Geld!!

Wir zeigen Ihnen, wie Sie schnell Geld verdienen können. Wir haben etwas, was Sie interessieren wird. Nutzen Sie diese einmalige Chance. Wir garantieren Ihnen, daß Sie durch uns viel Geld verdienen können. Gegen die geringe Gebühr v. DM 20,- erhalten Sie unsere ausführlichen Unterlagen. Handeln Sie schnell. Sie werden es nicht bereuen.
Ein paar Zeilen genügen.
Zuschr. u. P 1548 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Patentrechte zu verkaufen

Energieersparende Beleuchtung mit Leuchtstoffröhren.
Zuschr. u. P 1544 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Importeur gesucht

Dänischer Hersteller von Gartentischen, Springbrunnen, chemischen Brunnen (Gießwasserbrunnen) sucht bundesweite, evtl. landesweite BRD-Vertretung. Preisgünstige Qualitätsprodukte aus Dänemark zur Verfügung des Herstellers.
Zuschr. an Per Kink, Svaneweg 70, DK-4171 Gråsten

Euro-Botenfahrten

m. eig. Fwz. schnell u. diskret.
Tel. 0 40 / 6 51 47 20
Tag- und Nachtfahrten

Wir haben den absoluten Markt!

Wir produzieren als Spitzenhersteller Verbrauchsgüter für Spendersysteme, die millionenfach in Verwaltung und Wirtschaft der BRD etabliert sind. Wir suchen Partner, die sich hier eine lukrative Existenz oder zweites Bein im Vertrieb und Service sichern wollen. Geschäftskapital erforderlich. Rendite attraktiv.

Conestra Chemie Gesellschaft mbH
Am Kreuzstein 82-84, 0457 Mahatal 2, Tel. 0 61 94 / 6 32 29, Telex 04 185 955

Wer kann verkaufen? Wir können produzieren! Oder wer hat Lizenzen zu verkaufen?

Maschinenbaubetrieb mit gutem Personalstamm und Maschinen sucht neue Produktion, auch Lohnfertigung. Raum Bielefeld-Hamm, an der BAB A 2.
Zuschr. erbeten unter U 1418 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Limited statt GmbH?

Vermögenssicherung, Haftungsausschluss, Gewerbesteuer, Steuerersparnis, Lizenzgebühren, Bankguthaben etc. Wenn Sie Fakten wollen statt Halbwahrheiten, dann fragen Sie bitte uns:
Roger und Wolfgang, die Anwälte, Philip und Herbert, die Wirtschaftsprüfer, Joe und Michael, die chartered secretaries, Fred, den Banker, Maurice aus Gibraltar und Jim von den Kanalinseln, Verena und Albert, die Berater.
MBC Derbyshire Ltd., die Experten
8-15 Leonard Street
London EC2A 4EP
Tel. 0 04 41 / 2 51 92 61, Telex 2 64 079 Leonar G

Friesische Klinkerkolonnen

zur Verkleinerung von 1- und Mehrfamilienhäusern, kurzfristig einsetzbar.
Angebote jederzeit unverbindlich. Meisterbetrieb, Fries-Klinkerbau, Friedrich-Ebert-Str. 163, 36 Kasse, Tel.: 06 61 / 71 21 25

Kostensenkung

auf den Gebieten Maschinen-/Apparatebau etc. wird von erfahrenem Fachmann, KEFA-Ing. Betrieb, gelernter Dreher/Mechaniker, absolut praxisorientiert mit nachweisbarem Erfolg durchgeführt. Wir sind auf den Klein-/Mittelbetrieb ausgerichtet und verkaufen Ihnen keine utopischen Lösungen für teures Geld! Durch gezielte Kostensenkungsmaßnahmen verbessern wir die Ertragslage nachhaltig. Wir arbeiten an der Basis nach dem eigenen AV. Besondere Kostensenkungen möglich. Bitte Teile, Befehle, Zeichnungen, Informationen Sie sich unverbindlich. Zuschriften an Industrieprogramm F. Eifert Refa-Ing., Postfach 1117 in 6370 Oberursel/Tamms.

Diese Formel brachte die Menschheit hinter den Mond.

$$G_{\mu\nu} = \frac{8\pi G}{c^4} T_{\mu\nu}$$

So erweist sich der von uns jährlich veranstaltete bundesweite Schülerwettbewerb Mathematik als ein Musterbeispiel gelungener Hochbegabtenförderung: von 31 Bundesländern dieses Wettbewerbs haben inzwischen 29 ihr Studium mit den Examensnoten „sehr gut“ oder „mit Auszeichnung“ abgeschlossen.

Der Stifterverband arbeitet unabhängig vom Staat. Wir halten auch in der Forschung viel vom „J“ 14. 1979, Ulm; 18. 4. 1955, Princeton/USA.

führenden Wissenschaftsjahren zählt. Deshalb geben die internationalen wissenschaftlichen Zusammenkünfte, die mathematische Forschung, die Förderung der Natur- und Geisteswissenschaften sowie zu unserem Programm wie die Förderung des Dialogs zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit.

Schreiben Sie uns, wenn Sie an der Förderung der Wissenschaften teilnehmen wollen. Wir helfen Ihnen gern über alle Möglichkeiten, an einer der wichtigsten Gemeinschaftsausschüsse unserer Zeit zu teilhaben. Damit wissenschaftliche Fortschritt unsere Wettbewerbschancen auf den Märkten von morgen sichert.

Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft e.V.
Die Gemeinschaftsaktion der Wirtschaft
Brucker Holt 56-60 - 4300 Essen 1 - Telefon 0201/71110

OLYMPIA

Entscheidung: Garmisch oder Berchtesgaden?

Argwöhnisch beobachtet Berchtesgaden die Aktivitäten von Garmisch-Partenkirchen – und umgekehrt. Zwei oberbayerische Landstriche haben sich für die Ausrichtung der Olympischen Winterspiele 1992 beworben. Heute fällt das Nationale Olympische Komitee für Deutschland (NOK) in Frankfurt mit einer Empfehlung seines Präsidiums eine erste Vorentscheidung über den nationalen Bewerber, der am 5. November durch die NOK-Vollversammlung endgültig gekürt wird. Das Internationale Olympische Komitee (IOC) vergibt die Spiele erst 1986 in Lausanne.

Die Region Berchtesgaden oder der Olympia-Veteran Garmisch. Beide sind nach Ansicht der NOK-Olympiakommission als Ausrichter geeignet. Ohne Belastung der öffentlichen Hand, wie NOK-Präsident Willi Damm betont. Die Kostenfrage stellt sich nicht, da Lizenzverträge, der Verkauf von Fernsehrechten, Lotterien und Münzen bei richtiger Planung am Ende jede Gemeinde zum großen Gewinner machen werden.

Das Bundesinstitut für Sportwissenschaft kann als neutraler Zeuge ins Feld geführt werden. Nach seiner Untersuchung, bei der die Kosten für Olympia mit 100 Prozent angenommen und nach dem Aufwand für die einzelnen Posten aufgeschlüsselt wurden, muß Garmisch 72,4 Prozent, Berchtesgaden aber nur 27,7 Prozent aufrufen.

In Berchtesgaden und den fünf beteiligten Gemeinden Bad Reichenhall, Inzell, Reit im Winkl, Ruhpolding und Siedersdorf sind Sportstätten vorhanden, denen international ein guter Ruf vorausgeht. Lediglich eine zweite Eislaufröhre muß in Bad Reichenhall errichtet werden. Garmisch verfügt über die besseren Abfahrts- und Slalomstrecken. Dafür müssen neben dem Dorf die kostspieligen Anlagen für Bob und Rodeln sowie Eisschnelllauf neu entstehen.

Gemeinsam haben beide Bewerber die Kritik durch Umweltschützer und politische Gruppierungen, die zur Gründung von Bürgerinitiativen über Dienstleistungsbeschwerden bis hin zu Spaltungen in den Gemeinderäten führte. Während Berchtesgaden schon 1980 in Lake Placid die Werbetrommel rührte, baut die Konkurrenz in Garmisch auf die engen Kontakte einflussreicher CSU-Politiker in Garmisch-Partenkirchen.

STANDPUNKT

Auch was weit weg vom Ball geschieht, gehört zum Spiel

Die eigentliche Beweisaufnahme war in wenigen Minuten vorbei, die Beratung dauerte kaum länger als eine halbe Stunde. Das Bundesgericht des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) fackelte nicht lange. Das Zweitligaspiel Karlsruhe – Fortuna Köln (4:3) braucht nicht wiederholt zu werden, Kölns Einspruch wurde in der Berufung zurückgewiesen, der sehr umstrittene Spruch des DFB-Sportgerichts vom 29. September demzufolge „geändert“, wie es die Bundesrichter in ihrem Urteil vornehm ausdrückten.

Oh, wann, wie und in welcher Absicht Karlheinz Ehmke Günther dem Kölner Günther Huthweber damals den Ellenbogen in die Mierenspartie gerammt hatte, spielte für das Urteil – ganz im Gegensatz zur Sportgerichtsverhandlung – keine Rolle mehr. Wichtig war nur noch dies: Täter und Verletzter sind Spieler, die Sache passierte – wenn überhaupt – während des Spiels und auf dem Spielfeld. Also kann es sich nicht um einen Umstand handeln, der – wie ihn Paragraph 25 Absatz 2b der DFB-Spielordnung als Einspruchsgrund vorsieht – „unabwendbar war und nicht mit dem Spiel und einer dabei erlittenen Verletzung im Zusammenhang steht“.

Damit stehen die Möbel wieder gerade. Auch was weit weg vom Ball und hinter dem Rücken des Schiedsrichters geschieht, gehört zum Spiel. Steht der es nicht, dann mag das Pech sein und sogar ungerecht. Aber niemand kann hinterher ankommen und daraus eine spielentscheidende Schwächung und einen Protestgrund ableiten.

Wenn man genau hinhört, dann ging es bei dieser Affäre wieder den Kolern nach dem DFB-Sportgericht im Grunde um die Abergewinnung der Punkte, sondern vor allem darum, ein Exempel gegen Profi-Fußballer zu statuieren, die ihre Kollegen auf der anderen Seite bewußt außer Gefecht zu setzen versuchen.

Dazu aber ist ein Protest gegen die Wertung eines Spiels offenbar nicht der richtige Weg. Ob die gegen Günther noch laufenden Ermittlungen des DFB-Kontrollausschusses zum Ziel führen, scheint zweifelhaft. Die Beweislage ist dürrig. Aber vielleicht lassen die Herren Spielbeobachter auf der Tribüne ihre Blicke künftig ein wenig mehr auch in jene Regionen schweifen, in denen diese Art des „Spiels ohne Ball“ leider immer häufiger vorkommt.

JOACHIM NEANDER

VOLLEYBALL / Interview mit dem neuen Bundestrainer Zbigniew Jasiukiewicz

„Die Vereine sind der Grundstock für eine erfolgreiche Nationalmannschaft“

KAI STIEHL, Bonn
Zbigniew Jasiukiewicz ist neuer Volleyball-Bundestrainer der Herren. Der 36 Jahre alte Diplom-Sportlehrer, der 27mal für die polnische Nationalmannschaft spielte und 1974 mit ihr den Weltmeistertitel gewann, löst Josef Stolarik (CSSR) ab. Jasiukiewicz kam vor drei Jahren als Spielertrainer des Bundesligaklubs Fortuna Bonn nach Deutschland. Die WELT sprach mit ihm.

WELT: Ihr polnischer Trainerkollege Andrzej Niemczyk erreichte mit den Damen bei der Europameisterschaft Platz fünf und damit das beste Resultat in der Geschichte des Deutschen Volleyball-Verbandes (DVV). Sind bei den Herren künftig ähnliche Erfolge möglich?

Jasiukiewicz: Zum Erfolg gehören drei Dinge: ein gutes Management, gute Spieler mit einer guten Einstellung und ein guter Trainer. Zumindest über die ersten beiden Voraussetzungen verfügt der DVV, der Erfolg meiner Arbeit bleibt abzuwarten.

WELT: Was wollen Sie anders machen?

Jasiukiewicz: Ich werde auf keinen Fall alles umkrempeln. Auch Stolarik hat gute Arbeit geleistet, an die ich anknüpfen werde. So soll der Mannschaftskader von 26 Spielern weitgehend erhalten bleiben. Aber ich glaube, die Vereine müssen stärker mit dem Verband zusammenarbeiten. In dieser Koordinierung sehe ich meine Hauptaufgabe. Denn in den Vereinen wird der Grundstock für eine erfolgreiche Arbeit mit der Nationalmannschaft gelegt.

WELT: Mannschaftsführer Burghard Sude hat einmal gesagt, die Nationalmannschaft sei nach dem Gewinn der Vize-Europameisterschaft der Junioren zu stark verjüngt worden. Wie wird sie künftig aussehen?

Jasiukiewicz: Für die Nominierung kann nicht, wie in der Vergangenheit, das Kriterium „groß und jung“ als einziger Maßstab gelten. Aber der Kern der Mannschaft wird erhalten bleiben: Burghard Sude als Kopf und um ihn herum die jungen Spieler aus der erfolgreichen Juniorenmannschaft.



Will in die Weltspitze: Volleyball-Bundestrainer Jasiukiewicz
FOTO: PRIESE

WELT: Dem Verband, besonders Präsident Roland Mader, wird von verschiedenen Seiten eine Vernachlässigung des Männerbereichs vorgeworfen...

Jasiukiewicz: Wenn ich erst einmal mit der Arbeit begonnen habe, weiß ich mehr. Die zuständigen Personen im Verband, Herr Goetze und Herr Kindermann, haben mir zugesagt, den Aufbau der Mannschaft mit großem Ehrgeiz und Engagement zu betreiben. Die geplanten 120 Tage Kadervorbereitung sprechen dafür. Das ist fast genauso viel wie in Osteuropa.

WELT: Ist denn der Rückstand gegenüber den Osteuropäern überhaupt aufzuholen?

Jasiukiewicz: Die Vereine im Osten trainieren mehr. Aber es kommt nicht unbedingt auf die zeitliche Intensität an, sondern auf Organisation und Qualität.

WELT: Sie sind neuer Bundestrainer. Wie Sie Pole sind?

Jasiukiewicz: Ich glaube es nicht. Ich habe bei Fortuna Bonn in drei Jahren aus dem Nichts eine gute Mannschaft aufgebaut. Das hat man im Verband wohl gesehen.

WELT: Sie arbeiten überaus intensiv...

Jasiukiewicz: Wer Erfolg haben will, muß hart arbeiten. Andere Trainer reden zuviel darüber. Im übrigen: Es kommt nicht auf die Härte an, sondern auf die professionelle Einstellung des Trainers und der Spieler. Auf diesem Gebiet sind uns die Osteuropäer überlegen – das ist der Grund ihrer Erfolge.

WELT: In der Nationalmannschaft ist diese Einstellung vorhanden?

Jasiukiewicz: Früher gab es vielleicht manchmal Probleme mit der Disziplin – heute nicht mehr. Ich sage den Spielern, was sie machen sollen, und sie befolgen es auch.

WELT: Wird es im Herren-Volleyball demnächst auch ein „Modell Lohhof“ geben? In Berlin laufen wohl Bemühungen, etwas ähnliches aufzubauen...

Jasiukiewicz: Bei den Herren brauchen wir so etwas nicht. Die Leistungsdichte in der Bundesliga ist sehr groß. Und wenn Berlin in dieser Saison aus der zweiten Liga aufsteigen sollte, dann gibt es eine starke Mannschaft mehr in der Bundesliga – mehr aber nicht. Bei den Damen brauchte man Lohhof, weil das Vereinsniveau insgesamt sehr schwach war. Auch das hat sich geändert.

WELT: Wie sieht die Planung für die nächsten Jahre aus?

Jasiukiewicz: In dieser Saison will ich den Anschluss an die westeuropäische Spitze wiederherstellen, im Jahr danach soll der Anschluss an die Osteuropäer geschafft werden. Danach muß ich weitersehen. Ich plane nicht länger als für zwei Jahre, das macht man nur in Osteuropa...

Hübner spielte remis

Tilburg (dpa) – Robert Hübner (Pots) erreichte in der fünften Runde des internationalen Schach-Turniers von Tilburg (Holland) ein Remis gegen Sosonko (UdSSR). Weltmeister Karpow (UdSSR) und Portisch (Ungarn) trennten sich ebenfalls unentschieden. Es führt Karpow. Hübner ist Neunter.

Ivan Lendl in Führung

London (dpa) – Der Tschechoslowake Ivan Lendl führt die Jahreswertung im Tennis-Grand-Prix der Herren mit 2314 Punkten vor dem Schweden Mats Wilander (2226) an.

Nun doch in die USA

New York (sid) – Die sowjetische Eishockey-Nationalmannschaft wird im Dezember nun doch sechs Spiele in den USA durchführen. Diese Zusage erhielt Hal Trumble, der Exekutivdirektor des amerikanischen Verbandes. Die Sowjets hatten zuvor die politischen Entwicklungen nach dem Abschluß des südkoreanischen Verkehrsabkommens zum Anlaß genommen, die Reise abzusagen.

Koopmans K.-o.-Sieger

Den Haag (sid) – Halbschwergewichts-Europameister Rudi Koopmans (Holland) bezwang in Den Haag den Amerikaner Gary Jones durch K.o. in der zweiten Runde. Zur Zeit beschäftigt sich die Europäische Box-Union (EBU) mit der Doping-Affäre des Holländers, der beim Titelkampf in Frankfurt gegen Manfred Jassmann (Korbach) zum zweiten Mal des Anabolika-Mißbrauchs überführt worden war.

Wetspiele für Randsportarten

London (sid) – Die ersten Wetspiele für nichtolympische Sportarten sollen vom 24. Juli bis 4. August 1985 in London stattfinden. In 24 Disziplinen, darunter Sambo-Ringen, Wasserski, Speedway, Rollkunstlauf, Freikörperkultur, Flossenschwimmen und Trampolinspringen sollen Teilnehmer aus 65 Ländern starten.

Neue sowjetische Attacke

Moskau (sid) – Heftige Angriffe richtet die sowjetische Regierungszentrale „Istwestija“ gegen die Behörden des US-Bundesstaates Kalifornien. Das Blatt: „Sie wollen vor unseren Sportlern, die im nächsten Jahr an den Olympischen Spielen in Los Angeles teilnehmen wollen, einen eisernen Vorhang richten.“

Leichtathletik wie Tennis?

London (dpa) – Die internationale Sportpromotionsfirma Mark McCormack plant nach dem Tennis-Vorbild

eine Serie von Grand-Prix-Wettbewerben in der Leichtathletik. Sechs führende europäische Veranstalter erwägen derzeit entsprechende Vorschläge. Der Start ist im Juni oder Juli 1984 in Oslo geplant.

Mill nicht nach Dortmund

Mönchengladbach (sid) – Vorerst gescheitert ist in der Fußball-Bundesliga der geplante Transfer Frank Mills (Borussia Mönchengladbach) zu Borussia Dortmund. Da beide Vereine keine Einigung über die Ablöse-Modalitäten erzielen, erscheint ein Wechsel in naher Zukunft unwahrscheinlich.

America's Cup wird ausgestellt

Perth (sid) – Nach vielen Protesten der australischen Bevölkerung wird der America's Cup jetzt zum öffentlichen Schau-Objekt. Am 7. November wird die Segel-Trophäe einen Monat lang unter strengen Sicherheitsvorkehrungen in australischen Städten ausgestellt. Die Yacht „Australia II“ hatte den America's Cup gewonnen.

Neue Kanu-Bundestrainer

Esslingen (sid) – Jürgen Gerlach (34) aus Neuss und Hans-Peter Köpping (43) aus Dormagen sind die neuen Bundestrainer der Slalom-Kanuten. Der seit 1970 alleinverantwortliche Bundestrainer Günter Brümmer ist nun für die Bundeswehrfördergruppe in Augsburg und den Nachwuchs zuständig.

MODERNE FÜHRKAMPF

Junioren-Weltmeisterschaften in Coto de Caza/Los Angeles. Stand nach der dritten Disziplin (Schwimmen). Mannschaftswertung: 1. Ungarn 9880 Punkte, 2. Italien 9680, 3. Schweden 9588, 4. Deutschland (Kreher, Marsalick, Cichoz) 9460, 5. USA 9388, 6. Polen 9328. – Einzelwertung: 1. Bardi (Ungarn) 3372, 2. Lundblad (Schweden) 3308, 3. Toraldo (Italien) 3256, 4. Fabian (Ungarn) 3254, 5. Cichoz 3178, 6. Kreher 3152, 7. Marsalick (alle Deutschland) 3132.

– TENNIS
Damenturnier in Brighton, erste Runde: Jexell (Schweden) – Pfaff (Deutschland) 7:6, 6:3, Tanvier (Frankreich) – Croft (England) 6:2, 6:3. Grand-Prix-Turnier in Wien, erste Runde: Wilkinson (USA) – Stadler (Schweiz) 6:1, 4:6, 6:3, Svensson (Schweden) – Iffromm (USA) 4:6, 6:3, 6:1, Korita (USA) – Doyle (Irland) 6:1, 6:1, Gottfried (USA) – Simonsson (Schweden) 6:4, 6:2. Hovever (Brasilien) – Visser (Südafrika) 7:6, 6:4.

– LEISTUNGSREKORDE
Leichtathletik: Klasse 1: 659 011,70, 2: 105 912,50, 3: 5834,30, 4: 105,00, 5: 8,40. – Totol: Eiferworte: Klasse 1: 36 058,90, 2: 1322,60, 3: 145,90. – Answahlwette: 9 aus 45: 1. Rang 9 000 000, 2: 61 405,20, 3: 6739,80, 4: 94,40, 5: 7,30. – Benzing: 1. Rang: 1: 97,60, 2: 30,80. – Rennen B: Klasse 1: 360,60, 2: 46,80. – Kombinationsgewinn: unbekannt, Jackpot: 153 054,50. (Ohne Gewähr)

MAZDA 323



Mazda 323 GT

ZUM VERGLEICH:

Beispielhaftes Verhältnis von Sportlichkeit und Preis

Mit diesem Anspruch fordert Mazda den Vergleich mit den Spitzenzeugnissen des internationalen Automobilbaus seiner Klasse heraus.

Sportlichkeit ist ein Ausweis für Freude am Fahren, auch beim Autofahren. Wäre es anders, gäbe es nicht die schnellen und wendigen GT's.

Der Gastuß spürt sofort die Kraft des Motors. Nur mal das Pedal anknippen und der Motor antwortet sofort mit Drehzahl. Aber das bedeutet noch nicht Drehmoment und darauf kommt es an beim sportlichen Fahren. Losgehen aus dem Stand, hart beschleunigen, wenn es die Verkehrssituation erlaubt. Das höchste Drehmoment beim Mazda 323 GT liegt schon bei 3200 Touren!

Lenkpräzision, wie es sich für keinen GT gehört. Dazu der Frontantrieb. Vor der Kurve anbremsen, runterschalten und mit Gas hindurch. Richtungsstabilität auch auf nasser und glatter Fahrbahn. Man fährt auch lange Strecken schnell und sparsam mit diesem GT. Der fünfte Gang ist Schnell- und Sporgang zugleich. Man hält ein hohes Reisitempo, aber die Drehzahl ist um 15% geringer.

Ein Auto mit zwei Gesichtern. Hier der Sprinter, dort das gebrauchsfähige Alltagsauto mit beachtlichem Raumangebot. Kein Wunder, daß er seit seinem Erscheinen in Deutschland so viele Sportfreunde gefunden hat.

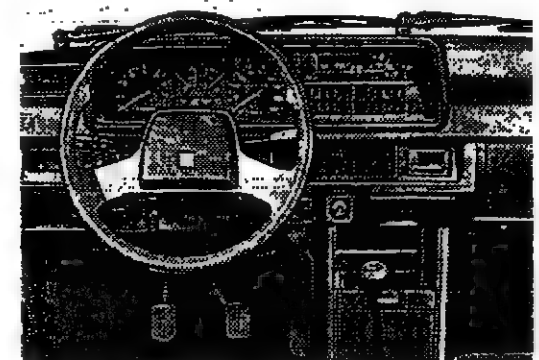
Preis: DM 14.990,-. Aufpreis für Metallic-Farben: DM 195,-. Unverbindliche Preisempfehlung des Importeurs, ab Auslieferungslager, zuzüglich Überführungskosten.

Finanzierung oder Leasing: Ihr Mazda-Partner vermittelt Ihnen gerne ein günstiges Angebot.

Mazda 323 GT – Details: 1,5 l, 65 kW (186 PS), 5-Gang-Getriebe, Höchstgeschwindigkeit 168 km/h, Verbrauch nach DIN 700304 bei 90 km/h 5,6 l, bei 120 km/h 7,7 l, Stadt 9,3 l.

Serienmäßig: Wärmedämmende Colorverglasung, H4-Scheinwerfer, Fahrerassistenz mit Neigungs- und Lenkstütze, neigungsverstellbare Rücksitzlehnen mit integrierten Kopfstützen, 2 von innen verstellbare Außenspiegel, Drehzahlmesser, Digital-Quartzuhr, Sportlenkrod mit Höhenverstellung, Tür- und Zündschloßbeleuchtung, 2 Leseleuchten, Heizdüsen im Fond, Breitreifen.

Weitere Informationen über den Mazda 323 GT und Prospektmaterial erhalten Sie von einem der über 900 Mazda-Partner in Deutschland oder direkt von MAZDA MOTORS IDEUTSCHLAND! GMBH, Weidenstr. 2, 5090 Leverkusen 1.



mazda

Beispielhaftes Verhältnis von Sportlichkeit und Preis

FUSSBALL / Heute sechs Stunden lang Europapokal im Fernsehen - Udo Sopp nur knapp zum Präsidenten in Kaiserslautern gewählt

Der zwölfte Vergleich mit der „DDR“

DW. Bonn
Die zweite Runde der Fußball-Europapokalwettbewerbe bringt heute den zwölften deutsch-deutschen Vergleich: Lok Leipzig gegen Werder Bremen im UEFA-Pokal. Neunmal schalteten bisher die Klubs aus der Bundesrepublik ihre Kugeln aus, nur zweimal gewannen Vereine aus der „DDR“: 1. FC Magdeburg (gegen Schalke 04) und eben Lok Leipzig (gegen Fortuna Düsseldorf).

Das sind die bisherigen deutsch-deutschen Europapokal-Duelle:
Fokal der Landesmeister, 1973/74: Bayern München - Dynamo Dresden 4:3 und 3:3, 1974/75: Bayern München - 1. FC Magdeburg 3:2 und 2:1, 1982/83: Hamburger SV - Dynamo Berlin 1:1 und 2:0.

UEFA-Pokal: 1973/74: Lok Leipzig - Fortuna Düsseldorf 1:3 und 3:0, 1974/75: Hamburger SV - Dynamo Dresden 0:0 und 4:2, 1977/78: Magdeburg - Schalke 04 3:1 und 4:2, 1978/79: Duisburg - Carl Zeiss Jena 0:0 und 3:0, 1979/80: Stuttgart - Dynamo Dresden 0:0 und 1:1, 1980/81: Stuttgart - Vorwärts Frankfurt/Oder 5:1 und 2:1, 1981/82: Mönchengladbach - Magdeburg 1:3 und 3:0, 1982/83: Wer-

● **Fernseh-Festtag** für alle Fußball-Freunde, die es sich heute leisten können, schon um 13.55 Uhr vor ihrem Gerät zu sitzen. Fast sechs Stunden lang wird im Zweiten Deutschen Fernsehen (ZDF) über die zweite Runde der Europapokalspiele berichtet.

● **Original** übertragen werden die UEFA-Pokalspiele Lok Leipzig gegen Werder Bremen (ab 13.55 Uhr) und, direkt anschließend, PAOK Saloniki - Bayern München.

● **Ausschnitte** der Spiele des Meisters Hamburger SV und des Pokalsiegers 1. FC Köln werden von 19.30 bis 20.15 Uhr gesendet. Wenn das noch nicht genug ist: Von 22.40 bis 24.00 Uhr gibt es noch einmal eine Tageszusammenfassung aller Spiele, angereichert mit Interviews und einem Bericht vom Spiel FC Liverpool gegen Atletico Bilbao im Pokal der Meister.



So gelassen ist ein Europapokalsieger. Hamburgs Trainer Ernst Happel wird auch in Bukarest ruhig seine Zigaretten rauchen: „Ich verlasse mich ganz auf meine Mannschaft.“

„Matsch und Brühe“ und Indizien für den leisen Abschied von Weise

MARTIN HÄGELE, Kaiserslautern
Irgendwann im Verlauf der Generalversammlung hat Geschäftsführer Norbert Thines Stadionsprecher Udo Scholz ins Ohr geflüstert: „Wenn du heute zehn Minuten vernünftig geredet hättest, wärest du jetzt Bundesliga-Präsident.“

Ein kabarettreifer Spruch, der die Lage des 1. FC Kaiserslautern treffend charakterisiert: Nur Palaver, sieben Stunden lang, niemand, der etwas zu sagen gehabt hätte. „Alles Augenwischerei“, sagte Jürgen „Atze“ Friedrich. Der ehemalige Präsident, der aus dem Pfälzer Verein einen Spitzenklub der Bundesliga gemacht hatte, war gegangen - lange bevor morgens um halb vier im Saal der „Neuen Eintracht“ die Stühle auf die Tische gestellt wurden. Er hatte das Elend nicht mehr mit ansehen können.

Friedrich wünscht sich die Pfälzer Fußballgemeinde zurück. Aber weil der trotz stürmischer „Atze, Atze“-Rufe nicht gesagt hat zur Kandidatur, können seine Nachfolger in ihre zweite Amtsperiode gehen.

Sie verließen den Saal zerrupft und zerschrammt. Erst in einer Stichwahl hatte sich Präsident Udo Sopp gegen Otto Bauer (63) durchgesetzt. Mit 273:240 Stimmen. Und wenn der Bundesstadionsprecher Bauer nur ein bisschen volkstümlicher gewesen wäre, hätte er den Pfarrer Sopp gestürzt. Noch schlimmer erging es dem Vizepräsidenten Rainer Pochert. Obwohl kein Gegenkandidat vorhanden war, wählten von 448 Mitgliedern nur noch 289 Rainer Pochert als zweiten Mann wählen.

Eine solche Wahl kommt einer öffentlichen Ohrfeige gleich. Zwei vom alten Präsidium purzelten ganz durchs Sieb: Schatzmeister Walter Greiner sang und klanglos. Für Botschafter August Diehl (71) war es ein harter Schlag. Immerhin hatte er seit 18 Jahren seinen Job als Reiseveranstalter sauber erfüllt.

Dieser Klub wird nicht von Fachleuten geführt

Zwei neue Gesichter: Über das Geld wacht nun der ehemalige Spieler Gerd Schneider, den Beizeitsprecher bekam Professor Ernst Fuchs. Beide waren vom Verwaltungsrat zur Wahl vorgeschlagen. Die Herren dieses Gremiums konnten sich als Gewinner einer Generalversammlung fühlen, die keinen Sieger verdient hatte.

Provinziell, viel Wichtigtuer aber kein starker Mann: Es war die Besetzung der Erkenntnis, dass dieser Klub nicht von Fachleuten sondern von Fans geführt wird. Und da sich einige in den beiden Funktionskreisen nicht gerade grün sind, kann man schon bald die schönsten verbalen Prügeleien erwarten. Das Bild von der heilen Welt vom Betzenberg mit dem Pfarrer an der Spitze, bedarf dringend der Korrektur.

Demnach betonte Sopp immer wieder: „Wir sind nach wie vor ein gesundes Unternehmen.“ Will er etwa

den Betzenberg verkaufen? An wen? Der Berg ist totes Kapital.

Wenn es mit dem 1. FC wirtschaftlich weiter so bergab geht wie in den letzten drei Monaten, dann addieren sich zu dem Millionen-Verlust aus dem Vorjahr zweieinhalb Millionen. So hat das Verwaltungsratsvorsitzende Jung festgestellt, sei der Klub nicht mehr liquiditätsfähig.

Harte Zeiten nach den stolzen Erfolgen der vergangenen sechs Jahre. Möglicherweise muß man sich noch vor Weihnachten von dem einen oder anderen Spieler trennen, kündigte Sopp Konsequenzen an. In einer Sache aber blickte Sopp vollkommen klar. Er merkte, daß das Vertrauen in ihn erschüttert sei, doch damit wolle er sich im Augenblick nicht beschäftigen, denn unser Nachbar heißt Waldhof.

Unfähig, die Probleme sachlich auszutragen

Am Samstag gastiert der Aufsteiger am Betzenberg. Die Nachbarmannschaft hat die Kaiserslauterer schon einiges gekostet. Der Fußball im Südwesten tendiert im Augenblick deutlich zu Waldhof. Sollten Schlappner und seine Mannschaft auch den Betzenberg stürmen, die Folgen wären für Kaiserslautern geradezu katastrophal.

Daß man sich die Otter an der eigenen Brust aufgezogen habe, kritisierte Ex-Präsident Friedrich. Seine Nachfolger hätten den Mannheimern die besten Spieler wegkaufen und diesen gefährlichen Trend rechtzeitig erkennen müssen. Friedrich: „Das ist nicht wertvoll, ich muß doch meine Konkurrenz beobachten und mich dagegen wehren.“

Im Stadion wird auch Trainer Dietrich Weise kaum so ungeschoren davonkommen wie vorgestern im Saal. Da war kaum einmal ein Wort gegen den Trainer gefallen. Das überrascht. Andererseits erklärt gerade jenes Schweigen die Lage der Lauterer. Der Klub ist nicht mehr fähig oder bereit, seine Probleme hart und sachlich auszutragen. „Nichts ist mehr fähig, mir Matsch und grobe Brühe“, meint Friedrich, „im Spitzensport gibt es keine schlimmere Situation.“ Diesen Zustand des Vereins spiegelte die Mannschaft wider.

Wie lange aber hält Weise noch aus? Leute, die den Trainer sehr gut kennen, sind überrascht, daß er nicht schon von sich aus das Handtuch geworfen hat. Tut er es am Samstag? Am Montag war auf der Geschäftsstelle schon ein Telex eingetroffen, in dem das Präsidium der Frankfurter Eintracht darum bat, mit Dietrich Weise Kontakte aufnehmen zu dürfen. Heute berät Weise mit dem Präsidium.

Assistententrainer Ernst Diehl, der auch für die A-Jugend zuständig ist, hat vorsichtshalber schon mal einem Jugendtrainer mitgeteilt, er möge sich doch darauf einrichten, am nächsten Dienstag seine A-Jugend zu übernehmen.

Die Indizien für Weises leisen Abschied häufen sich.

Bremen mit 3000 Wimpeln nach Leipzig

DW. Bonn

Meister Hamburger SV greift ein, Pokalsieger 1. FC Köln kann in Budapest beweisen, daß er sich tatsächlich auf dem Weg aus einem Tief befindet. Im UEFA-Pokal gibt es einen deutsch-deutschen Vergleich und das Zusammentreffen von Bayern München mit seinem ungeliebten früheren Trainer Pal Csernai in Saloniki. Die Hinspiele in der zweiten Runde mit dem Ausscheiden des 1. FC Kaiserslautern (gegen Watford) und des VfB Stuttgart (gegen Sofia) schienen die Kritiker zu bestärken, die dem Fußball der Bundesrepublik - ob in der Nationalmannschaft oder auf der Ebene der stärksten Vereine - eine Krise bescheinigten.

Heute, und daran ist auch die Auslosung schuld, schaut alles schon wieder etwas rosig aus. Bundestrainer Jupp Derwall hat zum alten optimistischen Wortschatz zurückgegriffen: „Alle vier Mannschaften können es schaffen.“ Was auf die Bundesligaklubs zukommt, sind durchaus prominente und attraktive Gegner, die aber nicht zur europäischen Spitzenklasse gehören. Das große Geschäft kann wohl erst in der dritten Runde beginnen. Das ist die Situation in den Bundesligaklubs vor ihren Spielen:

● **Hamburger SV** (17.00 Uhr bei Dinamo Bukarest): Es ist wie immer beim deutschen Meister, der in der ersten Runde ein Freilos gezogen hatte. Jeder bemüht sich, so gelassen zu erscheinen, daß auch der Gegner an nichts anderes als an einen Hamburger Sieg denken kann. Ernst Happel, der Trainer, zieht weiter ruhig an seinen Zigaretten und sagt: „Ich verlasse mich auf meine Mannschaft.“ Wie hoch der Österreicher die Bukarester einschätzt, zeigt dies: Er selbst beobachtete den Gegner nicht, ließ

seinen Assistenten Rainer Ohlhauser einmal nach Rumänien fahren. Und er lehnte es auch ab, viel Geld für eine Video-Kassette auszugeben, die ein Spiel des rumänischen Meisters zeigt. 4000 Dollar sollte der Hamburger SV für diese Kassette bezahlen. Ernst Happel: „Davon kann ich ja eine Weltreise machen.“

Vielleicht gibt es nur einen in der HSV-Mannschaft, der etwas nervös ist. Dieter Schatzschneider muß mit der Belastung fertig werden, daß er als neuer Mittelstürmer selbstverständlich auch im Europapokal an seinen Vorgängern gemessen wird. Horst Hrubesch und davor Uwe Seeler erzielen jeweils 21 Treffer für ihre Mannschaft in internationalen Wettbewerben. Schatzschneider sagt: „Ich werde sicherlich auch im Europapokal meine Tore schießen. Ich habe ja noch etwas Zeit, um auch auf die Anzahl der Tore von Hrubesch und Seeler zu kommen.“

Außenverteidiger Wehmeyer zog sich beim Training eine Zerrung zu und fällt aus. Der Einsatz von Milewski ist noch fraglich. Die voraussichtliche Aufstellung: Stein, Hieronymus, Kaltz, Jakobs, Schröder, Hartwig, Rolf, Magath, Groh, Schatzschneider, Milewski (Hansen).

● **1. FC Köln** (16.00 Uhr in Budapest): Miklos Temesvári, der Trainer von Ujpest Doxa Budapest, versucht offensichtlich, die Kölner in Sicherheit zu wiegen. Er lobt den Gegner seiner Mannschaft zu schier schwindelerregenden Höhen hinauf: „Eine Weltklasse-Mannschaft. Das 7:1 gegen Innsbruck und das 2:0 gegen Bayern München haben mir das bewiesen. Alles andere als ein Kölner Sieg bei uns wäre eine Überraschung.“ Ein Glück nur, daß Trainer Hannes Löhr Realist bleibt: „Der stapel bewußt tief. Der will uns etwas vorkauken.“

Probleme könnten die Kölner mit ihrer Abwehr bekommen. Die Buda-

pester stürmen mit drei Spitzen, die Stürmer Laszlo Faketi, Sándor Kiss und Andras Töröcsik sind ihre Stars. Nationalspieler Stefan Engels ist erneut am Knie verletzt und kann nicht eingesetzt werden. Löhr: „Wir müssen hübsch aufpassen. Auf keinen Fall dürfen wir uns hinten reinstellen. Wir müssen versuchen, unseren eigenen Stil zu spielen.“

Die voraussichtliche Mannschaft: Schumacher, Strack, Prestin, Steiner, Hönerbach, Hartmann, Haas, Reif (Gielchen), Littbarski, Fischer, Alofs. - Schiedsrichter: Losert (Österreich).

● **Bayern München** (16.00 Uhr in Saloniki): Pal Csernai, von Bayern München vorzeitig entlassen, kennt den Gegner wohl besser als seine eigene Mannschaft von PAOK Saloniki, mit der er erst drei Monate arbeitet. Stüttsant bescheinigte er seinem Nachfolger Udo Lattek am Samstag nach der 0:2-Niederlage in Köln, noch immer nach seinem System spielen zu lassen: „Es hat sich nichts geändert.“ Doch ob diese gute Kenntnis der Verhältnisse in der Münchner Mannschaft ausreicht, eine Bundesweiterkommen, bezweifelt Csernai selbst: „Der Leistungsunterschied ist ziemlich groß. Wir können ihn nur mit Einsatz ausgleichen.“

Sein Kollege Udo Lattek will Konsequenzen aus der Niederlage in Köln ziehen: „Es wird Umstellungen auf zwei bis drei Positionen geben.“ Die endgültige Aufstellung hängt davon ab, ob der dänische Nationalspieler Sören Lerby und Junioren-Nationalspieler Michael Rummenigge ihre leichten Verletzungen überwunden haben. Fest steht, daß Lattek die Abwehr verstärken will. So hat vor allem Bernd Martin die Chance, zum Einsatz zu kommen. Calle del'Haye wird wohl nicht spielen. Martin hat im Mai gegen Schalke 04 zum letzten Mal gespielt.

Die voraussichtliche Aufstellung: Pfaff, Augenthaler, Dremmler, Beier-

lorzer, Dürrenberger, Matthy, Kraus, Lerby (Nachweil), Martin, Michael Rummenigge (del'Haye), Karl-Heinz Rummenigge. - Schiedsrichter: Mecnicovic (Balkan).

● **Werder Bremen** (14.00 Uhr in Leipzig): Am Samstag beobachtete Bremens Trainer Otto Rehagel die 0:2-Pokal-Niederlage von Lokomotive Leipzig im Heimspiel gegen den 1. FC Magdeburg. Er wurde stürmisch gefeiert („so etwas erlebt man nicht alle Tage“). Die Bremer haben sich auch abseits des Sports auf die Reise in die „DDR“ vorbereitet. 3000 Aufkleber mit der Aufschrift „Werder Bremen grüßt Lokomotive Leipzig“ wurden gedruckt. Das Gepäck mit ihnen, Wimpeln und Anstecknadeln, ist schwerer als der Mannschaftskoffer mit Schuhen und Trikots. Manager Willi Lemke: „Im letzten Jahr haben wir in Frankfurt/Oder durch unsere Aktivitäten viele Freunde gewonnen. Es wäre schön, wenn es diesmal genauso wäre.“

Lemke handelte an Ort und Stelle mit den Leipziger Funktionären auch die Möglichkeit aus, daß jetzt 800 Bremer ihre Mannschaft begleiten können. 1000 Fans hatten sich für die Reise angemeldet, die Hälfte muß zu Hause bleiben. Der Grund: Das Rudolf-Platz-Stadion ist seit langem mit nur 24.500 Zuschauern ausverkauft, wobei nur 4000 Sitzplätze zur Verfügung stehen.

Vor der Abreise führte Rehagel seinen Spielern noch einmal die Video-Aufzeichnung des Leipziger 4:0-Sieges über Grondins Bordeaux aus der ersten Runde vor. Rehagels Urteil über den viermaligen Torschützen Hans Richter: „Ein äußerst kraftvoller und einsetzungsreicher Spieler, gefährlich wie Rudi Völler.“

Die voraussichtliche Aufstellung: Burdinski, Pezzy, Okudera, Gruber, Otten, Sidka, Möhlmann, Bracht, Reinders, Müller, Meist. - Schiedsrichter: Costatin (Belgien).

Deutschlands angesehenste Visitenkarte im Geschäftsleben. Die American Express Firmenkarte: 0611/72 00 16

Viele namhafte große und mittelständische Unternehmen in Deutschland setzen ihr Vertrauen in die American Express Firmenkarte. Vertrauen, das sich bezahlt macht. Auch Ihrem Unternehmen kann die American Express

Firmenkarte viele Vorteile bieten. Wir beraten Sie ganz individuell. Rufen Sie uns doch einfach an. Oder senden Sie den Coupon an American Express International, Inc., Karten-Organisation, Postfach 11 01 01, 6000 Frankfurt 11.

Die American Express Firmenkarte. Sie macht sich bezahlt für Ihr Unternehmen.



und so überzeuge am 17. - 21. Oktober

A vintage computer monitor and keyboard. The monitor screen displays the text "Management by FRITZ®" in a bold, sans-serif font. The keyboard is positioned in front of the monitor and also features the "Management by FRITZ" branding on its top surface. The entire setup is presented in a high-contrast, black and white style.

- per Videokassette „Management by FRITZ®“ mit ausführlichen Demonstrations- und Anwendungsbeispielen
- durch das umfassende Handbuch „Management by FRITZ® in der täglichen Praxis“

Informieren Sie mich jetzt über FRITZ®:

- ☐ per Video-Information „Management by FRITZ®“
- ☐ VHS ☐ Beta ☐ video 2000 (Kaufpreis: DM 148,- per Nachnahme)
- ☐ durch das Sachbuch „Management by FRITZ® in der täglichen Praxis“ (Kaufpreis: DM 28,- per Nachnahme)

Ausschneiden und an TA senden:
 Triumph-Adler AG, Abt. VIPV, Witschelstr. 102, 8500 Nürnberg 80

Und so überzeugen Sie sich von „Management by FRITZ®“ am besten: Sofort und ganz unmittelbar vom 17. – 21. Oktober 1983 auf der SYSTEMS in München, Halle 19, Stand 19003/19102 und Halle 23, Stand 23201/23302, oder mit nebenstehendem Kupon 

El Salvador wieder im Bonner Hilfsprogramm

Der zentralamerikanische Staat El Salvador wird von 1984 an wieder Entwicklungshilfe aus der Bundesrepublik Deutschland erhalten. Wie Minister Jürgen Warnke (CSU) gestern erklärte, werde damit die Ungleichbehandlung gegenüber dem Nachbarstaat Nicaragua beendet. Warnke bezeichnete diesen Zustand als „untragbar“. Dabei äußerte er, daß es in Nicaragua nicht nur an den Voraussetzungen für eine gedeihliche Zusammenarbeit fehle. Die laufende Projekte sollen nicht abgebrochen werden. In der sogenannten Rahmenplanung 1984 sind - wie für 1983 - fünf Millionen Mark vorgesehen. Warnke ließ jedoch durchblicken, daß die weitere politische Entwicklung darüber entscheide, ob entsprechende Zusagen auch tatsächlich gegeben würden. Für El Salvador sind etwa 5 Millionen Mark an Neuzugängen 1984 eingeplant.

Rasche Zunahme der Waldschäden

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Der Zustand des deutschen Waldes hat sich innerhalb eines Jahres nach der Schadenserhebung des Bundeslandwirtschaftsministeriums „dramatisch“ verschlechtert. Wie Minister Ignaz Kiechle gestern in Bonn bekanntgab, hat sich die Schadensfläche gegenüber dem Vorjahr auf 34 Prozent mehr als vervierfacht. „Neuartige Waldschäden“ seien auf einer Fläche von 2,5 Millionen Hektar festgestellt worden. 1,8 Millionen Hektar oder 25 Prozent der Waldfläche wiesen leichte Schäden auf. Mittlere Schäden seien auf 8,5 Prozent der Waldfläche registriert worden und 0,9 Prozent seien sehr stark bis absterbend. Kiechle begrüßte, daß der Haushaltsausschuß 20 Millionen Mark für forstliche Maßnahmen im Zusammenhang mit den neuartigen Waldschäden durch Umschichtung bereitgestellt hat.

Nach „Panne“ im Moskauer Fernsehen wurde Programmdirektor entlassen

Chef des Rundfunkkomitees, Sergej Lapin, verwahrt / Sprecher Dantschew wieder beschäftigt

F. H. NEUMANN, Moskau

„Unzuverlässige Arbeitsmethoden“ der sowjetischen Tagesschau-Redaktion haben den Programmdirektor des sowjetischen Fernsehens, Wiktor Ijubowzew um seinen Posten gebracht. Ijubowzew war schon vor einigen Tagen nicht mehr an seinem Schreibtisch erschienen.

Eine Panne bei der Verlesung der letzten Erklärung von Partei- und Staatschef Jurij Andropow in der abendlichen Hauptsendung von „Wremja“ („Die Zeit“) am 28. September war der unmittelbare Anlaß der Amtsenthebung. An die Stelle von zehn Sätzen in der Erklärung von höchster Stelle war unbemerkt eine Passage aus einem Interview eines stellvertretenden Kommandeurs des Warschauer Paktes geraten. So kam es, daß plötzlich markige Worte über die Stärke und die Kampfbereitschaft der sozialistischen Bruderarmeen im Zusammenhang mit deren Herbstmanövern verbreitet wurden, die angeblich von Andropow stammen sollten.

Direkt nach dem beispiellosen Vorfall wurden mehrere Disziplinarmaßnahmen gegen Fernsehredakteure eingeleitet. Der Programmdirektor erhielt zuerst einen „strengen Verweis“, nun wurde er abgesetzt. Politisch bedeutsam ist, daß auch der Vorsitzende des Staatskomitees für Rundfunk und Fernsehen, Sergej Lapin, mit einer Verwarnung bedacht wurde. Sein Abschied vom Staatsamt wird in Moskau nun für die nahe Zukunft erwartet, zumal ihn auch die politische Verantwortung für die aufsehenerregenden „Versprecher“ in mehreren Nachrichtensendungen des englischsprachigen „World Service“ von Radio Moskau belastet.

Der damalige Sprecher Wladimir Dantschew, der Mitte Mai in drei Sendungen plötzlich vom „Kampf gegen die sowjetische Okkupation Afghanistans“ und vom Widerstand der Bevölkerung gegen das Regime von Kabul sprach, war danach als „krank“ bezeichnet und in seiner Heimat Taschkent medizinisch betreut worden. Inzwischen ist er wieder bei Radio Moskau beschäftigt, ohne al-

erdings vor die Mikrophone zu treten. Offenbar wird ihm keine unmittelbare Verantwortung für die „Versprecher“ angelastet.

Nach Angaben aus sowjetischen Kreisen ist die Verwechslung nicht durch Absicht, sondern aus Schlämpelei zustande gekommen. Die Panne sind jedenfalls, worauf sie auch zurückgehen mögen, keine Anzeichen politischer Unzuverlässigkeit im Apparat von Rundfunk und Fernsehen. Die Parteiführung hat daher am vergangenen Freitag „eine Reihe von Maßnahmen“ beschlossen, die eine „Verbesserung der ideologisch-politischen Inhalte“ in der „Informations- und Propagandarbeit“ bewirken sollen.

Kritik an den Medien übte die Partei schon auf ihrem Juni-Plenum. Ihnen wird der Mangel an „Originalität und Frische“, letztlich sogar von Überzeugungskraft vorgeworfen, wovon die „Gegenpropaganda des Imperialismus“ profitiere. Das Politbüro verlangt jetzt eine noch engere Abstimmung der Medien mit den „ideologischen Behörden“.

Sacharow-Appell zum Abschluß der Buchmesse

zum Abschluß der Frankfurter Buchmesse haben Schriftsteller, Journalisten und Politiker sich

öffentlich für den schwer erkrankten Andrej Sacharow eingesetzt. Heinrich Böll, Siegfried Lenz, der im Kölner Exil lebende russische Schriftsteller Lew Kopelew, der französische Politologe Alfred Grosser, Marion Gräfin Dönhoff, der Frankfurter Oberbürgermeister Walter Wallmann sowie führende Mitglieder des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels unterzeichneten ein Telegramm an Sacharow. Darin würdigten sie „seinen und seiner Gattin Jelena Bonner standhaften Mut“ und das Eintreten für die Menschenrechte. Sie appellierten an „die Vernunft und die Humanität“ der Sowjetregierung, Sacharow aus der Verbannung zu erlösen. Seine Heimat könne auf ihn „stolz sein“.

Die Gesellschaft „Kontinent“, die ihre Aufgabe in der Unterstützung der Menschenrechte in Osteuropa sieht, berichtete, eine Kopie des Telegramms sei an den sowjetischen Staats- und Parteichef Andropow geschickt worden.

Verhaftungen in Ost-Berlin und Apolda

Proteste in der „DDR“ gegen Wehrerfassung von Frauen

gko/rtr, Berlin/Apolda

Nach einer Protestaktion von etwa 40 Frauen gegen die in der „DDR“ begonnene Wehrerfassung von Frauen (WELT vom 17. 10.) sind am Montag in Ost-Berlin fünf Frauen vom Staatssicherheitsdienst (SSD) festgenommen worden. Aus dem Freundeskreis heißt es dazu, daß sie in einer koordinierten Aktion zunächst Protestbriefe an die örtlichen Wehrkreiskommandos geschickt hatten. Bei ihrer öffentlichen Aktion seien sie jedoch nicht als geschlossene Gruppe aufgetreten. Als Zeichen der Solidarität untereinander seien viele von ihnen schwarzgekleidet gewesen. Anlaß für die Protestbriefe waren Berichte, wonach die Wehrkreiskommandos in mehreren Städten der „DDR“ begonnen haben, auch Frauen Wehrpässe zuzusenden, was als erste Maßnahme auf dem Weg zur Einberufung gilt. An der Protestaktion soll sich auch Katja Havemann, die Witwe des verstorbenen „DDR“-Regimekritikers Robert Havemann, beteiligt haben. Bei Begleitpersonen

der festgenommenen Frauen seien die Ausweise kontrolliert worden.

Zu einem ähnlichen Protest ist es in der thüringischen Kreisstadt Apolda gekommen. Dort hatten sich Ende September Angehörige aus 14 Familien katholischen Glaubens zusammengefunden, die mit Kerzen in der Hand einen Kreis bildeten. Auch ihr Protest galt der Wehrerfassung von Frauen. Nach der Demonstration in Apolda wurden in der Zeit vom 29. September bis 1. Oktober eine bisher unbekannte Anzahl der Beteiligten vom SSD verhaftet.

Die zunehmende Militarisierung in allen Lebensbereichen der „DDR“ findet vor allem unter den christlichen engagierten Bürgern einen immer größeren Widerstand. Mit besonderer Beunruhigung registriert man in der katholischen und evangelischen Kirche, daß an fast allen medizinischen Akademien und den medizinischen Sektionen der Universitäten Lehrstühle für Militärmedizin eingerichtet wurden.

Abzug von 2000 Atomsprengköpfen?

Fortsetzung von Seite 1

zu vereinfachen. Konkret gesagt, muß die NATO die Aufgabe bewältigen, die seitliche Planung des Warschauer Paktes durch eine ebenso rasch hergestellte Bereitschaft der eigenen Großverbände in der Verteidigung zu durchkreuzen.

Das sowjetische Konzept offensiver Operationen setzt die Divisionen und Armeen der ersten, zweiten und dritten Staffel auf festgelegten Achsen so an, daß sie bestimmte räumliche Ziele zu bestimmten Zeiten erreichen sollen. Das gilt für die Verbände, die den Durchbruch in der NATO-Verteidigung erreichen sollen, ebenso wie für die nachrückenden, die nach der Abnutzung der Angriffsspitzen deren Aufgaben vornehmen sollen. Mit dieser Art Angriff will der Warschauer Pakt erreichen, auf die Abwehr der NATO-Verbände ständig Druck auszuüben und so deren Kampfkraft in relativ kurzer Zeit abzumindern.

Dieses Konzept verlangt exakte Vormarschgeschwindigkeiten, die nach sowjetischer strategischer Planung auch dadurch gesichert werden sollen, daß, wo sich die Verteidigung als zu stark erweist, sie durch massives Feuer der Artillerie und der Luftwaffe zerschlagen werden muß. Gleichzeitig damit würden östliche Operationen zur Vernichtung der NATO-Hauptquartiere, der Flugzeuge auf den Basen mit Nuklearwaffen, der Hauptnachschubdepots und der großen Nachschubwege laufen. Solche Angriffe schließen in der sowjetischen Planung die Nutzung von Atomwaffen keineswegs aus. Aus der im Westen verfügbaren sowjetischen Literatur geht sogar hervor, daß der Bestand der sowjetischen Kernwaffen auf dieses Konzept offensiver Operationen abgestimmt ist. Damit sind die Nuklearwaffen ein integraler Bestandteil der sowjetischen Streitkräfte.

Prag appelliert auch an Moskau

DW, Prag

Mit einem Abrüstungsappell, der sich nicht nur an den Westen, sondern auch an die Sowjetunion richtete, hat gestern die tschechoslowakische Parteizeitung „Rude Pravo“ zur Bildung eines „atomwaffenfreien Europas“ aufgerufen. Der Aufruf wurde von der Nachrichtenagentur CTK verbreitet. Bisher hatte Prag, einer der engsten Verbündeten Moskaus, nur die USA für das Wehrtrüben verantwortlich gemacht. Die Zeitung wies zudem darauf hin, daß die Friedensdemonstrationen in der Tschechoslowakei nicht gedacht seien, um „Druck auf die Regierung auszuüben, so wie das die Friedenskräfte in den kapitalistischen Ländern tun“. Diese Formulierung deutet darauf hin, daß es in der Tschechoslowakei zu nichtstaatlichen genehmigten Friedensbekundungen gekommen sein muß.

Trennung von Arafat?

Damaskus fordert seinen Austritt aus der PLO

dpa/UPI, Beirut

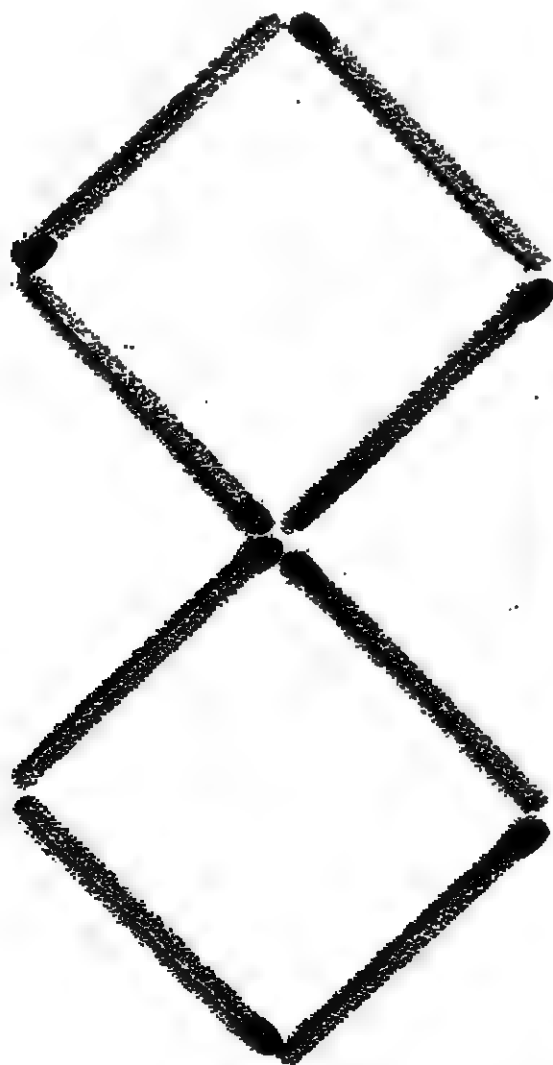
Der Konflikt zwischen Syrien und der palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) kam nach Ansicht der Regierung in Damaskus nur beigelegt werden, wenn sich die PLO von ihrem Vorsitzenden Jassir Arafat trennt. Das berichtete gestern die in Kuwait erscheinende Zeitung „Al Qabas“ unter Berufung auf palästinensische Kreise.

Der Konflikt zwischen der PLO und Syrien gehört nach Ansicht von Beobachtern im Nahen Osten zu den Hauptproblemen einer Befriedung Libanons. Nach Angaben des Blattes ist eine entsprechende Forderung Syriens dem „Außenminister“ der PLO, Faruk Kaddumi, überreicht worden.

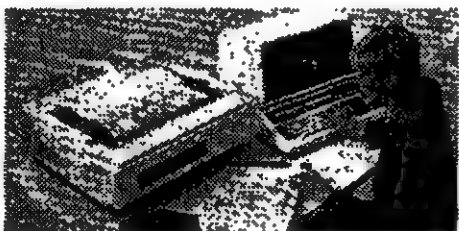
In Beirut ist inzwischen die Schnellstraße von der libanesischen Hauptstadt zum internationalen

Flughafen im Süden der Stadt unpasierbar geworden. Nach Angaben von Radio Beirut ist dies darauf zurückzuführen, daß sich Scharfschützen von verschiedenen milizionären Organisationen in dem Gebiet Feuergefechte geliefert haben. Nach vorliegenden Informationen waren an diesen Schießereien sowohl proysische drusische Milizen und schiitische Anhänger der Organisation „AMAL“ beteiligt. Radio Beirut zufolge sollen bei den Schießereien auch Anhänger des iranischen Ayatollah Khomeini beteiligt gewesen sein.

Nach Angaben des Senders soll Ziel dieser neuerlichen Aktionen der linksgerichteten Milizen sein, die für morgen geplante sogenannte Versöhnungskonferenz zu sabotieren. Die Versöhnungskonferenz hat zum Ziel, den libanesischen Bürgerkrieg zu beenden.



Die Aufgabe: Verlegen Sie in dieser Figur vier Streichhölzer, und Sie erhalten eine neue Figur, in der drei Quadrate enthalten sind. (Weitere Streichholz-Aufgaben stehen in dem kostenlosen Büchlein „Streichholz-Spieler“, das Sie bei Honeywell Bull anfordern können, indem Sie uns das Büchlein aus dieser Anzeige schicken.)



Die Wege zur Lösung einer Aufgabe sind oft weit und verschlungen. Konsequentes Nachdenken führt sicherlich zu praktikablen Ergebnissen. Wirklich intelligente, innovative Lösungen jedoch entstehen erst dann, wenn die Kreativität derer dazukommt, die daran arbeiten. Auf diese Weise haben wir in den 50 Jahren, die unser Unternehmen besteht, immer wieder Lösungen gefunden, die richtungweisend in der EDV-Entwicklung wurden und uns zu Europas Computer-Hersteller Nr. 1 machten.

Unsere Datenbank-Konzeptionen oder das Mehr-Prozessor-Prinzip auch in kleineren Computersystemen, um nur zwei Beispiele zu nennen.

Unser heutiges Know-how kommt aus internationaler Partnerschaft, regelmäßigem Wissensaustausch und der gemeinsamen Arbeit mit Kunden aus aller Welt an neuen Lösungen für neue Aufgaben. Weil wir wissen, daß für ein kleines Unternehmen eine kleine Lösung genauso wichtig ist, wie für ein großes eine große, widmen wir beiden die gleiche Sorgfalt. Deshalb umfaßt unsere Produktpalette vom Mikrocomputer bis zum Großrechner auch noch alles, was dazugehört: Dienstleistungen - Ausbildung, Beratung, Projektmanagement - Zubehör...

Mit unserem PlusComputer DPS 4 beispielsweise bieten wir Anwendern, die in die EDV einsteigen oder auf mehr Leistung umsteigen wollen, (fast) Großrechnerleistung auf kleinstem Raum.

Besuchen Sie uns: SYSTEMS '83, München, 17.-21.10.83

Seit 50 Jahren kompetent für intelligente Lösungen - weltweit.

Honeywell Bull AG
Abt. W 5 - Theodor-Heuss-Str. 60-66
3000 Köln 90 (Porz) - Telefon 02203/305-0

Bull
COMPUTER



Privatärztlich im Krankenhaus behandelt - das kostet weniger als Sie denken.

Mit einer NOVA Krankenversicherung sind Sie Privat-Patient und können je nach Tarif wählen, z.B. ob Sie im Ein- oder Zweibettzimmer liegen wollen und in welchem Krankenhaus. Sie bestimmen auch den Arzt, der Sie im Krankenhaus oder in seiner Praxis behandelt. Die NOVA erstattet die Kosten je nach Tarif bis zu 100%, beim Zahnarzt bis zu 80%. Und sie bezahlt Ihnen ein Tagegeld zur Einkommensersatzung bei Arbeitsunfähigkeit. Sollten Sie in einem Kalenderjahr keine Leistungen beanspruchen, erhalten Sie als Vollversicherter eine erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung. Seit 1980 in jedem Jahr drei Monatsbeiträge - auch schon für 1984 fest zugesagt. Und wenn Sie nun glauben, Sie können sich das nicht leisten, dann lassen Sie sich von uns das Gegenteil ausrechnen. Die NOVA Krankenversicherung ist privat, leistet mehr und kostet weniger als Sie denken. NOVA. Die Sicherheit persönlich.

Bitte informieren Sie mich über eine private Krankenversicherung bei der NOVA.

Name:

Strasse:

Ort:

An NOVA Versicherungen, Kapstadtstr. 8, 2000 Hamburg 60, Tel.: 040/6 37 31.

Tel.:

NOVA
VERSICHERUNGEN

Mittwoch, 19. Okt.
in d Apold
Lehrerfassung

Mittwoch, 19. Oktober 1983
Nr. 244

WELT DER WIRTSCHAFT

15

Jugendliche zu bedauern

(London) - Die jetzt vorgelegten Ergebnisse einer Untersuchung über Jugendarbeitslosigkeit und wie diese die Persönlichkeitsentwicklung Jugendlicher beeinflusst, mögen nicht unbedingt ganz neu sein. Aber sie sind erschütternd. In der Studie heißt es, daß Arbeitslosigkeit auf Jugendliche im Teen- und beginnenden Twen-Alter einen erheblichen stärkeren Einfluß hat als wenn sie später im Leben erfahren wird, weil sie die traditionelle Entwicklung zum Erwachsensein blockieren. Arbeitslose Jugendliche würden zu lange als kindhaft behandelt und sich entsprechend auch so verhalten. Dies führe zu den bekannten sozialen Schwierigkeiten, nur zu häufig begleitet von Alkohol- und Drogenproblemen. Diese Erkenntnisse sollten gerade in einem Land wie Großbritannien, das unter einer extrem hohen Rate von Jugendarbeitslosigkeit leidet, zu gezielten und von allen mitgetragenen Maßnahmen führen. Doch was passiert? Das von der britischen Regierung neu eingeführte Programm zur Ausbildung Jugendlicher, das allen 16-jährigen Schulabgängern ohne Arbeitsplatz sowie einem Großteil der arbeitslosen 17-jährigen ein einjähriges Ausbildungsprogramm ähnlich der deutschen Lehrausbildung anbietet, wurde bereits vor seinem Start am 1. September von Interessengruppen wie Gewerkschaften und Labour-

Opposition diffamiert. Die folglich entstehende Resonanz der Jugendlichen auf dieses Programm (30 Prozent weniger Plätze als die angebotenen 460 000 wurden belegt) ist mehr als fatal.

Am Ende?

KDK - Immer öfter machen Käufer von Baurenommodellen die Erfahrung, daß sie beim Verkauf der in den letzten Jahren erworbenen Wohnungen Geld verlieren: Die Zeiten, in denen Wertsteigerungen auf dem Grundstücksmarkt die Nachteile des Baurenommodells kaschiert haben, sind vorbei. Bekam der Anleger in früheren Jahren bei Preissteigerungen von fünf bis zehn Prozent jährlich seinen Einstand beim Verkauf einer Wohnung nach drei bis vier Jahren zurück, so läßt er Federn, wenn er seine seit 1979 erworbene Wohnung heute verkaufen will. 20 bis 30 Prozent Verlust gegenüber dem Kaufpreis sind die Regel. Für viele endet der Erwerb eines Baurenommodells also trotz Steuervorteils mit roten Zahlen. Eines muß man dem Baurenommodell allerdings zugute halten: es hat in einer Zeit kurzzeitiger Baukonjunktur dafür gesorgt, daß Wohnungen gebaut und damit Arbeitsplätze in der Bauwirtschaft geschaffen worden sind. Der Anleger kauft aber nicht um Arbeitsplätze zu erhalten, sondern weil er seinen Vorteil sucht. Wie es scheint, bedarf es besonderer Initiativen des Finanzministers, das Baurenommodell zu stoppen, nicht mehr. Wenn die Käufer ausbleiben, ist es ohne Änderung des Steuerrechts am Ende.

EG / Nach Einigung über Mittelmeererzeugnisse ist der Weg für Süderweiterung geebnet

Kompromiß bringt für Steuerzahler erhebliche Mehrkosten mit sich

Über einen Ausbau des Einkommensschutzes für die europäischen Obst- und Gemüseerzeugnisse haben sich die Landwirtschaftsminister der EG gestern in Luxemburg geeinigt. Damit ist es gelungen, eines der wichtigsten Hindernisse für den Fortgang der Beitrittsverhandlungen mit Portugal und Spanien aus dem Wege zu räumen. Für die Steuerzahler werden die neuen Regelungen voraussichtlich erhebliche Mehrkosten bringen.

Der Kompromiß kam nach fast zweijährigen Tauschen für die meisten Experten überraschend. Ausschlaggebend war, daß zum gleichen Zeitpunkt, an dem die Landwirtschaftsminister über die sogenannte Anpassung des Besitzstandes bei Mittelmeererzeugnissen beraten wollten, eine neue Verhandlungsrunde mit Spanien angesetzt war. Der spanische Außenminister Fernando Moran äußerte sich demnach auch in Luxemburg erfreut über die EG-interne Einigung. Sie sei „nützlich und notwendig für das Gleichgewicht zwischen Nord- und Südeuropa“, sagte Moran.

Ziel der ergänzenden Marktordnungsbestimmungen ist eine Verstärkung der Einkommensgarantien, um den französischen, italienischen und griechischen Landwirten die Furcht vor konkurrierenden Erzeugnissen aus den beitragswilligen Ländern zu nehmen. Die nördlichen EG-Staaten müßten dabei beträchtliche Zugeständnisse machen. Andererseits gelang es nach Meinung des Bonner Staatssekretärs Hans-Jürgen Bohr aber auch, die ursprünglichen Forderungen Frankreichs und Italiens erheblich zu reduzieren. Bis jetzt umstritten waren vor allem die

Mindestpreise für die europäischen Obst- und Gemüseerzeugnisse. Nach der schließlich vereinbarten Formel gilt eine Erzeugerorganisation dann als repräsentativ für den regionalen Markt, wenn von ihr innerhalb der ersten drei Jahre nach Inkrafttreten der Bestimmungen mehr als 50 Prozent der Erzeugung und mehr als die Hälfte der Produzenten erfaßt werden. Danach soll die Preisgestaltung im Krisenfall nur dann allgemein verbindlich sein, wenn mindestens zwei Drittel der Erzeuger Mitglieder der betroffenen Genossenschaft sind.

Die Kommission wollte die Ausdehnung der sogenannten Erzeugerorganisationen zunächst noch erheblich verstärken und die Auflösung der Aufkäufer nicht nur von den Preisen auf der Produktions-, sondern auch auf der Großhandelsstufe abhängig machen. Dazu ist es wegen des Widerstandes der nördlichen EG-Staaten nicht gekommen. Mitgliedstaaten, die weniger als acht Prozent Anteil an der Gesamtproduktion eines Erzeugnisses (bei Birnen zwölf Prozent) haben, sind von der Verpflichtung der Intervention befreit. So will die Bundesregierung auf jeden Fall - wie in der Vergangenheit - von dieser Ausnahmeregelung Gebrauch machen. Der höhere Außenschutz für Drittländererzeugnisse ergibt sich vor allem durch eine neue Berechnung des sogenannten Referenzpreises, nachdem die Höhe der von der EG erhobenen Ausgleichsabgaben an der Grenze ermittelt wird.

STEINKOHLE-ENERGIEVERSORGUNG

Stuttgart fordert Korrektur des Jahrhundertvertrags

HEINZ HECK, Bonn
Als erstes Bundesland hat Baden-Württemberg Korrekturen am sogenannten „Jahrhundertvertrag“ zwischen dem deutschen Steinkohlebergbau und der Elektrizitätswirtschaft gefordert. In einem Schreiben an Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff bezeichnet sein Stuttgarter Kollege Rudolf Eberle die Abnahmeverpflichtungen der baden-württembergischen Versorgungsunternehmen (EVU) als „eindeutig überhöht“.

Eberle kommt mit dem Schreiben, das unmittelbar vor der Kohlerunde am 10. Oktober verfaßt wurde, einem Auftrag seiner Landesregierung nach. Darin bittet er Lambsdorff, das Anpassungsverlangen der baden-württembergischen EVU hinsichtlich der Abnahmeverpflichtungen für deutsche Steinkohle bei den Verhandlungen über die Förderkapazität des Steinkohlebergbaus zu berücksichtigen und zu unterstützen.

Eberle geht in seinem Schreiben auch kurz auf die Vorgeschichte des am 1. Januar 1981 in Kraft getretenen und auf 15 Jahre angelegten „Jahrhundertvertrags“ ein. Wegen der scheinbar von der Bundesregierung vertretenen „absoluten Kohlevorratspolitik“ und der damit korrespondierenden Restbedarfsdeckung für Kernenergie sei der EVU bedeutet worden, daß neue Kernkraftwerksprojekte nur eine Chance hätten, wenn die Steinkohleabnahme gesichert sei. Forderungen der EVU, die Abnahmeverpflichtungen an die tatsächliche

Stromverbrauchsentwicklung zu knüpfen, hätten sich nicht durchsetzen lassen.

Die Bundesregierung habe seinerzeit für die Zeitspanne bis 1990 einen jährlichen Stromverbrauchszuwachs von rund fünf Prozent zugrunde gelegt. Mit Hinweisen auf Prognosen zum Beispiel des Energiewirtschaftlichen Instituts an der Universität Köln (2,1 Prozent jährlich bis 1995 unter Zugrundelegung eines Wirtschaftswachstums von 2,15 Prozent) macht Eberle deutlich, daß er dem Vertrag zugrunde liegenden Annahmen inzwischen für obsolet hält. Für die Baden-Württembergische Energieversorgung Schwaben AG (EVS), die Neckarwerke AG und das Großkraftwerk Mannheim seien die Abnahmeverpflichtungen um etwa 17 Millionen Tonnen überhöht. Bereits bisher sei es zu Aufhebungen von rund drei Millionen Tonnen Steinkohle gekommen.

Auch sei beim Abschluß des Vertrags den ökologischen Problemen („Stichwort Waldsterben“) nicht das ihnen aus heutiger Sicht zukommende Gewicht beigemessen worden. Vor dem Hintergrund der gerade in Baden-Württemberg „erschreckend zunehmenden Waldschäden“ müsse die Kohleverwendung auf den aus energieökonomischen wie wirtschaftlichen Gründen „unbedingt erforderlichen Betrag begrenzt werden“. Der Steinkohleinsatz in der Grundlast (das sind Kraftwerke, die rund um die Uhr arbeiten) sei nicht zu verantworten.

Siamesische Zwillinge

Von GÜNTHER DEPAS, Mailand

In Brüssel: Die Kommission ist in diesem Fall nicht nur ein Teil der beiden Ministerien, die für die italienische Industriepolitik verantwortlich sind, sondern auch zwischen Betriebs- und Konzernleistungen auf der einen und dem Staatsbeteiligungsministerium auf der anderen. Das Beispiel der Stahlindustrie ist in dieser Hinsicht besonders lehrreich. Während die Regierung, repräsentiert durch das Staatsbeteiligungsministerium, kampflos bemerkt erscheint, über alle Realitäten und den schon mehrmals bekräftigten Standpunkt der EG-Kommission hinweg eine „politische Lösung“ und vor allem den Konsens der Gewerkschaften zu suchen und dabei bereit ist, auch die den Staatsbürgern gesetzte Frist des Jahres 1985 außer Acht zu lassen, besteht die Konzernleistung der betroffenen staatlichen Stahlwerke neuerdings ungeschminkt auf einer privatwirtschaftlichen Lösung der Krisenprobleme. Gerade weil das eine Ministerium sozialpolitisch empfindsamer reagiert als das andere, ist es freilich auch sehr schwierig, wenn nicht unmöglich, daß es zu einer Zusammenlegung kommt. Dafür sorgt nicht nur die Tatsache, daß sowohl der linke Flügel der christlichen Demokraten als die Sozialisten des Staatsbeteiligungsministeriums inzwischen als ihre ureigene Domäne ansehen, sondern auch der Widerstand der Gewerkschaften.

Für die Ausarbeitung einer industriepolitischen Linie, die die Herausforderung der international bereits eingetretenen und noch bevorstehenden Veränderungen in Marktstruktur und Technologie annimmt, eröffnet dieser Dualismus schlechte Aussichten. Mögen die Ansätze in der Planung der staatlichen Konzernleistungen oder in der Betriebspraxis noch so vielversprechend sein - sie werden stets in den Massen der sozial- und beschäftigungspolitischen Rücksichtnahmen hängen bleiben, die die Regierung dem gewerkschaftlichen Konsens schuldig zu sein glaubt.

Die italienische Antwort auf die Anpassungsprobleme der westeuropäischen Industriegesellschaften wird mit aller Wahrscheinlichkeit auch in Zukunft von halberzigem und improvisierten Kompromissen gekennzeichnet bleiben. Mit verhängnisvollen Folgen für die Industrie in ihrer Gesamtheit, die damit nicht alle Chancen wahrnehmen kann, die das italienische Wirtschaftspotential bietet.

AUF EIN WORT



„Mit dem Begriff „Wende“ war damals gemeint, daß wir alle - die Sozialpolitiker, die Bildungspolitiker, die Haushaltungsleiter - unsere noch so wichtigen und interessanten Einzelziele dem großen Ziel der Beschäftigungspolitik, der Schaffung von Arbeitsplätzen unterordnen und mit unserem Partei- und Fachegoismus aufhören sollten. Diese Wende ist noch längst nicht vollzogen. Es wird wenig getan für die Arbeitsplätze von morgen.“

Harald Posny, Minister für Arbeit und Arbeitsbeschäftigung, FDP-Fraktion

Hoher Schaden durch Straftäter

Durch Wirtschaftskriminalität ist nach Angaben des Staatssekretärs im Bundesinnenministerium, Siegfried Fröhlich, 1981 in der Bundesrepublik ein Schaden in Höhe von 3,6 Milliarden Mark entstanden. Darauf wies er auf einer Tagung des Bundeskriminalamtes hin. Dabei sei die Dunkelziffer so hoch wie bei keinem anderen Delikt. Fröhlich nannte Schätzungen, wonach die tatsächliche Schadenshöhe zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts ausmache, was für 1981 rund 154 Milliarden Mark bedeute. Es werde ferner geschätzt, daß die Steuern um fast ein Drittel gesenkt werden könnten, falls alle Steuern ehrlich gezahlt würden.

FINANZPOLITIK

Stoltenberg für Rückzug des Staates aus Unternehmerrolle

HARALD POSNY, Düsseldorf
Die Diskussion um Arbeitslosigkeit und Arbeitszeit leidet nach Ansicht von Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg über der Abkopplung der Frage der Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft. Auf einer Vortragsveranstaltung der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf sagte der Minister, alle Überlegungen, das Problem fehlender Arbeitsplätze über die Einführung der 35-Stunden-Woche, mit oder ohne Lohnausgleich, zu lösen, verfehlten ihr Ziel. Sie dienten nicht der Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Im Gegenteil: Ein Fehlschlag werde immer neue Subventionsforderungen von betroffenen Branchen auslösen und nicht zuletzt auch Auswirkungen auf den öffentlichen Dienst haben.

Für 1984 kündigte Stoltenberg ein Konzept zum völligen oder teilweisen Rückzug des Staates aus der Unter-

nehmerrolle an. Er zeigte sich optimistisch, daß die vorgeschlagene Erweiterung des 694-DM-Gesetzes auf 936 DM fristgerecht verabschiedet wird. Kritiker, denen dieser Schritt zur Vermögensbeteiligung zu klein erscheine, hielt der Minister entgegen, daß nach einer gewissen Zeit zehn Millionen Arbeitnehmer jährlich zehn Milliarden Mark zusätzliches Eigenkapital zur Verfügung stellten. Der Abbau staatlicher Neuverschuldung schaffe neues Vertrauen bei den Kapitalgebern. Der Bund werde zur Kreditaufnahme vermehrt Anleihen begeben. Dabei sei zu überlegen, ob in Zukunft das Tender-Verfahren nicht stärker als bisher für den Verkauf von Schuldtiteln eingesetzt werden könne. Dagegen werde sich der Bund „nicht unbesehen an vermeintlich zeitgemäßen Entwicklungen“ wie Anleihen mit variablem Zins, Fremdwährungsemissionen und Zero-Bonds beteiligen.

INNOVATIONSFÖRDERUNG

DIHT plädiert für steuerliche Entlastung des Risikokapitals

HANS-J. MAHNKE, Bonn
Zur Überwindung der gegenwärtigen Innovationschwäche plädiert der Deutsche Industrie- und Handelsstag (DIHT) für eine spürbare steuerliche Entlastung des Risikokapitals. Die Teilnehmer des Arbeitskreises „Risikokapital“ schafften Innovationschancen“ auf dem Kongreß '83 des DIHT in Frankfurt wiesen darauf hin, daß in der Bundesrepublik produktives Kapital und damit auch Risikokapital für Innovationen steuerlich durch Gewerbesteuer und Vermögenssteuer stärker belastet werde als andere Anlageformen. Nach Auffassung dieses Arbeitskreises herrscht kein Mangel an Anlagekapital; es müßten nur die Hindernisse beseitigt werden, damit es zu den innovativen Unternehmen fließe.

Die Finanzierung neuer Technologien scheitert nach Ansicht des Präsidenten der Industrie- und Handelskammer zu Koblenz und Vorsitzenden des Arbeitskreises, Hanno Lud-

wig, oftmals daran, daß die Banken bei der Kreditvergabe nicht nach der „technologischen Bonität“ eines Innovationsprojektes entscheiden, sondern nur nach der finanziellen Bonität des Kreditnachfragers. Professor W. Gerke von der Universität Mannheim setzte sich für eine aktive Innovationspolitik der Kreditinstitute und für einen wirkungsvolleren Einsatz der Kapitalbeteiligungsgesellschaften zur Innovationsfinanzierung ein.

Nach Meinung von Bernd Ertl, Geschäftsführender Gesellschafter der Portfolio Management GmbH, erschweren vor allem steuerliche Hemmnisse den Gang an die Börse und damit innovative Unternehmen den Zugang zum Risikokapital. So sei die Vermögenssteuerbelastung bei der Aktiengesellschaft viermal so hoch wie bei der Personengesellschaft. Im Arbeitskreis „Staat und Kapitalbildung“ wurde an die Öffentlichkeit appelliert, ihren Kapitalhunger deutlich zu zeigen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Aktienindizes auf neuem Höchststand

Bonn (DW) - Die Kurse an der deutschen Aktienbörse erreichten neue Höchststände. Der WELT-Aktienindex stieg gestern auf 145,9 und überbot den bisherigen historischen Höchststand von 145,3 am 7. Juli dieses Jahres. Der Aktienindex der Commerzbank kletterte auf den höchsten Stand seit 23 Jahren. Nach Angaben der Commerzbank wurde er mit 889,7 Punkten festgestellt, nach 881,8 am Montag. Er wird aus den Kassakursen von 60 Standardwerten an der Düsseldorf Börse errechnet. Am Montag hatte bereits der Frankfurter Börsenindex eine historische Höchstmarke erreicht.

Commerzbank-Dividende

Frankfurt (rt) - Erstmals seit 1979 will die Commerzbank für das laufende Jahr wieder eine Dividende an die Aktionäre ausschütten. Vorstandsvorsitzender Walter Selpp sagte am Dienstag, er sehe aus heutiger Sicht keinen Anlaß, der „Börsenversion“ zu widersprechen, der Vorstand werde dem Aufsichtsrat zwölf Prozent, also sechs DM je Aktie, vorschlagen. Die Commerzbank hatte zuletzt 1979 eine Dividende von 8,50 DM ausgeschüttet.

Rentenfonds gefragt

Frankfurt (VWD) - Den im Bundesverband deutscher Investment-Gesellschaften e.V. (BVI) zusammengeschlossenen 117 Publikumsfonds floßen in den ersten neun Monaten dieses Jahres 2,7 Milliarden Mark neue Mittel zu gegenüber nur 125,7 Millionen Mark in der gleichen Vorjahreszeit. Wie der Verband am Dienstag in Frankfurt berichtete, stieg das Fondsvermögen zum 30. September 1983 auf 38,1 (Vorjahreszeit knapp 32) Milliarden Mark. Im dritten Quartal allein betrugen die Mittelzuflüsse pro saldo 450,2 Millionen Mark. Besonders die 38 Rentenfonds stiegen im dritten Quartal in der Gunst der Anleger. Sie verzeichneten mit 263,0 Millionen Mark den größten Teil des Mittelaufkommens und gleichen damit das vorangegangene Minus mehr als aus. Im laufenden Jahr summieren sich die Zuflüsse bei diesen Fonds auf 1,1 Milliarden Mark. Die Ursache sieht der BVI in dem erneuten Zinsanstieg am deutschen Rentenmarkt.

Querelen in der Union

Frankfurt (ed.) - Einen stärkeren Einfluß in der Union Investment GmbH, an der neun Zentralkassen, 16

Privat- und Regionalbankiers sowie

elf Auslandsbanken zu etwa gleichen Teilen beteiligt sind, streben die genossenschaftlichen Zentralkassen an. Ihr Argument: Mehr als 60 Prozent des Fondsbestandes läuft über die genossenschaftlichen Banken, während die Beteiligung einiger Privatbankiers an der Union nur noch „Merkposten“ seien. Sinnvoll sein könnte eines Tages auch eine Änderung im Aufsichtsratsvorsitz, der traditionell von einem Privatbankier, derzeit dem Grafen von Galen (SMH-Bank) besetzt wurde. Graf von Galen lehnt dies jedoch ebenso wie eine Änderung der Geschäftsstruktur ab; er hält Erfahrungen und Aktivität im Börsengeschäft für wichtiger als Anteile am Zertifikatsbesatz.

Immobilienpreise stagnieren

Essen (dpa/VWD) - Die Preise auf dem Immobilienmarkt der Bundesrepublik sind nach Angaben eines Sprechers des Ring Deutscher Makler (RDM) in den vergangenen Monaten nicht weiter gestiegen und haben zur Zeit sogar eine sinkende Tendenz. Aus vielen Bereichen würden Preisrücknahmen „um oder über zehn Prozent“ gemeldet. Selbst in Großstädten wie Hamburg, Düsseldorf sowie Frankfurt und München sind die Immobilienpreise überwiegend konstant mit einer „nicht zu übersehenden Tendenz zur Schwäche“, sagte Klaus-Peter Grossmann vom RDM am Dienstag zu der am Donnerstag (20. Oktober) in Essen beginnenden „3. Internationale Immobilien-Messe“. Hauptproblem des Immobilienmarktes sei zur Zeit ein „zu großes Angebot zu nicht marktgerechten Preisen“.

Bühler-Miag: Entlassungen

Braunschweig (dos.) - Die zur Schweizer Bühler-Gruppe gehörende Bühler-Miag GmbH, Braunschweig, wird ihre Belegschaft von derzeit über 2000 bis Mitte 1984 um die Hälfte auf rund 1000 Mitarbeiter abbauen. Dies sieht ein Sozialplan vor, der gestern mit dem Betriebsrat abgeschlossen wurde. Trotz umfangreicher Kurzarbeit sei es nicht gelungen, die Kapazitäten den „extrem tiefen Auftragseingängen“ anzupassen, erklärte Urs Bühler, Vorsitzender der Geschäftsführung. Bühler-Miag hatte 1982 einen Umsatz von 418 (1983) Millionen Mark erzielt und den vorgetragenen Bilanzverlust um zwei auf gut acht Millionen Mark reduziert. Im laufenden Jahr habe sich die Entwicklung drastisch verschlechtert.

Die Marke Ihres Erfolges.

BAUME & MERCIER

GENEVE
1830

Quarz, wasserdicht,
Stahl-Gold
als Damen- und
Herrenmodelle

Gelbgold 18 Karat,
Quarz

Quarz, wasserdicht,
Stahl, Stahl-Gold oder Gold,
4 Größen für Damen
und Herren

Verkauf durch die führenden Fachgeschäfte

Farbroschüre erhältlich bei:
BAUME & MERCIER GmbH
Postfach 639/W-6050 Offenbach/Main

GROSSBRITANNIEN / Handelsminister Tebbit:

Forcierte Privatisierung

WILHELM FURLER, London
Norman Tebbit, der bisherige britische Arbeitsminister, der jetzt von dem zurückgetretenen Cecil Parkinson das Ministerium für Handel und Industrie übernommen hat, scheint noch zielstrebig als sein Vorgänger das Programm der Privatisierung staatlicher Industrien und Unternehmen durchziehen zu wollen. In seiner ersten öffentlichen Stellungnahme als Handels- und Industrieminister (die beiden Ministerien waren erst kurz nach der Wahl Anfang Juli zum „Superministerium“ fusioniert worden) erklärte Tebbit: „Die Staatsindustrien haben uns jahrelang immer wieder hängen lassen. Dies hat bei weitem nicht nur mit der Belegschaft zu tun, sondern genauso oft mit schwachem Management und politischen Eingriffen. Je eher sie privatisiert sind, desto besser.“

Das Privatisierungsprogramm selbst, das von Cecil Parkinson und dessen Vorgänger, dem damaligen Industrieminister Patrick Jenkin ausgearbeitet wurde, will Minister Tebbit nicht ändern. Damit stehen jetzt unmittelbar bevor der Verkauf von 51 Prozent an der staatlichen Telefongesellschaft British Telecom, um den es jetzt zu erheblichen Auseinandersetzungen mit der beteiligten Gewerkschaft und zu Kampfmaß-

nahmen gekommen ist, die Teilprivatisierung von British Airways, der Verkauf aller Ölfelder, die gegenwärtig im Besitz der staatlichen Gasgesellschaft British Gas sind, die Tochter der Staatsbahn British Rail sowie die Reparatur-Werften von British Shipbuilders.

Norman Tebbit, der als einer der stärksten Befürworter der strikten, monetaristischen Antinflationspolitik von Premierministerin Margaret Thatcher gilt, wird seine Erfahrungen im Umgang mit den Gewerkschaften bei der Durchsetzung von marktwirtschaftlichen Bedingungen für die britische Wirtschaft gut gebrauchen können. Im übrigen wird er alles daran setzen, die hinter der allgemeinen Konjunkturbelebungs herinkende Exportleistung Großbritanniens zu verbessern, was durchaus durch verbesserte Rahmenbedingungen und eine abgestimmte Koordination der Ministeriumsbereiche Industrie und Handel machbar ist.

Trotz alledem wird Minister Tebbit den Staatseinfluss so gering wie möglich halten. Lediglich dort, wo die Entscheidungen eine direkte Einflussnahme der Regierung verlangen, wird – dies jedenfalls hofft die britische Wirtschaft – Norman Tebbits Hand deutlich zu spüren sein.

FRANKREICH / Delors gibt Fehlschlag zu

Im nächsten Jahr Stagnation

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris
Eine spürbare Wiederbelebung der gegenwärtig repressiven französischen Konjunktur erwartet Wirtschaftsmagister Delors für das nächste Jahr noch nicht. Dank steigender Exporte könnte das Bruttoinlandsprodukt aber doch etwas zunehmen. Wahrscheinlicher sei, daß es stagniert. Dies wäre der Preis für die Senierungspolitik der Regierung.

Nach voraussichtlich neun Prozent in diesem Jahr könnte die Inflationsrate 1984 durchaus auf fünf Prozent reduziert werden, versichert der Minister auf einer Pressekonferenz. Für die letzten drei Monate dieses Jahres erwartet er einen Preisanstieg von nur noch 1,5 Prozent, was einer tendenziellen Teuerungsrate von sechs Prozent im Jahr entspräche.

Das Verfehlen dieses diesjährigen Stabilisierungsziels (acht Prozent) begründete Delors vor allem mit der Dollar-Hausse (Verteuerung der Rohstoffimporte), dem schlechten Klima (Obst- und Gemüseverteuerung) und

mangelnder Preisdizziplin gewisser inzwischen verachteter kontrollierter Dienstleistungsunternehmen. Auf die strukturellen Faktoren der Inflation (Lohnindexierung, mangelnder Wettbewerb und so weiter) ging Delors nicht ein.

Jedoch verwies der Minister auf die Schwächen der französischen Wirtschaftsstruktur. Für die Restrukturierung und Umstellung der Industrie sei die Stunde der Wahrheit gekommen. Je länger man warte, um so schwieriger werde es damit sein. Die notwendige Modernisierung des Produktionsapparats ließe sich ohne die Freisetzung von Arbeitskräften kaum bewerkstelligen.

Zur weiteren Entwicklung der Arbeitslosigkeit nannte Delors keine Zahlen. Die meisten französischen Konjunkturforschungsinstitute sagen für die nächsten sechs Monate eine Zunahme der Arbeitslosenzahlen um etwa zehn Prozent auf 2,2 Millionen oder 9,5 Prozent der aktiven Bevölkerung voraus.

BIZ / Internationales Bankgeschäft zeigt im zweiten Quartal geringes Wachstum

Wieder mehr Kredite für Osteuropa

dpa/VWD, Basel
Vorsichtig optimistisch beurteilt die Bank für Internationales Bankgeschäft (BIZ) in Basel die Finanzierung der Leistungsbilanzdefizite in einer Reihe von Entwicklungsländern. Für 1983 werde für die nicht der Organisation erdöllexportierender Länder (Opec) angehörenden Entwicklungsländer ein Defizit von insgesamt rund 50 Milliarden Dollar angenommen, für dessen Finanzierung möglicherweise rund 20 Milliarden Dollar an neuen Bankkrediten benötigt würden, heißt es in dem Bericht der BIZ über das internationale Bankgeschäft im zweiten Vierteljahr 1983.

Falls die Entwicklung des zweiten Quartals bei den Neuaufnahmen an diese Länder im zweiten Halbjahr anhalte und es gleichzeitig zu einer Wiederaufnahme der „unfreiwilligen“ Ausleihungen an bestimmte Problemländer komme, könne dieses Defizit finanziert sein. Von April bis Juni des Jahres stiegen die Neukredite der Banken an diese Länder von 1,8 Milliarden Dollar im Zeitraum Januar bis März auf 4,2 Milliarden Dollar. Noch im Juli hatte sich die BIZ skeptisch geäußert. Für die Zeit nach 1983 werden sich nach Ansicht der BIZ dauerhafte Außen-

finanzierungswänge aber nur vermeiden lassen, wenn die Hauptproblemländer ihre Anpassungsmaßnahmen durch Vereinbarungen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) fortsetzen.

Das internationale Bankgeschäft zeigte im zweiten Quartal 1983 nur ein sehr geringes Wachstum. Die Brutto-Auslandsforderungen der Banken erhöhten sich, bereinigt um Wechselkurseinflüsse, lediglich um sechs Milliarden Dollar auf insgesamt 1689 Milliarden Dollar. Damit lag die Zunahme im ersten Halbjahr bei 22 Milliarden Dollar, weniger als ein Drittel des Wachstums von 74 Milliarden Dollar im Vorjahreszeitraum.

Anders als in früheren Quartalen konzentrierte sich nach Angaben der BIZ die Steigerung der Auslandsforderungen im Berichtszeitraum im wesentlichen auf die europäischen Banken. Die Auslandsforderungen der US-Banken, die sich in den vorangegangenen drei Jahren in sehr raschem Tempo ausgeweitet hatten, gingen sogar erstmals seit Anfang 1980 zurück. Demgegenüber verzeichneten die Auslandsverbindlichkeiten der amerikanischen Banken insgesamt einen Zuwachs von 2,8 Milliarden Dollar. Damit nahmen die

US-Kreditinstitute, die im ersten Quartal Nettokapital von 11,2 Milliarden Dollar exportiert hatten, im zweiten Quartal netto 3,4 Milliarden Dollar im Ausland auf – ein Umschwung von 14,6 Milliarden Dollar, der „ein Faktor für die anhaltend feste Verfassung des US-Dollars an den Devisenmärkten trotz starker Verschlechterung der US-Leistungsbilanz“ ist.

Insgesamt erhöhten sich die international vermittelten Kredite im zweiten Quartal um rund 15 Milliarden Dollar, womit das Wachstum um rund 50 Prozent unter der Vorjahreszeit blieb. Neuaufnahmen an die lateinamerikanischen Länder lagen bei einer Milliarde (erstes Quartal: 2,7 Milliarden) Dollar.

Während die Forderungen an Mexiko um 0,4 Milliarden Dollar sowie an Argentinien und Kolumbien um jeweils 0,3 Milliarden Dollar wuchsen, blieben Brasilien Verpflichtungen praktisch unverändert. Neuaufnahmen an die Opec-Länder, die im ersten Quartal zum Stillstand gekommen waren, erhöhten sich marginal auf 0,8 Milliarden Dollar. Ein deutlicher Umschwung von einer Kreditabnahme um 1,4 Milliarden Dollar im ersten Quartal auf 0,3 Milliarden Dollar Neukredite ergab sich gegenüber Osteuropa.

GÜTERVERKEHR / Gedämpft zuversichtlich

Ende der Talfahrt in Sicht

DANKWARD SETZ, München
Nicht mit „überschäumender Zufriedenheit“ beurteilt der Bundesverband des Deutschen Güterverkehrs (BDF), Frankfurt, die Entwicklung des Jahres 1983, auch wenn sich die Mengenentwicklung der Güter- und Warentransporte „leicht stabilisiert“ habe. Die bessere Mengenentwicklung wird sich nach Ansicht des geschäftsführenden Präsidialmitglieds Hans-Wilhelm Kraft lediglich in einem Plus von schätzungsweise 0,3 Prozent niederschlagen, doch mußte der Güterverkehr im vergangenen Jahr noch ein Minus von 0,3 Prozent auf 2,85 Milliarden Tonnen im Transportaufkommen hinnehmen. Damit habe sich die Abnahme des Produktionswachstums in der Wirtschaft direkt in den Betrieben des Güterverkehrs niedergeschlagen. Ihre Transportleistung verringerte sich insgesamt auf 3,8 Prozent auf 237,1 Mrd. t/km.

Einen deutlichen Rückgang mußte der gewerbliche Güterverkehr mit minus 7 Prozent auf 785 Mill. t beförderter Güter und einer um 5 Prozent auf 19,0 Mrd. t/km verringerten Leistung hinnehmen. Der gewerbliche Güterverkehr hingegen war mit einer Abnahme von 1,3 Prozent auf 136,7 Mill. t bzw. minus

0,9 Prozent auf 40,2 Mrd. t/km relativ gering betroffen. Dabei war im grenzüberschreitenden Verkehr, wie Kraft anlässlich der BDF-Mitgliederversammlung in Schliersee mitteilte, noch ein Plus von 6,6 Prozent auf 17,9 Mill. t zu verzeichnen, während es im Binnenverkehr ein Minus von 2,3 Prozent auf 118,9 Mill. t gab.

Einen kräftigen Rückgang mußte auch die Deutsche Bundesbahn beim Gütertransport auf der Schiene hinnehmen. Das Güteraufkommen sank um 6,2 Prozent auf 317,7 Mill. t. Im Binnenschiffsverkehr verringerte sich das Transportvolumen um 4,2 Prozent auf 221,9 Mill. t.

Wohl nicht zuletzt um dem gewerblichen Güterverkehr ein größeres Transportvolumen zu sichern, will der BDF deutschen Unternehmen in den nächsten Wochen Gespräche vorschlagen, eigene Werkverkehre abzubauen. Dies, so Kraft auch vor dem Hintergrund, daß die Auslastung der im Werkverkehr eingesetzten LKW von 1979 bis 1982 kontinuierlich um etwa 18 Prozent gesunken ist. So mußte der Werkverkehr allein 1982 ein Minus von 7 Prozent auf 1,17 Mrd. t und der Werkverkehr ein Minus von 0,4 Prozent auf rund 100 Mill. t beförderter Güter hinnehmen.

EINZELHANDEL / Britischer Nachfrageboom

Höhere Importe befürchtet

WILHELM FURLER, London
Die Verbraucher in Großbritannien haben nach dem Sommerloch wieder kräftig Geld ausgegeben. Den jüngsten Statistiken des Ministeriums für Handel und Industrie zufolge zog das Geschäft im britischen Einzelhandel volumensmäßig im September gegenüber August um immerhin 2,7 Prozent auf den Indexstand von 116 (1978 = 100) an. Im Vergleich zu September letzten Jahres haben sich die Einzelhandelsverkäufe in Großbritannien um sechs Prozent erhöht.

Allerdings lag das Einzelhandelsvolumen im dritten Quartal nur um 0,5 Prozent über dem im zweiten, nachdem sich das Einzelhandelsvolumen im Juli und im August jeweils gegenüber dem Vormonat abgeschwächt hat. Dies hatte zu Befürchtungen geführt, dem Nachfrageboom im Konsumbereich sei die Luft ausgegangen. Entsprechend wurden in der Londoner City von etlichen Brokerhäusern umgebend düstere Konjunkturprognosen erstellt.

Recht haben aber offensichtlich die Einzelhändler selbst behalten, die trotz des schwachen Umsatz-Volumens in den beiden Sommermonaten auf ein wieder stark anziehendes Geschäft vertrauten. Sie geben sich jetzt so zuversichtlich wie selten zuvor, daß sich der Verbraucherboom in den Oktober hinein ganz offensichtlich weiter verstärken wird. Ein Großteil der Kaufhäuser rechnet damit, daß das Oktober-Geschäft wertmäßig um 25 bis 30 Prozent über dem im vergangenen Jahr liegen dürfte. Und zwar, wie übereinstimmend betont wird, nicht nur bei bestimmten Waren wie Video-Geräten, sondern „quer durch die Bank“.

Die Bedenken von Regierung und Wirtschaft konzentrieren sich jetzt darauf, wie weit der Verbraucherboom verstärkt Importe ins Land zieht. Beobachtungen des britischen Industrieverbandes zufolge ist während des jüngsten Booms rund die Hälfte der zusätzlichen Verbraucher-Nachfrage durch steigende Importe gedeckt worden.

NAMEN

Jürgen Niepage und Günter Smolarek wurden per 1. Januar 1984 zu stellvertretenden Geschäftsführern der Kölner Messgesellschaft bestellt.

Ernst Wahmann, Vorstandmitglied der Nürnberger Versicherungsgruppe, geht am 31. Dezember in den Ruhestand. Zu seinem Nachfolger wurde Dr. Norbert Winter berufen.

Waldemar G. Beck, Mitglied des Vorstandes der B. Braun Melsungen AG, vollendet am 30. Oktober das 90. Lebensjahr.

Manfred Dammeyer, stellvertretender Geschäftsführer des Fachverbandes Unterhaltungselektronik im ZVEI, wurde per 1. Oktober zusätzlich zum Geschäftsführer des Fachverbandes Audio- und Videotechnik sowie der Arbeitsgemeinschaft Unterrichtstechnik im Zentralverband der Elektrotechnischen Industrie e. V. (ZVEI) berufen. Der bisherige Geschäftsführer Kurt Hoehe ist in den Ruhestand getreten.

Peter Mareus wurde per 1. Oktober 1983 zum ordentlichen Vorstandsmitglied der Rheingau Rheinsche Energie Aktiengesellschaft, KfM, bestellt. Er tritt am 31. Oktober die Nachfolge des ausgeschiedenen Dr. Fritz Gläser an. Willi Mahr, stellvertretendes Vorstandsmitglied, ist per 15. September aus dem Vorstand der Rheingau ausgeschieden und zum ordentlichen Vorstandsmitglied der RGV Rechtsrheinische Gas- und Wasserversorgung AG als Nachfolger des verstorbenen Paul Weyer bestellt worden.

Rechtsanwalt Dr. Klaus C. Wrode wurde zum Vorsitzenden des Aufsichtsrates und Karl Wind zum stellvertretenden Vorsitzenden der Otto Junker GmbH, Simmerath-Lammersdorf, ernannt. Der bisherige Aufsichtsratsvorsitzende Dr. Gerd Hensel ist Ehrenvorsitzender geworden. Heinz Karl Klaska ist neues Aufsichtsratsmitglied als Nachfolger von Robert Lohs.

Ludwig Kuhn, Direktor für das Finanzwesen der Arbeit Saarstahl GmbH, vollendete am 14. Oktober das 90. Lebensjahr.

Dr. Karl-Heinz Mader, bisher Vice-President Corporate Technical Services bei Schott Glass Technologies Inc., Duryea (USA), ist per 1. Oktober als stellvertretendes Mitglied in den Vorstand der Deutschen Spezialglas AG (DESAG), Dellingsen-Grünplan, berufen worden. Er ist Nachfolger von Erik Schuster, der zum Leiter der Unternehmenssparte Optik der Schott-Gruppe ernannt wurde.

US-FISKALPOLITIK / Wachsender Staatsanteil

Zukunftssorgen der Banker

H.-A. SIERBERT, Washington
Trotz vieler Schwüre ist es den Politikern in Washington nicht gelungen, die wirtschaftliche Macht des Staates zu brechen. Nach einer neuen Untersuchung der Federal Reserve Bank in St. Louis sind die Ausgaben des Bundes rascher gestiegen als das Bruttoinlandsprodukt. Sein Anteil an der Wertschöpfung erhöhte sich, vom vierten Quartal 1973 bis zum zweiten Quartal 1983 von 19,7 auf 25 Prozent.

Erfolgreicher waren die Bundesstaaten und Gemeinden, die ihren Zugriff von 13,7 auf 13,1 Prozent verringerten. Insgesamt nahm der Anteil der öffentlichen Hand in Amerika von 30,4 auf 38,4 Prozent zu. Dennoch liegt er immer noch weit unter den in Westeuropa inzwischen üblichen Sätzen.

Erblich verschoben hat sich zudem die Zusammensetzung der Ausgaben des US-Bundes, wobei sich das Wachstum der Aufwendungen für die Verteidigung beschleunigte und für den zivilen Bereich verlangsamt. So stiegen die Verteidigungsausgaben auf Jahresbasis vom vierten Quartal 1973 bis zum ersten Quartal 1980 um neun und vom ersten Quartal 1980 bis zum zweiten Quartal 1983 um 15,2 Prozent.

Für den Zivilsektor lauten die Zuwächse 13,6 und 11,2, für Transferleistungen 14,4 und 13,4 und für die Bundesausgaben insgesamt 12,4 und 12,1 Prozent.

Im zweiten Quartal 1983 betrug der Anteil der Verteidigungsausgaben am US-Bruttoinlandsprodukt 8,1 Prozent, verglichen mit 4,9 Prozent im ersten Quartal 1980 und 5,3 Prozent im vierten Quartal 1973. Auf den zivilen Bereich entfielen jeweils 18,9, 17,0 und 14,4, auf Transferleistungen 10,6, 9,0 und 7,2 sowie auf Länder und Gemeinden 8,3, 8,1 und 7,1 Prozent.

Nach einer anderen Studie muß die Bundesregierung in Washington im Finanzjahr 1984, das am 1. Oktober begonnen hat, rund 216 Milliarden Dollar zur Finanzierung des Defizits aufnehmen. Das sind nahezu 43 (1982: 34,9) Prozent aller Ausleihungen. Addiert man staatliche Bürgschaften und Anleihen der Bundesbehörden, die nicht im ordentlichen Haushalt aufgeführt sind, dann erreichen sie 61,5 (1981: 34,3) Prozent. Dies ist der Grund, warum die Wall Street 1984 neue Zinsschübe befürchtet –

dann nämlich, wenn der private Kreditbedarf mit dem des Staates zusammenprallt.

Der Vorsitzende der Chase Manhattan Bank, William B. Cutler, geht bereits davon aus, daß die US-Notenbank keine andere Wahl hat, als die Geldschleusen zu öffnen, um eine neue Rezession zu verhindern. Das

Abonnieren Sie Erfolg

Früher mehr zu wissen als andere – das ist eine wichtige Voraussetzung für erfolgreiches Handeln. Die WELT informiert Sie täglich schnell, umfassend, präzise, weltweit. Beziehen Sie die WELT! Im Abonnement. Dann haben Sie stetig einen Informationsvorsprung.

DIE WELT

Hinweis für den neuen Abonnenten: Sie haben das Recht, Ihre Abonnement-Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Abende-Donnerstag) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30583/30, 2000 Hamburg 36.

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30583/30, 2000 Hamburg 36.

Bitte liefern Sie mir zum nächstmöglichen Termin ein Exemplar der WELT. Der monatliche Bezugspreis beträgt DM 25,60 (Ausland 35,00). Lieferversand auf Anfrage, sonstiger Versand und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen.

Name: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Beruf: _____
Telefon: _____ Datum: _____
Unterschrift: _____
Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (Abende-Donnerstag) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30583/30, 2000 Hamburg 36.
Unterschrift: _____

wirke jedoch nur kurzfristig, weil schon bald die verschlechterten inflationären Erwartungen die Zinsen in die Höhe treiben würden, betonte er. Die Folge sei ein Investitionsstopp mit Abbruch des Konjunkturauflaufs. Ähnlich klingt auch die Voraussage der Bank of America. Nach dem Urteil der beiden Großbanken nimmt die Krisenanfälligkeit im zweiten Halbjahr 1984 rapide zu.

"In der Republik Irland gab es 1982 per capita mehr Hochschulabsolventen der Computerwissenschaften als in den USA!"

"Na und?"

In Irland überrascht das niemand. Hier ist Hochtechnologie ein Teil des täglichen Lebens.

Wir haben die jüngste Bevölkerung Europas mit den höchsten Wachstumsraten. Und ein Bildungswesen, das den Nachwuchs für Zukunftsberufe seit Jahren zielbewußt fördert.

Weitsichtige Planung und großzügige Wirtschaftsförderung aller irischen Regierungen haben die Republik Irland zum

lukrativsten* Standort Europas gemacht.

Über 850 ausländische Industrie- und Dienstleistungsunternehmen (davon 130 aus der Bundesrepublik Deutschland) profitieren bereits davon.

Sprechen auch Sie jetzt mit den Profis. Mit der irischen Industrie-Entwicklungsbehörde IDA. Informieren Sie sich über die Fähigkeiten Ihrer zukünftigen Mitarbeiter. (Vermutlich werden Sie überrascht sein).

*Eigenkapitalrendite lt. Statistik des US-Handelsministeriums 1978-81 durchschnittlich 31,7%.

IDA Ireland

INDUSTRIAL DEVELOPMENT AUTHORITY

Ihr erster Schritt zum lukrativsten Standort Europas

5000 Köln 51, Bayenthalgürtel 13
Telefon (0221) 371007
Direktor: John McSweeney

7000 Stuttgart 1, Jägerstraße 12
Telefon (0711) 221468
Direktor: Barry Flannery

2000 Hamburg 1, Ballindamm 37
Telefon (040) 336421
Direktor: Jim Jackson

8000 München 80, Dingolfinger Straße 2
Telefon (089) 404001
Direktor: Ulfan O'Raghallaigh

REPUBLIC IRLAND



Die WELT berichtet von der Anuga
Bäcker-Dänemark-Frankreich-Schweden

Die Verbraucher honorieren Qualität

Als wichtigste Verkaufsförderung für Lebensmittel gilt unter den dänischen Exporteuren die Anuga. Entsprechend groß ist ihre Beteiligung in diesem Jahr. 71 Firmen belegen im Rahmen des Gemeinschaftsstandes 2900 Quadratmeter. Das größte Kontingent stellen dabei die Vertreter der Fleisch- und Milchverarbeitenden Industrie, traditionell die bedeutendsten Devisenbringer Dänemarks auf dem Agrarsektor. So haben die beiden Sektoren im vergangenen Jahr einen Exportwert von 6,2 Mrd. DM erzielt, bei Gesamtausfuhren von 10,6 Mrd. DM im Ernährungsbereich.

Besonders erfolgreich verläuft für die Dänen zur Zeit das Geschäft mit dem deutschen Verbraucher. Klaus Bustrup vom dänischen Landwirtschaftsministerium berichtet für das 1. Halbjahr 1983 die Ausfuhren in die Bundesrepublik auf 1,23 Mrd. DM gegenüber einer knappen Milliarde in der Vorjahresvergleichszeit. Die Bundesrepublik habe sich mit einem Exportanteil von 22 Prozent an die zweite Stelle nach Großbritannien gesetzt. Die Hauptlieferungen entfallen auf Schweine-, Kalb- und Geflügelfleisch mit rund 680 Mill. DM. Auffällige Produkte dänischer Ernährungsindustrie für die Verbraucher in der Bundesrepublik

sind aber Käse und Butter. Ihr Jahresexportwert stellt sich auf etwa 280 Mill. DM. Hier versprechen sich die Dänen auch die größten Steigerungen.

Im Spezialitätenbereich angesiedelt, bieten sie dem Handel nach Bustrups Worten auch die notwendigen Erträge. Und der deutsche Verbraucher sei bisher gern bereit gewesen, die Qualität entsprechend zu honorieren. Bis September dieses Jahres gibt die Statistik den Dänen Recht. Die Deutschen haben wieder 2,2 Prozent mehr Käse von ihrem nördlichen Nachbarn gegessen.

HENNER LAVALL

Messe-Splitter

Nützliches und Genüßliches präsentiert die Förderungsgemeinschaft für französische Landwirtschaftserzeugnisse (Sopexa). Die kostenlose Broschüre „Gastronomische Straßen Frankreichs“ bietet auf 40 Seiten aktuelle Straßenspiele unseres Nachbarlandes, farbige Illustrationen zu jeweiligen Spezialitäten und Rezepten der Region.

Die moderne Technik hat auf der Anuga sichtlich Eingang gehalten. Letzter Schrei sind zweistufige Sonderschrauben über Bildschirmtext und seine Bedeutung für den Handel. Ein reger Besuch ist bei der Möglichkeit zur Befriedigung des Spieltriebs gesichert.

Eine Einigung in letzter Minute erzielten die Deutsche Brauerei und die Central Marketinggesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft. Danach stellt die CMA erstmals deutsche Biere mit Güteschildern aus. Die Qualitätskriterien sind hart, es dürfen keine Einschnitte sein, sie müssen nach dem deutschen Reifegebot, Hopfen mindestens zu 90

Prozent, Gerste oder Weizen überwiegend aus deutschen Ländern, gebraut sein.

Die norwegische Fischerlei, eine der größten der Welt, exportiert rund 90 Prozent ihrer Fangergebnisse, davon allein 40 Prozent in die Europäische Gemeinschaft. Die Bundesrepublik nimmt 5 bis 6 Prozent der norwegischen Exporte auf. Auf der Anuga beklagte sich Norwegens Fischereiminister Thor Listau über die EG-Zollpolitik, die diese Exporte zunehmend behindert. Dazu gehören die Rücknahme von ursprünglichen Zollermäßigungen für eine Reihe von Produkten, von denen der Hering das wichtigste ist. Bei Frischfleisch und gefrorenem Fisch beträgt der Zollsatz derzeit 16 Prozent, was als eine Benachteiligung für die norwegischen Anbieter gesehen wird, da Island und die Faröer-Inseln Zollsenkungen bis zu 75 Prozent gewährt wurden. Im Interesse liberaler und offener Handelsbeziehungen erwartet Minister Listau hier künftig Lösungen, die den norwegischen Interessen mehr entgegenkommen.

Mit Innovationen gegen Brotfabriken

Nur zufriedene Mienen zeigt auf der Anuga eine Branche, die sich seit einiger Zeit erfolgreich gegen Billigangebote geschützt hat: das deutsche Bäckereihandwerk. Vor Jahren durch Brotfabriken und Sonderangebote fast ruiniert, haben die mittelständischen Bäckereien es geschafft, mit Innovation den Niedergang zu stoppen und inzwischen wieder eine Rendite zu erwirtschaften, von der andere in der Lebensmittelbranche nur träumen können.

Mit hohen Investitionen wurden die Betriebe modernisiert und die Produktpalette derart ausgebaut, daß heute insgesamt 200 verschiedene Brotsorten angeboten werden und über 1200 Arten von Klein- und Feingeback. Zwar hat der Konzentrationsprozeß vor dem Bäckereihandwerk in den letzten Jahren nicht halt gemacht. Es gibt aber immer noch über 29 000 Betriebe mit zusätzlich 10 500 Filialen. Ihr Gesamtumsatz wird auf 16,8 Mrd. DM beziffert. (H. L.)

Preisdruck bei Massenware

Die Zeiten ständiger Zuwachsraten auf dem deutschen Lebensmittelmarkt sind vorbei. Wollen ausländische Lieferanten bestehen, müssen sie sich etwas einfallen lassen. Frankreichs Ernährungswirtschaft habe es dabei nicht ganz so schwer, urteilt François Pommeroy von der Förderungsgemeinschaft für französische Landwirtschaftserzeugnisse (Sopexa). Schon in der Vergangenheit habe man versucht, dem deutschen Verbraucher französische Produkte als etwas Besonderes zu präsentieren.

So sei es im ersten Halbjahr 1983 wieder gelungen, sowohl in der Menge (plus 12 Prozent) als auch im Wert (plus 8 Prozent) Steigerungen zu erzielen. Pommeroy verhehlt in einem Gespräch mit der WELT allerdings nicht, daß an Preiserhöhungen bis zum Jahresende auf dem hart umkämpften deutschen Markt nicht zu denken sei. Seiner Auffassung nach will die deutsche Handel in der jetzigen Konjunkturlage sich mehr als sonst beim Verbraucher durch Niedrigpreise profilieren. Viele Firmen arbeiten des-

halb im Deutschlandexport mit sehr geringer Rentabilität.

Für die einzelnen Produkte verläufe die Entwicklung allerdings sehr differenziert. Massenware wie Wein und Bier stünden unter starkem Preisdruck, während Spezialitäten nach wie vor gute Renditen erzielten. Für die französische Ernährungsindustrie komme es aus diesem Grund immer mehr darauf an, neue Erzeugnisse zu entwickeln und anzubieten.

Für Frankreich hängt auch einiges davon ab, ist doch die Bundesrepublik ihr zweitwichtigster Absatzmarkt auf dem Nahrungsmittelsektor. Im vergangenen Jahr wurden Produkte für 5,8 Mrd. DM beim deutschen Kunden abgesetzt, bei Nahrungsmittel-Gesamtausfuhren von knapp über 38 Mrd. DM. In Frankreich selbst ist die Ernährungsindustrie hinter der Bauwirtschaft der zweitgrößte Produktionszweig. Sie verarbeitet 60 Prozent der Agrarerzeugnisse und erzielt einen Umsatz von rund 112 Mrd. DM. HENNER LAVALL

Klage über die EG-Zollsätze

Schweden kämpft mit einem Problem, das innerhalb der Europäischen Gemeinschaft bestens bekannt ist: die Überschüsse aus der Landwirtschaft. Hochverarbeitete Erzeugnisse aus diesem Bereich sollen deshalb verstärkt in den Export gehen. Jan Hennig, Geschäftsführer der Swedish Food Promotion, nannte noch weitere Gründe für die Bemühungen um Auslandskunden. So könnten Arbeitsplätze erhalten, die Handelsbilanz verbessert und höhere Unternehmensgewinne erzielt werden.

Bisher entfallen mit 1,2 Mrd. SEK aber lediglich zehn Prozent der schwedischen Nahrungsmittelproduktion auf den Export. Dies ist nach Angaben von Hennig nicht zuletzt die Folge einseitiger Zollbestimmungen von Seiten der EG. Das Land suche deshalb langfristig nach besseren Verkaufsmöglichkeiten in Nordamerika und dem Mittleren Osten.

Noch ist Schwedens Exportwirtschaft allerdings auf den EG-Markt angewiesen, da 50 Prozent aller Produkte abnimmt. (H. L.)

Franzosen sparen jetzt auch am Essen

WELT: Die französische Lebensmittelindustrie, deren Verbandspräsident Sie sind, hat sich in den letzten Jahren trotz der internationalen Wirtschaftskrise günstig entwickelt. Treffen die jüngsten Anstiegsmaßnahmen auch den nationalen Lebensmittelverbrauch?

Lépatre: Bei den Artikeln des sogenannten Massenkonsums ist die Inlandsnachfrage weiterhin gut. Aber an Markennamen und Lebensmitteln der Luxusategorie wird jetzt gespart.

WELT: Wenn die Franzosen jetzt ihren Gürtel enger schnallen, so haben sie vorher doch über ihre Verhältnisse gelebt?

Lépatre: Von dieser Zeit des starken Verbrauchs hat der Lebensmittelsektor weniger profitiert, als man vielfach meint. Der Kaufkraftzuwachs wurde vor allem für Bekleidung und die Haushalte, darunter insbesondere Videorekorder, eingesetzt. Jetzt aber besteht die Gefahr, daß sich die Franzosen das sehr gute Essen und Trinken überhaupt abgewöhnen, um es einmal überspitzt auszudrücken.

WELT: Kommt damit die französische Lebensmittelindustrie über die konjunkturelle Krise in eine strukturelle Krise?

Lépatre: Das kann man nicht sagen. Sie muß sich nur den veränderten Verbrauchsgewohnheiten anpassen. So bestehen hinsichtlich großer Expansionschancen insbesondere bei den Fertiggerichten und Tiefkühlprodukten. Es wird weniger gekocht als aufgewärmt und mehr kalt gegessen.

WELT: Sinkt damit die gastronomische Lebensqualität der Franzosen?

Lépatre: Im Durchschnitt hat sie sich im Verlauf der letzten Jahrzehnte ganz erheblich verbessert. Heute ist auch die früher sehr einseitig ernährte Landbevölkerung so abwechslungsreich wie der Städter.

WELT: Wie sieht es im Export aus?

Lépatre: Das ist von Land zu Land sehr unterschiedlich. So versprechen wir uns insbesondere auf dem gewaltigen nordamerikanischen Markt noch große Absatzsteigerungen, und dies nicht nur für Champagner und Luxusweine.

WELT: Wie steht es um den Absatz in Europa und dabei insbesondere in der Bundesrepublik?

Lépatre: Diese Märkte sind wohl kaum stärker expansiv als der französische. Aber das schließt die Verbesserung von Marktanteilen in einzelnen Sektoren nicht aus. In der Bundesrepublik, dem nach Italien zweitgrößten französischen Auslandsmarkt, sind eine Reihe unserer Spezialitäten gut eingeführt. Sie stehen qualitativ beim deutschen Verbraucher in gutem Ruf.

WELT: Die agroalimentären Importe Frankreichs sind 1982 wertmäßig um 19 Prozent, die entsprechenden Exporte dagegen nur um sieben Prozent gestiegen, so daß der Ausfuhrüberschuß von 25,4 auf 18,6 Milliarden Franc zurückging. Woran lag das?

Lépatre: Nicht an der Lebensmittelindustrie, die einen praktisch un-

veränderten Exportüberschuß von 15,1 (15,6) Milliarden Franc verbuchte. Vielmehr wurde das Ergebnis durch die schlechte Ernte in 1982 gedrückt.

WELT: Sie haben kürzlich auf der Generalversammlung der ANIA erklärt, daß die Zukunft der französischen Lebensmittelindustrie bei ihren Investitionen im Ausland liegt. Denken Sie dabei auch an die Bundesrepublik?

Lépatre: Wir verfügen schon in Teilbereichen (Desserts usw.) über deutsche Produktionsstätten, die uns dem Verbraucher näherbringen. In dieser Beziehung bleibt noch viel zu tun. Denn die meisten Erzeugnisse der französischen Lebensmittelindustrie lassen sich unter Einsatz ihrer spezifischen Technologie und ihrer Know-how auch außerhalb der Landesgrenzen herstellen.

WELT: Die nationalen Investitionen der französischen Lebensmittelindustrie sind 1982 um real zwölf Prozent zurückgegangen. Woran lag das?

Lépatre: Vor allem an der verschlechterten Ertragslage als Folge eines viermonatigen Preissturms und an den gestiegenen Zinsen, die bei der hohen Verschuldung der französischen Lebensmittelindustrie besonders stark zu Buche schlug. Dazu kommen die verschärften quantitativen Kreditrestriktionen. Vor allem aber haben eine ganze Reihe von Unternehmen dieser Industrie ihre mageren Erträge zum Abbau der langfristigen Schulden verwendet und deshalb weniger investiert.

DG BANK / Betriebsergebnis verdoppelt, Ertrag kräftig verbessert

Wachstumschancen in Südostasien

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Die DG Bank, Spitzeninstitut der Volks- und Raiffeisenbanken, berichtet über eine Verdoppelung des Betriebsergebnisses ohne Eigenhandel auf 240 Mill. DM im Konzern in den ersten acht Monaten dieses Jahres. Besonders kräftig fiel die Ertragsverbesserung bei der DG Bank selbst aus, deren Betriebsergebnis gegenüber 8/12 des Vorjahresergebnisses von 84 auf 208 Mill. DM gestiegen ist. Die „Supergroßhandelsbank“, wie Vorstandsvorsitzender Helmut Guthardt sein Institut tituliert, verdankt dies vor allem der Besserung der Zinsspanne auf über ein Prozent, die allerdings auf Dauer nicht zu halten sei, während die Verwaltungskosten praktisch unverändert geblieben sind.

Das für das Gesamtjahr zu erwartende gute Ergebnis wird jedoch mit Wertberichtigungen auf Engagements in risikoreicheren Ländern belastet. Denn der DG-Bank-Konzern ist mit gut einem Viertel seines Auslandskreditvolumens (7,9 Mrd.

DM netto) in Problemländern engagiert. Mit einem Anteil von 9,4 Prozent am Konzernkreditvolumen bleiben die Auslandsforderungen gegenüber Ende 1982 praktisch unverändert.

Die Ertragsverbesserung wurde bei einer elfprozentigen Ausweitung des Konzerngeschäftsvolumens auf 82,8 Mrd. DM erzielt, die vor allem durch die 5,3 Mrd. DM von der DG Bank initiierten Kredite für den Mittelstand aus dem inzwischen ausgeschöpften zinsgünstigen „Verbundprogramm“ in die Bücher der DG Bank kamen. Auch in der Bauwirtschaftsfinanzierung für die Bausparkasse Schwäbischhall gab es einen Zuwachs. Das eigene Geschäft blieb jedoch aus konjunkturellen Gründen ohne Ausweitung.

Im internationalen Geschäft, das nach dem Prinzip „Präsenz dort, wo deutsche Interessen und Geschäftsmöglichkeiten es nahelegen“, gesteuert wird, sieht Vorstandsmitglied Günther Schmidt-Weyland auch künftig überdurchschnittliche Chan-

cen in der südostasiatischen Wachstumsregion. Mittelpunkt der DG-Bank-Aktivitäten ist dort die Niederlassung in Singapur, die bei der Refinanzierung des Geschäfts im pazifischen Becken wichtigen Geldhandelsplatz Singapur, die bei einer Entwicklung neuer Finanzmärkte und vom Geldausleihen zur Beratung ausbaufähig seien. Dabei denkt der Auslandschef der DG Bank zum Beispiel an mehr bilanzneutrales Dienstleistungsgeschäft im Börsen- und Investmentfondsbereich. Ganz generell konzentrierte sich die Philosophie im internationalen Geschäft mehr auf das Merchant banking.

In dieser Sparte ist die DG Bank auch so stark wie kein anderes deutsches Institut in Malaysia tätig und zwar über eine kapitalmäßig 40prozentige, ansonsten aber beherrschende Beteiligung an der Rakyat First Merchant Bankers Berhad in Malaysia. Hauptstadt Kuala Lumpur, deren 55prozentiger Hauptpartner die malaysische Genossenschaftszentralbank ist.

SCHIFFFAHRT

Bekenntnis zur Handelsflotte

W. WESSENDORF, Bremen

„Ohne eine Gesundung der internationalen Seeverkehrsmärkte gibt es auch für die Werften keine längerfristige Perspektive“, sagte Bundesverkehrsminister Werner Dollinger (CSU) vor dem Nautischen Verein zu Bremen. Die Neubauhilfen der Bundesregierung hätten nicht zu einer Kapazitätsausweitung der deutschen Handelsflotte geführt, sondern vielmehr den Reedern geholfen, die Struktur und Produktivität der Flotte im internationalen Wettbewerb zu verbessern. Dies sei ein unverzichtbares Element deutscher Schiffsbaupolitik.

Zudem sei es notwendig, die Eigenkapitalstruktur deutscher Reedereien und damit ihre Investitionsmöglichkeit zu stärken. Dollinger: „Ich werde mich bemühen, im Rahmen der vom Haushalt gesetzten Grenzen die zwischen 1979 und 1981 schon einmal gewährten Finanzbeiträge wieder einzuführen.“ Der Minister bekräftigte, daß die Bundesregierung eine Handelsflotte unter deutscher Flagge für unverzichtbar halte. Neubauhilfen, die direkt werktreu seien, würden im Haushalt 1984 auf 250 Mill. DM angehoben.

Über die schon im Haushalt 1984 verwirklichten Erleichterungen hinaus strebt Dollinger außerdem eine weitere Angleichung der steuerlichen Rahmenbedingungen für die Schifffahrt an den internationalen Standard an mit dem Ziel des Abbaus von Wettbewerbsverzerrungen. Damit sei auch den deutschen Werften, deren Anträge zu zwei Dritteln von deutschen Reedern kämen, auf längere Sicht mehr gedient.

KONKURSE

Konkurse eröffnet: Bonn: Howo Hotel- u. Wohnbauten GmbH; Dortmund: Nachl. d. Karl-Heinz Schöller; Gelsenkirchen: Krüger GmbH; Heinsberg: Schröder GmbH u. Co. KG; Pöhltern: W. Wassberg; Krefeld: Bau-Ing. Hans-Joachim Bauges; mbt-KG; Neuss: Ing. G. Mühlenbeck; Tiet- u. Straßensbau GmbH; Saarbrücken: Vermögensanlagen-Verwaltungs-Ges. mbH-VVG; Stuttgart: „Promaganda“ Werbung u. Marketing GmbH, München, vorm. P. Franke Ges. f. Werbung u. Marketing mbH, Stuttgart.

BURGER SÖHNE / Niemann & Tintelnot übernommen - Verstärkte Werbung

Sortiments-Wirrwarr am Zigarrenmarkt

DOMINIK SCHMIDT, Vlotho

Der schweizerische Zigarrenhersteller Burger Söhne will seine Position auf dem hart umkämpften deutschen Zigarrenmarkt verstärken. Zu diesem Zweck hat das Unternehmen jetzt in Vlotho/Westfalen das 1980 von der Firma Niemann & Tintelnot erbaute Werk einschließlich der Belegschaft und der Marken übernommen und gleichzeitig die neue Firma Burger Söhne Zigarrenfabrik GmbH mit einem Stammkapital von 1,3 Mill. DM gegründet.

Nach Angaben von Max Burger-Calderon, Geschäftsführer der deutschen Burger Söhne, die ihren Hauptsitz in Emmendingen hat, beziehen sich die Investitionen in Vlotho auf 8 Mill. DM. Die jährliche Kapazität des neuen Werks liegt bei 80 Millionen Zigarren und Zigarillos. Beschäftigt werden 150 Mitarbeiter. Im Gegenzug hat Burger Söhne die ver-

altete Fertigung im badischen Wyl stillgelegt. In Emmendingen wird dagegen nach wie vor ein Teil des Sortiments produziert.

Insgesamt beschäftigt Burger Söhne in der Bundesrepublik 230 Mitarbeiter. Der Umsatz soll 1983 rund 40 Mill. DM erreichen. Für 1984 erwartet Burger-Calderon eine Steigerung auf 46 Mill. DM, vor allem infolge der Übernahme der Niemann & Tintelnot-Marken und der Einführung neuer Produkte im Zigarillo-Bereich. Mit einer verstärkten Werbung - der Etat liegt bei 3 Mill. DM - sollen zusätzliche Kunden gewonnen werden.

Die gesamte Unternehmensgruppe repräsentiert einen Umsatz von gut 110 Mill. DM. Burger Söhne ist nach eigenen Angaben in der Schweiz der führende Zigarrenhersteller. In Spanien und in Andorra werden Lizenzproduktionen unterhalten, in Brasilien wird gemeinsam mit Danne-

mann ein Joint Venture betrieben. Die Ertragsituation in der Gruppe bezeichnet Burger-Calderon als befriedigend. Dies gelte allerdings nicht für die deutsche Tochter.

Der deutsche Zigarrenmarkt bedarf nach Ansicht des Unternehmens einer gründlichen Umorientierung, Burger bemängelt vor allem das „Sortiments-Wirrwarr“. Die Branche müsse sich auf weniger, dafür aber qualitativ höherwertige Marken konzentrieren. Die deutschen Zigarrenhersteller hätten 1982 rund 1,6 Milliarden Stück „braune Ware“ verkauft, darunter 450 Millionen Zigarren und 50 Millionen Stumpen. Für beide Artikel bedeute dies stagnierender Verbrauch in den letzten Jahren. Lediglich bei Zigarillos (1,1 Millionen Stück) zeichne sich eine Renaissance vor allem bei jüngeren Leuten ab.

Führt Fortschritt zur Apparatemedizin?

DIE ANTWORT:

Die aktuelle Ärztkritik sieht in der zunehmenden Technisierung der modernen Praxis eine Abkehr von der fürsorglichen Krankenbetreuung und eine Hinwendung zur Apparatemedizin, die den Kranken zum „Meßdatensystem“ macht.

Durch die moderne labor- und medizintechnische Diagnostik ist es aber heute möglich, viele Erkrankungen früher zu erkennen und damit die Heilungsaussichten entscheidend zu verbessern. Wo die körperliche Untersuchung in Verbindung mit der Vorgeschichte oft nur eine erste Verdachtsdiagnose zuläßt, kann der Arzt durch technische Hilfsmittel seine Diagnose überprüfen und sichern und somit über die entsprechenden Therapie-maßnahmen schneller entscheiden.

Aber eine noch so hoch entwickelte Apparatediagnostik kann niemals das vom gegenseitigen Vertrauen geprägte persönliche Gespräch zwischen Arzt und Patient ersetzen.

MEDIKAMENTE ALLEIN MACHEN NOCH NICHT GESUND.

MICROPRO / Mit Umsatzverdoppelung nicht zufrieden

Atemberaubendes Wachstum

DANKWARD SETZ, München: Mikrocomputer sind das beherrschende Thema der Systems '83 in München. Seit vor knapp einem Jahr zehnt die ersten Anlagen dieser Art auf den Markt kamen, haben sie einen Siegeszug ohne Beispiel angetreten. Millionen Home- und Personalcomputer sind schon weltweit installiert. Und für die Zukunft sagen die Marktexperten geradezu atemberaubende Zuwachsraten voraus: Bis 1987 soll sich der Markt für Mikrocomputer von 711 auf 1446 Mill. DM mehr als verdoppeln.

Fast mehr noch als die Hersteller der Hardware profitieren die Software-Spezialisten von dieser Entwicklung. Bestes Beispiel hierfür ist die 1978 gegründete MicroPro International Corp., San Rafael/Kalifornien, die sich zu den Marktführern weltweit zählt. Bereits im ersten Geschäftsjahr setzte MicroPro 0,4 Mill. Dollar mit seiner Software um. 1982/83 (31.8.) waren es, wie der Unternehmensgründer Seymour I. Rubinstein jetzt mitteilte, bereits über 45 (22,3) Mill. Dollar.

Und angesichts der Marktentwicklung wäre er „mit einer Verdoppelung 1983/84 nicht zufrieden“. Große Zukunftschancen sieht er vor allem auf dem Gebiet der professionellen Personalcomputer, da sich derzeit mehrere Mikrocomputerhersteller ausschließlich mit dem Home-(Spiel-)Computermarkt befassen. Überhaupt werde sich die Software zum bedeutendsten Faktor der Branche entwickeln.

Seine Programme vertreibt MicroPro inzwischen weltweit über Computer-Hersteller, Computershops und Distributoren. Einschließlich Japan ist das Unternehmen in 27 Ländern vertreten. Die europäische Niederlassung, vor rund 18 Monaten gegründet, setzte im ersten vollen Geschäftsjahr bereits 5 Mill. Dollar um, davon 2 Mill. Dollar im deutschsprachigen Raum. Die Gewinnschwelle ist, so Rubinstein, inzwischen auch hier überschritten. Zu den wichtigsten Kunden gehören Philips, Siemens, Nixdorf und Olympia.

SIEMENS

Datentechnik in der Gewinnzone

sz. München

Erstmals seit Jahren ist der Unternehmensbereich Datentechnik der Siemens AG, Berlin/München, im Geschäftsjahr 1982/83 (30.9.) wieder in die Gewinnzone gekommen. Auftragsingang und Umsatz wuchsen um über 10 Prozent. Endgültige Zahlen liegen zwar noch nicht vor, doch dürfte ein Umsatz von über 2,2 Mrd. DM erzielt worden sein, nachdem er 1981/82 rund 2 Mrd. DM betragen hatte.

Große Hoffnungen setzt Siemens, wie anlässlich der Systems '83 in München mitgeteilt wurde, auf das Betriebssystem BS 2000, von dem bisher über 2000 Anlagen installiert werden konnten. Einen Anteil von rund 30 Prozent am DV-Geschäft von Siemens halten inzwischen die Hard- und Softwareprodukte mit der Bezeichnung „Transdata“ für die Kommunikation zwischen Rechnern und Endgeräten untereinander.

WIRTSCHAFTSBÜCHER AUF DER FRANKFURTER BUCHMESSE

Horst Claus Recktenwald: Lexikon der Staats- und Geldwirtschaft. Verlag Franz Vahlen, München 1983, 760 S. (geb.), 76 Mark.

Neuartig an diesem Handbuch ist, daß es die Staats- und Geldwirtschaft systematisch aufbereitet und durch eine alphabetische Anordnung einen raschen Zugang zu den Begriffen ermöglicht. Als Lehr- und Nachschlagewerk kann es daher für Theorie und Praxis gleichermaßen den Wissenstoff, Fakten, Probleme und Kritiken darbieten und vermitteln.

André Beauchamp: Die Steuerparadiese der Welt. Piper Verlag, München 1983, 711 S. (Lb.), 128 Mark.

Die Steuerlast hat in vielen Industrieländern ein zu hohes Niveau erreicht. Je mehr die Steuerschraube angezogen wird, um so mehr gewinnen die Steuerlosen an Bedeutung und Zulauf. Denn dort können auf legalem Wege Steuern gespart werden. Dieses außerordentlich ausführliche Handbuch erklärt die Funktionsweise eines Steuerparadieses

und wie man es nutzbringend für steuersparende Zwecke einsetzen kann. In dem zweiten Teil des Buches werden 48 Steuerparadiese analysiert. Die Fragen, die der Autor beantwortet, behandeln die Verbindungen zur Außenwelt, das Verkehrs- und Nachrichtenwesen, die politische Lage und Institutionen, Währungs- und Finanzfragen, das Rechtswesen und die Probleme des Arbeitsmarktes.

Meyer/Meulenbergh/Beuthien: Genossenschaftsgesetz. C. H. Beck Verlag, München 1983, 949 S. (Lb.), 98 Mark.

Die 12. Auflage des bewährten Kommentars zum Genossenschaftsgesetz wurde von Professor Beuthien (Universität Marburg) von Grund auf neu geschrieben und weitreichend umgestaltet. Die mit Randnummern und Inhaltsübersichten versehenen Erläuterungen berücksichtigen die Genossenschaftsreform 1973 und die seitdem eingetretene Rechtsentwicklung. Erstmals werden auch volks-

und betriebswirtschaftliche Beiträge zur rechtlichen Bewertung genossenschaftlicher Phänomene mit in die Kommentierung einbezogen. Im Anhang sind die wichtigsten Begleitgesetze abgedruckt, das geplante Bilanzrichtliniengesetz bereits in Fußnoten berücksichtigt und seine Regierungsbegründung als Anlage beigefügt.

Hinzen/Boek/Castro/Grells/Helkenfeld/Mühlen: Umweltqualität und Wohnstandorte. Bauverlag GmbH, Wiesbaden 1983, 294 S., 44 Mark.

Für die Gemeinde ist der Bebauungsplan eins der wichtigsten Instrumente im Hinblick auf die Schaffung und Präzisierung von Rahmenbedingungen für die Umweltqualität von neuen und bestehenden Wohnstandorten. Dieser Forschungsbericht versteht sich als Beitrag, Möglichkeiten, Erfordernisse und Grenzen der Bebauungsplanung herauszuarbeiten mit dem Ziel, die Umweltqualität von Wohnstandorten langfristig und wirksam zu verbessern.

Kern/Laatz: Die ärztliche Aufklärungspflicht. Springer-Verlag, Berlin, Heidelberg 1983, 214 S., 36 Mark.

Jeder ärztliche Eingriff bedarf der Einwilligung durch den Patienten. Einwilligen kann aber wirksam nur derjenige, der zuvor umfassend aufgeklärt wurde. So gehört die Aufklärung zu den wesentlichen Pflichten des Arztes. Dieser Ratgeber informiert über die einzelnen Problemkreise anhand von zahlreichen Beispielen aus der juristischen und ärztlichen Praxis.

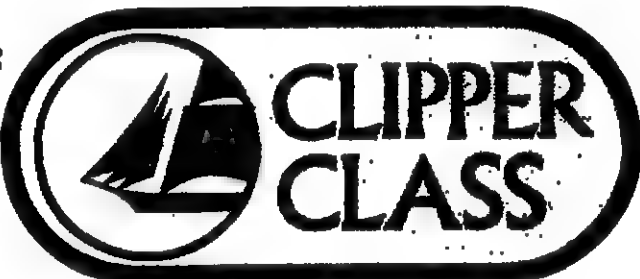
Reinhard Priem: Einstieg in den Anstieg. Boen Verlag, Düsseldorf 1983, 224 S., 24 Mark.

Elemente einer „grünen“ Wirtschaftspolitik basieren hauptsächlich auf einer negativen Abgrenzung. So wird der Ausstieg aus den Wirtschaftswachstumszwängen unseres Wirtschaftssystems gefordert, ohne aber den Einstieg in das dann folgende Wirtschaftsleben farblich auszumalen. Es grünt halt nur so grün. (jwh)

Pan Am Clipper Class.

Denn wir wissen, was es heißt, geschäftlich unterwegs zu sein.

Gehen Sie geradewegs zum Clipper Class-Schalter. Sie erhalten die Bordkarten für Ihren Flug nach Amerika und für Ihren Pan Am Anschluß in den USA. (Bei Abflug in Frankfurt oder Hamburg.)

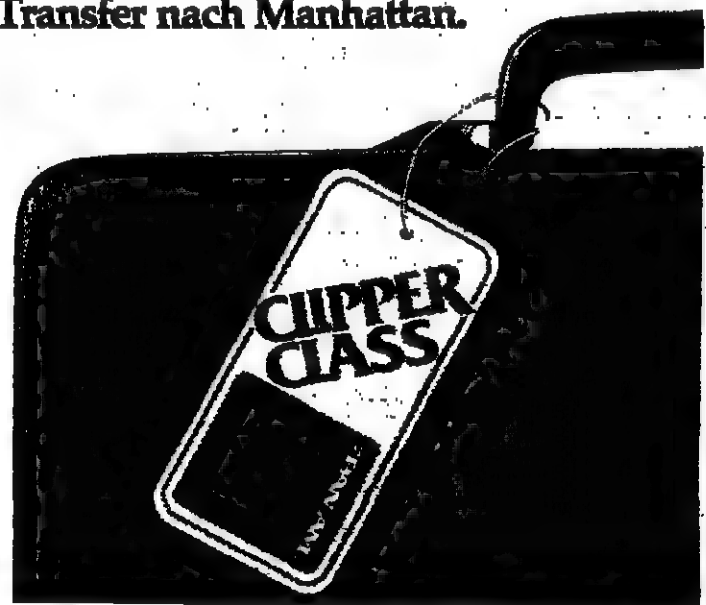


Wir laden Sie ein zum 8-Minuten Helicopter-Transfer nach Manhattan.



Wo Sie Ihren Gedanken freien Raum lassen können und für Ihre Arbeit freie Hand haben: Clipper Class. Ein separates Abteil, ein spezieller Sitz.

Ihr Clipper Class-Gepäck befördern wir Erster Klasse: dieselbe Freigrenze, dieselbe Vorzugsabfertigung.



Pan Am war die erste Fluggesellschaft, die für Geschäftsreisende eine spezielle Klasse eingeführt hat: Clipper® Class. Und während andere Fluggesellschaften versuchen, mit uns gleichzuziehen, lassen wir uns ständig etwas Neues einfallen.

Innerhalb der Clipper Class befinden Sie sich so gut wie in Ihren eigenen Räumen, vom Rest der Maschine unbehelligt. Hier ist es ruhiger, großzügiger, erholsamer.

Gastfreundschaft wird großgeschrieben: Wir laden ein zu Cocktails, Sekt und Wein. Unsere Speisekarte bietet eine Auswahl an vorzüglichen Gerichten. – Zu unserem Bordprogramm gehören selbstverständlich auch Muschelkopfhörer.

Unser einzigartiger Worldport in New York verbindet alle unsere internationalen und inner-amerikanischen Anschlußflüge, aber auch unseren Helicopter-Service* unter einem Dach.

Wenn Sie also von Berufs wegen in die Staaten müssen, sollten Sie Pan Am Clipper Class buchen. – Auf unserem Flugplan stehen mehr Geschäftszentren denn je, und unsere Flugzeiten passen bestimmt auch in Ihren Terminplan.

Wenden Sie sich an Ihr Pan Am Vertragsreisebüro oder rufen Sie uns an. Pan Am Berlin 0 30/88 10 11, Frankfurt 06 11/2 56 52 22, Hamburg 0 40/5 00 92 81, München 0 89/ 55 81 71, Nürnberg 09 11/52 30 47, Stuttgart 07 11/79 90 01.

*OmniFlight Airways Inc. betreibt diesen Service im Auftrag von Pan Am.



Fliegen Sie Pan Am Clipper Class. Zu 11 US-Städten.		
New York	Los Angeles	San Francisco
Chicago	Miami	Seattle
Detroit	Minneapolis	Tampa/St. Pete
Honolulu		Washington D.C.

Pan Am. Erleben, was Erfahrung heißt.

MARKT

24.11. 1978

Devisenstrommarkt

1/16 Prozent rückläufig: DM-Zinssatz am Europamarkt flüchtete am 10. Oktober um unwesentlich veränderten Dollar-Abschlagungen um 1/16 Punkt per Year

	Dollar/DM	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
3 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
6 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
1 Jahr	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
18 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
24 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
36 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
48 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
60 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
72 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
84 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
96 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
108 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
120 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
132 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
144 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
156 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
168 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
180 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
192 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
204 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
216 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
228 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
240 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
252 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
264 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
276 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
288 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
300 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
312 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
324 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
336 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
348 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
360 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
372 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
384 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
396 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
408 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
420 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
432 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
444 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
456 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
468 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
480 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
492 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
504 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
516 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
528 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
540 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
552 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
564 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
576 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
588 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
600 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
612 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
624 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
636 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
648 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
660 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
672 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
684 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
696 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
708 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
720 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
732 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
744 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
756 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
768 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
780 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
792 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
804 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
816 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
828 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
840 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
852 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
864 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
876 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
888 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
900 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
912 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
924 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
936 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
948 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
960 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
972 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
984 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
996 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
1008 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
1020 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
1032 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
1044 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
1056 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
1068 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
1080 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
1092 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
1104 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
1116 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
1128 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
1140 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
1152 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
1164 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
1176 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
1188 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
1200 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
1212 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
1224 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
1236 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
1248 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
1260 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
1272 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
1284 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
1296 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
1308 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
1320 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
1332 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
1344 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
1356 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
1368 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
1380 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
1392 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
1404 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
1416 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
1428 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
1440 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
1452 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
1464 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
1476 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
1488 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
1500 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
1512 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
1524 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
1536 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
1548 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
1560 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
1572 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
1584 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
1596 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
1608 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
1620 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
1632 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
1644 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
1656 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
1668 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
1680 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
1692 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
1704 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
1716 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
1728 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
1740 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
1752 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
1764 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
1776 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
1788 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
1800 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
1812 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
1824 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
1836 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
1848 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
1860 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
1872 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
1884 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
1896 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
1908 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
1920 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
1932 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
1944 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
1956 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
1968 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
1980 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
1992 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
2004 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
2016 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
2028 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
2040 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
2052 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
2064 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
2076 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
2088 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
2100 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
2112 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
2124 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
2136 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
2148 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
2160 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
2172 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
2184 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
2196 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
2208 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
2220 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
2232 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
2244 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
2256 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
2268 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
2280 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
2292 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
2304 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
2316 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
2328 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
2340 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
2352 Monate	0,694/1,00	0,694/1,00	0,694/1,00
2364 Monate	0,694/1,00		

BESUCHEN SIE UNS AUF DER
SYSTEMS'83
München vom 17.-21. Oktober 1983

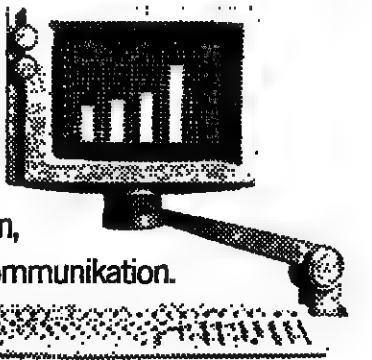
Denken Sie doch mal zusammen- hängend.

Denn alle müssen miteinander arbeiten: Die Produktion mit dem Lager, das Lager mit der Buchhaltung, die Buchhaltung mit der Werbung, die Werbung mit dem Kunden.

Einzellösungen bringen Sie in der integrierten Bürokommunikation nicht weiter. Wang bietet Ihnen ein umfassendes Gesamtkonzept. Eins paßt zum anderen. Alles läßt sich nahtlos miteinander verbinden. Damit Ihre Mitarbeiter reibungslos miteinander arbeiten können. Jeder mit jedem.

Für jeden Arbeitsplatz, für jede Abteilung, für das ganze Unternehmen erarbeiten wir Ihnen maßgeschneiderte Lösungen. Ganz gleich, was für eine Firma Sie führen und wie groß sie ist. Alle Computer-Systeme von Wang arbeiten reibungslos miteinander. Und mit fast allen anderen Systemen. In Text und Daten. Intern und extern. Heute und in Zukunft. Und anders als bei anderen wird auch die Software immer voll integrierbar sein.

In seiner Vielseitigkeit, seiner Perfektion und seiner Einfachheit ist Wang auch weiterhin unübertroffen. Das liegt daran, daß wir uns von Anfang an mit nichts anderem beschäftigt haben, als mit integrierter Büro-kommunikation. Weltweit. So haben wir auch eine Systemberatung und einen Service aufgebaut, der Ihnen für alle Aufgaben die richtige Lösung bietet. Nutzen Sie das.



WANG

**The Office Automation
Computer People.**

Der neue Audi 200 Turbo.
Vorsprung durch Technik. Auch
in der Spitzenklasse.

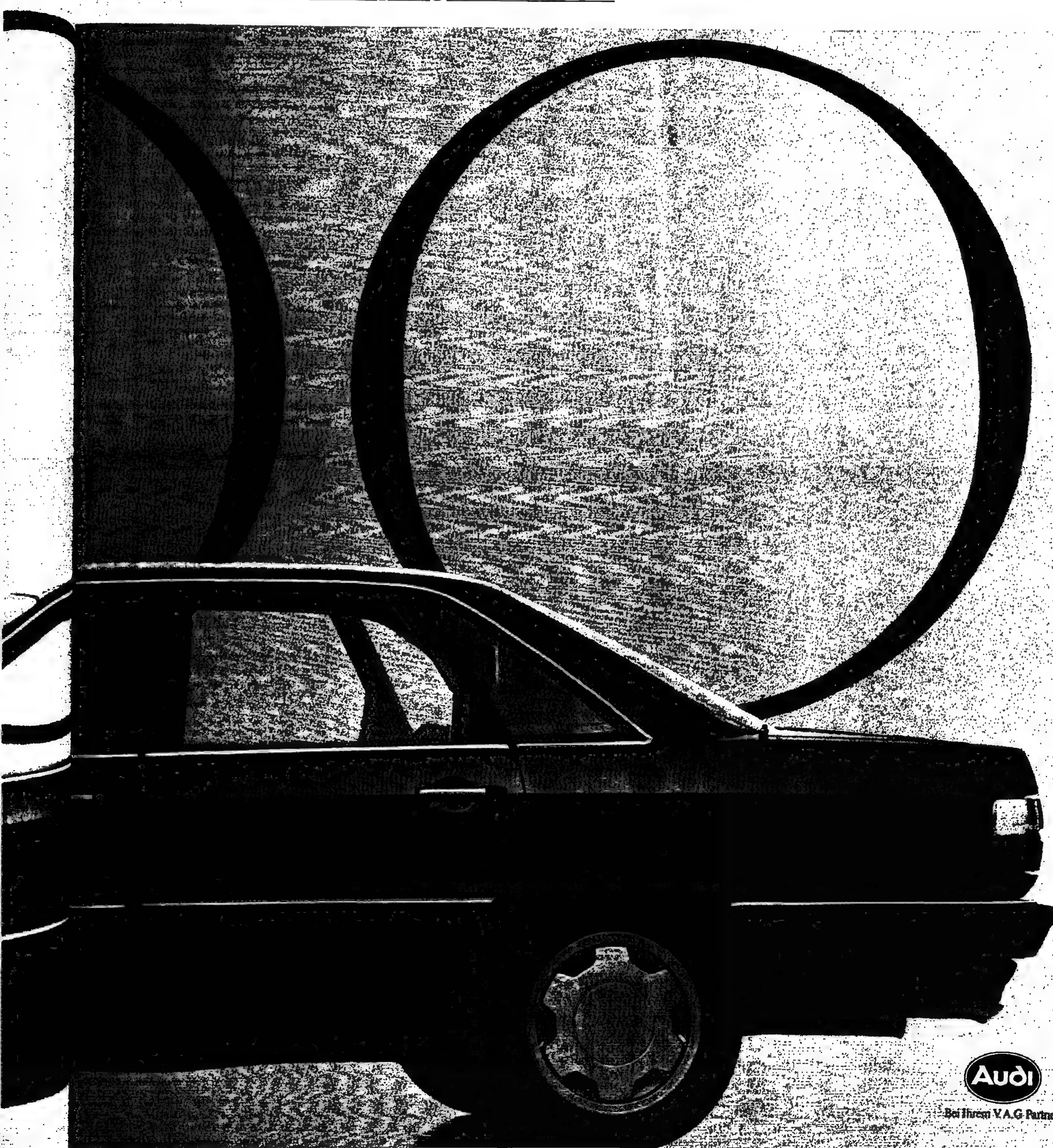
an neuen
teilhafte
eine de
stverstä
elung.
12 Sekun
homoto
an der W



Neu: 3 Jahre Lackgarantie für alle neuen Audi.

Beim neuen Audi 200 Turbo kommt alles zusammen: Weltbeste aerodynamische Form, vorteilhafter Frontantrieb, extrem niedriger Verbrauch, eine der größten Sitzraumflächen und eine der großzügigsten Ausstattungen der Spitzenklasse. Anti-Blockier-System selbstverständlich serienmäßig. Ebenso Colorverglasung, Leichtmetallräder, Zentralverriegelung, Auto-Check-System, Servolenkung, elektrische Fensterheber.

In 8,2 Sekunden spurtet er von 0 auf 100. Bei 230 km/h erreicht der 134 kW/182 PS starke Turbomotor seine Spitze, und damit ist der Audi 200 Turbo eine der schnellsten Limousinen der Welt. Audi. Vorsprung durch Technik.



Bei Herrn V.A.G. Partner

IMMOBILIEN KAPITALIEN

Nur DM 3400,- Eigenkapital – Kaufpreis DM 33 500,-



Fordern Sie einen Finanzierungsvorschlag inkl. Steuervorteilen an! Sonntagsauskunft: 0 30 / 88 99-2 15

Berlin-Alt-Tempelhof
Kaufpreisbeispiele:
 1 Zimmer (ab ca. 30 m²) ab DM 35 500,-
 1 Zimmer (ab ca. 35 m²) ab DM 47 300,-
 2 Zimmer (ab ca. 61 m²) ab DM 87 100,-
 3 Zimmer (ab ca. 74 m²) ab DM 115 000,-
 3 Zimmer (ab ca. 82 m²) ab DM 128 800,-

– Niedriger Kapitaleinsatz –
 Hohe Steuereinsparnis
Heutauskunft!
 – Die Abschreibung nach § 7b (§ 15 BerlinFG), sofern noch nicht ausgenutzt, bringt Ihnen eine sofortige Steuerentlastung!

– Nutzen Sie Steuervorteile noch für 1983!

Berlin-Britz
Kaufpreisbeispiele:
 1 Zimmer (ca. 29 m²) DM 33 500,-
 1½ Zimmer (ab ca. 44 m²) ab DM 52 600,-
 2 Zimmer (ab ca. 49 m²) ab DM 62 700,-
 2½ Zimmer (ab ca. 56 m²) ab DM 75 200,-



Fordern Sie einen Finanzierungsvorschlag inkl. Steuervorteilen an! Sonntagsauskunft: 0 30 / 88 99-2 13

Vermietete Eigentumswohnungen

Unsere Erfahrung – Ihr Eigentum – **BENDZKO IMMOBILIEN, KURFÜRSTENDAMM 61, 1000 BERLIN 15, TEL. 0 30 / 88 99 - 1**

– SCHWEIZ –
 (Nordwest) International bestens bekanntes und eingeführtes
mittleres Unternehmen der Elektrotechnik
 mit bedeutendem Immobilienbesitz
 aus Altersgründen zu verkaufen.
 Zuschriften kapitalkräftiger Interessenten unter
 Chiffre 44-62 302, Publicitas, Postfach, CH-8021 Zürich

Investieren Sie in ein Paradies
 Cap Monastir, Tunesien, nur zweieinhalb Stunden Flug entfernt.



Cap Monastir, Tunesien, nur zweieinhalb Stunden Flug entfernt.

Ein brandneues Projekt von allerhöchstem Rang. Exklusive Wohnanlage im maurischen Stil mit 251 Luxusapartements an einer Marina mit über 300 Bootslegenplätzen, Einkaufszentrum und Sportanlagen. (*)

Attraktive Finanzierungsmodelle und Vermietung über eigene Verwaltung.
 Lassen Sie sich dieses einmalig günstige Investitionsangebot nicht entgehen und fordern Sie noch heute mit dem untenstehenden Coupon die komplette Dokumentation von:

Wolf D. Ernt
 Abt. Ferienimmobilien
 Cronstettenstraße 6a
 6000 Frankfurt 1
 Telefon 06 11 - 150 82 50
 (*) Animation unter Assistenz des Club Méditerranée

CAP MONASTIR
Coupon
 Bitte senden Sie sofort kostenlos und unverbindlich Ihre Dokumentation "Investieren in ein Paradies" an:
 Name _____
 Vorname _____
 Straße, Hausnummer _____
 PLZ / Stadt _____ WM 22

Kurstadt Bad Bergzabern
 Wir bieten die einmalige Chance der Anteilszeichnung am
DIANA CULTURE CLUB
 in der stark gebuchten Wein-Kurstadt Bad Bergzabern ab DM 5000 gegen beste Sicherheit – Grundschriftbrief, Clubkarte gratis!!!
 (Kapitalverdopplung 1984 angestrebt.)
 Diana Grundbesitz GmbH, Luitpoldstr. 5
 6748 Bad Bergzabern, Tel. 0 63 45 / 22 50

Schweiz
 Winter- und Sommerstation 1.30 Std. von Basel entfernt
 Kaufen Sie direkt vom Erbauer, verdienen Sie 5%
 Und sparen Sie das Honorar von internationalen Vermittlern.
 Wir ziehen den direkten Kontakt mit dem Käufer vor. Dies ist auch im Interesse unserer Kunden.
 2½-Zimmer-Wohnung: ohne Vermittler: Frs. 151 000,-
 mit Vermittler: Frs. 143 450,-
 Finanzierung zur Verfügung 80% mit den günstigsten Hypothekenzinsen.
 Kostenlose Dokumentation unter
 Chiffre 17-900 947 PUBLICITAS AG CH-8021 Zürich

LINDAU/ Bodensee
 3½-Zimmer-Eigentumswohnung
 Bj. 81, 120 m² Wohnfl.
 Aussichtslage
 DM 370 000,-
 Immobilien von Hollen
 8990 Lindau
 Schmiedgasse 13
 Tel. 0 83 82 / 39 61

Gesucht für den Verkauf von Ferienwohnungen und Chalets im Südschwarzwald/Waldschwarzwald
Wiederverkäufer oder Baupartner
 Schmidt Gustav, Chiemsee, CH-3952
 Stuten/Lenk, Tel. 00 41 27 83 13 18

Bitte Mitternachts 3 ZL, 40 m², Duschbad, 1. Etage, Vollpelt, Wische, 1. Teubel, Wald, Nibe, Omba, 1. Teubel, 1800 DM/m².
 Zuschr. unter C 1558 an WELT-Verlag, Postfach 10 06 64, 4300 Essen.

Holland
 Beeren-Veranstaltung, Yachthafen (Jachthafen) zu verkaufen
 Diabothek im Stagenwoning im Zentrum sowie Stagen-Haus, Moderne Diskothek, 2 Tage geöffnet, Umsatz 300.000,- u. Winterurlaub, gute Auslastung, DM 530 000,-, Info und Auktionsverkauf.
 DCB Helmske GmbH, Alsterdörfer Str. 534, 2260 Hamburg 63, Tel. 0 40 / 5 98 03 98

GROSSE BEWIRTSCHAFTUNGS- UND VERKÄUFERSCHULEN
 Einmaliger Warenfond mit unerschöpflicher Erzeugnissevielfalt steht Ihnen zur Verfügung. Geboten werden 4,5% Kuponanleihe auf 10 Jahre plus 30% laufende Minderungsrate für die gesamte Laufzeit der Anlage. Außerdem Weiterverkaufsoptionen.
 Mindestinvestition nur US-\$ 3.000.
 Seminare werden demnach in Europa durchgeführt.
MAKELN SIE JEZT!
 Broschüren in verschiedenen Sprachen erhältlich.
 Kontakt durch:
 Filler, Welser, Zoller und Associates
 250 West Monroe Street
 Chicago, Illinois, 60606 USA
 Telefon: (312) 5 44-34 67

Kitzbühel
 Pension garni, 38 Betten, OT, Ausblick, Grundbesitz 1100 m², Sommer- u. Winterurlaub, gute Auslastung, DM 530 000,-, Info und Auktionsverkauf.
 DCB Helmske GmbH, Alsterdörfer Str. 534, 2260 Hamburg 63, Tel. 0 40 / 5 98 03 98

Costa Blanca
 Häuser und Wohnungen schon ab DM 29 500,- direkt vom Bauherrn. Auch Bau nach eigenen Wünschen.
 Bentele u. Partner Immobilien
 Brink 7, 6430 Bad Hersfeld, Tel. 0 56 21 / 7 52 10 u.
 0 56 20 / 16 52

AI-Bausparkonten
 GIESE - Tel. 05341 / 33319
 Eingesamtes Spezialgeschäft der Bausparkonten-Branche bietet
Kaufmann mit Ausländersicherung
 Mithras Teilhaberschaften
 Auch als Bausparkkonto geeignet. Ausfuhr. Bewerbungsunterlagen u. Lichtbild bitte unter U 1688 an WELT-Verlag, Postfach 10 06 64, 4300 Essen.

Italienische Sekkellerei
 mit 30 Heiter eigenen Rebland
 Hersteller von Spumante classico, méthode champenoise, zu verkaufen.
 Anfragen unter J 9159 IWA AG, Postfach, CH-8023 Zürich

Von Privat zu verkaufen in
Florida / USA
 schönes Grundstück in Mittleflorida, 200 000 m², mit kleinem See, gepflegter Baumbestand, perfekt für 4-5 Villen.
 Auch als Bausparkkonto geeignet. Ausfuhr. Bewerbungsunterlagen u. Lichtbild bitte unter U 1688 an WELT-Verlag, Postfach 10 06 64, 4300 Essen.

Verkaufshalle
 Im Rann Ostwestfalen, 3500 bis 5000 m², 90 m Scheitelbreite, verkehrsgünstig gelegen, langfr. zu verpachten.
 Zuschr. u. C 1558 an WELT-Verlag, Postfach 10 06 64, 4300 Essen

Bauherren-gemeinschaft Köln
 Stadteil Raderberg, Anna-Str. 19
 Steuerbegünstigte Eigentumswohnungen nach dem bewährten Hundegger Bauherrenmodell
 Ihre Vorteile: Begehrte, ruhige und zentrale Wohnlage • Angemessene Preise • Sichere hohe Wertsteigerung • Keine Grundsteuer und Zinsgarantie • Garantierte Mietverhältnisse mit 5-jähriger Festmiete • Inflationsschutz durch Sachwertvermögen mit Wertsteigerung von Jahr zu Jahr • Die Firmengruppe Hundegger hat 12-jährige Erfahrung mit Bausparkmodellen • Kostenlose Information von

Hundegger
 Wohnbau-Immobilien-GmbH
 Tel.: 02 21 / 21 93 47
 5000 Köln 1, Hohenzollernring 55

Bensberg-Heerweg
 3 km v. Zentrum, 1-Person-Ha, sehr geräumig, ca. 150 m² Wohnfläche, Auktionsverkauf, gute Auslastung, DM 530 000,-, Info und Auktionsverkauf.
 DCB Helmske GmbH, Alsterdörfer Str. 534, 2260 Hamburg 63, Tel. 0 40 / 5 98 03 98

Teilhaber
 für ein neues System im Getriebe- und Gießereibereich gesucht. Startkapital ab 50 000,- DM bei Absicherung mögl. Sehr hohe Renditen.
 Anfragen u. Z 1485 an WELT-Verlag, Postfach 10 06 64, 4300 Essen

Holland Mollet (Limburg)
 2 verk. reines u. ruh. gel. sternen Sommerhaus mit 1000 m² Grund und 200 m² Bepflanzung, 3 Schlafzimmer, moderner Küche, 1½ Bäder, sehr gepflegte Terrasse, Preis DM 80 000,-, einsehbar, Investor, mögl. Kosten, Schwimmbad u. Tennis, in 200 m Entfernung.
 Tel.: 06 31 - 62 54 19 28

Wer Immobilien oder Kapital anbietet oder sucht ...
 ... der erreicht durch Anzeigen in der Großen Kombination DIE WELT/WELT am SONNTAG eine Top-Leserschaft im In- und Ausland
Die Große Kombination
 Immobilien-Kapitalien
DIE WELT WELT am SONNTAG

Im Städtedreieck Essen – Mülheim – Oberhausen, Essen, Aktienstraße, in direkter Nähe zur A 430
3 Lagerhallen und 1 Verwaltungsgebäude
 auch getrennt zu vermieten. 4300 m² überdachte Lagerfläche, 580 m² Büro- und Sozialräume, 3850 m² asphaltierte Freifläche. Beste Bausubstanz. Auskünfte:
 Bernhard Ahr GmbH, 42 Oberhausen, 0208/8505251

Vogelsberg (Hessen)
Gasthaus-Pension
 mit Hallenbad und Sauna, Baujahr 1978, beste Lage, brauserhell
 Günstige Kaufbedingungen
IMMOBILIEN-KIENSWENGER
 Clemensstraße 90
 8000 München 40
 Telefon 0 89 - 30 52 52

Einmalige Gelegenheit für Gastronomen
 Komplette einger. Hotel-Restaurant im Herzen von Palma de Mallorca. Ausst. günstig übernahmbar zu verkaufen. Sehr gute Rendite zu erzielen. Bilanzk. unter 100 000,- €.
 Telefon 05 11 / 31 40 98

Geben Sie bitte die Vorwahl-Nummer mit an, wenn Sie in Ihrer Anzeige eine Telefon-Nummer nennen.

Altenheime / Ruhesitze
Das Alter entlasten
 den Ruhestand planen
 Mit dem Alterwerden wird so manches schwerer. Was man früher noch mit Freude und der linken Hand gemacht hat, kann im Alter zur Last werden. Lassen Sie es andere für Sie tun, nutzen Sie Ihre Kraft und Zeit für die Dinge, die wichtiger sind und wichtiger werden.
 Die Wohnstifte der dsb bieten Ihnen ein optimales Konzept: Wohnen und Leben im eigenen angemieteten Appartement mit viel Service, Pflege und Personalpräsenz.
 Planen Sie Ihren Ruhestand. Wir sind Ihnen gern dabei behilflich, damit Sie freier und angenehmer leben können. Informieren Sie sich, schauen Sie sich die dsb-Wohnstifte einmal an.

Coupon, ich interessiere mich für das (bitte ankreuzen)
☐ Wohnstift ☐ Wohnstift ☐ Wohnstift
 Freiburg i. Br. St. Ingbert/Saar Celle
 We 191083
 Name _____
 Straße _____
 PLZ/Ort _____
 Einsenden an die Zentrale:
 dsb-Wohnstifte
 Roscherstr. 12 · 3000 Hannover
 Telefon 05 11 / 34 51 31

Kaufen Sie sich ein Stückchen von Aachen
 bereits über 70% in wenigen Wochen verkauft
 1 ganzes Stockwerk (2 ETW) mit 115 m² Wohnfläche und ab 230 m² Grundstücksanteil zum VORZUGSPREIS von DM 189 750,-
 Preis pro m² DM 159,-
 Bitte wie ein Casino eine Anlage abzurufen, bevor andere es tun. Nur wer schnell ist, kann sie gewinnen.
 • in bevorzugter Wohnlage
 • voll ausgestattet
 • mit 100 m² Terrasse
 • 210 m² Grundstücksanteil
 • in bester Lage und auch mit 1. Stockwerk zu verkaufen
INFORMATION UNTER
 Tel. 02 41 / 6 90 95 oder 6 99 99

Italien – Ventimiglia
 3 km v. Meer, 8 km v. Menton renov. Wohnhaus aus dem 13. Jhd., mit Gart., 9 ZL, 2 Bäder, u. Garage, 500 m² Grund, 2300 m² Grundstück, DM 350 000,-
 H. Schran, Via S. Anna 124, Ventimiglia (Italien), Tel. 00 39 - 124 35 58 53

HORIZONS 2000
 sucht AGENTEN, um eine einmalige Anlagegelegenheit in erstklassigem Agrarland anzubieten mit außergewöhnlich hohen Mittel- und langfristigen Einkommen. Projektionen jährliches Einkommen über 50% während Jahrzehnten. Erste Investitionsphase termingerechtes abzurufen. Mindesteinzahlung 12 500,- Mindestall in Englisch, Französisch, Deutsch oder Italienisch zur Verfügung.
 Für weitere Auskünfte:
 GLOBE PLAN SA
 24, Av. Max Repas
 1000 Lausanne, Schweiz
 Tel. (21) 22 25 13, Telex: 2 5 185

SPITZEN-BAUHERRENMODELLE

Es ist kein Zufall, wenn Ihnen unsere Bauherrenmodelle besser gefallen. Es ist unsere Absicht.

Die Vorteile Punkt für Punkt
 • Der Statusvorteil: ca. 180 % (bezogen auf 15 % Eigenkapital)
 • Mietverträge über 5 Jahre, dadurch abgesicherte Wirtschaftlichkeit
 • Das Eigenkapital wird erst nach Fertigstellung der Bausparkanlage fällig
 • Die Mehrwertsteuer-Option: Ein weiterer wirtschaftlicher Vorteil
 • Ihr Vorteil – unsere Erfahrung: Gleich hochwertige Objekte können beschafft werden
FIRMENGROUPE WEGMANN
 Postfach 44 88 48
 2900 Bremen 44
 Tel. 04 21 / 45 01 05



Objekt 115/83 – Planungsvorschlag „Wohnanlage Elsterweg“ in Kassel

Die Vorteile Punkt für Punkt
 • Der Statusvorteil: ca. 180 % (bezogen auf 15 % Eigenkapital)
 • Mietverträge über 5 Jahre, dadurch abgesicherte Wirtschaftlichkeit
 • Das Eigenkapital wird erst nach Fertigstellung der Bausparkanlage fällig
 • Die Mehrwertsteuer-Option: Ein weiterer wirtschaftlicher Vorteil
 • Ihr Vorteil – unsere Erfahrung: Gleich hochwertige Objekte können beschafft werden
FIRMENGROUPE WEGMANN
 Postfach 44 88 48
 2900 Bremen 44
 Tel. 04 21 / 45 01 05

SEIT 1969 – FIRMENGROUPE WEGMANN – PARTNER FÜR KAPITALANLAGEN

STELLANGEBOTE

Auslandssachbearbeiter/in bei der BfG:

Für die Zentrale Disposition der Hauptverwaltung suchen wir Auslandssachbearbeiter/innen mit fundierten praktischen Erfahrungen. Wenn Sie mit dem Inkassogeschäft und mit der Bearbeitung von Akkreditiven ebenso vertraut sind wie mit der Abwicklung von Auslandsfinanzierungen, über gute Sprachkenntnisse verfügen und dazu fachlich flexibel und zumindest für einige Zeit räumlich mobil sind, sollten Sie sich mit uns in Verbindung setzen.

Wir geben Ihnen zunächst Gelegenheit, ca. 1 Jahr im Auslandsgeschäft einer Ihrem Wohnort nahegelegenen Niederlassung

tätig zu sein. Hierdurch können Sie Ihre Kenntnisse abrunden und vertiefen sowie sich mit den Arbeitsabläufen und mit den in unserer Bank geltenden Richtlinien vertraut machen. Anschließend werden wir Ihnen für die Dauer von ca. 2 Jahren Vertretungen und Sonderaufgaben im Auslandsgeschäft der Bank übertragen.

Als Mitarbeiter/in in der Zentralen Disposition werden Sie in Geschäftsstellen unterschiedlicher Größenordnungen und Organisationsstrukturen eingesetzt. Ihnen werden Aufgaben mit verschiedenen Tätigkeitsschwerpunkten

übertragen, bei denen Sie immer wieder neue Kollegen und Kunden kennenlernen. Durch diese abwechslungsreiche und anspruchsvolle Tätigkeit bieten wir Ihnen eine gute Möglichkeit, sich gezielt für die spätere Übernahme einer verantwortlichen Position in unserem Niederlassungsbereich, in unserer Hauptverwaltung oder im Ausland zu qualifizieren. Daß wir bei einem dann gegebenenfalls notwendig werdenden Wohnortwechsel die Umzugskosten erstatten, versteht sich von selbst.

Ihr Gehalt entspricht der Bedeutung der Position.

Wir freuen uns auf Ihre Bewerbung, schriftlich, kurzgefaßt, mit den wichtigsten Daten zu Ihrem Werdegang und Ihren besonderen Erfahrungen.

Für ein erstes, vertrauliches Kontaktgespräch steht Ihnen auch gerne Herr Weiß, Telefon (0611) 258-6530/31, zur Verfügung.

Bank für Gemeinwirtschaft Hauptverwaltung Theaterplatz 2 6000 Frankfurt am Main 11

Wir möchten, daß Sie Ihren Beruf von seiner besseren Seite kennenlernen.

BfG-Bank für Gemeinwirtschaft

Royal Caribbean Cruise Line

Wir sind eine norwegische Reederei, die sich mit drei Schiffen ganz auf Kreuzfahrten im karibischen Raum spezialisiert hat. Wir suchen einen aktiven und dynamischen Herrn zwischen 25 und 40 Jahren als

Verkaufs-Repräsentant

Bei dem neuen Mitarbeiter setzen wir fundierte Kenntnisse in der Reisebranche (nicht unbedingt Kreuzfahrt) und englische Sprachkenntnisse voraus. Seine Tätigkeit wird im Verkauf bestehen, in der Darstellung der Reederei-Produktpalette bei Veranstaltungen und Reisebüros und in der Mitarbeit bei der Werbeplanung.

Er wird Kundenabende veranstalten und muß in der Lage sein, auch vor einem größeren Publikum zu überzeugen. Das setzt sowohl eine seriöse Erscheinung voraus als auch intelligente Redegewandtheit. Der Bewerber sollte darüber hinaus Freude daran haben, mobil zu sein und ganzjährig überall in der Bundesrepublik zu arbeiten. Das Gehalt wird den verlangten Voraussetzungen entsprechen.

Ausführliche Bewerbungen mit Referenzen bitte an unseren Generalagenten für die Bundesrepublik Deutschland: Seetours International, Weißfrauenstr. 3, 6000 Frankfurt/M.

Wir sind: Eine Einrichtung der Resozialisierung Nichtstraffer (gem. § 72 BSHG) mit 360 Plätzen und sind Mitglied des Diakonischen Werkes der ev.-luth. Landeskirche Hannovers. Im Bereich der Sozialhilfe bieten wir durch arbeitstherapeutische Maßnahmen umfangreiche Hilfe an.

Wir suchen: Einen Verwaltungsleiter

Wir erwarten: Betriebswirtschaftliche Fähigkeiten (Kalkulation der Pflegesätze etc.), Bilanzsicherheit sowie langjährige Erfahrung im Rechnungswesen. Wünschenswert sind darüber hinaus Kenntnisse auf dem Personalsektor, wobei das Tarifrecht und das Mitarbeitervertretungsrecht des Öffentlichen Dienstes anzuwenden sind. EDV-Kenntnisse sind Voraussetzung.

Wir bieten: Zusammenarbeit in einem kleinen Team Vergütung nach den AVR des Diakonischen Werkes

Wir erbitten: Ihre kompletten Bewerbungsunterlagen an folgende Adresse: Werkheim e. V., Geschäftsleitung, Büttnersstraße 9, 3000 Hannover 1.

kaufmännischer Geschäftsführer

oder die Gesamtverantwortung für ein Unternehmen als Alleingeschäftsführer. Eine mehr als 18jährige, international ausgerichtete Berufserfahrung in der Investitionsgüterindustrie, der verarbeitenden Industrie sowie im Dienstleistungsbereich können in die neue Aufgabe eingebracht werden, dazu gute englische und französische Sprachkenntnisse.

Bitte nehmen Sie Kontakt auf unter R 1413 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Industrial Eng.-Betriebswirt (MBA)

seit 7 Jahren i. Industrie-Anl. als CONSULTANT-PROJEKTLTR.-GEN. MANAGER in SCHWARZAFRIKA - OSTASIEN

tropenfest, sofort reisebereit, sucht Kontakte für Auslandszeitvertrag unter F 1405 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Regionalvertreter Deutschland

Unser Auftraggeber ist ein größeres schweizerisches Unternehmen der metallverarbeitenden Industrie im Raum Zürich. Für die Niederlassung in Deutschland suchen wir einen Initiativen und erfahrenen

Verkaufsingenieur

für die Region Hamburg-Hannover. Der Stelleninhaber ist direkt dem Geschäftsführer der deutschen Niederlassung unterstellt. Das Schwergewicht seiner Aufgaben liegt im aktiven Verkauf der Produkte an private und öffentliche Abnehmer, insbesondere im

Bausektor.

Die gründliche technische Beratung der Kunden, die detaillierte Vorbereitung der Offerten sowie die Überwachung der Auftragsabwicklung sind für den Erfolg von erheblicher Bedeutung. Die Mitwirkung bei der Erarbeitung des Vertriebskonzepts und bei der Absatzplanung sind weitere wichtige Aufgaben.

Die Position erfordert eine gründliche technische Ausbildung mit Vorteil im Bausektor, eine mehrjährige Erfahrung im Verkauf von technischen Produkten der Bauindustrie und Erfahrung im Verkauf mit Architekten und Baubehörden. Kontaktfähigkeit, Verhandlungsgeschick, Einsatzfreude und Ausdauer sowie ein kooperatives Verhalten gegenüber Vorgesetzten und Mitarbeitern sind weitere wichtige Anforderungen.

Wir bitten Interessenten, ihre vollständigen Bewerbungsunterlagen an unsere Adresse zu senden. Diese werden vertraulich behandelt und nur mit Ihrer ausdrücklichen Zustimmung an unseren Auftraggeber weitergeleitet.

BSG Unternehmensberatung St. Gallen
Rorschacher Straße 150, CH-8006 St. Gallen/Schweiz

Australienauswanderer

haben eine gute Chance auf bei bereits vorhandener oder zu erwartender Ehe. Einreisebewilligung, Startkapital selbstverständlich. Keine Rückzahlung.
Zuschr. erb. u. F 47061 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Portakabin
BEZIRKSVERKAUFSLEITER
(Ruhrgebiet)

Portakabin ist eine internationale dynamische Firmengruppe mit zwei Hauptwerken in Großbritannien, Tochtergesellschaften in Deutschland, den Niederlanden und Frankreich und einem weltweiten Netz von Wiederverkäufern.

Wir sind führend auf dem Gebiet von Ferienhäusern, bekannt durch gute Kundenbeziehungen, Qualität und Innovation, gestützt auf perfekte technische Fertigung und Marktforschungen.

Wir vertreiben Modelle verschiedenster Art mobiler Solotourneen für Büros, Schulungszentren, Kliniken, Läden, Labors, Laboratorien, Hospitäler, EDV-Räume und vielen anderen Nutzungsmöglichkeiten in der Industrie, der Verwaltung wie auch dem öffentlichen Dienst.

Wir suchen einen Verkaufsleiter mit Durchsetzungsvermögen und Selbstständigkeit, der in der Lage ist, das Vertrauen von Führungskräften zu gewinnen, indem er erfolgreich Raumprojekte-Lösungen erarbeitet und in die Tat umsetzt.

Wenn Sie eine abwechslungsreiche Tätigkeit suchen und eine Herausforderung darin sehen, ein Raumprojekt von der Anfangsphase bis zur Endphase zu begleiten - und mit der Möglichkeit, sich einem dynamischen, hochmotivierten Team anzuschließen - lassen Sie uns wissen.

Wir bieten ein angemessenes Grundgehalt mit zusätzlichen leistungsorientierten finanziellen Anreizen und Spesenvergütung. Wenn Sie meinen, unseren Erwartungen zu entsprechen und über Englischkenntnisse verfügen, senden Sie Ihre Bewerbungsunterlagen mit Lichtbild und Angabe Ihres derzeitigen Einkommens mit dem Vermerk „Vertraulich“ an:

Herrn K. Renema, Portakabin GmbH
Siemensring 24, 4155 Willich 1

Die Welt
der Fach-
und
Führungs-
kräfte

Fach- und Führungskräfte, die in ihrem Beruf vorankommen wollen, informieren sich laufend über ihre Karriere-Chancen in der WELT. Die WELT bringt jeden Samstag viele Seiten Stellenausschreibungen für Fach- und Führungskräfte.

W 3488

Jungere Betriebswirt
im Raum 65

Seit 8 Jahren Geschäftsführer eines kleinen Handelsbetriebes, nachweisbare Erfolge, Verbindungen und Referenzen, Industriekaufmann, Außenhandelskaufmann, möchte sich nach erfolgreicher Aufbauarbeit anderen Aufgaben widmen u. bietet:

Übernahme oder Aufbau einer Repräsentanz, Niederlassung, Vertretung, Vertriebsorganisation o. ä. für deutsche oder ausländische Firmen, gerne Import-Export, repräsentatives Büro, Sekretariat, Telefon, Pkw, Englisch in Wort und Schrift, auch Reiseaktivität.

Zuschr. u. F 1613 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Cheffahrer

engl. Sprachkenntn. in langjähr. ungen. Arbeitsverhältnis, sucht nach Möglichkeit Termin neuen Wirkungskreis, Raum Hamburg, Auf Wunsch Referenzen.

Angeb. erb. unt. C 1402 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Touristik o. ä.

38jährige, ungen. seit 16 J. im Tourismus (dav. 11 J. in Spanien), engl., spanisch u. schreibsicheres Englisch, vielseitige Reiseerfahrung (bes. Europa u. USA) sucht Tätigkeit zum 1.1.94

Zuschr. u. F 1613 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Werbeleiter

Erfahrung in Industrie, Agentur, Messebau, sucht neue Position im nord. Raum.

Angebote erb. unter F 47119 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Dipl.-Ing., Arch.

TU Braunschweig, sucht Anfangsstellung in Architekturbüro, auch temporär. Zuschr. erb. u. F 1408 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Privatskretär

42 J., zuverlässig, diskret, sucht Position in Norddeutschland.

Angeb. erb. unter F 47117 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Stelle als Bürohilfe

Eva Hlask, Tel. 0 22 22 / 6 06 06

Suche dringend Lehrstelle als

Verlags- oder Betriebsbuchhalter/-kassier/-buchhalter. Außerdem gesucht Arbeitsstelle als Schreib- oder Buchhalter/-kassier/-buchhalter. Beides Raum Köln. Caroline-F. Odeh, 0 22 22/6 06 06

Diplom-Ingenieur

39 J., Deutscher, mit 12 J. Berufserfahrung (Elektrotechnik) sucht eine leitende Tätigkeit (aller Art) in Sri Lanka, auch als Firmenvertreter. Beherrscht Landessprache und Englisch sehr gut.

Tel. 02 21 / 79 31 15

Erzieherin

mit halbpädagogischer Zusatzbildung sucht Stelle im privaten Bereich oder öffentlichen Einrichtungen.

Zuschr. unter X 1551 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

SRI LANKA

Dipl.-Ing. erledigt Geschäfte aller Art, auch größere Aufträge, Import - Export

Tel. 02 21 / 79 31 15

Suche Arbeit als Tischler, Dreher,

Führerschein Kl. 3 (Koch), oder ähnliches. A. Wroch, 0 43 43 / 25 50, 2040 Kappeln, Tel. 0 43 43 / 25 50.

Schulrath/Sachverständiger

Anf. 40, engl./span./franz./engl. Berufserf., ortsnah, ungen., sucht zum 1.1.94 interess. u. verantwortungsvoll. Aufgabe, ganz in der Nähe von Hamburg.

Zuschr. erb. u. F 47108 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Fachmann für Telekommunikation u.

K-Anlagen wünscht sich zu verändern. Zuschr. erb. unter F 1415 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

FACHMANN FÜR ABRECHNUNGEN

im Tief- u. Hochbau mit techn. u. kfm. Ausbildung - 15jährige Erfahrung in d. Position, 41 J., verh., in Berlin tätig - sucht neue, leitende, verantwortungsvolle Tätigkeit. Angeb. erb. u. C 1401 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Geschäftsführer

Dr.-Ing. (Maschinenbau), 47 J., Erfahrungen in Krankenhaus- und Bildhausbau, Betriebsleitung, Heizung- und Energietechnik, Gas- und Wasserversorgung, Projektleitung, sucht neuen Wirkungskreis (Vorzugsweise in Baden-Württemberg).

Zuschriften unter B 1401 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Betriebswirt grad.

38 J., sucht führende Position in kleinerem od. mittl. Bauunternehmen, Mögl. Baugelb.

Zuschriften unter X 1551 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Ausbildungsleiterin, Waren-

haus-Erfahrung, bes. i. Textilbereich, möchte sich verändern. Zuschr. u. F 1553 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Welche Firma gibt meinem Mann

und mir die Möglichkeit, im Westen der USA zu arbeiten (mügl. Kalifornien oder Oregon)? Mein Mann ist 33 und hat einen Handwerkerberuf erlernt.

Angeb. erb. unter E 1404 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Erl. Hauswirtschaftslehlerin

Anf. 40, sucht zum 1.2.1994 neuen Wirkungskreis in Frauenl. Haushalt (kl. Wohnung erwünscht).

Ang. erb. u. F 48949 an WELT-Verlag, Postf. 2000 Hamburg 36.

Ehemal. Lehrer, nicht pensioniert,

port., sucht neuen Wirkungskreis als Hauslehrer u. Reisebegleiter bei gutigen Menschen, gern Unib.-Freunde, in Schw.-Holst.

Angeb. erb. u. M 1410 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Exportkaufmann

(Investitionsgüter), 34 J., vierjährige Auslandserfahrung (Frankreich), fließend Französisch und Englisch, versiert im mehrstufigen und im Direktvertrieb, ausdauernd, belastbar und reiselustig, sucht neue herausfordernde Tätigkeit in leitender Position per 1.1.1994 oder später. Standort Berlin wäre angenehm, jedoch nicht zwingend.

Angeb. erb. unter D 1403 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Ing. für Landschaftsplanung
mit Zusatzausbildung in Stadt- und
Regionalplanung

32. Forschungs- und Verwaltungskennntnisse, Auslandsaufenthalt im Entwicklungsland und langjährige Bearbeitung breitgestreuter Spezialliteratur. Wunsch: Im Bereich der integrierten Raumplanung, der präventiven Umweltschutzplanung oder des Landschaftsbaus (Abfall-, Abwasserbeseitigung) neue Stelle im In- und Ausland.

Auskünfte erteilt: Frau Reetz
Fachvermittlungsdienst Berlin, Charlottenstraße 90-94,
1000 Berlin 61, ☎ 030/2584-424, FS 183529

Kaufmännische Führungskraft

40. systematischer Berufsweg in Dienstleistungsunternehmen (Verwertungsgesellschaft für Urheberrechte); langjährige Erfahrungen in den Bereichen Dokumentation/Abrechnung mittels EDV, Personalführung, allgemeine Organisation sowie Urheberrecht; gute Englisch- und Französischkenntnisse.

Auskünfte erteilt: Herr Bieler
Fachvermittlungsdienst Berlin, Charlottenstraße 90-94,
1000 Berlin 61, ☎ 030/2584-299, FS 183529

Dipl.-Wirtschaftsingenieur

35. Industriekaufmann; Erfahrungen auf dem Sektor Kraft- und Arbeitsmaschinen, Heizungs- und Klimatechnik; Energieberatung und betriebliche Energiewirtschaft sowie Einkauf und Verkauf; sucht Anfangsstellung in Industrie oder Ingenieurbüro im Bereich Einkauf, Beratung, kaufmännische Projektabwicklung, Anlagenplanung, EDV, Systemanalyse.

Auskünfte erteilt: Frau Schön
Fachvermittlungsdienst Berlin, Charlottenstraße 90-94,
1000 Berlin 61, ☎ 030/2584-270, FS 183529

GESCHÄFTSFÜHRER
WARENHAUS

38 J., erfolgreiche Tätigkeit im Einzelhandel (Textilhandel und Warenhäuser) sucht neue verantwortungsvolle Führungsposition per Juli 1994. Bin dzt. i. Geschäftsführung eines Warenhauses mit neuem Umsatzvolumen. Sicherheit in der Steuerung aller Verkaufsaktivitäten, Geschick in Mitarbeiterführung und Ertragsdenken sind Voraussetzung für meinen bisherigen Erfolg.

Zuschriften unter X 1419 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Chemiekaufmann

Anf. 40, unabh., langjährig im weltweiten Bsp. und Verkauf von Chemikalien und Pharmazeutika tätig. Eher als Wochenendauslastung in Büro- und Verkaufsbereich. Sucht neue Aufgabe/Herausforderung in Handel oder Industrie. Ang. u. F 1409 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Cheffahrer, Chefführer

38 J., verh., 2 Kinder, 30 J. mäßig, ruh., solide, sportl., sehr gesund, be- reit, sich die Uhr. Auf Wunsch auch Wochenendauslastung in Büro- und Verkaufsbereich. Sucht neue Aufgabe/Herausforderung in Handel oder Industrie. Ang. u. F 1409 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Ein bewährter Weg zum
beruflichen Aufstieg
Stellengesuche
in der WELT

Stellengesuche erscheinen in der WELT als Doppel-Insertion jeweils am Mittwoch und am darauf folgenden Samstag. Stellengesuchanzeigen werden bei der WELT zu Preisen berechnet, die gegenüber den Anzeigenrundpreisen stark ermäßigt sind. 1 Anzeigenmillimeter (das ist eine Fläche von 1 mm Höhe und 1 Spalte = 45 mm Breite) kostet für beide Erscheinungstage DM 5,59.

Preis- und Größenbeispiele

30 mm / 2spaltig
DM 33,36 zuzügl.
DM 10,26 Chiffre-Gebühr

35 mm / 1spaltig
DM 19,51 zuzügl.
DM 10,26 Chiffre-Gebühr

20 mm / 1spaltig
DM 11,72 zuzügl.
DM 10,26 Chiffre-Gebühr

An: DIE WELT, Anzeigenabteilung,
Postfach 10 08 64, 4300 Essen 1

Bestellschein

Bitte veröffentlichen Sie in der Rubrik Stellengesuche zum nächst erreichbaren Termin eine Anzeige:

mm hoch, spaltig zum Preis von DM zuzügl. DM 10,26 Chiffre-Gebühr. Alle Preise einschließlich 14% Mehrwertsteuer.

Name:

Straße/Nr.:

PLZ/Ort:

Vorwahl/Telefon:

Unterschrift:

Der Anzeigentext:

Trost für Engelmann

Der Friedenspreis des Deutschen Buchhandels, nicht bekommen. Das ist empörend - findet Bernd Engelmann. Und deswegen zieht er gegen den Freisträger Manfred Sperber zu Felde. Er fordert ihn auf, "den Friedenspreis schleunigst zurückzugeben, weil er eine Absage an jede friedliche Koexistenz" angeregt habe.

Der Funktionär Engelmann kann nicht verstehen, daß eine unabhängige Jury einen unabhängigen Autor auszeichnet - ohne den VS-Politiker vorher zu fragen. Dabei hat Engelmann doch längst eine Sprachregelung angegeben, was unter "Frieden" zu verstehen sei. Nicht zufällig verfallt er dabei auf die ausgelassene Vokabel von der "friedlichen Koexistenz", die gern Lenin zugeschrieben wird, tatsächlich aber von Stalin erfunden wurde.

Die beste Definition dieses Prin-

zips gibt das "Philosophische Wörterbuch" aus Ost-Berlin: "Aus dem Leninischen Prinzip der friedlichen Koexistenz folgt, daß der Sozialismus ohne Krieg über den Kapitalismus zu triumphieren vermag." Das ist auch ganz im Sinne Engelmanns, der darum großen Wert auf die Kooperation mit den Unterdrückten in den kommunistischen Staaten - Funktionären wie er - Wert legt, und von den unabhängigen Schriftstellern - denen er nicht zurechnen ist - absolut nichts hält. Da muß ihn natürlich empören, daß ein Schriftsteller, der sich nicht nur die Gedanken von Marx und Lenin, sondern auch noch seine eigenen macht, die Freiheit als Voraussetzung des Friedens ansieht und vor der Gefährdung dieser Freiheit durch die Kommunisten warnt.

Bernd Engelmann sollte sich trotzdem nicht grämen. Er hat ja noch die reelle Chance, eines Tages für seine Verdienste um die "friedliche Koexistenz" den "Lenin-Friedenspreis" - vielleicht sogar von Andropow persönlich - überreicht zu bekommen.

Jubiläumspremiere in New York: „Die Trojaner“

Pompöse Antikenrevue

Im Jahr ihres hundertsten Geburtstages wollte die Metropolitan Opera in New York denn doch gleich zu Spielzeitbeginn zeigen, daß sie mehr kann als bloß das gängige Repertoire mit Singstars spicken. Die erste Premiere dieser Jubiläumssaison galt dem wohl anspruchsvollsten Werk des Musiktheaters, das man überhaupt an einem Opernhaus spielen kann: Hector Berlioz' „Die Trojaner“.

Leicht gekürzt, dauert es immer noch fast fünf Stunden. Es mischt Ballett und szenische Visionen unter die Oper. Es breitet sich episch. Es streckt sich gewaltig in die Monumentalität.

Mit dieser Operversion der Vergilischen „Aeneis“ wollte Berlioz den Franzosen, ja dem gesamten romantischen Kulturkreis schenken, was Wagner zur selben Zeit mit dem „Ring“ den Germanen stiftete: ein Stück tödende Mythologie, das zugleich die Kunstform Oper Wurzeln schlagen ließ in den tiefsten geistigen Schichten der Völker. Was Wagner auf seine Art gelang, geriet Berlioz zum Zitter. Er fand zwar auch eine neue, bis dahin in der Oper unerhörte Tonsprache, konnte sich aber im szenisch-dramatischen Aufbau nicht vom Vorbild der französischen Grand Opéra lösen. Mit ihren Massenaufzügen und Tausendgebern präsentierten sich „Die Trojaner“ streckenweise als pompöse Antikenrevue.

Das zu vermeiden haben der Regisseur Fabrizio Melano und sein Assistent Peter Weiser nicht die geringste Anstrengung unternommen. Im Gegenteil: Sie domern das Stück auf, so toll es geht. Die trojanischen Götzenbilder können nicht groß und nicht golden genug sein. Wenn Aeneas' Flotte gegen Ende Abchied von Karthago nimmt, legen gleich fünf Galeeren zur gleichen Zeit auf der Bühne ab. Der Berg kreißt und gebiert einen Glomour, dem man doch etwas pikiert zuschaut.

Hingegen hört man den Orchester und den Chören unter James Levine fasziniert zu. Die gewisse Larmoyanz

des Berlioz-Gesangs und die Hektik des Orchesters, das alles ist wie weggeblasen. Levine nimmt rasche, ja färrige Temp, entfacht so eine musikalische Dramatik in diesem Werk, die man Berlioz nie zugehört hätte. Erst so ergibt auch die verlose Instrumentation plötzlich einen Sinn. Sie ist nicht länger Selbstzweck, sondern zusätzlich stimulierende Element.

Andererseits findet Levine auch die Ruhe und innige Versenkung, die für die mehr komplexen Monologe und erst recht für die große Liebeszene zwischen Dido und Aeneas nötig sind. Da ist Levine die Partitur schon fast auf in Klangflächen, die changierend sich wandeln, in Schönheit zerfließen und schockierend modern anmuten.

Etwas weniger Glück hatte Levine damit, seine mühsam gesammelte Traumbesetzung zusammenzuhalten. Fluido Domingo gab den Aeneas nach vier Aufführungen ab, wohl einsehend, daß ihm diese Partie nicht in die Kehle paßt. Dennoch war William Lewis mit seinem farblosen Charakter nicht ein schwächlicher Ersatz in dieser eigentlich unsingbaren Rolle, die Lyrik, Heiliches und Deklamation gleichermaßen verlangt. Auch das spekulative Wechselspiel zwischen Titus, Turnus und Isejve Norman, die sich als Kassandra Dido einander abwechseln sollten, klappte nicht ganz. Die Trojaner überließ die Kassandra Gwynn Cornell, einem zwar dramatischen, aber nicht gerade edlen Mezzosopran. So blieb denn der Triumph letztlich für Jesse Norman Dido übrig, die, kaum zu glauben, erst mit diesen „Trojanern“ ihr längst überfälliges Met-Debüt gab. Die Norman, auf einem Höhen der musikalischen Intelligenz und vokaler Kultur wandelnd, ist eine der großen Tragödiinnen des Musiktheaters zweifellos. Die Majestät ihres Gesangs war es, die Berlioz' „Trojaner“ hier denn doch noch mit dem Atem antiker Erhabenheit durchweht.

REINHARD BEUTH

Projekt „Pfahlbauarchäologie Oberschwaben“

Dolch im klebrigen Torf

Im Federseegebiet - heute weltbekannt - wurde in Deutschland einst die naturwissenschaftliche Archäologie geboren.

Dunkelbraune Holzpfähle aus Birke, Kiefer, Esche und Eiche in den hellgrünen Ablagerungen des ehemaligen Federsees: Das sind die Überreste einer doppelten Palisadenwand. Im Verlauf der diesjährigen Grabungskampagne stießen die Archäologen jetzt schon nach wenigen Spatenstichen auf diese Fragmente einer Toranlage der bronzezeitlichen „Siedlung Forscher“.

Das Pfahlbautendorf wird im Rahmen der Forschungen des Projektes „Pfahlbauarchäologie. Bodensee-Oberschwaben“ von den Archäologen des Städtischen Landesdenkmalamtes in halbjährigen Untersuchungen freigelegt. 1988 wollen die Fachleute ihre Untersuchungen in die „Siedlung Forscher“ beenden haben. Naturwissenschaftler und Archäologen hoffen dann mehr als bisher über das Verhältnis von Mensch und Natur in der Bronzezeit zu wissen. Finanziert wird die Untersuchung mit über einer Million Mark durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG).

Das „Bronzezeitdorf „Forscher“ liegt südöstlich von Bad Buchau am Federsee. Nur 300 Meter von der alten „Wasserburg Buchau“ (jüngere Bronzezeit) entfernt, die Hans Reinerth in den 30er Jahren ausgegraben hatte, arbeiten derzeit die Archäologen und ihre Helfer - Studenten aus den Universitäten Tübingen und Freiburg - im klebrigen Torf und Ton.

Benannt wurde das Dorf nach seinem Entdecker, dem Biberacher Zahnarzt Heinrich Forscher. Er fand in den 30er Jahren die frühe-schichtliche Siedlung und kaufte

sich das Gelände teilweise auf. Nach dem Zweiten Weltkrieg sondierte der Kölner Archäologe Klaus Hartmann in der Siedlung und legte einen langen Nord-Süd-Graben quer durch das Ur-Dorf. Mehr kam dabei nicht heraus.

Seit diesem Jahr weiß die Wissenschaft über die „Siedlung Forscher“ jedoch immerhin folgendes: Das bronzezeitliche Dorf lag einst nahe des damaligen Sees. Es stand zu mindest teilweise auf Pfählen, und auf der landgerichteten Seite war es durch eine fünfteilige Palisadenwand, seawärts durch eine zweifache Palisadenwand geschützt. Das Alter des Dorfes „Forscher“ ist jedoch noch unklar. Die Funde gehen bis ins Jahr 1700 vor Christus zurück. Wohl zwei bis drei Jahrhunderte war die Siedlung bewohnt. Das heißt: Die Besiedlung, in der Frühbronzezeit begonnen, reichte bis in die mittlere Bronzezeit. Dann wurde das Dorf von seinen Bewohnern wieder geräumt. Warum, das ist vorerst unklar.

Noch nachträglich Probleme bereitet den Archäologen auch eine nach-bronzezeitliche Klimaverschiebung im 6. Jahrhundert vor Christus im ganzen Voralpenland. Das Klima wurde damals kälter und feuchter. Die Folge: Der Wasserstand des Federsees stieg an und spülte die Fund-schichten der „Siedlung Forscher“ teilweise weg.

Dennoch sind die Ausgräber bis jetzt mit ihren Funden zufrieden. Zu-tage kamen immerhin ein Silber-dolch und viel Keramik aus der mittleren Bronzezeit, die in diesem Zei-traum selten im Voralpenland zu fin-den ist, und eine Bretterwand mit Eichenpfählen, die über zweieinhalf Meter im Untergrund gestanden ha-ben.

ROBERT LUTZ

Großer Baumeister des freien Europa - Zum Tod des Politologen und Publizisten Raymond Aron

Der Mann, der stets ins Schwarze traf

Er war der Inbegriff eines Pariser Intellektuellen, dennoch gehörte er nicht zu den „Mandarin“, jener Kaste dogmatischer Rechtshaber, die sich mit Lust Doktrinen und Konklusionen um die Ohren schlagen. Raymond Aron war viel zu realistisch gesinnt, um sich je mit Dogmen aufzuhalten. Unverblümt, präzise und wirkungsvoll sagte er seine politische Meinung, doch Weltanschauungs-Ge-sinnung mied er. Der Tod stellte ihm ein Bein. Der 78-jährige brach auf den Stufen des Pariser Justizpalastes zusammen, nachdem er als Zeuge wider Willen in einem typischen Mandarinenprozess hatte aussagen müssen. Ein Großintellektueller hatte einen anderen „Faschist“ geschimpft, und Aron sollte dazu seine fachmännische Ansicht äußern.

Auf die Ansichten dieses Mannes wurde in allen politischen Lagern Wert gelegt, in Frankreich wie im Ausland und nicht zuletzt in Deutschland, wo er seit langem der meistgelesene und am besten verstandene französische Wissenschaftler war. Aron vereinte in seinem Stil sämtliche französische Tugenden, ohne den entsprechenden Untugenden zu verfallen. Er formuliert klar und unmissverständlich, er war elegant und charmant, doch nie be-räuschte er sich an den eigenen Brillanz. Auch war er weit davon ent-fernt, die Pariser Mandarinengespräche für einen direkten Ausfluß des Weltgeistes zu halten.

Seine Verbindungen zur deutschen Kultur erwiesen sich als fest und dauer-haft, seitdem er Anfang der dreißi-ger Jahre als junger Universitätslektor in Köln und Berlin tätig gewesen war. Sie überstanden alle Belastun-gen: die Verfolgungen des Dritten Reiches, denen der geborene Pariser Jude Aron ausgesetzt war, den Zwei-ten Weltkrieg, den er als Luftwaffen-offizier und später als Berater de Gaulles in London verbrachte, die sozialisierende Ara nach 1945, als man ihn diesseits des Rheins gern als „kal-ten Krieger“ zu verunglimpfen pflegte.

Entspannung oder kalter Krieg - das war für den illusionslosen Ray-mond Aron nie eine seriöse Alternative. Als Analytiker des industriellen Zeitalters und genauer Kenner des



Pariser Augur mit festen Verbindungen zu Deutschland: Raymond Aron (1905-1983)

Marxismus und des Sowjetsystems war er sich von vornherein darüber im klaren, daß es zwischen Moskau und dem Westen bis auf weiteres nur eine „Paix belliqueuse“ geben könne, einen „kriegerischen Frieden“, in dem es nicht nur auf das Gleichge-wicht der Waffen ankam, sondern auch und vor allem auf historische Geduld und geistiges Durchhaltever-mögen. Aus dieser Einsicht heraus wurde Aron nach 1945 einer der gro-ßen Baumeister des freien Europa. Die Aussöhnung zwischen Frank-reich und Deutschland, das feste Bündnis mit den USA, die Montan-Union, und die EG - an allem hat er in führender Position mitgewirkt.

Er lehrte an der Sorbonne und am legendären Collège de France, er schrieb politische Kommentare und Essays in „Combat“, im „Figaro“ und zuletzt im „L'Express“. In zahllo-

sen wichtigen nationalen und inter-nationalen Beratergremien hat er mitgewirkt, seine Bücher stehen in allen politischen Bibliotheken. Titel wie „Frieden und Krieg“ oder „Hauptströmungen des soziologi-schen Denkens“ gelten zu Stan-dardwerken, an denen sich Genera-tionen von Politik-Studenten heranbildeten.

Dabei bleibt es eigentümlich: Der Soziologe und Politologe Raymond Aron folgte keiner bestimmten wis-senschaftlichen Methode, war keiner „Schule“ zuzurechnen. Als seine di-rekten Ahnen gab er Alexis de Toc-queville und Max Weber an, und mit diesen teilte er das freie und dennoch höchst präzise Schweißen zwischen den Disziplinen, von der Theologie zur Psychologie, von der Geopolitik zur Wirtschaftswissenschaft und zur Mathematik moderner Simulations-

spiele und strategischer Szenarios. Die so zustande kommenden politi-schen Prognosen trafen regelmäßig ins Schwarze. Aron war einer der ganz wenigen Auguren, die sich fak-tisch nie korrigieren mußten. Er war hier seinen Meinungsgegnern von der marxistischen Linken geradezu turmhoch überlegen und mußte eben deswegen von ihnen vielerlei Haß und öde Härte einstecken.

Zurückgezogen hat er mit gela-senen Richtigstellungen, die von sanf-tem Sarkasmus umweht waren. Ein-es seiner besten Bücher ist eine sol-che Richtigstellung: „Opium für In-tellektuelle oder Die Sucht nach Weltanschauung“, erschienen im Jahr 1953, eine gloriose Abrechnung mit Sartre, Merleau-Ponty e tutti quanti, deren scholastische Spitzfin-digkeiten fern aller Realität und wirklichen politökonomischen Pro-blematik blieben und ihre Urheber dadurch zu „nützlichen Idioten“ tota-litärer Regimes herabwürdigten.

Von ähnlichem Karat zeugt die Streitschrift „La Révolution introu-vable“, in der sich Aron mit den Fol-gen des „Mai 68“ beschäftigte, mit der Studentenrevolte also und ihren aufgeregten Ideologien, die bereits „die Phantasie an die Macht“ ge-bracht sahen. Aron hielt dagegen, daß die sogenannte Revolution von 1968 im sozialen Feld buchstäblich „unauffindbar“ sei, und entlarvte die Bewegung als Jobbeschaffungs-an-stalt für unterqualifizierte Akade-miker.

Seine letzten beiden Bücher waren eine umfangreiche Autobiographie, die erst vor wenigen Wochen er-schienen, und der Band „Plädoyer für das dekadente Europa“, der auch auf deutsch zu haben ist. In ihm artiku-liert Raymond Aron seine tiefe Sorge über Europa, dessen Gesellschafts-modell zur Bewältigung der indu-striellen Herausforderung zwar nach wie vor das weitaus effektivste und humanste sei, das aber dennoch durch Feigheit, geistige Abtrübnung, Gleichmacherei und blindes An-spruchsdenken zugrunde zu gehen drohe. Der Augur verwandelte sich am Ende in eine Cassandra, die nicht mehr wünschte, daß ihr Voraussa-gen in Erfüllung gingen.

GÜNTER ZEHRM

Können Wissenschaftler Politiker überlisten?

Herrn Skryabins Einfall

Mitte August besuchte der Gene-raalsekretär der Sowjetischen Akademie der Wissenschaften, Georgi Skryabin, die Bundesrepublik. Da bei wurde mit dem Bundeskanzleramt Vereinbarungen über einen lang-fristigen wissenschaftlichen Aus-tausch zwischen den beiden Ländern getroffen. Im Hinblick auf die seit 1971 auf Eis liegenden Vertragsent-würfe für eine engere wissenschaft-lich-technische Zusammenarbeit er-klärte Skryabin bei dieser Gelegen-heit, den Wissenschaftlern gelänge es manchmal, Politiker zu überlisten, und zusammenzuarbeiten, während diese sich stritten.

Wer freilich glaubt, sowjetische Wissenschaftler hätten auch nur den geringsten Spielraum, Politiker zu überlisten, wurde kürzlich durch ein Interview des Präsidenten ebendi-ger Akademie und Mitglieds des Zentralkomitees der KPdSU, Anatoly Alexandrow, eines besseren belehrt. Auf die Frage, wie er sich zur Aus-sage amerikanischer Wissenschaftler stelle, daß die Behandlung Andrej Sacharows ein ernsthaftes Hindernis für die von der Akademie gewünschte Zusammenarbeit darstelle, erklär-te Alexandrow wörtlich: „Ich glaube, unsere Regierung behandelt Sacha-row sehr menschlich, denn Gorki, wo er lebt, ist eine reizende (lovely) Stadt, eine große Stadt mit einer gan-

zen Fülle von akademischen Einrich-tungen. Die Akademiker, die dort wohnen, wollen alle nicht fort.“

Tatsache ist jedoch, daß der KGB Sacharow in Gorki völlig von der Außenwelt abschirmt. Seit ihm uner-setzliche wissenschaftliche Manu-skripte gestohlen wurden, ist Sacha-row gezwungen, ständig all seine Aufzeichnungen in einer großen Ta-sche mitzuführen.

Dieses Interview hat bei den Mos-kauer Freunden Sacharows ebenso Bestürzung hervorgerufen wie das vertrauensvolle Verhalten mancher westlicher Wissenschaftler bei Kon-gressen und Besuchen in der Sowjet-union. Denn nach ihrer Ansicht kann Sacharow nur eines helfen: mehr So-zialität von Politikern und Wissen-schaftlern aus der freien Welt in Form von lauten Protesten und, wenn es sein muß, durch Boykott von wissenschaftlichen Kontakten.

Im Oktober findet in Lissabon nach vierjähriger Unterbrechung das 4. In-ternationale Sacharow-Hearing unter der Schirmherrschaft des sozialisti-schen Ministerpräsidenten Mario Soares statt. Es wäre beschämend, wenn dort ausgerechnet christlich-soziale Politiker aus der Bundesrepub-lik an ihren Beitrag zur Befreiung Andrej Sacharows aus seiner un-menschlichen Verbannung erinnert werden müßten.

MEINRAD VON OW

Hannover: „Die Zierpflanze“ von Barillet / Grédy

Hausmütterchen siegt

Die leichte Mühe hat es schwer in Deutschland. Sie ist nicht des Theaters täglich Brot wie in London oder Paris. Das liegt nicht nur an den Kritikern, denen es an Leicht-Sinn mangelt, sondern auch an den Stük-ken, in denen zumeist vulgäre Al-bernheiten vorherrschen. „Die Zier-pflanze“ der französischen Erfolgs-auktoren Pierre Barillet und Jean-Pierre Grédy ist indes das Muster eines Boulevardstücks, eine Mi-schung aus Komödie und Kabarett, dessen Zweideutigkeiten ins Deut-sche zu retten Charles Regnier als Übersetzer gelungen ist.

Die deutsche Erstaufführung fand im „Neuen Theater“ in Hannover statt, das sich erfolgreich auf dieses Genre spezialisiert hat. Das Rezept des Stückes erscheint einfach, aber die Lösung einer Vielzahl gleichzeitig auftauchender Familienprobleme ist kompliziert und bietet Spannung.

Der studentische Sohn des Fabrik-direktors kann die Tochter des Bä-kers nicht heiraten, weil diese sich als seine Schwester entpuppt, bis die Mutter berichtet, daß der Vater nicht sein Vater und also die Verlobte auch nicht seine Schwester ist. Alles weist darauf hin, daß in Wahrheit jener Gewerkschaftsführer (mit Wolf von Gersum ideal besetzt), den bürgerli-che Karriere suchte zum kommunisti-

schen Abgeordneten gemacht und der einen Streik gegen den Fabrikbe-sitzer (Edgar Maschmann) angezettelt hat, der Erzeuger ist. Und da die Mutter ihn wie das Publikum in die-ser falschen Gewißheit beläßt, ge-lingt ihr die Beilegung des Streiks und die Übernahme der Geschäfte: aus dem unterdrückten Hausmütter-chen, der Zierpflanze, wird eine ge-wichtige Geschäftsfrau. Sie erlangt die Aktienmehrheit des Unternehmens und drängt ihren Mann aus der Direktion.

Indem James von Berlepsch Ruth Pistor in der Rolle der Mutter zu stark ins Zentrum seiner Inszenierung rückt und sie ihren Part zu realistisch nimmt, anstatt die Parodie in voller Übertreibung auszuspielen, hält er die notwendige Geschwindigkeit nicht durch. Als verfehlt muß auch die Ansprache der Frau an die streikenden Arbeiter gelten, die zu strei-chen dem Stück gut getan hätte. Was letztlich die Inszenierung gerettet und ihr den verdienten Erfolg einge-bracht hat, ist das ganz unbewußte-lliche Bühnenbild von Günther Löl-decke. Was hier auf kleinstem Raum gelungen ist, mit sicherem Stilgefühl und humorvollen Gags, ist beispiel-haft. Seinen Namen wird man sich merken.

CHRISTOPH GRAF SCHEWERN

JOURNAL

Wird Sydneys Oper nach Originalplänen umgebaut?

Die Oper von Sydney wird mög-licherweise zehn Jahre nach ihrer Fertigstellung nach den Originalplä-nen des dänischen Architekten Jörn Utzon wieder umgebaut. Der Regie-rschef des zuständigen Bundes-staates South Wales, Neville Wan, ließ in einer Fernsehansprache durchblicken, daß Utzon dafür nach Australien geholt werden solle und die Oper bis zur Zweihundertjahrfe-ier 1888 im ursprünglich vorgesehe-nen Zustand sein könne. Die Oper mit ihrem charakteristischen Dach aus segelförmigen Bauteilen wurde unter dem Druck der Bundesstaats-regierung bei den Bauarbeiten in den sechziger Jahren so weit modifi-ziert, daß ihr Schöpfer Utzon das Projekt aufgab.

Wiener Galerie wieder zugänglich

Die Gemäldegalerie der Akademie der Bildenden Künste in Wien wurde nach gründlicher Restaurierung jetzt feierlich wiedereröffnet. Die Galerie gehört zu den großen Kunstsammlungen Österreichs. Die im 17. Jahrhundert gegründete Akademie hat seit dem frühen 19. Jahrhundert diese Lehrgalerie, die aus Aufnah-menwerken und aus Schenkungen entstand. Schwerpunkt sind Werke von Hieronymus Bosch, Hans Baldung Grien, Lucas Cranach, Peter Paul Rubens sowie der Österreicher des 18. und 19. Jahrhunderts.

Jahrestagung der Kleist-Gesellschaft

Die Jahrestagung 1983 der Kleist-Gesellschaft findet vom 17. bis zum 19. November in Berlin statt. Ein Symposium über das Thema „Kleist Dramen auf dem modernen Theater“ steht im Vordergrund. Teil-nnehmer sind die Regisseure Hans Neuenfels, Claus Peymann, Ernst Wendt, die Kritiker Peter von Bek-ker, Rolf Michaelis, Henning Risch-bieter und die Literaturwissen-schaftler Hans Joachim Kreutzer, Eberhard Lämmert und Norbert Miller.

Ulfung inszeniert neuen „Ring“ in Seattle

Der norwegische Charaktertenor Ragnar Ulfung wird im kommenden Sommer beim „Pacific Northwest Wagner Festival“ in Seattle den „Ring des Nibelungen“ neu insze-nieren. Entgegen der bisherigen Pra-xis in Seattle, den „Ring“ in deut-scher und in englischer Sprache anzubieten, wird die neue Produktion nur noch auf deutsch gegeben.

Budapest kritisiert slowakische Hochschulen

Über zu wenige Hochschüler un-garischer Herkunft an Universitäten und Hochschulen in der Slowakei klagte der Budapester Sender „Kos-uth“. Lediglich 5,5 Prozent aller Studienanfänger in der Slowakei sind Ungarn. Kritisiert wurde auch die Korruption bei der Aufnahme zum Universitätsstudium. So sei be-kanntgeworden, daß Bewerbern für 220 000 Kronen (offiziell etwa 50 000 Mark) eine Zulassung zum Studium versprochen worden sei.

Künstler klagen über zu geringe Einnahmen

In einem Kongreß der gewerk-schaftlich organisierten Künstler und Medienmitarbeiter am Rande der Buchmesse wurde festgestellt, daß nur ein ganz geringer Teil der freien Mitarbeiter der öffentlich-rechtlichen Anstalten von diesen Einkünften leben könnten. Schuld daran soll der „zunehmende politi-sche Druck von konservativer Seite“ und die „mangelnde Solidarität von Kollegen“ sein. Als Rezept wurde ein höherer Organisationsgrad emp-fohlen. Auch der Berufsverband Bil-dernder Künstler beklagte auf einer Tagung am Wochenende in Augsburg, daß die meisten Mitglieder von ihrem erlernten Metier nicht leben könnten. Ihr Verbesserungsvor-schlag: Ein Steuerfreibetrag von 3000 Mark für jeden Arbeitnehmer zum Kauf von Kunst lebender Künstler.

Alliance Française feiert 100. Geburtstag

Mit einer Feierstunde in der Comedie Française ist in Paris das 100-jährige Bestehen der Alliance Française gewürdigt worden. Das Institut wur-de 1883 zur Pflege und Verbreitung der französischen Sprache und Kul-tur gegründet. Die Alliance ist in 102 Ländern vertreten. Dem Verband gehören 500 000 Mitglieder an. Die dem Goetheinstitut verwandte Ein-richtung bietet weltweit jährlich 50 000 Kurse und kulturelle Ver-anstaltungen an, die von etwa zehn Millionen Menschen besucht werden.



Seine Erfahrungen wirken weiter: „Stehe“ von Erich Heckel (1912)

Große Jubiläumsausstellung für Erich Heckel im Essener Folkwang-Museum

Wenn die Farbe selbständig wird

An Heckel-Ausstellungen herrscht in diesem Jahr gewiß kein Man-gel. Der Künstler wird dies in den nächsten Jahren wahrscheinlich bö-ßen müssen. Seines 100. Geburts-tages jedenfalls gedachten Museen und Galerien fast überall im Lande. Über die beispielhafte Wanderausstellung mit Zeichnungen, Aquarellen und Dokumenten wurde hier berichtet (WELT v. 31. 7. 83; sie macht bis 6. Nov. in Regensburg Station). Die ideale Ergänzung liefert jetzt das Essener Folkwang-Museum. Ihre auf-fällige Verpöpfung ist auf den Umbau des Museums zurückzuführen.

Im allgemeinen ist man bei Heckel auf Überraschungen kaum noch ge-faßt: das Folkwang-Museum hält gleich mehrere bereit. Es wartet ei-nerseits mit bedeutenden Leihgaben, die zum Teil einmal durch farbi-ge Reproduktionen bekannt sind, und andererseits mit Paradestücken, die in keinem einschlägigen Kunst-buch fehlen, auf. Einen Höhepunkt nicht nur in diesem Sinne bildet das Triptychon „Genesende“ von 1912/13. Es gehörte dem Essener Museum, bevor es von den Nazis als „entartet“

beschlagnahmt wurde, und kehrte zuerst in der Wanderausstellung des Busch-Reisinger-Museums in Cam-bridge/USA nach Deutschland und nun auch vorübergehend an seinen alten Platz zurück. So ein Wieder-sehen weckt natürlich nicht nur freud-ige Gedanken.

Insgesamt sind in Essen 100 Ge-mälde, mehr als 50 Aquarelle und Zeichnungen sowie 100 Blätter aus dem umfangreichen graphischen Œuvre zu sehen. Über ein Drittel der Ausstellung verweist auf Heckels „Brücke“-Zeit, der Rest umfaßt zu etwa gleichen Teilen die Jahre bis etwa 1907 und von da bis 1963. Die Essener Ausstellung (wie die Wanderausstel-lung) zeigt verantwortungsbewußt und vorurteilslos das Gesamtwerk des Künstlers, das sich ja nicht - wie manche es möchten - auf seine ex-pressionistische Sturm-und-Drang-Zeit einengen und beschneiden läßt.

Die historische Leistung des jun-gen Heckel und seiner Freunde, die sich 1905 zur Künstlergruppe „Brü-cke“ zusammengeschlossen hatten, bleibt unbestreitbar. Die Erfahrun-

gen und Ergebnisse des Expressio-nismus leben in seinem Werk und in der Kunst unseres Jahrhunderts fort. Aber im reifen Alter hatte auch für Heckel, wie für die allgemeine Kunst-entwicklung, der Expressionismus seine Schuldigkeit getan. Er hatte den Durchbruch neuer Sehvorstel-lungen und eines neuen künstleris-chen Denkens bewirkt. Die Farbe war, unabhängig von der wirklichen Erscheinungswelt, zu einem selb-ständigen Ausdrucksmedium gewor-den.

Die Ausstellung beweist, daß Heckel die Impulse der „Brücke“ auch in den späteren Bildern weder verleug-net hat, noch daß sie verloren gingen. Die Themen und Motive blieben die gleichen. Auch das „bildhafte Sehen“ in seiner souveränen Unabhängig-keit und die elementaren Bildmittel, die freilich formal erweitert und in ihrer Anwendung verfeinert und ver-vollkommen wurden. Man denkt an den Satz von Kant, daß im Alter die Urteilskraft zu- und das Genie ab-nimmt (Bis 20. Nov.; München: 9. Dez. bis 12. Febr.; Katalog 35 Mark).

EO PLUNZEN

